

**Gesellschaftliche und
politische Einstellungen**

**Themenschwerpunkt:
In welcher Gesellschaft
wollen wir leben?**

'24

**Deutschland-
Monitor**

Berlin, Halle (Saale), Jena und Mannheim

Deutschland- Monitor '24

Gesellschaftliche und
politische Einstellungen

Themenschwerpunkt:
In welcher Gesellschaft
wollen wir leben?

Erarbeitet von:

Jörg Hebenstreit, Everhard Holtmann,
Tobias Jaeck, Reinhard Pollak, Marion Reiser,
Matthias Sand und Pierre Zissel

Inhalt

010	Vorwort des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland
014	Erläuterungen zu den Erhebungen
016	Projektteam

1. Einführung

020	1.0 Einführung
-----	----------------

2. Methodisches Vorgehen

026	2.0 Methodisches Vorgehen
026	2.1 Haupterhebung
027	2.1.1 Feldphase der Haupterhebung
027	2.1.2 Gewichtung der Haupterhebung
028	2.2 Regionale Vertiefung
028	2.2.1 Indikatoren lokaler Prosperität, Teilhabe und Infrastruktur (ILTIS)
031	2.2.2 Aufbau des rollierenden Kreispanels
034	2.2.3 Stichprobenziehung der regionalen Vertiefungserhebung
034	2.2.4 Gewichtung der regionalen Vertiefungserhebung
036	2.3 Fokusgruppendifkussionen

3. In welcher Gesellschaft wollen wir leben?

- 040 3.0 In welcher Gesellschaft wollen wir leben?
Vorstellungen, Werte und Bewertungen
- 041 3.1 Vorstellungen von einer gewünschten Gesellschaft
- 046 3.2 Freiheitsrechte als Grundlage für das gesellschaftliche Miteinander: Wichtigkeit, Grenzen und wahrgenommene Erfüllung
- 057 3.3 Was zählt mehr: Freiheit, Gleichheit oder Sicherheit?
- 071 3.4 Soziale Gemeinschaft als Sicherheitsanker?
Die Bedeutung von Zusammenhalt bei aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen.
- 076 3.5 Vorstellungen von einer gerechten Gesellschaft
- 077 3.5.1 Geht es in Deutschland »alles in allem eher gerecht oder eher ungerecht« zu?
- 079 3.5.2 Vorstellungen einer »gerechten Gesellschaft«
- 083 3.5.3 Wahrnehmungen von »Ungerechtigkeit« in der Gesellschaft
- 087 3.5.4 Die Vorstellungen von Gerechtigkeit – grundlegender Konsens und 4 Gerechtigkeitscluster
- 089 3.6 Wahrgenommene gesellschaftliche Diskriminierung: Welche Formen von Benachteiligung sollten vorrangig abgebaut werden?

4. Einstellungen zu Demokratie, Populismus und Extremismus

- 096 4.0 Einstellungen zu Demokratie, Populismus und Extremismus
- 096 4.1 Einstellungen zur Demokratie, Institutionenvertrauen, Responsivität
- 097 4.1.1 Einstellungen zur Demokratie
- 104 4.1.2 Vertrauen in politische und gesellschaftliche Institutionen
- 111 4.1.3 Responsivität: wahrgenommene Rückkopplung der Politik
- 112 4.1.4 Einstellungen zu Demokratie und politischem System als Einstellungssyndrom
- 113 4.1.5 Individuelle Bestimmungsfaktoren für Einstellungen zu Demokratie und zum politischen System
- 121 4.1.6 Politische Unterstützung im Kontext
- 127 4.2 Populistische Einstellungen: Verbreitung und Muster
- 139 4.3 Ungleichwertigkeitsvorstellungen im politischen und sozialen Bereich
- 139 4.3.1 Einstellungen zu einer (rechtsautoritären) Diktatur
- 154 4.3.2 Fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen

5. Einstellungen und Wahrnehmungen zu Staat und Gesellschaft

- 160 5.0 Einstellungen und Wahrnehmungen zu Staat und Gesellschaft
- 161 5.1 Partizipation und Engagement: Beteiligungsbereitschaft in der repräsentativen Demokratie
- 165 5.2 Staatliche Absicherung oder Eigeninitiative: Wer sollte für die Risiken des Lebens verantwortlich sein?
- 168 5.3 Geld und Gesellschaft: Wo sollte der Staat mehr investieren – und wo weniger?
- 173 5.4 Klimaschutz oder Wirtschaftswachstum: Was hat Priorität?

6. Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse

- 180 6.0 Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse – in vielen Bereichen breiter gesellschaftlicher Konsens über die gewünschte Gesellschaft
- 180 6.1 Freiheitsrechte genießen sehr hohen Rückhalt – aber Uneinigkeit, ob sie in Deutschland verwirklicht sind
- 181 6.2 Präferenz für Sicherheit, Freiheit und Gleichheit hängt stark mit Bildung, Alter und politischer Orientierung zusammen
- 181 6.3 Hohe Zustimmung zu Demokratie – starke Kritik am Funktionieren der Demokratie
- 182 6.4 Innerhalb Ostdeutschlands wirken regionale strukturelle Merkmale stärker auf die Zufriedenheit mit der Demokratie als in Westdeutschland
- 182 6.5 Polarisierung der politischen Einstellungen wird im Parteiensystem abgebildet
- 183 6.6 Abbau von Benachteiligungen als dringlich erachtet, besonders hinsichtlich Armut, Geschlecht und Alter
- 183 6.7 Erwartungshaltung an den Staat hoch – Angleichung des Westens an den Osten
- 184 6.8 Wenig »Wir-Gefühl« in der Gesamtgesellschaft, dafür Zusammenhalt auf lokaler Ebene
- 184 6.9 Freiheitlich-demokratische Grundwerte – Basis für Gerechtigkeitsvorstellungen in der Gesellschaft
- 185 6.10 Populistische Einstellungen und Ungleichwertigkeitsideologien im politischen und sozialen Bereich sind eine Herausforderung für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt.
- 185 6.11 Was macht eine lebenswerte Gesellschaft in der Vorstellung der Menschen aus?
Schlussbemerkung

7. Methodik und Analysen

- 190 7.0 Methodik und Analysen
- 190 7.1 4 Gerechtigkeitscluster: Die Bandbreite der Vorstellungen in den nach erfolgter Zuordnung meistbelegten 4 Kategorien
 - 190 7.1.1 Gerechtigkeitscluster: Gleichheit
 - 192 7.1.2 Gerechtigkeitscluster: Soziale Unterstützung und finanzierbare Lebensverhältnisse
 - 194 7.1.3 Gerechtigkeitscluster: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Gemeinschaft
 - 195 7.1.4 Gerechtigkeitscluster: Persönliche Freiheiten und Rechte
 - 196 7.1.5 Clusterübergreifende sozialmoralische Leitwerte
- 196 7.2 Stichprobenziehung und Feldverlauf des Hauptfelds
- 199 7.3 Stichprobenziehung und Feldverlauf der regionalen Vertiefungserhebung
- 201 7.4 Gewichtung des Hauptfelds
- 202 7.5 Gewichtung der regionalen Vertiefungserhebung
- 203 7.6 Beschreibung der Komponenten des ILTIS-Indikators

8. Fragebogen

- 208 8.1 Inhaltlicher Teil
- 216 8.2 Soziodemografischer Teil

9. Anhang

- 222 9.1 Literaturnachweise
- 232 9.2 Abbildungsverzeichnis
- 238 9.3 Tabellenverzeichnis
- 240 9.4 Autorinnen und Autoren

Vorwort des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland

Liebe Leserinnen und Leser,

der Deutschland-Monitor ist eine jährliche repräsentative Befragung zu politischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger und gesellschaftlichen Stimmungslagen. Die Studie geht auf eine Handlungsempfehlung der Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« zurück. Als Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland freue ich mich sehr, dieses Projekt begleiten zu dürfen. In diesem Jahr widmet sich der Deutschland-Monitor einem wichtigen Thema: In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Welche Grundhaltungen, Werte und Vorstellungen vom gesellschaftlichen Zusammenleben und der Rolle des Staates gibt es? Und werden zentrale gesellschaftliche Werte und Normen in der Bevölkerung breit geteilt – oder gehen die Vorstellungen diametral auseinander?

Seit mehreren Jahren stellen wir eine wahrgenommene gesellschaftlichen Polarisierung fest, die auch für unsere Demokratie eine Herausforderung ist. Doch prallen in unserer Gesellschaft tatsächlich unterschiedliche Werte, Meinungen und Anschauungen aufeinander? Ist die Gesellschaft wirklich gespalten – oder glauben wir das nur? Darum geht es im Deutschland-Monitor 2024.

Die gute Nachricht lautet: Die übergroße Mehrheit in Ost- und Westdeutschland möchte in einer Gesellschaft leben, in der freiheitlich-demokratische Grundrechte und -werte gewährleistet sind. In unserem Land gibt es eine große gemeinsame Wertebasis. Aber: Weniger einig sind sich die Menschen darüber, ob einzelne Freiheitsrechte auch tatsächlich umgesetzt werden, etwa die Presse- und Meinungsfreiheit. Diejenigen, die Freiheitsrechte als nicht erfüllt ansehen, sind oft auch weniger zufrieden mit der Demokratie und haben geringeres Vertrauen in politische Institutionen.

Ist der gesellschaftliche Zusammenhalt deshalb in Gefahr? Auch damit beschäftigt sich der Deutschland-Monitor 2024. Viele Menschen in Deutschland empfinden den allgemeinen Zusammenhalt als bedroht, berichten aber zugleich von einem starken lokalen Zusammenhalt vor Ort. Für mich zeigen die Ergebnisse einmal mehr, dass wir an dem Ziel weiterarbeiten müssen, überall in Deutschland gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Zusammenhalt kommt nicht von selbst, sondern er hat Voraussetzungen: wirtschaftliche Perspektiven, einen funktionierenden ÖPNV und gute Schulen zum Beispiel, aber auch ein Vereinsleben und Räume der Begegnung.

Dazu passt auch der Befund der Studie, dass die seit jeher hohen Erwartungen an den (Wohlfahrts-)Staat erneut angestiegen sind. Die Einstellungen der Westdeutschen haben sich dabei denen der Ostdeutschen angeglichen. Ein handlungsfähiger Staat, der für gleiche Lebenschancen sorgt, hat großen Rückhalt und kann dazu beitragen, für mehr Zusammenhalt zu sorgen.

Die vorliegende Erhebung dient nicht nur der wissenschaftlichen Forschung. Sie soll zugleich den breiten öffentlichen Dialog anregen – über Entwicklungsperspektiven unseres Landes, über den Zusammenhalt und über die Zukunft unserer Demokratie. Dass der Deutschland-Monitor 2024 dieses Ziel erreicht, liegt auch an seiner innovativen Methodik: Die Befragung wird repräsentativ sowohl deutschlandweit als auch in 12 ausgewählten strukturstarken und -schwachen Landkreisen in Ost- und Westdeutschland durchgeführt. Damit ist eine regionale Vertiefung möglich, die über die klassische Ost-West-Dichotomie hinausgeht und die Vielfalt unseres Landes abbilden kann.

Der Deutschland-Monitor wird von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern eines Konsortiums verfasst, das aus dem Zentrum für Sozialforschung Halle, der Friedrich-Schiller-Universität Jena und dem GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften besteht. Ihnen möchte ich herzlich für die klaren Analysen und die gewinnbringenden Diskussionen danken.

Die Deutschland-Monitore 2023 (Schwerpunkt: Stadt und Land) und 2024 ergänzen sich meiner Meinung nach hervorragend. Alle Ergebnisse sind auch auf der Internetseite www.deutschland-monitor.info mit vielen anschaulichen Grafiken einsehbar. Ihnen allen, liebe Leserinnen und Leser, wünsche ich viel Freude bei der Lektüre – und viele anregende Diskussionen!

Mit den besten Grüßen
Carsten Schneider

Erläuterungen zu den Erhebungen

Die Studie basiert auf drei Erhebungen:

1. Haupterhebung

- Fallzahl n = 3.986, repräsentativ für die deutschsprachige Wohnbevölkerung des Bundesgebiets ab 16 Jahren
- Erhebungsverfahren: Computergestützte Telefoninterviews (CATI)
- Erhebungszeitraum: 18. April bis 24. Mai 2024

2. Regionale Vertiefungserhebung

- Fallzahl n = 3.999, aufgeteilt auf insgesamt 12 Kreise (Landkreise/ kreisfreie Städte) gemäß einer Zufallsauswahl je 3 strukturstarker und strukturschwacher Kreise in Ost- und Westdeutschland (n = jeweils \approx 333). Die Auswahl der Kreiseinheiten erfolgt aufgrund der Kontextfaktoren Teilhabe und Infrastruktur, Entwicklung des Humankapitals, Faktoren der wirtschaftlichen Leistungskraft (ILTIS).
- Ausgewählte Landkreise und kreisfreie Städte: Duisburg, Landkreis Birkenfeld, Delmenhorst (West, geringe Prosperität); Augsburg, Wiesbaden, Landkreis Neu-Ulm (West, hohe Prosperität); Landkreis Dahme-Spreewald, Weimar, Landkreis Potsdam-Mittelmark (Ost, hohe Prosperität); Salzlandkreis, Landkreis Prignitz, Wittenberg (Ost, geringe Prosperität)
- Zielpopulation: Deutschsprachige Wohnbevölkerung ab 16 Jahren
- Erhebungsverfahren: Computergestützte Telefoninterviews (CATI)
- Erhebungszeitraum: 23. Mai bis 21. Juni 2024

3. Fokusgruppendifkussionen

- Teilnehmende: 32; jeweils 8 Diskussionsteilnehmende in 4 Kreisen der regionalen Vertiefungserhebung
- jeweils ein strukturstarker und ein strukturschwacher Landkreis bzw. kreisfreie Stadt in Ost- und Westdeutschland: Neu-Ulm, Potsdam-Mittelmark, Wittenberg, Delmenhorst
- Zusammensetzung: Streuung der Teilnehmenden nach Alter und höchstem Bildungsabschluss, telefonische Rekrutierung
- Methode: semi-strukturiertes exploratives Brainstorming
- Dauer: je ca. 120 Minuten
- Erhebungszeitraum: 17. September bis 26. September 2024

Projektteam

Das Forschungskonsortium besteht aus:

Zentrum für Sozialforschung Halle e.V. (ZSH) an der Martin-Luther- Universität Halle-Wittenberg

- Prof. Dr. Everhard Holtmann
- Dipl. Soz. Tobias Jaeck

Institut für Politikwissenschaft der Friedrich-Schiller-Universität Jena

- Prof. Dr. Marion Reiser
- Dr. Jörg Hebenstreit
- Pierre Zissel M.A.

GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften Mannheim

- Prof. Dr. Reinhard Pollak
- Dr. Matthias Sand
- Sophia Hamdorf M.A.
- Lynn-Malou Lutz M.A.

Das durchführende Institut der Bevölkerungsumfragen:

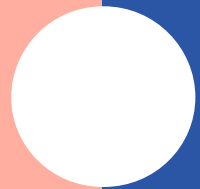
Forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH

Das durchführende Institut der Fokusgruppendifkussionen:

Info GmbH Institut für Markt- und Meinungsforschung Berlin

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten
der Bundesregierung für Ostdeutschland

1



Einführung

1.0

Einführung

Im Jahr 2024 werden 2 bedeutende Jubiläen der deutschen Geschichte begangen: 75 Jahre Grundgesetz sowie 35 Jahre Mauerfall und Friedliche Revolution in Ostdeutschland. Diese beiden Meilensteine stehen für wegweisende Wendepunkte in der Geschichte der Bundesrepublik und prägen bis heute die Demokratie, die politische Kultur und das gesellschaftliche Zusammenleben. Ein Kennzeichen unserer freien und pluralistischen Gesellschaft ist, dass die Menschen unterschiedliche Vorstellungen, Wertorientierungen und Einstellungen haben. Und gleichzeitig ist es wichtig, dass es in einer Gesellschaft über zentrale Prinzipien und Werte einen Grundkonsens gibt oder, anders ausgedrückt, geteilte Grundwerte existieren. Dazu gehören u. a. verfassungsrechtlich verankerte Grund- und Freiheitsrechte ebenso wie Normen sozialen Handelns. Vor diesem Hintergrund greift der diesjährige Deutschland-Monitor in seinem Schwerpunkt die Frage »In welcher Gesellschaft wollen wir leben?« auf und untersucht zentrale Vorstellungen, Werte und Einstellungen der Bevölkerung.

Die gegenwärtigen multiplen Krisen, die in Gestalt von Pandemie, Klimawandel, Kriegshandlungen in der Ukraine und Nahost sowie weltweiter wirtschaftlicher Rezession aufgezogen sind, haben in verstärktem Maße Unsicherheit, soziale Ängste und Abwehrreflexe ausgelöst. Fraglich ist, wie sich dies in den Vorstellungen der Menschen über die von ihnen gewünschte Gesellschaft widerspiegelt.

Welche Gesellschaft wünschen sich also die Menschen in Deutschland? Welche tieferliegenden Grundhaltungen, Werte und Vorstellungen gibt es in der Gesellschaft? Welche Vorstellungen zum gesellschaftlichen Zusammenleben, zur Rolle des Staates und zur Ausgestaltung der Demokratie werden konsensuell oder breit in der Gesellschaft geteilt? Und bei welchen Aspekten zeigen sich hingegen divergierende oder gegensätzliche Vorstellungen? Lassen sich diese Unterschiede auf regionale, sozial-kulturelle oder sozialstrukturelle Faktoren zurückführen? Und in welchem Zusammenhang stehen jene gesellschaftlichen Ideale und Diagnosen mit politischen und gesellschaftlichen Einstellungen, etwa zur Praxis der Demokratie oder populistischen Einstellungen? Diese Fragen verbinden das diesjährige Schwerpunktthema mit dem langfristigen Fokus des Deutschland-Monitors. Dieser Fokus liegt insbesondere auf der Entwicklung der Bewertungen von Demokratie als Idee und Praxis, des Vertrauens in politische Akteure und öffentliche Institutionen, der Rückkopplung der politisch-administrativen Eliten an die Bevölkerung sowie des Inhalts und Umfangs (wohlfahrts) staatlicher Sicherung.

So ist es zentrale Aufgabe des Deutschland-Monitors,¹ jährlich die politischen und gesellschaftlichen Einstellungen in der gesamtdeutschen Bevölkerung zu untersuchen, um – zumindest perspektivisch² – die Beständigkeit und die Veränderungen dieser Einstellungen und Werthaltungen in Ost- und Westdeutschland empirisch zu analysieren.

Dabei steht neben individuellen Einflussfaktoren (u. a. Alter, Geschlecht, Bildung) im Deutschland-Monitor insbesondere auch die Frage im Zentrum, wie regionale Lebensumfelder (»Kontexte«) die gesellschaftlichen und politischen Einstellungen der Menschen beeinflussen. Dabei weist das Analyseraster über die standardmäßige Ost-West-Unterscheidung hinaus: So haben auch die Befunde des Deutschland-Monitors 2023 gezeigt, dass das vereinfachende Deutungsmuster einer schlichten Ost-West-Demarkation einem aktuellen empirischen Realitätstest nur bedingt standhält. Bestimmte Einstellungsmuster differieren stärker zwischen strukturschwachen und strukturstarken Regionen, zwischen städtischen und ländlichen Regionen. Das weist darauf, dass Regionen aufgrund ihrer spezifischen sozialräumlichen Beschaffenheit eine kulturell prägende Wirkung entfalten können. Gerade vor dem Hintergrund des im Grundgesetz verankerten Ziels, trotz der regionalen Vielfalt gleichwertige Lebensverhältnisse (Art. 72 Abs. 2 GG) sowie räumliche Gerechtigkeit zu sichern, ist diese Perspektive von hoher Relevanz.

Um gerade diese kleinräumigen Regionen in den Blick nehmen zu können, basiert der Deutschland-Monitor auf einer methodisch innovativen Anlage aus drei Erhebungen: erstens einer repräsentativen Befragung von ca. 4.000 Personen der deutschsprachigen Bevölkerung ab 16 Jahren, zweitens einer regionalen Vertiefungsstudie in zufällig ausgewählten strukturstarken und strukturschwachen Kreisen Ost- und Westdeutschlands, in denen weitere ca. 4.000 Interviews durchgeführt werden. Die Verknüpfung dieser Einstellungsdaten mit kreisbezogenen Strukturdaten erlaubt die vergleichende Untersuchung regionaler Bestimmungsgründe von politischen und gesellschaftlichen Einstellungen. Diese standardisierten Befragungen werden durch qualitative Fokusgruppeninterviews ergänzt. Diese dienen sowohl zur Validierung der Befragungsdaten als auch für ein tieferes Verständnis und damit eine bessere Interpretation der quantitativen Befragungsdaten.

- 1 Der Deutschland-Monitor geht auf eine Empfehlung der Kommission »30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit« (EK-Abschlussbericht 2020: 16) zurück und wird vom Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland gefördert. Er wird seit 2023 von einem Forschungskonsortium in einer zunächst dreijährigen Pilotphase durchgeführt (vgl. dazu ausführlich Holtmann et al. 2024 sowie die Website des Deutschland-Monitors, ↗ deutschland-monitor.info). Ziel dieser Pilotphase ist es, den neuen regionalisierten Ansatz mit verschiedenen inhaltlichen und methodischen Vorgehensweisen zu testen (↗ Kap. 2) und auf Basis einer Evaluation einen Vorschlag für eine langfristige methodisch-konzeptionelle sowie inhaltliche Anlage eines Deutschland-Monitors vorzuschlagen. Eine erste Auswertung des diesjährigen Schwerpunktthemas wurde im September 2024 im Bericht »Ost und West. Frei, vereint und unvollkommen« des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland veröffentlicht. Aufgrund einer finalen Datenbereinigung weichen die berichteten Ergebnisse in der hier vorliegenden Version teilweise minimal ab, ohne dass sich an den inhaltlichen Aussagen etwas ändert. Die vollständige Fassung des Kurzberichts ist unter ↗ deutschland-monitor.info/aktuelles/kurzbericht-2024-veroeffentlicht abrufbar.
- 2 Ziel ist es, aus den jährlich erhobenen Daten sukzessive eine Zeitreihe aufzubauen, die aussagekräftige Längsschnitt-Analysen ermöglicht.

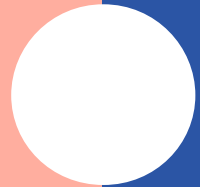
In Kapitel 2 wird dieses methodisch innovative Vorgehen durch die Kombination einer für Gesamtdeutschland repräsentativen Bevölkerungsbefragung, einer repräsentativen regionalen Vertiefungsstudie und der Fokusgruppeninterviews detailliert dargestellt und begründet (↗ Kap. 2).

Kapitel 3 widmet sich dem diesjährigen Schwerpunktthema »In welcher Gesellschaft wollen wir leben?«. Im Mittelpunkt steht zunächst die Sicht der Bürgerinnen und Bürger auf Werte, Zielvorstellungen und gesellschaftliche Merkmale, die sie für eine wünschenswerte Gesellschaft als wichtig erachten (↗ Kap. 3.1). Anschließend wird untersucht, wie bedeutend Freiheitsrechte für ein gutes Miteinander sind, wo deren Grenzen gesehen werden und wie gut diese Rechte in Deutschland in der Wahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger verwirklicht sind (↗ Kap. 3.2). In Kapitel 3.3 werden Präferenzen für verschiedene Gesellschafts- und Demokratiekonzepte analysiert, indem die Präferenzen für Freiheit, Gleichheit und Sicherheit untersucht werden (↗ Kap. 3.3). Darauf folgt eine Analyse des wahrgenommenen gesellschaftlichen Zusammenhalts (↗ Kap. 3.4). Abschließend werden die Vorstellungen einer gerechten Gesellschaft beleuchtet (↗ Kap. 3.5) und untersucht, welche Arten von Benachteiligungen in der Gesellschaft aus Sicht der Befragten abgebaut werden sollten (↗ Kap. 3.6).

Kapitel 4 analysiert die politischen Einstellungen zu Demokratie, Populismus und Extremismus in der Bevölkerung, um aktuelle Entwicklungen der politischen Kultur in Deutschland einzuordnen. Dies ist gerade vor dem Hintergrund der andauernden »Polykrise« (Tooze 2022) bedeutsam, da diese Krisenerfahrungen zu einer abnehmenden Zufriedenheit mit der spezifischen als auch generellen Unterstützung der Demokratie und ihrer zentralen Institutionen und Akteure führen können. In Kapitel 4.1 werden zunächst die Einstellungen zur Demokratie, das Vertrauen in zentrale politische und gesellschaftliche Institutionen und die Responsivitätswahrnehmung analysiert (↗ Kap. 4.1). Diese Erkenntnisse zur Unterstützung der Zufriedenheit mit dem aktuellen politischen System werden durch die Analyse der Verbreitung populistischer Einstellungen (↗ Kap. 4.2) und der Ungleichwertigkeitsvorstellungen im politischen und sozialen Bereich (↗ Kap. 4.3) komplementiert.

Neben der jährlichen Analyse der politischen Einstellungen ist es eine weitere zentrale Aufgabe des Deutschland-Monitors, grundsätzliche gesellschaftliche Einstellungen und Handlungsorientierungen zu untersuchen. In diesem Jahr liegt aufgrund des Schwerpunktthemas und der damit verbundenen Fragen (↗ Kap. 3) ein besonders starker Fokus auf diesem Themenkomplex gesellschaftlicher Orientierungen. In Ergänzung wird in Kapitel 5 zum einen das soziale und politische Engagement der Bürgerinnen und Bürger als Kernelement des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Demokratie untersucht (↗ Kap. 5.1). Zum anderen liegt ein besonderer Fokus auf den Einstellungen und Vorstellungen zur Rolle des Staates bei Lebensrisiken wie Krankheit und Alter (↗ Kap. 5.2). Zudem wird analysiert, in welchen Politikfeldern und Bereichen der Staat künftig verstärkt oder weniger stark investieren sollte (↗ Kap. 5.3) und ob Klimaschutz oder Wirtschaftswachstum als wichtiger angesehen werden (↗ Kap. 5.4). Diese Aspekte greifen zentrale gesellschaftliche Debatten und politische Kontroversen auf, beleuchten die Prioritäten der Bevölkerung und knüpfen an das Schwerpunktthema an. Kapitel 6 fasst die zentralen Befunde des diesjährigen Deutschland-Monitors zusammen (↗ Kap. 6).

2



Methodisches Vorgehen

2.0

Methodisches Vorgehen

Der Deutschland-Monitor 2024 unterteilt sich, wie auch bereits der Deutschland-Monitor 2023, in insgesamt drei Erhebungen: Zum einen wurden 2 standardisierte telefonische Befragungen separat voneinander mit dem gleichen Fragenprogramm durchgeführt. Diese beiden Befragungen sind die sogenannte **Haupterhebung**, eine deutschlandweite Repräsentativbefragung der deutschsprachigen Wohnbevölkerung ab 16 Jahren, sowie die **regionale Vertiefungserhebung** der gleichen Grundgesamtheit in ausgewählten Kreisen. Letztere bietet die Grundlage für das im Laufe des Deutschland-Monitors entstehende rollierende regionale Kreispanel. Dieses wird, ebenso wie die initiale regionale Vertiefungserhebung, näher erläutert (↗ Kap. 2.2). Zum anderen wurden diese quantitativen Erhebungen durch Fokusgruppendifkussionen in 4 ausgewählten Kreisen der regionalen Vertiefungserhebung ergänzt. Diese qualitative Betrachtung erlauben eine Kontextualisierung und externe Validierung der Ergebnisse (↗ Kap. 2.3).

Die Pilotphase von 2023 bis 2025 dient der methodischen Erprobung und Verfeinerung der Erhebungsmethoden. Neben der telefonisch basierten regionalen Vertiefungserhebung wurde diesbezüglich 2024 erstmals eine Online-Befragung auf Basis einer Stichprobe aus Einwohnermeldedaten für den regionalisierten Ansatz getestet. Diese parallelen Erhebungsansätze werden in einer separaten Veröffentlichung vergleichend analysiert, um den methodischen Rahmen künftiger Datenerhebungen weiter zu optimieren. Der vorliegende Bericht basiert daher allein auf den Daten der telefonischen Befragung sowie der Befragung der Fokusgruppen. Interessierte können jedoch alle Befragungsdaten des Deutschland-Monitors im interaktiven Datenportal des Deutschland-Monitors unter ↗ deutschland-monitor.info/data-exploration einsehen oder die Daten als Scientific Use File selbst analysieren.

2.1

Haupterhebung

Die Haupterhebung des Deutschland-Monitors 2024 bildet, wie bereits im vorherigen Jahr, das Kernstück der Studie mit dem Ziel, ein möglichst nahes Abbild der Einstellungen der deutschsprachigen Bevölkerung ab 16 Jahren im gesamten Bundesgebiet zu erhalten. Diese Befragung ist als querschnittliche Erhebung konzipiert, um die Lebensverhältnisse, Einstellungen und die Wahrnehmung der Gesellschaft im Jahr 2024 zu erfassen.

2.1.1

Feldphase der Haupterhebung

Die Haupterhebung für den Deutschland-Monitor 2024 wurde mittels computergestützter Telefoninterviews (CATI) durch das Feldinstitut forsa im Zeitraum vom 18. April 2024 bis zum 24. Mai 2024 durchgeführt.

Aufgrund der sinkenden Erreichbarkeit von Personen über das Festnetz sowie der weiten Verbreitung sogenannter Mobile-Only-Haushalte, die ausschließlich über das Mobilfunknetz erreichbar sind, wurde die Haupterhebung des Deutschland-Monitors 2024 als Dual-Frame-Erhebung bestehend aus einer Festnetz- und einer Mobilfunkstichprobe konzipiert. Der Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute (ADM) empfiehlt seit dem Forschungsbericht der Arbeitsgruppe Dual-Frame-Ansätze aus dem Jahr 2012 ein Mischverhältnis von Festnetz- zu Mobilfunkstichprobe von 70/30 (der Nettofallzahl) auf der Grundlage des kosteneffizienten Schätzers (ADM 2012). Auch wenn neuere Literatur wie beispielsweise Sand (2018) oder Strippel und Emmer (2021) aufgrund der Änderungen des Telekommunikationsverhaltens seit der Veröffentlichung dieses Berichtes einen höheren Mobilfunkanteil nahelegen, wurde bei der Empfehlung des ADM verblieben, da ein höherer Mobilfunkanteil auch einen Einfluss auf die Feldzeit gehabt hätte und somit neben einer längeren Feldzeit zusätzlich mit höheren Kosten verbunden gewesen wäre. Gerade im Hinblick auf die stark rückläufigen Ausschöpfungsquoten bei Mobilfunkstichproben, die sich unter anderem auch durch das geänderte Mobilfunkverhalten und die technischen Möglichkeiten begründen (Bucher und Sand 2022) ist es daher fraglich, ob ein höherer Mobilfunkanteil von Vorteil gewesen wäre. Für spätere Erhebungen des Deutschland-Monitors wird jedoch eine Erhöhung des Mobilfunkanteils in Erwägung gezogen.

Insgesamt wurden im Hauptfeld 3.986 Interviews über Festnetz und Mobilfunk im Zeitraum vom 18. April bis zum 24. Mai 2024 geführt. Die nach den Vorgaben der American Association of Public Opinion Research (AAPOR) berechnete Response Rate (1) lag in der Haupterhebung bei 11,3 für die Befragung über Festnetz und bei 12,7 bei der Befragung über das Mobilfunknetz. Diese Ausschöpfungsraten lagen somit leicht unterhalb der Realisierungsraten aus 2023 (Festnetz 2023: 12,4; Mobilfunk 2023: 13,1).

Eine genauere Beschreibung des Feldverlaufs, der Berechnung der Ausschöpfungsrate sowie deren Einordnung befindet sich im Kapitel »Methodik und Analysen« (→ Kap. 7).

2.1.2

Gewichtung der Haupterhebung

Die Hauptstudie des Deutschland-Monitors 2024 basiert auf einer Zufallsstichprobe für telefonische Befragungen. Jedoch handelt es sich nicht um eine einfache Zufallsauswahl, sondern um eine (mehrstufige) komplexe Ziehung, bei der befragte Personen eine unterschiedliche Auswahlwahrscheinlichkeit haben. Um dies zu kompensieren und nach Möglichkeit unverzerrt schätzen zu können, ist eine Designgewichtung notwendig.

Hinzu kommt, dass es im Zuge der Erhebung immer zu (systematischen) Antwortausfällen kommt, die sich zumindest teilweise anhand bestimmter soziodemografischer Merkmale begründen lassen. Zur Reduktion des Einflusses der Antwortausfälle auf die Ergebnisse der Erhebung wurde daher zusätzlich ein Anpassungsgewicht für jede Person berechnet, in Abhängigkeit davon, ob diese zu einer Personengruppe gehört, die in der Erhebung unter- oder überrepräsentiert ist.

Beide Gewichte wurden für die Hauptstudie des Deutschland-Monitors berechnet. Im Fall der Anpassungsgewichtung wurde dabei auf die Verteilung nach Alter, Geschlecht, des höchsten schulischen Abschlusses und auf die regionale Verteilung nach Bundesland angepasst. Zuletzt wurde ein gemeinsames Gewicht als Produkt beider Gewichte errechnet. Eine detaillierte Beschreibung des Vorgehens befindet sich in Kapitel 7 (↗ Kap. 7.4).

2.2

Regionale Vertiefung

Die regionale Vertiefungserhebung ist ein zentrales und innovatives Merkmal des Deutschland-Monitors und dient der Betrachtung der Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Einstellungen auf regionaler Ebene. Von besonderem Interesse ist, wie sich die Kontexte in kreisfreien Städten bzw. Landkreisen auf die Wahrnehmungen und Einstellungen der Bevölkerung auswirken. Dafür fokussiert sich der Deutschland-Monitor seit der Erhebung 2023 auf die Entwicklung in strukturstarken und -schwachen Regionen, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede auf der regionalen Ebene besser beurteilen zu können. Dazu wurde ein mehrdimensionaler Indikator (↗ Kap. 2.2.1) zur Messung der Prosperität, Teilhabe und Infrastruktur (ILTIS) in einem Kreis entwickelt, um auf dieser Basis strukturstarke und -schwache Kreise zu identifizieren, aus denen die Regionen für die regionale Vertiefungserhebung ausgewählt werden.

2.2.1

Indikatoren lokaler Prosperität, Teilhabe und Infrastruktur (ILTIS)

Um die Mehrdimensionalität der Prosperität einer Region besser erfassen zu können, wurde für den Deutschland-Monitor der Index ILTIS (Indikatoren lokaler Prosperität, Teilhabe und Infrastruktur) erarbeitet (↗ Abb. 1; vgl. ausführlich Holtmann et al. 2024). Ein wichtiger Fokus im Kontext des Deutschland-Monitors ist die Abkehr von einem vermeintlich einfachen Vergleich von ost- und westdeutschen Bundesländern hin zu einem Vergleich der Regionen in Relation zu deren (geografischem) Umfeld. Daher werden die ILTIS-Indikatoren separat für alte und neue Bundesländer berechnet.³

³ Die drei Stadtstaaten Berlin, Hamburg und Bremen sind in der deutschlandweiten repräsentativen Befragung enthalten; in der regionalen Vertiefungsstudie in den Landkreisen und kreisfreien Städten wurden sie aufgrund ihrer besonderen Struktur hingegen nicht berücksichtigt.

Abb. 1

Dimensionen und Variablen von ILTIS

Hauptdimensionen		Subdimensionen und Operationalisierung	
Teilhabe und Infrastruktur	Prosperität	Arbeitsmarkt <ul style="list-style-type: none">- Beschäftigtenquote- SGB II-/SGB XII-Quote- Pendlersaldo	Versorgungsinfrastruktur <ul style="list-style-type: none">- Ärzte je 10.000 Einwohner- Wohnungsnahe Grundversorgung Supermarkt- Breitbandversorgung- Kommunale Schulden
		Quantitative Subdimension: Bevölkerungs-Entwicklung <ul style="list-style-type: none">- Gesamtwanderungssaldo (Median 10 Jahre)- Berufseinstiegswanderer (Median 10 Jahre)	Qualitative Subdimension <ul style="list-style-type: none">- Schulabgänger ohne Abschluss
Entwicklung Humankapital			
wirtschaftliche Outcome-Indikatoren		Regionale Aggregatebene <ul style="list-style-type: none">- Bruttoinlandsprodukt je Einwohner- Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen Tertiärer Sektor	Mikroebene <ul style="list-style-type: none">- Haushaltseinkommen- Medianeinkommen

Die Aufteilung nach Einzelindikatoren sowie Hauptdimensionen ist in Abbildung 1 nachvollziehbar. Aus dieser Darstellung wird ersichtlich, dass die Beurteilung der Prosperität einer Region anhand der Dimensionen Teilhabe und Infrastruktur, Entwicklung des Humankapitals und wirtschaftliche Outcome-Indikatoren vorgenommen wird.

Die dazugehörigen Subdimensionen berechnen sich anhand unterschiedlicher Variablen auf Kreisebene. Diese entstammen den Statistiken des Bundesinstituts für Bau- und Stadt- und Raumplanung (BBSR), die auf der INKAR-Datenbank abzurufen sind. Die Daten des BBSRs werden entsprechend aufbereitet und unter der Verwendung des sogenannten Min-Max-Verfahrens auf einen (möglichen) Wertebereich zwischen 0 und 6 normiert. Eine detaillierte Beschreibung des Vorgehens und der verwendeten Daten des BBSRs findet sich im Kapitel »Methodik und Analysen« ([↗ Kap. 7.6](#)).

Rund 34 Jahre nach der Wiedervereinigung unterscheiden sich Ost- und Westdeutschland nach diesen ILTIS-Indikatoren zum Teil immer noch deutlich. Zur Einordnung von Kreisen hoher, mittlerer und niedrigerer Prosperität wurde daher die Verteilung dieses Gesamtindex getrennt nach Ost- und Westdeutschland betrachtet. Abweichend von der oftmals verwendeten einfachen Unterscheidung zwischen alten und neuen Bundesländern wird bei der Einteilung der Prosperität ein neuer Ansatz gewählt. Da es sich in den Jahren 2023 bis 2025 um eine Pilotphase des Deutschland-Monitors handelt, wird erprobt, ob die relative Prosperität eines Kreises möglicherweise aussagekräftiger ist als die Lage in Ost- bzw. Westdeutschland. Um dies zu ermöglichen, muss die Prosperität jedoch in Relation zur Prosperität des jeweiligen Bundesgebietes betrachtet werden, um mögliche Unterschiede aufgrund des absoluten Niveaus der beiden Gebiete als Störgröße auszuschließen. Aus diesem Grund wurden für die Einordnung der Prosperität für die regionale Vertiefungsstichprobe auch Berlin, Hamburg und Bremen ausgeschlossen, da diese aufgrund ihrer Stellung als Bundesland und Gemeinde das Bild verzerren würden.

Die Zuordnung zu Kreisen hoher und niedriger Prosperität erfolgte anhand der Perzentilgrenzen. Kreise, deren Wert des Gesamtindex zu den untersten 20 Prozent der Verteilung gehören (getrennt nach Ost und West), wurden den Kreisen mit niedriger Prosperität zugeordnet. Kreise, die einen Gesamtindex oberhalb der 80 Prozent der Verteilung hatten, werden als Kreise mit hoher Prosperität bezeichnet. Die mittleren 60 Prozent sind entsprechend Kreise mittlerer Prosperität. Dieses im Jahr 2023 entwickelte Vorgehen wurde nunmehr repliziert und die Indikatoren wurden basierend auf aktualisierten Daten für das Jahr 2024 erneut berechnet. Daher ergibt sich, dass die Kreiseinteilung in 2023 und 2024 teilweise unterschiedlich ist.

Die Verteilung der Prosperität nach Kreisen gemessen nach ILTIS wird in den folgenden Übersichtskarten für Deutschland in den Jahren 2023 und 2024 gegenübergestellt ([↗ Abb. 2](#)).

2.2.2

Aufbau des rollierenden Kreispanels

Die ILTIS-Indikatoren dienen im Rahmen der regionalen Vertiefungsstudie dazu, ein besseres Verständnis zu bekommen mit Blick auf den Zusammenhang zwischen der Region, aus der eine Person stammt, und dem Antwortverhalten, den Einstellungen und Meinungen dieser Person. Die Grundfrage lautet insofern, welche Bedeutung der kleinräumige Kontext, in dem die Menschen leben, für ihre politischen Einstellungen und Wahrnehmungen hat. Inwieweit prägen also die Strukturmerkmale dieser kleinräumiger Lebenswelten, d.h. ihre ökonomischen, infrastrukturellen, sozialstrukturellen und demografischen Bedingungen, die Bewertung politischer und gesellschaftlicher Sachverhalte und Vorgänge? Der Deutschland-Monitor untersucht, wie sich die Einstellungen und Wahrnehmungen zwischen stark prosperierenden Kreisen und jenen mit geringer Prosperität unterscheiden.

Darüber hinaus ist auch das Zusammenspiel zwischen der Entwicklung einer Region und den Einstellungen und Meinungen der Befragten von erheblichem Interesse. Um genau diese Punkte besser beobachten und messen zu können, wurde mit der Neuauflage des Deutschland-Monitors im Jahr 2023 das rollierende Kreispanel eingeführt.

Die Idee des rollierenden Kreispanels ist zunächst die Verfolgung mehrerer Kreise über einen längeren Zeitraum. Gleichzeitig soll gewährleistet werden, dass Fehlschlüsse über den Einfluss der Prosperität auf Einstellungen und Meinungen von Befragten aufgrund der Eigenheiten bestimmter Regionen möglichst geringgehalten werden. Daher wird ein Vorgehen verfolgt, wie es in der Übersicht in Abbildung 3 dargestellt ist.

Das rollierende Kreispanel folgt jedem ausgewählten Kreis über den Zeitraum von drei Jahren. Mit jedem Jahr der Erhebung des Deutschland-Monitors werden neue Kreise für den gleichen Zeitraum aus der Menge der zum Zeitpunkt der Ziehung noch nicht im Kreispanel vorhandenen Kreise ausgewählt. Dieses Vorgehen wird für jedes Jahr des Deutschland-Monitors fortgesetzt. Somit kommen ständig neue Kreise in die regionale Betrachtung, während Kreise, die über 3 Jahre befragt wurden, wieder in die Auswahlgrundlage für zukünftige Ziehungen zurückwandern. Wichtig ist bei diesem Vorgehen, dass nicht die Befragten selbst, sondern lediglich die Kreise für die Dauer von drei Jahren durchgehend befragt werden. Von Jahr zu Jahr wird also innerhalb der ausgewählten Kreise jeweils eine neue Stichprobe gezogen.

Da der Vergleich der Unterschiede von Kreisen mit hoher und geringer Prosperität von Bedeutung ist, wird für das rollierende Kreispanel eine geschichtete Zufallsauswahl der Kreise gezogen. 4 Schichten sind dabei relevant. Die Trennung erfolgt nach hoher und geringer Prosperität sowie nach Ost- und Westdeutschland. Dadurch befinden sich (ab 2024) in jedem Jahr je drei Kreise mit hoher und niedriger Prosperität jeweils in Ost- und Westdeutschland in der regionalen Vertiefung (insgesamt 12 Kreise).

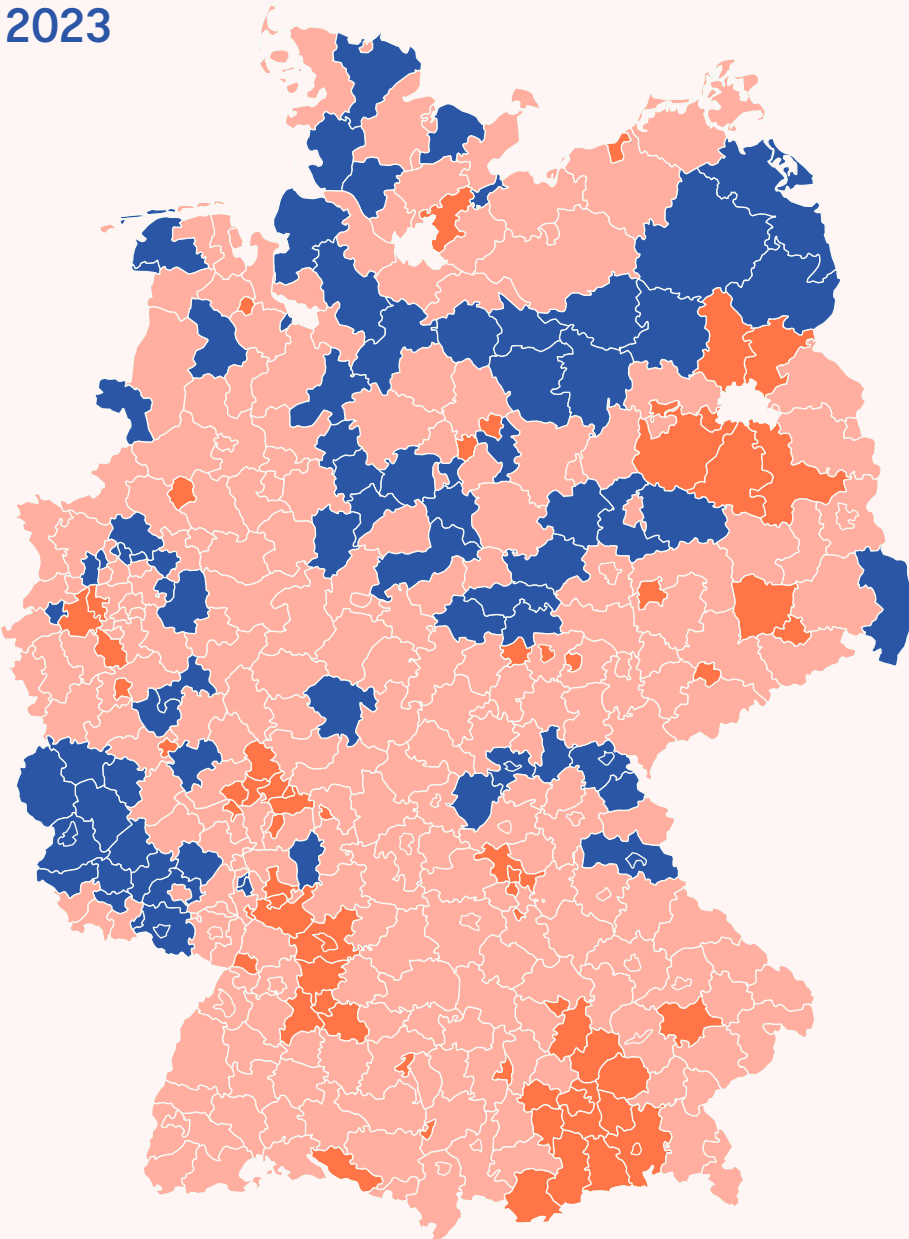
Die Auswahl der Kreise erfolgt mit einer Wahrscheinlichkeit proportional zur Höhe des ILTIS-Gesamtindex innerhalb der jeweiligen Schicht. Die Ziehung der Kreise erfolgt unter der Verwendung des Cox-Algorithmus⁴ für kontrolliertes Runden (Cox 1987).

⁴ Der Deutschland-Monitor 2023 wich von dem Vorgehen des rollierenden Kreispanels leicht ab. Während in jedem künftigen Erhebungsjahr 4 Kreise neu gezogen werden, wurden, um Vergleiche besser zu ermöglichen, initial 8 Kreise ausgewählt.

Abb. 2

Kreise nach Prosperität

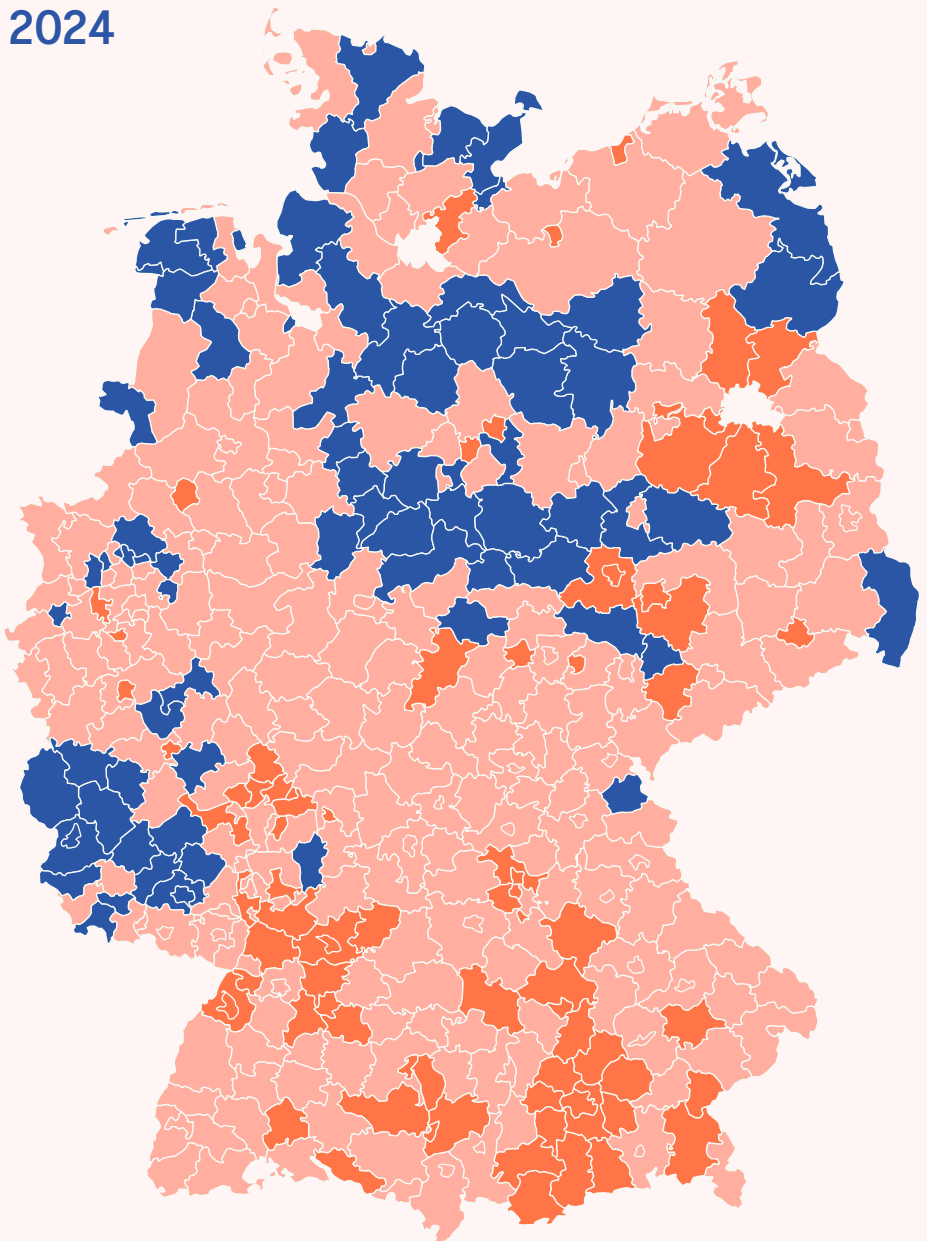
2023



Einordnung 20/80

- geringe Prosperität
- mittlere Prosperität
- hohe Prosperität

2024



Einordnung 20/80
● geringe Prosperität
● mittlere Prosperität
● hohe Prosperität

Innerhalb jedem dieser Kreise wurde mit einer Stichprobengröße von 333 Befragten geplant, sodass für die regionale Vertiefungserhebung über alle 4 Schichten hinweg ca. 4.000 Personen befragt wurden.

2.2.3

Stichprobenziehung der regionalen Vertiefungserhebung

Auch für die Vertiefungserhebung wurde als Befragungsmodus eine CATI-Befragung gewählt. Das Problem bei regionalen CATI-Befragungen besteht jedoch darin, dass Mobilfunkstichproben nahezu nicht möglich sind, da sich Mobilfunknummern im Gegensatz zu Festnetzanschlüssen anhand ihrer Systematik nicht einer geografischen Region zuordnen lassen (Sand 2015). Daher basiert die regionale Vertiefung auf einer reinen Festnetzstichprobe.

Die Befragung erfolgte zwischen dem 23. Mai und dem 21. Juni 2024. Innerhalb der regionalen Vertiefungserhebung wurden dabei 3.999 Interviews insgesamt in 12 kreisfreien Städten und Landkreisen geführt. 8 dieser Kreise waren bereits Teil der regionalen Vertiefung des Deutschland-Monitors 2023. Die Ausschöpfung berechnet nach AAPOR-Standard (AAPOR RR1) lag in dieser Erhebung bei 10,6 und war somit um mehr als 2 Punkte geringer als 2023 (AAPOR RR1 2023: 12,9). In Kapitel 7.3 findet sich eine genauere Beschreibung des Feldverlaufs ([↗ Kap. 7.3](#)).

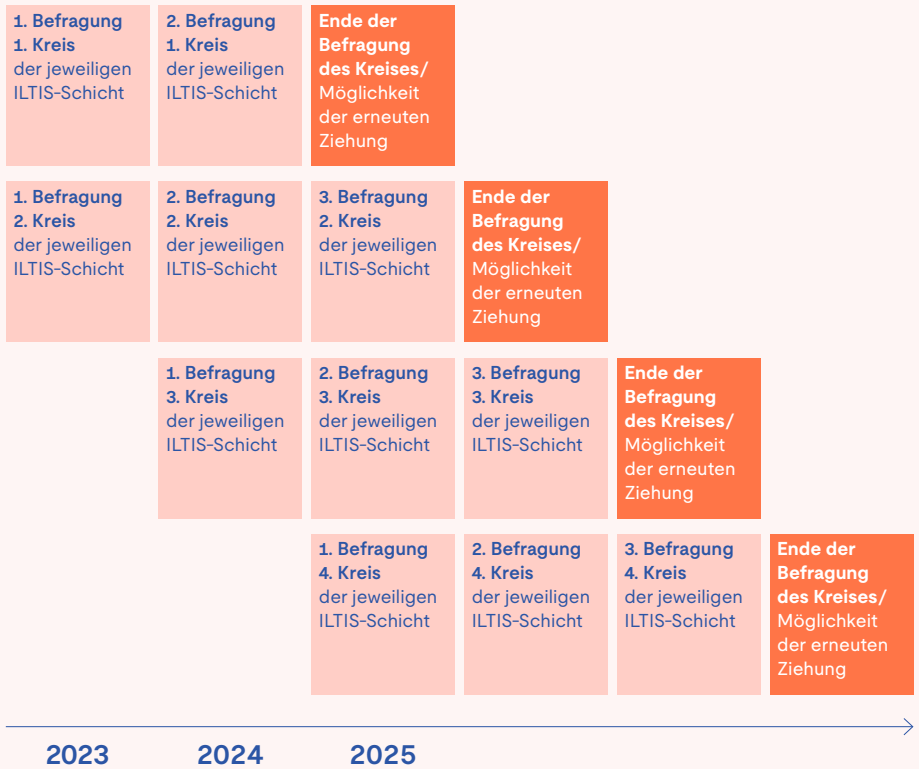
Wie in Abbildung 3 dargestellt, kamen 4 der Kreise neu hinzu. Dadurch wurden jeweils drei Kreise innerhalb der Schichten niedrige Prosperität Ostdeutschland, niedrige Prosperität Westdeutschland, hohe Prosperität Ostdeutschland und niedrige Prosperität Westdeutschland befragt.

2.2.4

Gewichtung der regionalen Vertiefungserhebung

Die regionale Vertiefungserhebung des Deutschland-Monitors 2024 basiert auf einer Zufallsstichprobe für telefonische (Festnetz-) Befragungen. Auch wenn die Rufnummern uneingeschränkt zufällig gezogen wurden, handelt es sich nicht um eine einfache Zufallsauswahl, sondern um eine (mehrstufige) komplexe Ziehung, bei der befragte Personen eine unterschiedliche Auswahlwahrscheinlichkeit haben. Grund dafür ist, dass man über eine Festnetznummer in erster Instanz einen Haushalt erreicht, der mehrere Personen umfassen kann, und dass ein Haushalt über mehrere Rufnummern erreichbar sein kann. Um dies zu kompensieren und nach Möglichkeit unverzerrt schätzen zu können, ist eine Designgewichtung notwendig.

Abb. 3
Rollierendes Kreispanel



Tab. 1
Kreiseinteilung nach ILTIS-Schicht der regionalen Vertiefung

	Hohe Prosperität	Geringe Prosperität
Westdeutschland	Wiesbaden, Stadt Augsburg, Stadt* Landkreis Neu-Ulm**	Duisburg, Stadt Landkreis Birkenfeld Delmenhorst, Stadt**
Ostdeutschland	Landkreis Dahme-Spreewald Weimar, Stadt* Landkreis Potsdam-Mittelmark**	Landkreis Prignitz Salzlandkreis Landkreis Wittenberg**

Für die Kreise, die bereits im Deutschland-Monitor 2023 befragt wurden, ist die Kreiseinteilung basierend auf den Daten von 2023 angegeben. Bei den mit »*« gekennzeichneten Kreisen unterscheidet sich die Kreiseinteilung zwischen 2023 und 2024. Die entsprechenden Kreise weisen basierend auf den Daten von 2024 nun eine mittlere Prosperität auf. Kreise mit der Kennzeichnung »**« sind 2024 neu hinzugekommen.

Hinzu kommt, dass es im Zuge der Erhebung immer zu (systematischen) Antwortausfällen kommt, die sich zumindest teilweise anhand bestimmter soziodemografischer Merkmale begründen lassen. Wie für die Haupterhebung auch, wurde ein Anpassungsgewicht für jede Person berechnet, in Abhängigkeit davon, ob diese zu einer Personen­gruppe gehört, die in der Erhebung unter- oder überrepräsentiert ist. Aus den Designgewichten und Anpassungsgewichten für die regionale Vertiefungsstichprobe wurde zudem ein gemeinsames Gewicht als Produkt beider Gewichte errechnet. Eine detaillierte Beschreibung des Vorgehens befindet sich im Kapitel » Gewichtung des Hauptfelds« (↗ Kap. 7.4).

2.3 Fokusgruppendifkussionen

Die dritte Komponente der Datenerhebung für den Deutschland-Monitor – neben der repräsentativen Bevölkerungsbefragung und der regionalen Vertiefungsstudie – sind Fokusgruppendifkussionen. Im September 2024 wurden insgesamt 4 Fokusgruppendifkussionen an ausgewählten Standorten in Kreisen der Vertiefungsstudie durchgeführt.⁵ Ziel der Fokusgruppendifkussionen ist eine Vertiefung und Ergänzung der Befunde der standardisierten Befragungen.

Bei der Auswahl der Standorte wurden zu gleichen Teilen ost- und westdeutsche sowie strukturstarke und strukturschwache Kreise berücksichtigt. Die teilnehmenden Personen stammen aus Orten unterschiedlicher Größenklassen innerhalb eines Landkreises (von Dorf bis mittlere Stadt) bzw. aus unterschiedlichen Stadtteilen der einbezogenen kreisfreien Stadt. Der qualitative Teil umfasste dabei eine Auswahl von 32 Personen, die nach den soziodemografischen Merkmalen Alter, Bildung und Geschlecht rekrutiert wurden. Die durchschnittliche Dauer der Fokusgruppendifkussionen betrug 120 Minuten.

Die Moderatorinnen und Moderatoren der Fokusgruppendifkussion wendeten eine offene Methode an, bei der die Teilnehmenden das Schwerpunktthema des diesjährigen Deutschland-Monitors (u. a. ihre persönlichen Vorstellungen einer idealen Gesellschaft) diskutieren konnten. Im Gespräch wurden zu verschiedenen Themenfeldern des Schwerpunktes Zielvorstellungen, wahrgenommene Problemlagen, deren Ursachen sowie mögliche Lösungsansätze diskutiert. Vertieft wurden u. a. der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland, die Presse- und Meinungsfreiheit oder die Verantwortung politischer Akteure. Dabei entstand eine Mind-Map, die die entsprechenden Sichtweisen zu zentralen gesellschaftlichen Streitfragen abbildet. Zusätzlich wurden ausgewählte quantitative Befragungsergebnisse der Haupterhebung als Impulse in die Diskussion eingebracht (INFO 2024, 3). Die Auswertung der Interviews erfolgte im Rahmen einer zusammenfassenden Inhaltsanalyse durch das durchführende Institut. Der vollständige Ergebnisbericht ist auf der Homepage des Deutschland-Monitors einsehbar.⁶

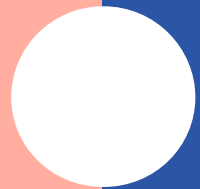
⁵ Die Diskussionsstandorte waren: Neu-Ulm (Bayern), Potsdam-Mittelmark (Brandenburg), Wittenberg (Sachsen-Anhalt), Delmenhorst (Niedersachsen).

⁶ ↗ deutschland-monitor.info/ergebnisbericht-fokusgruppen-2024

Für die Gesamterhebung wird ein explanativ-sequenzielles Design angewendet. Die Durchführung der Fokusgruppendifkussionen erfolgte also nach der Erhebung der diesjährigen Umfragedaten. Die Fokusgruppendifkussionen ermöglichen es dabei, ein besseres Verständnis für die Hintergründe der erhobenen Einstellungsdaten zu gewinnen, indem sie individuelle Erfahrungen, Argumentationslinien und Abwägungen der Teilnehmenden offenlegen. Dies stützt die Interpretation der quantitativ gewonnenen Daten (Blatter et al. 2018, 81). Der Moderationsleitfaden wurde dazu zielgerichtet mit den ersten Auswertungen der standardisierten Befragung abgestimmt. Weiterhin helfen die Fokusgruppendifkussionen dabei, die sogenannte interne Validität der im Fragebogen angewendeten Items zu prüfen. Anders gesagt: Die Diskussionen zeigen, ob die standardisierte Befragung auch das misst, was sie messen soll. Fokusgruppendifkussionen können zudem Hinweise auf unerwartete Zusammenhänge geben, die in der Folge eine zielgerichtete Auswertung der Umfragedaten ermöglichen.

Im vorliegenden Hauptbericht werden die Befunde, Sichtweisen und Wahrnehmungen aus den Fokusgruppendifkussionen in die quantitativen Befragungsergebnisse eingebettet und dienen der Illustration und Validierung an den entsprechenden Stellen. Interpretationsangebote zu den quantitativen Befragungsdaten speisen sich – neben theoretischen Ansätzen aus dem Forschungsdiskurs – ebenfalls aus den Fokusgruppendifkussionen.

3



In welcher
Gesellschaft
wollen
wir leben?

3.0

In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Vorstellungen, Werte und Bewertungen

Das Schwerpunktthema des Deutschland-Monitors 2024 lautet »In welcher Gesellschaft wollen wir leben?«.⁷ Welche Gesellschaft wünschen sich also die Menschen in Deutschland? Welche tieferliegenden Grundhaltungen, Werte und Vorstellungen gibt es in der Gesellschaft? Welche Vorstellungen zum gesellschaftlichen Zusammenleben und von einer gerechten Gesellschaft werden konsensuell oder breit in der Gesellschaft geteilt? Und bei welchen Aspekten zeigen sich gegensätzliche Vorstellungen und konfligierende Wünsche? Ein Kennzeichen unserer freien und pluralistischen Gesellschaft ist, dass die Menschen unterschiedliche Vorstellungen und Wertorientierungen haben. Und gleichzeitig ist es wichtig, dass es in der Gesellschaft über zentrale Prinzipien und Werte einen Grundkonsens gibt. Die gegenwärtigen multiplen Krisen, die in Gestalt von Pandemie, Klimawandel, Kriegshandlungen in der Ukraine und in Nahost und weltweiter wirtschaftlicher Rezession aufgezogen sind, haben in verstärktem Maße Unsicherheit, soziale Ängste und Abwehrreflexe ausgelöst. Fraglich ist, wie sich dies in den Vorstellungen der Menschen über die von ihnen gewünschte Gesellschaft widerspiegelt. Die Jubiläen »75 Jahre Grundgesetz« und »35 Jahre Friedliche Revolution« bieten zudem einen Anlass, um die Akzeptanz und Relevanz von ausgewählten im Grundgesetz verankerten Grundrechten und die in der Bevölkerung wahrgenommene Verfassungsrealität zu untersuchen.

Ausgangspunkt ist die Perspektive der Bürgerinnen und Bürger selbst auf die Frage, in welcher Gesellschaft sie leben wollen und welche Bedeutung entsprechend gesellschaftlich verbreitete Zielvorstellungen, Werte und gesellschaftliche Charakteristika haben (↗ Kap. 3.1). In Kapitel 3.2 steht darauf aufbauend die Frage im Zentrum, welchen Stellenwert die Bürgerinnen und Bürger einzelnen Freiheitsrechten als Grundlage für ein gutes gesellschaftliches Miteinander einräumen, wo sie die Grenzen dieser Rechte sehen und wie gut sie diese Rechte aktuell in Deutschland in der Praxis als erfüllt ansehen (↗ Kap. 3.2). In Kapitel 3.3 werden die Präferenzen für unterschiedliche Gesellschaftsentwürfe und Demokratiekonzepte analysiert, indem die Befragten gebeten wurden, die zentralen Werte Freiheit, Gleichheit und Sicherheit gegeneinander abzuwägen (↗ Kap. 3.3). Die soziale Gemeinschaft ist ein zentraler Anker der gewünschten Gesellschaft. Um etwas über den aktuellen Zustand und die Bewertung des gesellschaftlichen Zusammenhalts zu erfahren, wurden die Bürgerinnen und Bürger zum aktuellen Zustand eines gesellschaftlichen Wir-Gefühls befragt (↗ Kap. 3.4). In Kapitel 3.5 stehen die Vorstellungen von einer gerechten Gesellschaft im Zentrum (↗ Kap. 3.5). Darauf folgen in Kapitel 3.6 die Einstellungen darüber, welche Benachteiligungen in der Gesellschaft abgebaut werden sollen (↗ Kap. 3.6). Eine weitere wichtige Dimension der gewünschten Gesellschaft sind die Vorstellungen zur Rolle des Staates (↗ Kap. 5.2 + Kap. 5.3).

⁷ Bei diesem Kapitel handelt es sich um eine erweiterte Fassung des im Bericht »Ost und West. Frei, vereint und unvollkommen« des Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland veröffentlichten Kurzberichts des Deutschland-Monitors 2024. Aufgrund einer finalen Datenbereinigung weichen die berichteten Ergebnisse in der hier vorliegenden Version teilweise minimal, aber nicht substantiell ab.

3.1

Vorstellungen von einer gewünschten Gesellschaft

Um zu erfassen, was für die Bürgerinnen und Bürger eine gute Gesellschaft ausmacht, wurden sie zunächst gefragt, in welcher Gesellschaft sie selbst leben wollen und welche Bedeutung für sie bestimmte Zielvorstellungen, Werte und gesellschaftliche Merkmale haben. Die Antworten im Rahmen der Bevölkerungsbefragung zeigen einen breit geteilten Konsens in Bezug auf zentrale Elemente: So sind für nahezu alle Bürgerinnen und Bürger das Gebot der Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern und gleiche Chancen im Leben wesentliche Grundlagen für das gesellschaftliche Zusammenleben. Die Zustimmung beträgt hierfür 95 bzw. 92 Prozent (↗ Abb. 4). Auch das friedliche Zusammenleben unterschiedlicher Religionen findet sehr hohe Zustimmung in der Bevölkerung (89 Prozent), wie das folgende Zitat einer Teilnehmenden in den Fokusgruppen exemplarisch zeigt:

»Ich wünsche mir eine Gesellschaft mit guter Akzeptanz und auch religionsmäßig. So dass alle akzeptiert werden, egal mit welchen Schwächen, Hindernissen etc. und Kulturen.«
(w, 16–25 J., LK Potsdam-Mittelmark, O-HP)⁸

Neben diesen kraft Verfassung verbürgten Grundrechten haben zentrale Normen sozialen Handelns und gesellschaftlicher Anerkennung große Bedeutung, wie ein gelebtes soziales Miteinander (89 Prozent) und die Gewähr sozialer Gerechtigkeit (86 Prozent). Das erhärtet auch die Analyse der Gruppendiskussionen: In allen Gruppen war die Zielvorstellung eines »guten gesellschaftlichen Miteinanders und Zusammenlebens« gedanklich präsent, welches geprägt sein sollte von Respekt, Toleranz, Akzeptanz, Fairness, Solidarität und Empathie (INFO 2024, 8) (↗ Kap. 3.4). Auch das Leistungsprinzip wird von einem hohen Anteil der Bevölkerung als wesentliches Element einer gewünschten Gesellschaft genannt (81 Prozent) (↗ Kap. 3.1).

Insgesamt werden diese zentralen Zielvorstellungen und Normen somit weitgehend konsensuell geteilt. So spricht sich jeweils nur ein sehr geringer Anteil von 2 bis 4 Prozent dagegen aus. Die Befunde werfen damit ein wichtiges Licht auf die Frage nach gesellschaftlich geteilten Grundwerten hierzulande. Im Gegensatz zur verbreiteten gesellschaftlichen Wahrnehmung einer großen Unterschiedlichkeit und Polarisierung, zeigt sich hier ein wichtiges Fundament an Werten und Zielvorstellungen, die von einer breiten Mehrheit der Menschen geteilt und anerkannt werden. Jener Konsens als »nicht-kontroverser Sektor« (Fraenkel 1964; vgl. auch Rohe 1990) des Politischen trägt wesentlich zur Stabilität des Gemeinwesens bei.

⁸ Die Abkürzung kennzeichnet die jeweilige Prosperitätsgruppe im rotierenden Kreispanel. O-HP: Ost, hohe Prosperität; O-NP: Ost, niedrige Prosperität; W-HP: West, hohe Prosperität; W-NP: West, niedrige Prosperität. Vgl. dazu ausführlich Kapitel 2.2.

Jenseits dieser weitgehend konsensuell verbreiteten Vorstellungen von einer gewünschten Gesellschaft zeigen sich jedoch bei Fragen, die gegenwärtig als globale Herausforderungen kontrovers diskutiert werden, erwartungsgemäß unterschiedliche Vorstellungen in der Bevölkerung. Zwar bejahen die Bürgerinnen und Bürger mehrheitlich, dass sie »klimaneutral« (57 Prozent) und in einer Gesellschaft leben wollen, in der »Zuwanderung als Chance begriffen wird« (56 Prozent). Auch lehnen jeweils nur kleinere Anteile (16 bzw. 14 Prozent) diese Erwartungshaltung entschieden ab. Aber bezüglich einer klimaneutralen Lebensgestaltung und einer grundsätzlichen Offenheit in der Migrationsfrage äußern sich immerhin $\frac{1}{4}$ bzw. ein knappes $\frac{1}{3}$ aller Befragten unentschieden (➔ Abb.4).

Den Fokustruppendiskussionen zufolge wird der Themenkomplex Migration und Integration standort- und schichtenübergreifend als sich verschärfende gesellschaftliche Herausforderung wahrgenommen. So wurden von den Teilnehmenden Ängste vor Gewaltkriminalität, die Angst um Akzeptanz westlich-emanzipatorischer Errungenschaften, u. a. die Gleichberechtigung der Geschlechter, sowie wahrgenommene Verteilungskämpfe zwischen Zugewanderten und Eingesessenen als Gründe für ihre ambivalente Haltung zu Migration genannt (INFO 2024, 35).

Unterschiede in den Vorstellungen von einer wünschenswerten Gesellschaft zeigen sich in Bezug auf die Bildungsabschlüsse: So sprechen sich formal höher Gebildete häufiger für ein klimaneutrales Leben aus und begreifen Zuwanderung häufiger als Chance (66 bzw. 69 Prozent). Zudem bestehen teils signifikante Ost-West-Differenzen: Der Wunsch nach Klimaneutralität und nach europäischer Integration sowie die Offenheit für Zuwanderung sind in Westdeutschland stärker ausgeprägt als in Ostdeutschland. Diese Ost-West-Unterschiede zeigen sich jedoch nur bei jenen Personen, die vor 1972 in der ehemaligen DDR bzw. in Westdeutschland geboren und sozialisiert wurden. Bei Menschen, die ab 1972 geboren sind und somit überwiegend im wiedervereinigten Deutschland sozialisiert wurden, gibt es hinsichtlich der bevorzugten Gesellschaft kaum Unterschiede zwischen Ost und West. Erwähnung verdient, dass das Leistungsprinzip bei jungen Menschen im Osten höher rangiert als bei den Gleichaltrigen im Westen.

Die stärksten Unterschiede bei den gesellschaftlichen Vorstellungen zeigen sich bei Betrachtung der Parteiidentifikation. So weichen insbesondere die Vorstellungen derjenigen, die eine Parteinähe zur AfD angeben, hinsichtlich der Themen Klima, Europäische Integration und Zuwanderung systematisch vom Gesamtdurchschnitt der Bevölkerung ab: Sie sehen signifikant und deutlich seltener ein klimaneutrales Leben (18 Prozent bei einem Gesamtdurchschnitt von 57 Prozent), Zuwanderung (8 Prozent gegenüber 55 Prozent) sowie Europäische Integration (39 Prozent gegenüber 75 Prozent) als wünschenswert an. Ähnliche Vorstellungen wie die AfD-Anhängerschaft haben Befragte mit einer Nähe zum Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW).

Neben individuellen Faktoren untersucht der Deutschland-Monitor auch, ob sich Einstellungen je nach regionalem Kontext unterscheiden (➔ Kap. 2.2). Der Vergleich zwischen prosperierenden und nicht-prosperierenden Kreisen in Ost- und Westdeutschland zeigt, dass insbesondere in den strukturschwachen ostdeutschen Kreisen die Ziele der Chancengleichheit und ein lohnender und leistungsgerechter Wettbewerb stärker präferiert werden als in den anderen Regionen.

Abb. 4 (Teil 1)

In was für einer Gesellschaft wollen Sie leben?

In einer, in der ... (Angaben in Prozent)

Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen selbstverständlich ist.



alle Menschen die gleichen Chancen haben, aus ihrem Leben etwas zu machen.



ein soziales Miteinander gelebt wird.



- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- teils, teils
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu

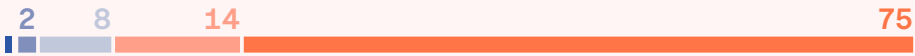
Items absteigend sortiert nach kumulierter Zustimmung (»stimme voll und ganz zu« sowie »stimme eher zu«). Anteilswerte unter 2 Prozent wurden für eine besseren Übersichtlichkeit nicht beschriftet. Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

Abb. 4 (Teil 2)

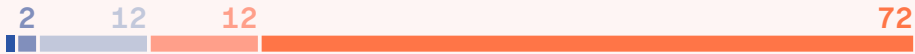
In was für einer Gesellschaft wollen Sie leben?

In einer, in der ... (Angaben in Prozent)

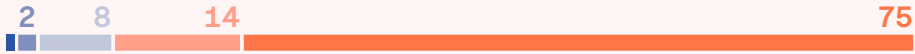
alle Religionen friedlich nebeneinander existieren können.*



Westdeutschland

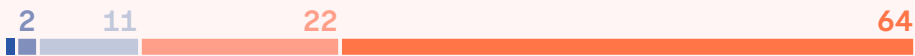


Ostdeutschland

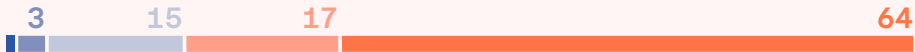


Gesamtdeutschland

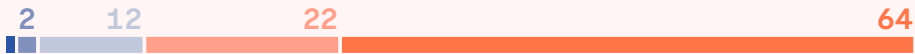
das Gebot sozialer Gerechtigkeit hochgehalten wird.



Westdeutschland



Ostdeutschland



Gesamtdeutschland

sich Wettbewerb und Leistung lohnen.



Westdeutschland



Ostdeutschland



Gesamtdeutschland

Deutschland Teil eines vereinigten Europas ist.***



Westdeutschland

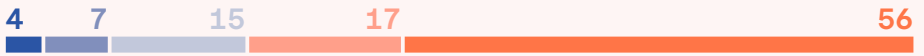


Ostdeutschland



Gesamtdeutschland

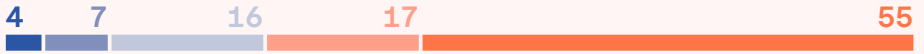
es keinen politischen Extremismus mehr gibt.



Westdeutschland



Ostdeutschland



Gesamtdeutschland

wir klimaneutral leben.***



Westdeutschland



Ostdeutschland



Gesamtdeutschland

Zuwanderung als Chance begriffen wird.***



Westdeutschland



Ostdeutschland



Gesamtdeutschland

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- teils, teils
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu

Items absteigend sortiert nach kumulierter Zustimmung (»stimme voll und ganz zu« sowie »stimme eher zu«). Anteilswerte unter 2 Prozent wurden für eine besseren Übersichtlichkeit nicht beschriftet. Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

3.2

Freiheitsrechte als Grundlage für das gesellschaftliche Miteinander: Wichtigkeit, Grenzen und wahrgenommene Erfüllung

Aufbauend auf den Vorstellungen von einer gewünschten Gesellschaft stehen im Folgenden die im Grundgesetz verankerten Grund- und Freiheitsrechte als Werteordnung unseres Landes im Zentrum. Diese dienen den Bürgerinnen und Bürgern als Abwehrrechte gegenüber dem Staat und als Teilhaberechte. Sie sind damit Grundlage für ein gutes gesellschaftliches Miteinander und des demokratischen Gemeinwesens. Vor diesem Hintergrund wird im Folgenden untersucht, welchen Stellenwert die Bürgerinnen und Bürger ausgewählten Freiheitsrechten⁹ einräumen, wo sie die Grenzen dieser Freiheiten sehen, wie gut diese Rechte in ihrer Wahrnehmung aktuell in Deutschland in der Praxis erfüllt sind und welche Reichweite und Grenzen sie diesen Rechten beimessen.

Hinsichtlich des Stellenwerts zeigt sich deutlich (→ Abb. 5), dass allen abgefragten Freiheitsrechten in der Bevölkerung eine hohe bzw. sehr hohe Wichtigkeit beigemessen wird: Die wahrgenommene Wichtigkeit von Presse- und Meinungsfreiheit rangiert mit 93 bzw. 96 Prozent am höchsten, gefolgt von Glaubensfreiheit und Eigentumsrechten (jeweils 91 Prozent). Lediglich die Demonstrationsfreiheit (82 Prozent) und das Streikrecht (74 Prozent) werden etwas seltener als »eher wichtig« bzw. »sehr wichtig« eingestuft. Entsprechend liegt der Anteil derer, die die abgefragten Freiheitsrechte als unwichtig ansehen, mit Ausnahme des Streikrechts (7 Prozent), stets in einem marginalen Bereich von unter 5 Prozent.¹⁰

Die Einschätzung, dass diese Rechte in Deutschland aktuell erfüllt sind, fällt bei allen Freiheitsrechten mehrheitlich positiv aus (→ Abb. 6). Die Erfüllung der Glaubensfreiheit und der Demonstrationsfreiheit wird dabei am besten beurteilt. Eine Mehrheit von jeweils gut ⅔ der Bevölkerung (69 Prozent) sieht diese Freiheiten als »eher« oder »voll und ganz« erfüllt an. Am niedrigsten sind die Werte bei der Eigentumsfreiheit und dem Streikrecht, die 60 bzw. 57 Prozent der Befragten als »voll und ganz« bzw. »eher« erfüllt ansehen. Dies bedeutet jedoch gleichzeitig, dass jeweils ein substanzieller Anteil von 31 bis 43 Prozent der Befragten die abgefragten Freiheitsrechte nur als teilweise oder sogar als nicht erfüllt beurteilt. Die stärksten Unterschiede in der Bewertung bestehen hinsichtlich der Erfüllung der Presse- und Meinungsfreiheit. Jeweils etwa 15 Prozent geben an, dass diese Freiheiten in der Praxis in Deutschland »nicht« bzw. »eher nicht« erfüllt sind.

⁹ Bei der Auswahl der Fragen musste eine Eingrenzung vorgenommen werden, da es nicht möglich ist, zusätzlich zu den Standard-Fragen des Deutschland-Monitors und den übrigen Fragekomplexen des diesjährigen Schwerpunkts die Einstellungen zu allen denkbaren Grund- und Freiheitsrechten zu erheben. Es wurde daher eine Auswahl getroffen, bei der das Autorinnen- und Autorenteam annimmt, dass sich in jenen Items gesellschaftliche Konfliktlagen und die Unterschiede in gesellschaftlichen Zielvorstellungen widerspiegeln. Vorbild für die genutzten Items zur Wichtigkeit und Erfüllung der Freiheitsrechte ist die Frage-Batterie 19 aus der Studie »Ostdeutschland 1999« (Konrad-Adenauer-Stiftung 2009). Es wurden jeweils drei bürgerliche (Glauben, Eigentum, Streik) und drei politische (Meinung, Demonstration, Presse) Freiheitsrechte erhoben.

¹⁰ Um mögliche Reihenfolgeeffekte und Effekte sozialer Erwünschtheit zu reduzieren, wurde die Reihenfolge der Items innerhalb der Fragebatterie randomisiert (vgl. Tausendpfund 2018, 241, 245).

Die Bewertung der Erfüllung der verschiedenen Freiheitsrechte hängt stark miteinander zusammen: Wer also meint, ein Freiheitsrecht sei nicht erfüllt, ist eher der Meinung, dass auch die anderen Rechte weniger gut erfüllt sind.

Insgesamt zeigen sich hinsichtlich der Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit der Erfüllung der Freiheitsrechte Unterschiede in der Bevölkerung. So treten bei allen Freiheiten mit Ausnahme der Demonstrationsfreiheit signifikante Unterschiede zwischen den Altersgruppen auf. Ältere Personen bewerten die Erfüllung der Freiheitsrechte am positivsten. Personen mittleren Alters zeigen sich skeptischer als Personen über 65 und unter 30 Jahren, insbesondere bei der Presse-, Meinungs- und Eigentumsfreiheit. Während kaum Unterschiede zwischen den Geschlechtern bestehen, variiert die Bewertung systematisch nach dem formalen Bildungsgrad: Personen mit mittlerer Schulbildung bewerten die Erfüllung der Freiheitsrechte – insbesondere der Presse-, Meinungs- und Demonstrationsfreiheit – in der Regel skeptischer als solche mit hoher oder niedriger Schulbildung. Formal höher Gebildete sehen die Freiheitsrechte durchweg am besten erfüllt.

Es bestehen zudem signifikante Ost-West-Unterschiede: Westdeutsche beurteilen die Erfüllung bürgerlicher und politischer Freiheiten stets signifikant besser als Ostdeutsche. Am geringsten sind die Differenzen beim Streikrecht, am höchsten bei der Presse- und Meinungsfreiheit. Zudem zeigt der Vergleich zwischen strukturstarken und strukturschwachen Regionen, dass insbesondere die Befragten in ostdeutschen Regionen mit geringer Prosperität die Erfüllung der Freiheitsrechte, insbesondere der Presse- und Meinungsfreiheit, als schlecht wahrnehmen (↗ Abb. 7).

Erklärt werden kann dies auf Basis der Deutschland-Monitor-Daten unter anderem – aber freilich nicht abschließend – dadurch, dass die gemessenen populistischen Einstellungen¹¹ in Ostdeutschland (32 Prozent) weiter verbreitet sind als in Westdeutschland (19 Prozent, bei einem Bundesdurchschnitt von 21 Prozent) (↗ Kap. 4.2). Denn Personen, die populistische Einstellungen haben, sehen die Freiheitsrechte in Deutschland durchweg als deutlich weniger gut erfüllt an (↗ Abb. 8). Auch hier gibt es hinsichtlich der Presse- und Meinungsfreiheit die größten Unterschiede. Dieser Befund spiegelt den für populistische Einstellungen kennzeichnenden Vorwurf wider, etablierte Medien würden voreingenommen berichten und der »Bereich des Sagbaren« würde zunehmend eingeschränkt werden (vgl. u. a. Mudde 2004) (↗ Kap. 4.2).

Wie die Erfüllung der Freiheitsrechte wahrgenommen wird, unterscheidet sich zudem stark nach der Parteinähe. Wie Abb. 9 zeigt, sehen Anhängerinnen und Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen und SPD die abgefragten Freiheitsrechte am stärksten als erfüllt an. Danach folgen, mit einer etwas skeptischeren Beurteilung, die Anhängerschaften der Unionsparteien, der FDP und der Linkspartei. Die mit weitem Abstand negativste Einschätzung der Erfüllung politischer und bürgerlicher Freiheitsrechte haben Befragte, die eine Parteineigung zur AfD sowie zum BSW äußern. In dieses Bild fügt sich ein, dass in der Anhängerschaft dieser beiden Parteien populistische Einstellungen mit Abstand am weitesten verbreitet sind (AfD: 63 Prozent, BSW: 50 Prozent), was Ergebnissen anderer Studien entspricht (vgl. u. a. Thomeczek 2024).

¹¹ Zum Konzept und zur Operationalisierung populistischer Einstellungen im diesjährigen Deutschland-Monitor siehe: ↗ deutschland-monitor.info/methoden/2024/populismus oder ↗ Kap. 4.2.

Abb. 5

Beurteilung der Wichtigkeit ausgewählter politischer und bürgerlicher Freiheitsrechte (Angaben in Prozent)

Wie wichtig ist aus Ihrer Sicht, dass in Deutschland ...



- völlig unwichtig
- eher unwichtig
- teils/teils
- eher wichtig
- sehr wichtig

Items absteigend sortiert nach kumulierter Zustimmung (»eher wichtig« sowie »sehr wichtig«). Anteilswerte unter 2 Prozent wurden für eine besseren Übersichtlichkeit nicht beschriftet. Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Abb. 6

Wahrgenommene Erfüllung politischer und bürgerlicher Freiheitsrechte
(Angaben in Prozent)



Jeder kann für seine Meinung demonstrieren.



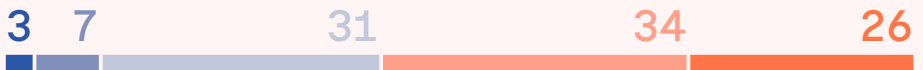
Jeder kann glauben, woran er möchte.



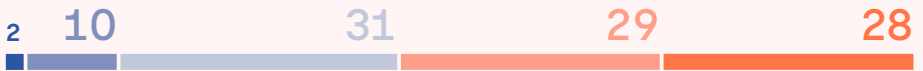
Jeder kann seine Meinung frei äußern.



Die Freiheit der Presse ist gewährleistet.



Jeder kann frei über sein Eigentum entscheiden.



Jeder Arbeitnehmende kann sein Streikrecht wahrnehmen.

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- teils, teils
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu

Items absteigend sortiert nach kumulierter Zustimmung (»stimme voll und ganz zu« sowie »stimme eher zu«). Anteilswerte unter 2 Prozent wurden für eine besseren Übersichtlichkeit nicht beschriftet. Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Abb. 7

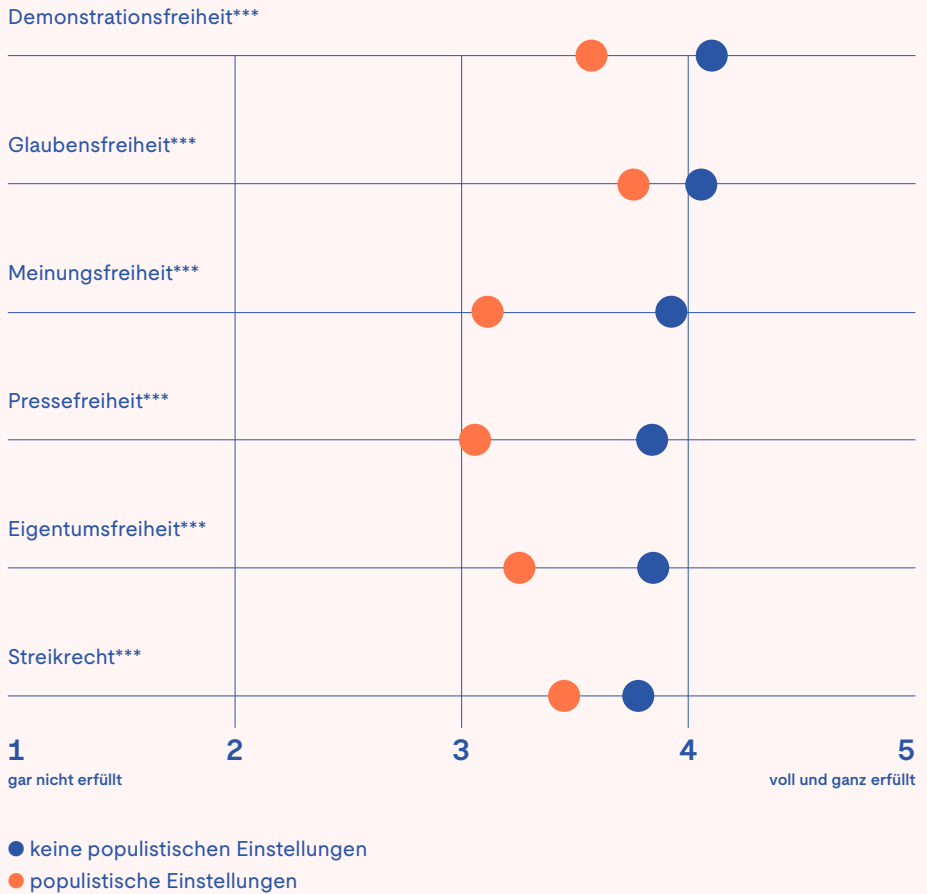
Wahrgenommene Erfüllung der Freiheitsrechte in Deutschland nach Prosperitätsgruppen der Vertiefungsstudie (Mittelwerte)



Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

Abb. 8

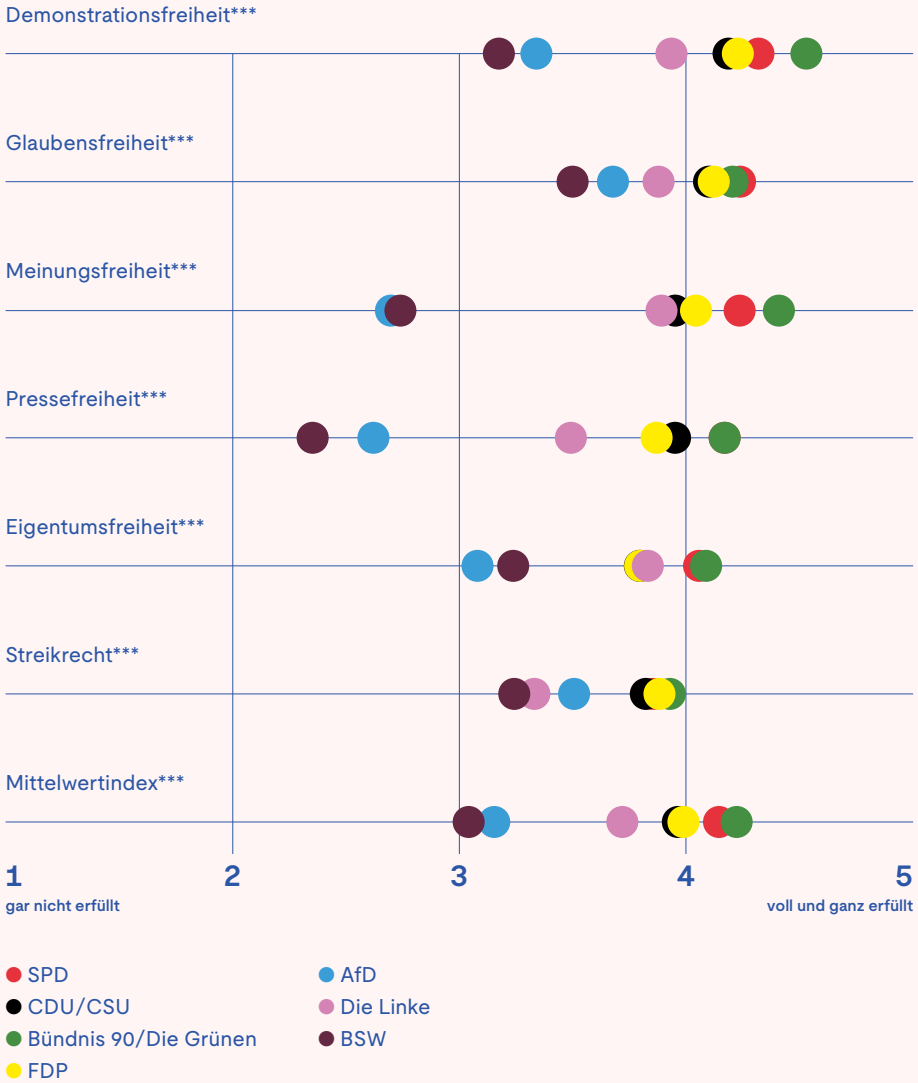
Wahrgenommene Erfüllung der Freiheitsrechte in Deutschland nach populistischen Einstellungen (Mittelwerte)



Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

Abb. 9

Wahrgenommene Erfüllung der Freiheitsrechte in Deutschland nach Parteinähe (Mittelwerte)



Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

Besonders schlecht erfüllt sehen die Anhängerinnen und Anhänger von AfD und BSW die Presse- und Meinungsfreiheit. Die Daten des aktuellen Deutschland-Monitors bestätigen zudem ein unterdurchschnittliches Vertrauen in die öffentlich-rechtlichen Medien in den Anhängerschaften von AfD und BSW. Die Analyse zeigt ferner einen starken Zusammenhang zwischen dem wahrgenommenen Ausmaß der Erfüllung der Freiheitsrechte einerseits und der Demokratiezufriedenheit sowie dem Vertrauen in politische Kerninstitutionen andererseits (→ Kap. 4.1).¹²

Es kann somit konstatiert werden, dass es einen breiten Konsens über die große Bedeutung der Freiheitsrechte in der Gesellschaft gibt, dass aber die Meinungen darüber, ob sie verwirklicht werden, deutlich auseinanderfallen (vgl. zu ähnlichen Ergebnissen Vorländer et al. 2024).¹³ Diese unterschiedliche Wahrnehmung zeigt sich auch in den durchgeführten Fokusgruppendifkussionen. Während ein Teil der Gruppenmitglieder die Erfüllung der Meinungs- und Pressefreiheit sehr positiv bewertet, sehen andere große Defizite. Dabei wurde deutlich, dass es sich aus Sicht dieser Personen nicht um rechtliche Einschränkungen, sondern um eine faktische Einschränkung der Meinungsfreiheit handelt (INFO 2024, 23 f.).¹⁴ So würden aus Furcht vor einer gesellschaftlichen Ächtung Meinungen nicht mehr öffentlich geäußert, wie die folgenden Aussagen exemplarisch zeigen:

»Klar kann ich dir meine Meinung sagen, aber ich muss unter Umständen damit leben, dass ich dafür sofort gesellschaftlich geächtet werde.«
(w, 40–49 J., LK Wittenberg, O-NP)

»Ich finde die Freiheit wichtig, einfach sagen zu können, was man denkt, ohne, dass jemand anderes das verurteilt. Vielleicht nicht mal mit Worten, sondern schon mit Blicken, und dann zieht man sich eher zurück und sagt nichts mehr.«
(w, 60–75 J., LK Neu-Ulm, W-HP)

Als Beispiele für Positionen, die gesellschaftlich geächtet würden, nannten Teilnehmende in den Fokusgruppendifkussionen eine kritische Haltung zu Migration, zur ukrainischen bzw. israelischen Regierung im Rahmen der gegenwärtigen Konflikte sowie zu den Corona-Maßnahmen. Dies wird u. a. auf eine wahrgenommene Meinungsführerschaft »liberal-progressiver« Positionen zurückgeführt. Die etablierten Medien, gerade auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk, würden v. a. diese Positionen abbilden, während davon abweichende Positionen kaum beachtet oder kritisch bewertet würden (INFO 2024, 25 f.).

¹² Pearsons $r = 0,51$; $p < 0,001$.

¹³ Der Bericht 2024 von Freedom House bescheinigt Deutschland eine überwiegende Erfüllung politischer (39 von 40 Ratingpunkten) und bürgerlicher Freiheitsrechte (54 von 60 Ratingpunkten) und bewertet sie damit als »frei« (vgl. Freedom House 2024).

¹⁴ Dies entspricht den Ergebnissen der Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach (IfD), wonach ein zunehmender Teil der Deutschen der Auffassung ist, man könne in Deutschland seine Meinung nicht mehr frei sagen (z. B. Petersen 2021, Chen 2024).

»Wenn wir die Meinungsfreiheit hätten, würde die Presse nicht immer gleich alles gegen kommentieren. Wenn man etwas äußert, zur Ukraine oder so, kommentiert das die Presse grundsätzlich gegen und versucht, eine andere Wahrheit darzulegen.«
(w, 40–49 J., LK Wittenberg, O-NP)

Diese kritische Sichtweise spiegelt sich auch in einem hohen Anteil an Befragten wider, die dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht vertrauen (↗ Kap. 4.1.2).

Die Uneinigkeit über die Erfüllung der Freiheitsrechte in Deutschland könnte zudem darauf hinweisen, dass es unterschiedliche Vorstellungen über die Freiheitsrechte, deren Reichweite und Grenzen gibt.¹⁵ Im diesjährigen Deutschland-Monitor wurden die Befragten daher gebeten, sich zu gegenwärtig häufig diskutierten Grenzen der Freiheitsrechte zu positionieren (↗ Abb. 10).

Die Verteilung der Antworten (↗ Abb. 10) zeigt, dass nicht nur die Erfüllung, sondern auch Reichweite und Grenzen der Freiheitsrechte in der Bevölkerung durchaus umstritten sind. Auch wenn sich hinsichtlich der Erfüllung der Pressefreiheit in den standardisierten Befragungen und den Fokusgruppendifkussionen große Unterschiede zeigen, teilt jedoch die große Mehrheit von 79 Prozent der Befragten die Position, dass Beleidigungen und Verleumdungen in der Berichterstattung nicht durch die Pressefreiheit gedeckt sind. Etwa die Hälfte der Befragten ist der Auffassung, dass Arbeitskämpfe sowie politische Demonstrationen und Versammlungen nicht das öffentliche Leben oder den Verkehrssektor stören dürfen.¹⁶ 25 Prozent bzw. 22 Prozent sehen darin hingegen keine Begründung für eine Begrenzung des Streik- oder Versammlungsrechts. Bei der Frage nach einer möglichen Regulierung sozialer Medien, um Hasskriminalität und Falschinformationen zu reduzieren, zeigt sich eine sehr unterschiedliche Bewertung in der Bevölkerung:¹⁷ 37 Prozent sehen darin eine Bedrohung der Meinungsfreiheit, 34 Prozent hingegen nicht. Dieses Ergebnis entspricht dabei in der Tendenz den Erkenntnissen des Thüringen-Monitors 2023 (vgl. Reiser et al. 2024). Eine Verstaatlichung großer privater Wohnungsbaukonzerne zulasten der Eigentumsfreiheit befürworten lediglich 26 Prozent der Befragten, während es 45 Prozent ablehnen und 29 Prozent mit »teils/teils« antworten.

¹⁵ So sind mit Ausnahme des unantastbaren Prinzips der Menschenwürde (Art. 1 GG) die Grund- und Freiheitsrechte in Deutschland nicht absolut. Sie finden ihre Schranken dort, wo sie im Konflikt mit grundlegenden Rechten anderer (sog. Drittwirkung von Grundrechten), der öffentlichen Sicherheit oder der Verfassungsordnung stehen. Soweit durch das Grundgesetz vorgesehen, können sie durch Gesetz eingeschränkt werden, wobei ihr Wesensgehalt nicht angetastet werden darf (Art. 19 GG). Darüber, welchen Grund- und Freiheitsrechten im Konfliktfall durch Gesetz Vozug zu gewähren ist, entstehen immer wieder gesellschaftliche Debatten. Sind kollidierende Grundrechte schrankenlos, sieht also das Grundgesetz keine Einschränkungen durch Gesetz vor, wird in der ständigen Rechtsprechung das Prinzip der praktischen Konkordanz angewandt. Demnach soll die Auslegung so erfolgen, dass alle Grundrechte größtmögliche Wirkung entfalten können (Hesse 1995, Rn. 72).

¹⁶ Hierzu sei bemerkt, dass es im Vorfeld der Hauptbefragung des Deutschland-Monitors (April/Mai 2024) zu vielen Beeinträchtigungen des Verkehrssektors durch eine Streikwelle beim ÖPNV, im Bahnverkehr und im Flugbetrieb kam. Siehe dazu auch eine vergleichbare Umfrage aus dem Erhebungszeitraum (Focus Online 2024).

¹⁷ Hintergrund für die Debatte um die Regulierung sozialer Medien sind im Besonderen das Auftreten von Hasskriminalität wie Beleidigungen und Verleumdungen sowie die Verbreitung von Falschinformationen in sozialen Netzwerken (Groß 2021).

Abb. 10

Zustimmung zu den Grenzen bürgerlicher und politischer Freiheitsrechte
(Angaben in Prozent)



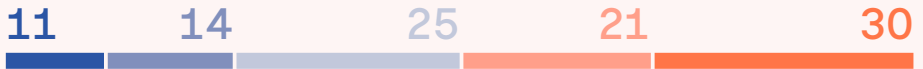
Religiöse Symbole wie das Kopftuch und das Kreuz sollten in öffentlichen Gebäuden und Schulen verboten sein.



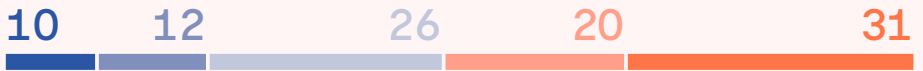
Große private Wohnungsunternehmen sollten verstaatlicht werden können, auch wenn damit die Eigentumsfreiheit berührt wird.



Eine stärkere Regulierung sozialer Medien wie Facebook, TikTok oder Telegram bedroht die Meinungsfreiheit.



Das Streikrecht muss dort seine Grenzen haben, wo wichtige Bereiche der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur berührt werden.



Die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit muss dort ihre Grenzen haben, wo Menschen in ihrem Alltag behindert werden.



Die Pressefreiheit muss dort ihre Grenzen haben, wo Menschen beleidigt oder verleumdet werden.

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- teils, teils
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu

Items absteigend sortiert nach kumulierter Ablehnung
(»stimme überhaupt nicht zu« sowie »stimme eher nicht zu«).
Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Auch ein Verbot religiöser Symbole in öffentlichen Gebäuden wird nur von knapp einem Drittel der Befragten (29 Prozent) befürwortet, während es die Mehrheit von 53 Prozent »voll und ganz« bzw. »eher« ablehnt.

Die drei untersuchten Dimensionen Wichtigkeit eines Freiheitsrechts, Erfüllung in der Praxis sowie Zustimmung zu Grenzen dieses Rechts hängen dabei zum Teil miteinander zusammen. So besteht ein Zusammenhang zwischen der wahrgenommenen Wichtigkeit eines Freiheitsrechts und der Zustimmung von Einschränkungen bzw. Grenzen dieses Rechts. Ein starker signifikanter Zusammenhang zeigt sich insbesondere beim Streikrecht sowie der Demonstrations-, Glaubens- und Eigentumsfreiheit, wo jeweils eine höhere Relevanzbewertung mit einer geringeren Bereitschaft zur Einschränkung einhergeht. Zudem verweist die Analyse darauf, dass diejenigen, die bestimmte Freiheitsrechte in der aktuellen Praxis als nicht erfüllt ansehen, die Einschränkung bzw. Grenzen dieser Freiheitsrechte seltener befürworten.

Die Abwägung, ob und unter welchen Bedingungen bestimmte Freiheitsrechte eingeschränkt werden sollen, hängt u. a. mit der individuellen Betroffenheit und Interessenlage der Befragten zusammen. So unterstützen Befragte, die keiner Religion angehören, ein Verbot religiöser Symbole in öffentlichen Gebäuden signifikant häufiger als konfessionell gebundene Personen. Menschen, die bereits an nicht angemeldeten Demonstrationen¹⁸ teilgenommen haben oder dies tun würden, teilen seltener die Auffassung, dass der öffentliche Alltag nicht durch Demonstrationen gestört werden dürfe. Personen mit einem höheren Einkommen sprechen sich zudem seltener für eine Verstaatlichung großer Wohnungsunternehmen und häufiger für die Einschränkung des Streikrechts aus.

Zudem spielt das Alter eine Rolle bei der Beurteilung, ob und unter welchen Bedingungen Freiheitsrechte an ihre Grenzen stoßen: Jüngere Personen stehen einer Regulierung sozialer Netzwerke deutlich offener gegenüber als Ältere und sind öfter damit einverstanden, wenn durch Demonstrationsgeschehen oder Streiks das öffentliche Leben oder die Verkehrsinfrastruktur gestört werden (↗ Abb. 11). Zudem gilt: Je jünger die Befragten, desto häufiger sprechen sie sich gegen das Verbot religiöser Symbole in öffentlichen Gebäuden aus. Bei den ältesten Befragten zeigt sich hingegen ein bedeutender Ost-West-Unterschied: Ostdeutsche (bzw. in Ostdeutschland sozialisierte Personen) über 65 Jahren sprechen sich signifikant häufiger für das Verbot religiöser Symbole in öffentlichen Gebäuden aus als ihre westdeutschen Altersgenossen.

Das ist – auch vor dem Hintergrund der staatlich forcierten Säkularisierung in der DDR (Meulemann 2003) – ein Indiz für einen Sozialisationszusammenhang. Bei den jüngeren Altersgruppen, die in Gesamtdeutschland sozialisiert und aufgewachsen sind, bestehen hingegen keine Ost-West-Unterschiede.

¹⁸ Die Teilnahme an genehmigten bzw. angemeldeten Demonstrationen wurde in der laufenden Welle des Deutschland-Monitors nicht erhoben.

Die Bewertung der abgefragten spezifische Grenzen der Freiheitsrechte ist zudem von der Parteiidentifikation und der politischen Selbstverortung¹⁹ beeinflusst. Für Personen, die sich selbst politisch links verorten, rechtfertigt die Störung des öffentlichen Lebens bzw. des öffentlichen Verkehrs keine Einschränkung der Demonstrationfreiheit bzw. des Streikrechts, während dies die Anhängerinnen und Anhänger von CDU/CSU und FDP gegensätzlich beurteilen (↗ Abb.12).

Die Anhängerschaften von Grünen und Linken sehen zudem mehrheitlich eine Regulierung sozialer Netzwerke, anders als die Anhängerschaften der übrigen Parteien, nicht als Bedrohung für die Meinungsfreiheit. Die Befürwortung einer Einschränkung der Eigentumsfreiheit zulasten der Marktmacht großer privater Wohnungsunternehmen zeichnet sich entlang der sozioökonomischen Konfliktlinie im Parteiensystem ab. Insbesondere die Anhängerinnen und Anhänger von CDU/CSU, FDP und AfD sprechen sich gegen eine Verstaatlichung dieser Konzerne aus (↗ Kap.5). Mit Blick auf die Einschränkung der Pressefreiheit bei Beleidigung oder Verleumdung weichen das BSW und – im Besonderen – die AfD von den übrigen Parteien ab, indem sie sich signifikant häufiger gegen eine solche Grenze aussprechen. Aus den Fokusgruppendifkussionen geht hervor, dass diese Haltung unter Umständen auf die Sorge zurückgeht, vom »Mainstream« abweichende Meinungen könnten als Verleumdung ausgelegt werden (INFO 2024, 25).

Insofern ist also zu konstatieren, dass – neben Alters- und Sozialisierungseffekten und der Betroffenheit – insbesondere individuelle politische und ideologische Werthaltungen die Beurteilungen hypothetischer Grenzziehungen bei Freiheitsrechten beeinflussen.

3.3

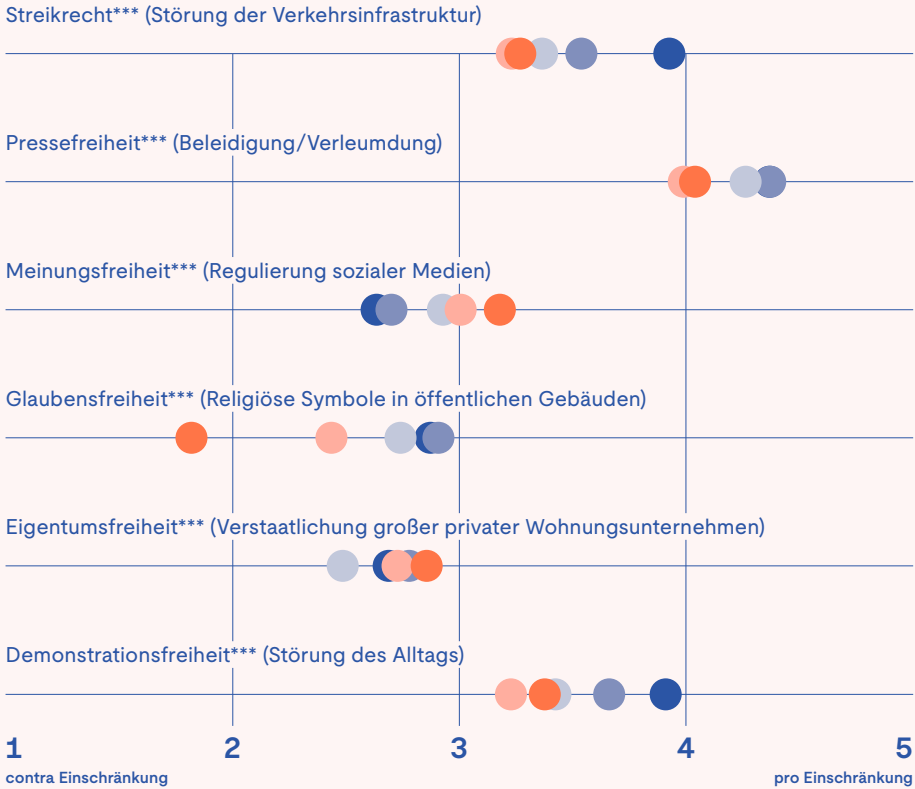
Was zählt mehr: Freiheit, Gleichheit oder Sicherheit?

Die Trias Freiheit – Gleichheit – Sicherheit bezeichnet in der Einstellungsforschung sogenannte »generelle Werte«. Diese sind zwar eng aufeinander bezogen, bringen jedoch für sich genommen jeweils Präferenzen für unterschiedliche Gesellschaftsentwürfe und auch Demokratiekonzepte zum Ausdruck. Auf einen kurzen Nenner gebracht, steht Freiheit für Selbstverwirklichung und Partizipation, Gleichheit für die gerechte Verteilung von Chancen und Gütern sowie Sicherheit für den Schutz vor wirtschaftlichen und sozialen Lebensrisiken und gegen Bedrohungen von Leib und Leben.

¹⁹ Die Positionierung auf der Links-Rechts-Achse wurde mit einer 10-stufigen Skala erhoben, wobei 0 »sehr links« bedeutet und 10 »sehr rechts«. Zur besseren Übersichtlichkeit bei weiterführenden Auswertungen wurden die Kategorien 0 und 1 (»sehr links«), 2, 3 und 4 (»eher links«), 6, 7 und 8 (»eher rechts«) sowie 9 und 10 (»sehr rechts«) jeweils zu einer Kategorie zusammengefasst. 5 entspricht einer Selbstverortung in der »Mitte«. Wie in Bevölkerungsbefragungen üblich, positioniert sich auch im vorliegenden Deutschland-Monitor das Gros der Befragten genau mittig (Antwortkategorie »5«). Zudem ist die Verteilung leicht linksschief, es positionieren sich also tendenziell mehr Befragte links der Mitte als rechts der Mitte. Am äußersten linken Rand verorten sich 4 Prozent, äußersten rechts 2 Prozent der Befragten. Der Durchschnittswert liegt bei 4,7 Skalenpunkten, wobei hinsichtlich des Mittelwertes keine statistisch signifikante Veränderung zur Vorjahresmessung festzustellen ist.

Abb. 11

Mögliche Beschränkungen ausgewählter Freiheitsrechte nach Altersgruppen (Mittelwerte)

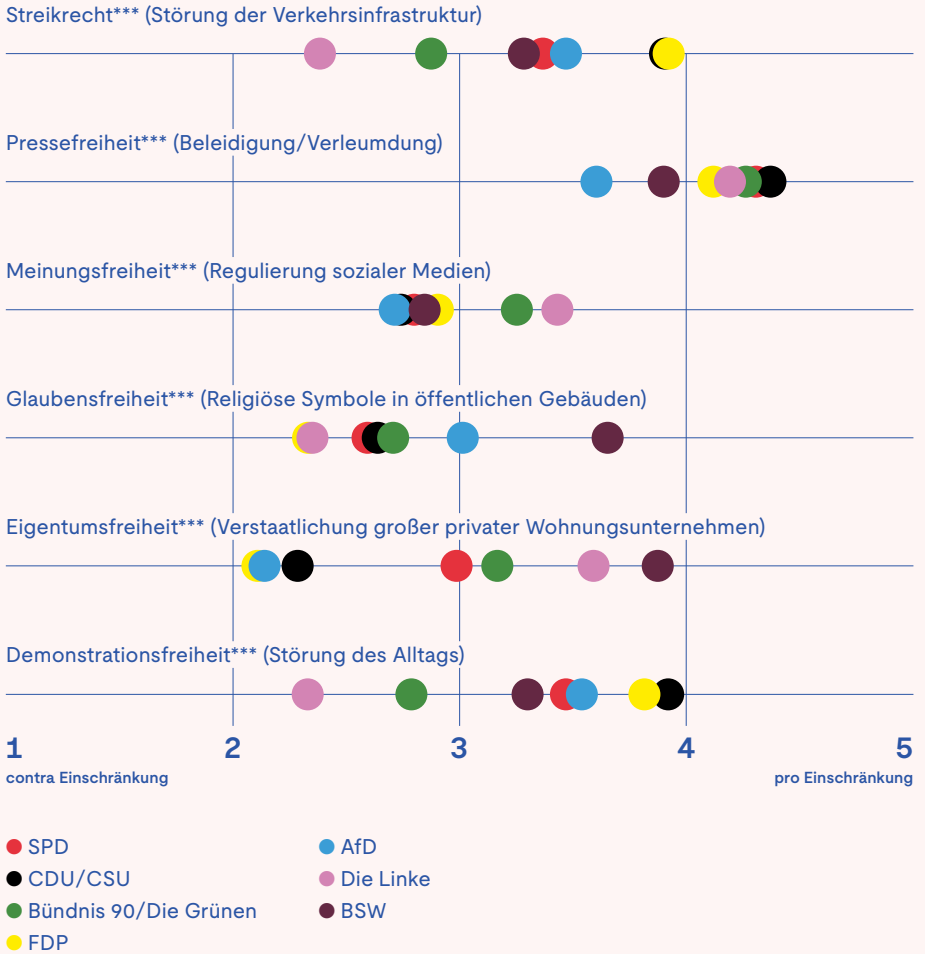


- Kriegsgeneration (bis 1949)
- Babyboomer (1950–1964)
- Generation X (1965–1979)
- Millennials (1980–1995)
- Generation Z (ab 1996)

Die Zahlen bzw. angegebenen Spannen in Klammern betreffen die Geburtsjahre.
Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

Abb. 12

Mögliche Beschränkungen ausgewählter Freiheitsrechte nach Parteinähe (Mittelwerte)



Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

Der Annahme folgend, dass die innerhalb der Bevölkerung bei einer Güterabwägung jeweils bevorzugten generellen Werte auch etwas über die gewünschte Gesellschaft aussagen, wurden die Befragten im Rahmen des Deutschland-Monitors 2024 nach ihrer subjektiven Abwägung zwischen Freiheit und Gleichheit sowie zwischen Freiheit und Sicherheit befragt (↗ Abb. 13).

In der Abwägung zwischen Freiheit und Gleichheit überwiegt in der Bevölkerung eine Präferenz für Freiheit mit 73 Prozent. Weniger als ¼ der Befragten legt größeren Wert auf Gleichheit als auf Freiheit. Die eindeutige Tendenz zum Grundwert der Freiheit zulasten der Gleichheit folgt einem jüngeren Trend ansteigender Freiheitspräferenzen.²⁰

In der Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit überwiegt hingegen letztere, wenn auch weniger eindeutig als bei der Abwägung zwischen Freiheit und Gleichheit. 2 von 5 Befragten legen mehr Wert auf Freiheit als auf Sicherheit. Mehr als die Hälfte bevorzugt hingegen Sicherheit. Bei beiden Abwägungen äußern jeweils 5 bzw. 6 Prozent spontan, dass beide generellen Werte gleichermaßen wichtig seien.

Vertiefende Analysen bestätigen die Annahme, dass diese Abwägungen sowohl von individuellen Werthaltungen als auch von biografischen und situativen Erfahrungen abhängen. So zeigt sich bei der Abwägung von Freiheit und Gleichheit ein Alterszusammenhang: Personen höheren Alters präferieren in Westdeutschland seltener als der Bevölkerungsdurchschnitt Gleichheit gegenüber Freiheit, junge Menschen hingegen überdurchschnittlich häufig Gleichheit (↗ Abb. 14).

In Ostdeutschland zeigt sich hingegen kein signifikanter und eindeutiger Alterszusammenhang. Allgemein liegt der Anteil derer, die der Freiheit vor der Gleichheit Vorrang einräumen, in Ostdeutschland (64 Prozent) um 10 Prozentpunkte niedriger als in Westdeutschland (74 Prozent). Insgesamt sprechen diese Unterschiede für die sogenannte Sozialisationshypothese, wonach »in der Phase der politischen Sozialisation Werte in Übereinstimmung mit einem politischen System internalisiert wurden, die dauerhaft nachwirken« (Fürnberg 2022, 125). Dass im Gesellschaftsbild der DDR das Gleichheitsprinzip einen hohen normativen Rang hatte, wirkt offenbar bis heute nach.

Auch im Geschlechtervergleich zeigen sich signifikante Unterschiede: Frauen haben eine um 7 Prozentpunkte höhere Präferenz für Gleichheit als Männer. Darüber hinaus ist ein genereller Zusammenhang mit dem Bildungsgrad nachweisbar. Mit formal höherem Bildungsgrad nimmt die Präferenz für Freiheit gegenüber Gleichheit zu.

Zur Überprüfung der sogenannten Situationshypothese, der zufolge auch die Wahrnehmung der eigenen Lebenslage auf Grundwerte-Abwägungen einwirkt, wurde der Einfluss des Haushaltseinkommens untersucht. Dabei ergab sich erwartungsgemäß, dass ein höheres Einkommen mit einer wahrscheinlicheren Präferenz für Freiheit gegenüber Gleichheit einhergeht.

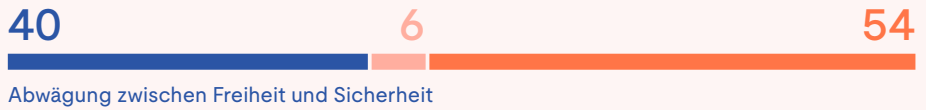
²⁰ In einer vergleichbaren Befragung des European Values Survey (EVS) im Jahr 2008 sprachen sich bundesweit noch 41 Prozent der Befragten für Gleichheit und 52 Prozent der Befragten für Freiheit als präferierten Grundwert aus. Eine bundesweite Befragung des Instituts für Demoskopie Allensbach dokumentierte zwischen den Jahren 2011 und 2022 noch Präferenzwerte für die Gleichheit zwischen 37 Prozent und 41 Prozent, bevor sie im Jahr 2023 auf 29 Prozent zurückgingen (Schatz et al. 2023, 68). Auch der letzte Thüringen-Monitor weist auf einen Anstieg der Freiheitspräferenz bei dieser Abwägung hin (Reiser et al. 2024, 64).

Abb. 13

Abwägung der Grundwerte Freiheit vs. Gleichheit und
Freiheit vs. Sicherheit (Angaben in Prozent)



- Freiheit
- spontan: beides gleichermaßen
- Gleichheit



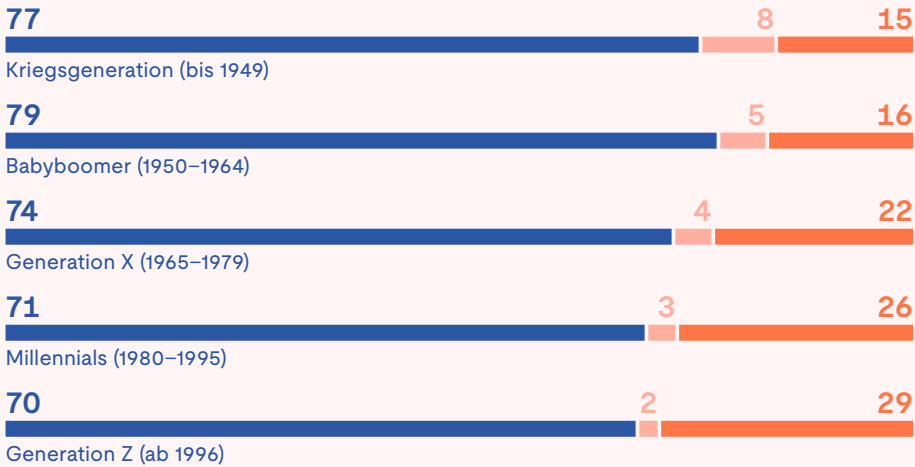
- Freiheit
- spontan: beides gleichermaßen
- Sicherheit

Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

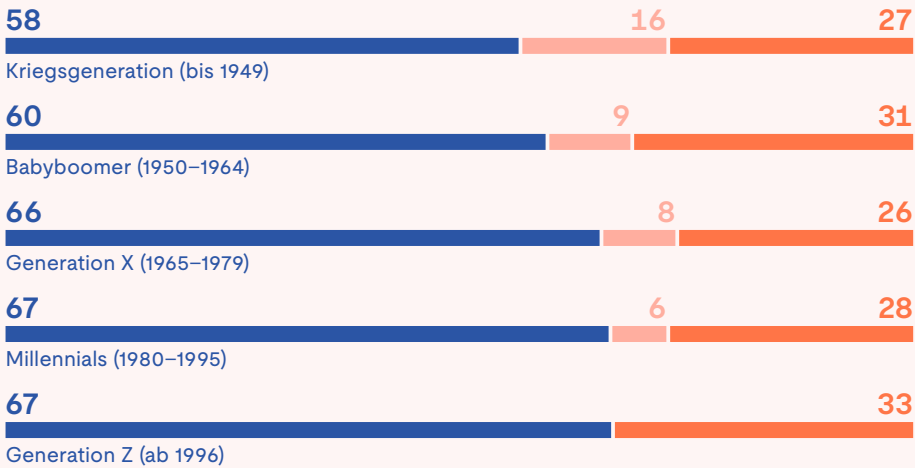
Abb. 14

Abwägung zwischen Freiheit und Gleichheit
nach Altersgruppen Ost und West (Angaben in Prozent)

Westdeutschland



Ostdeutschland



- Freiheit
- spontan: beides gleichermaßen
- Gleichheit

Die Zahlen bzw. angegebenen Spannen in Klammern betreffen die Geburtsjahre.
Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Frauen, jüngere Menschen, formal niedriger Gebildete sowie Bezieher geringer Einkommen neigen also eher dazu, Gleichheit gegenüber Freiheit zu bevorzugen. Die genannten Gruppenunterschiede bleiben auch dann signifikant, wenn sie hinsichtlich der politischen Selbstverortung auf der Links-Rechts-Achse kontrolliert werden.

Erwartungsgemäß gibt es bei der Güterabwägung Freiheit versus Gleichheit große Unterschiede hinsichtlich dieser selbstverorteten Position auf der Links-Rechts-Achse (↗ Abb. 15): Je weiter links sich eine Person positioniert, desto eher misst sie der Gleichheit einen höheren Stellenwert bei als der Freiheit. Der Egalitarismus ist nicht nur historisch, sondern auch in moderneren Konzeptionen das Hauptkennzeichen der politischen Linken (Bobbio 1994, 78), wohingegen im liberal-konservativen Spektrum eine stärkere Neigung besteht, Ungleichheiten zugunsten der freien individuellen Entfaltung zuzulassen. Ausreißer stellen Personen dar, die sich politisch »sehr rechts« verorten, d. h. auf der Skala von 0 (»sehr links«) bis 10 (»sehr rechts«) bei einer 9 oder 10. Bei dieser Personengruppe ist die Präferenz für Gleichheit etwa identisch zu Befragten, die sich »sehr links« einordnen.²¹

Die Verteilung der normativen Güterabwägung nach Parteiidentifikation zeigt ebenfalls das erwartete Muster (↗ Abb. 16). Die Abwägung von Freiheit versus Gleichheit in den Anhängerschaften der Parteien spiegelt die Verortung der Parteien auf der sozioökonomischen Konfliktachse wider (Wagner et al. 2023, 625). Die äußeren Pole besetzen einerseits Die Linke, deren Anhängerinnen und Anhänger sich (knapp) mehrheitlich für ein stärkeres Gewicht der Gleichheit aussprechen, und andererseits die FDP-Anhängerschaft mit einer erwartungsgemäß deutlichen Präferenz für die Freiheit (94 Prozent). Anhängerinnen und Anhänger des BSW verorten sich ungefähr auf dem Mittelwert. Obwohl Teile des Gründungspersonals der Partei Die Linke entstammen, hat die BSW-Anhängerschaft somit keine ausnehmend starke Präferenz für die Gleichheit.

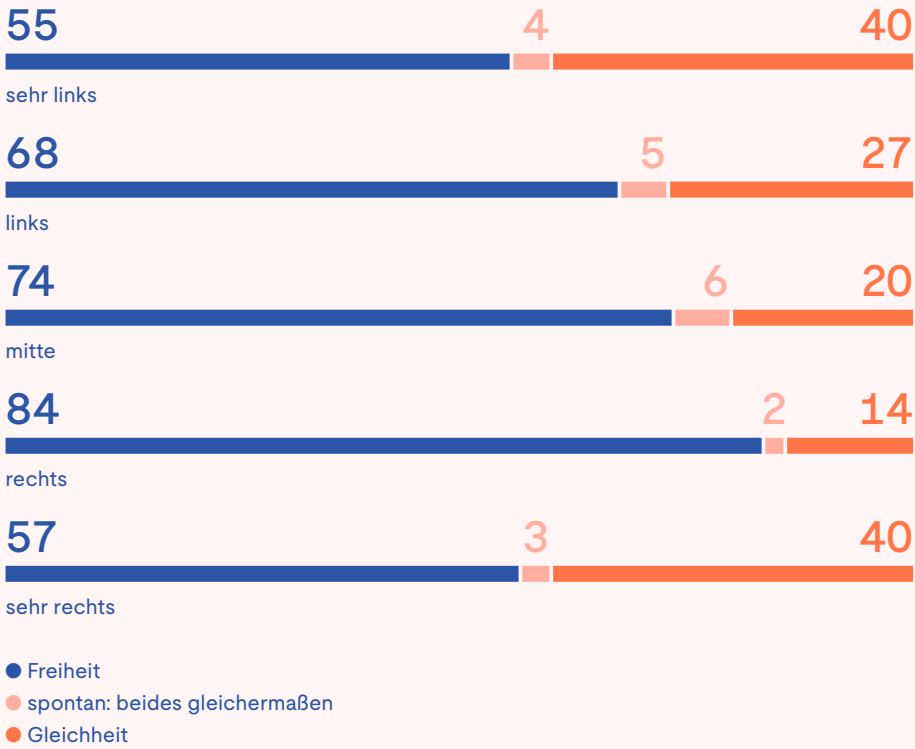
Wie fallen nun die Abwägungen zwischen Freiheit und Sicherheit aus? Auch hier sind unterschiedliche Alterszusammenhänge in Abhängigkeit vom Landesteil bemerkbar (↗ Abb. 17). Während in Ostdeutschland mit zunehmendem Alter die Sicherheitspräferenz steigt, ist ein solcher Zusammenhang in Westdeutschland nur schwach erkennbar. Altersunabhängige Ost-West-Unterschiede bestehen zwar, sind jedoch vergleichsweise schwach: So liegt in Ostdeutschland der Anteil derjenigen, die der Freiheit gegenüber der Sicherheit einen Vorrang einräumen (35 Prozent), nur knapp 6 Prozentpunkte niedriger als in Westdeutschland (41 Prozent).

Bemerkenswert ist der Zusammenhang zwischen dem Bildungsniveau und der Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit: Während formal höher Gebildete mehrheitlich (55 Prozent) der Freiheit ein größeres Gewicht beimessen, ist es bei Personen mit niedriger Schulbildung nur etwa jede bzw. jeder vierte Befragte (25 Prozent). Mit dem Effekt formaler Bildung korreliert auch der Effekt des Einkommens. Der Grundwert Sicherheit findet in niedrigen Einkommensklassen größere Resonanz, während in höheren Einkommensklassen der Grundwert der Freiheit bevorzugt wird. Getrennt nach Geschlecht zeigen die Daten ebenfalls signifikante Unterschiede: Während weibliche Befragte zu 60 Prozent für Sicherheit gegenüber Freiheit optieren, sind die Anteile der männlichen Befragten, die Freiheit bzw. Sicherheit bevorzugen, nahezu gleich verteilt (48 Prozent Sicherheit, 46 Prozent Freiheit).

²¹ Zu beachten ist jedoch die vergleichsweise kleine Fallzahl (N = 58), sodass die Ergebnisse mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren sind.

Abb. 15

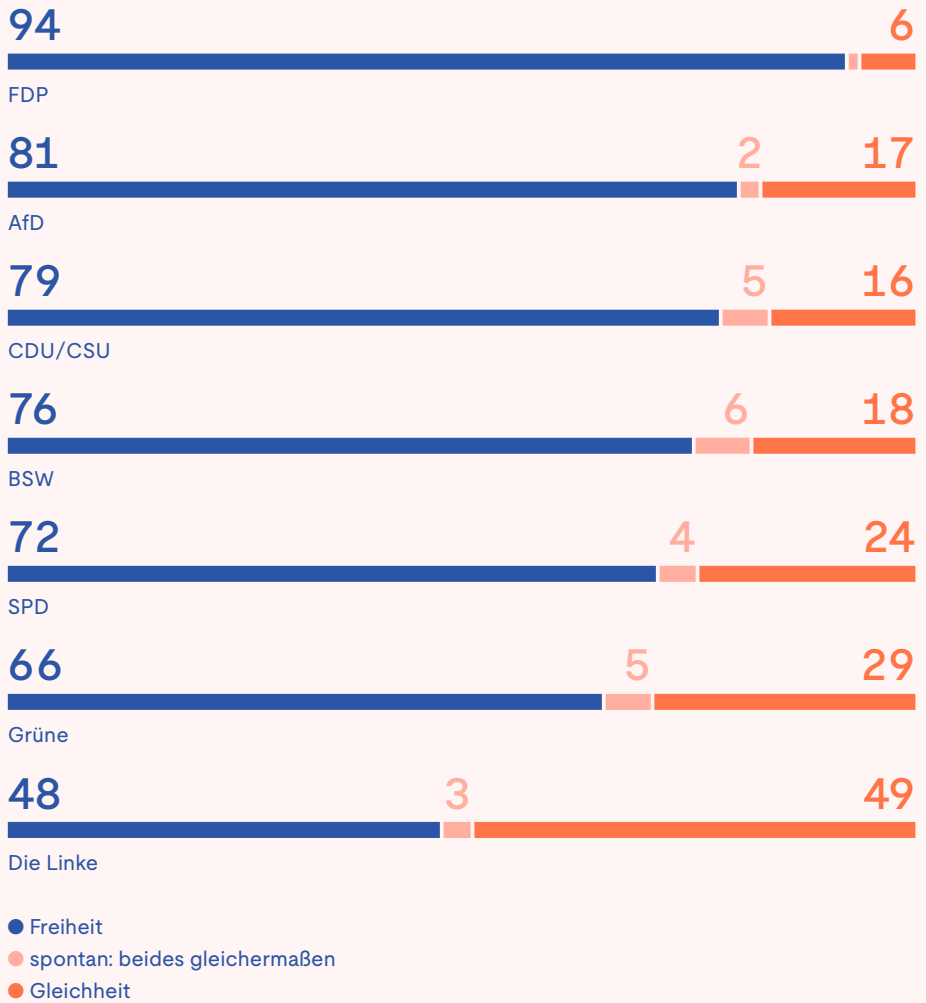
Abwägung zwischen Freiheit und Gleichheit nach politischer Selbstverortung
(Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Abb. 16

Abwägung zwischen Freiheit und Gleichheit nach Parteidentifikation
(Angaben in Prozent)

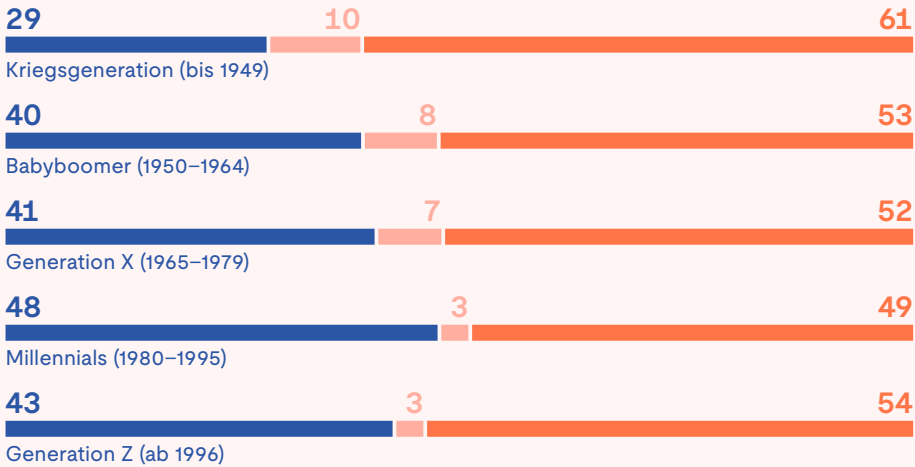


Anteilswerte unter 2 Prozent wurden für eine besseren Übersichtlichkeit nicht beschriftet. Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

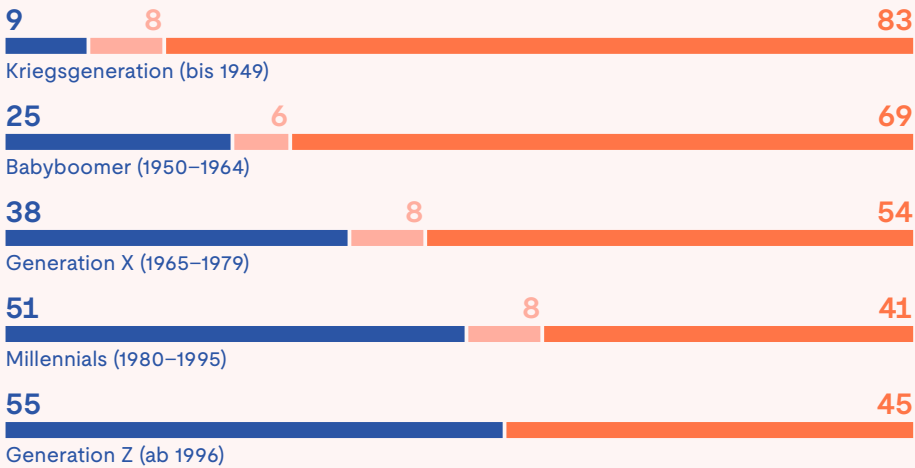
Abb. 17

Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit nach Altersgruppen
Ost und West (Angaben in Prozent)

Westdeutschland



Ostdeutschland



- Freiheit
- spontan: beides gleichermaßen
- Sicherheit

Die Zahlen bzw. angegebenen Spannen in Klammern betreffen die Geburtsjahre.
Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Nimmt man die Selbstverortung der Befragten auf der Links-Rechts-Achse in den Blick (➔ Abb. 18), ergibt sich: Je weiter links sich eine Person verortet, desto eher weist sie der Freiheit einen höheren Stellenwert zu als der Sicherheit. Am stärksten ist die Präferenz folglich bei denjenigen, die sich »sehr rechts« einordnen. Fast 70 Prozent von ihnen würden Sicherheit der Freiheit vorziehen. Mögliche Erklärungen könnten verbreitete postmaterialistische Werthaltungen innerhalb des politisch linken Spektrums sein und ein, dem Konservatismus inhärentes, gesellschaftliches Ordnungsbedürfnis (Scherer, Roßteutscher 2019, 222; Schubert, Klein 2020).

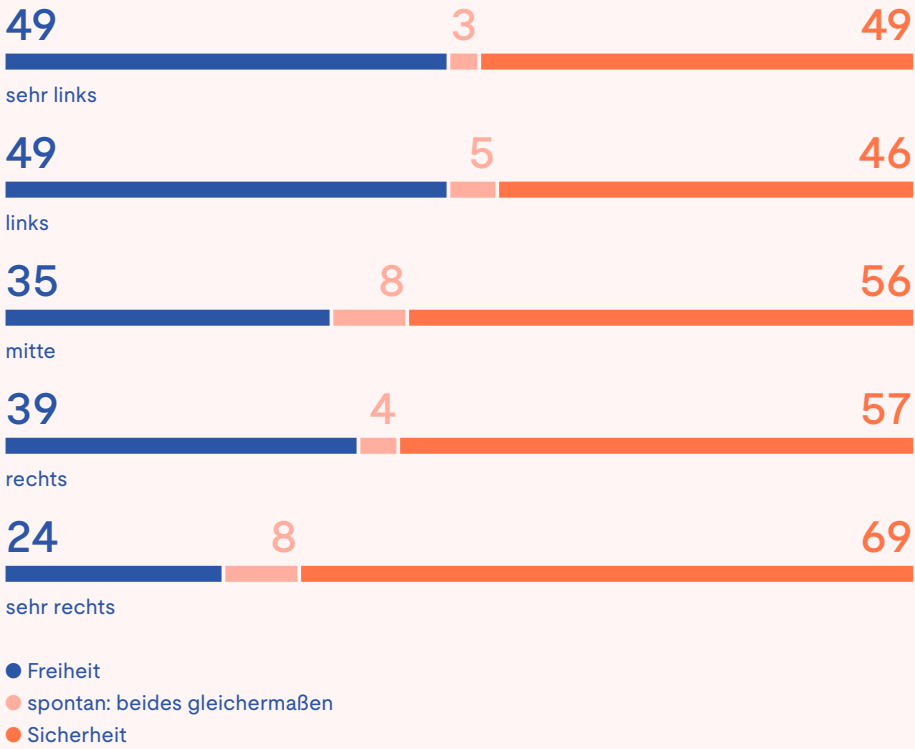
Aufgeschlüsselt nach Parteidentifikation (➔ Abb. 19) zieht sich ein deutlicher Bruch durch das Parteiensystem: Anhängerinnen und Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und FDP räumen Freiheit ein größeres Gewicht ein, während die Anhängerschaften der anderen Parteien mehrheitlich der Sicherheit den Vorzug geben. Anhängerinnen und Anhänger der Unionsparteien sowie des BSW sprechen sich mit einem Anteil von jeweils 61 Prozent am häufigsten für ein stärkeres Gewicht von Sicherheit aus.

Bei beiden Abwägungs-Varianten vertreten zudem Personen mit populistischen Einstellungen überdurchschnittlich häufig den jeweiligen Gegenpol zu Freiheit: Bei der Abwägung zwischen Freiheit und Gleichheit trennt Befragte mit und ohne populistische Einstellungen etwa 5 Prozentpunkte, bei der Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit sind es 8 Prozentpunkte. Eine mögliche Erklärung hierfür könnte das illiberale Element populistischer Einstellungen sein (➔ Kap. 4.2).

Einer zentralen Fragestellung des Deutschland-Monitors folgend wird ferner geprüft, inwiefern sich die dargestellten Abwägungen zwischen Freiheit, Gleichheit und Sicherheit regional unterscheiden. Der Vergleich der Ergebnisse in den strukturschwachen und -starken Regionen in Ost- und Westdeutschland bestätigt auf Basis der regionalen Vertiefungserhebung, dass Menschen in Ostdeutschland der Sicherheit und der Gleichheit durchschnittlich häufiger einen Vorrang gegenüber der Freiheit einräumen als in Westdeutschland. Zudem ist diese Präferenz für Sicherheit oder Gleichheit gegenüber der Freiheit insbesondere in den ostdeutschen Regionen mit geringer Prosperität weiterverbreitet (➔ Abb. 20).

Abb. 18

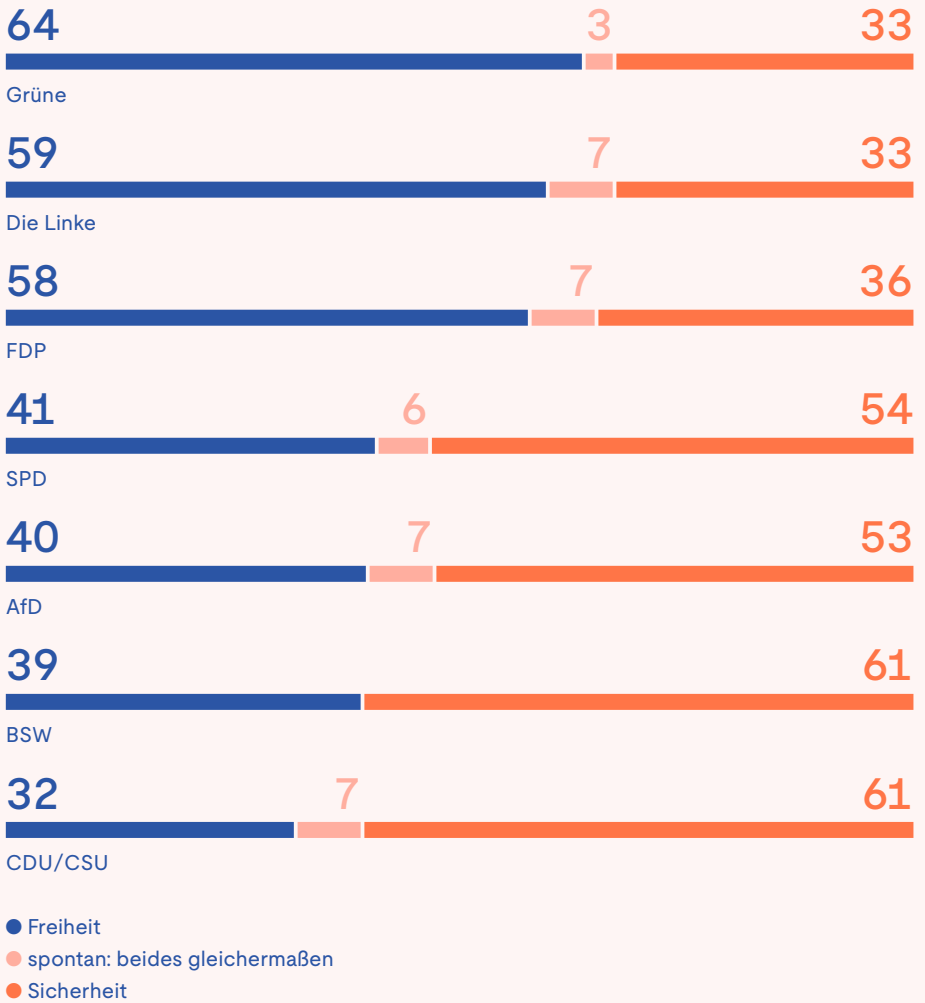
Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit nach politischer Selbstverortung
(Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Abb. 19

Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit nach Parteiidentifikation
(Angaben in Prozent)

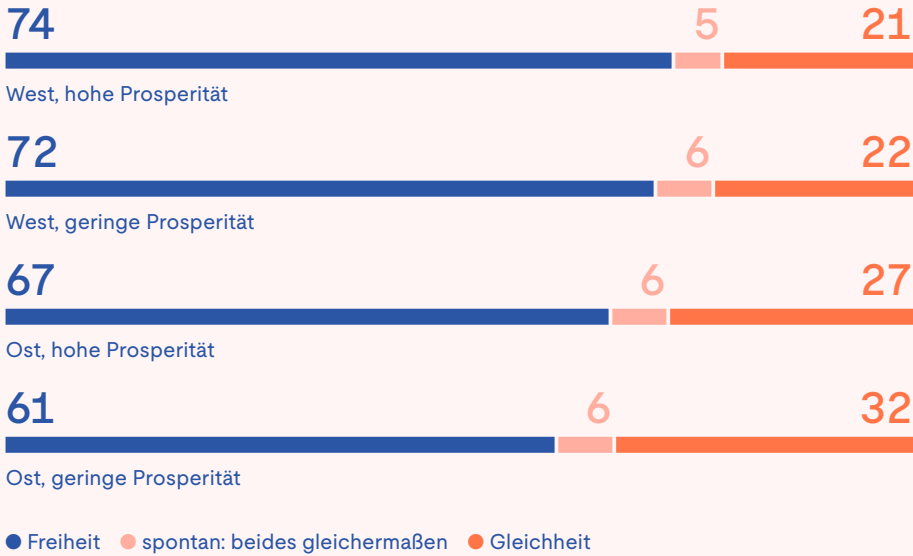


Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Abb. 20

Abwägung zwischen Freiheit und Gleichheit sowie zwischen Freiheit und Sicherheit nach Prosperitätsgruppen der Vertiefungsstichprobe (Angaben in Prozent)

Freiheit und Gleichheit



Freiheit und Sicherheit



Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

3.4

Soziale Gemeinschaft als Sicherheitsanker? Die Bedeutung von Zusammenhalt bei aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen.

Ein wichtiger Aspekt der gewünschten Gesellschaft ist, wie sich die Menschen die soziale Gemeinschaft als Ideal vorstellen und wie sie diese aktuell bewerten. Das gesellschaftliche »Wir-Gefühl« gründet auf Vertrauen, Mitgefühl und sozialem Zusammenhalt. Schon auf den ersten Blick fällt auf, dass das »Wir-Gefühl« in der Wahrnehmung der Befragten gegenwärtig gesamtgesellschaftlich gering ausgeprägt ist (→ Abb. 21). In den Fokusgruppendifkussionen äußert dies eine Person zum Beispiel wie folgt:

»Man hat das Gefühl, das ist immer weniger ein Miteinander in der Gesellschaft, sondern eher so jeder-gegen-jeden.«
(w, 60–75 J., LK Neu-Ulm, W-HP)

Insgesamt, so der Tenor in den Fokusgruppen, wird der gesellschaftliche Ton rauer. Die Beobachtung eines schwindenden »Wir-Gefühls« wird angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen mit wachsender Sorge wahrgenommen. Unter dem Eindruck einer zunehmenden Furcht vor Statusverlust, sozialem Abstieg und sich verschärfender Konkurrenz um gesellschaftliche Teilhabe und Ressourcen erscheint diese Entwicklung den Beteiligten der Fokusgruppendifkussionen schwer aufhaltbar (vgl. auch INFO 2024, 8). Aus Sicht der befragten Personen handelt es sich um eine Entwicklung, die eher als allgemein und abstrakt wahrgenommen wird und überwiegend »da draußen«, also »in der Gesellschaft«, stattzufinden scheint. Das heißt, jene Entwicklung bezieht sich in ihrer Wahrnehmung weniger auf ihr unmittelbares Umfeld und die enge Nachbarschaft (ebd.).²²

Das Grundgefühl eines anhaltenden Verlusts gesellschaftlichen Zusammenhalts wird mit einer zunehmenden gesellschaftlichen Spaltung assoziiert, in der sich nicht nur politische Lager, sondern auch persönliche Meinungen²³ immer häufiger unveröhnlich gegenüberstehen (INFO 2024, 8).

»Ich habe so das Gefühl, dass es – in der Gesellschaft, aber auch in der Politik – eher ein Ich-bin-im-Recht-und-Du-bist-im-Unrecht als ein objektiver Meinungs austausch ist. Auch in der Politik sollten die Regeln der Kommunikation eingehalten werden, wenn zwei miteinander fighten, sollten sie auf einem respektvollen Level bleiben, dass sie immer noch eine gute Intention ihrem Gegenüber haben und sich nicht öffentlich diffamieren oder schlecht machen.«
(w, 16–29 J., LK Potsdam-Mittelmark, O-HP)

²² Dies entspricht auch den Analysen des Deutschland-Monitors 2023 (vgl. Hebenstreit et al. 2024), die eine sehr positive Bewertung des sozialen Zusammenhalts im lokalen Lebensumfeld zeigten.

²³ Diese Meinungen sind, so die Analysen, häufig an »Schlüsselthemen« wie Klimaschutz, öffentliche-rechtliche Medien, Ukraine-Krieg, Corona-Maßnahmen und Zuwanderung geknüpft (→ Kap. 3.2).

Diese kritischen und skeptischen Wahrnehmungen zum gesellschaftlichen Zusammenhalt in den Fokusgruppendifkussionen bestätigen sich in den repräsentativen Bevölkerungsbefragungen: Lediglich $\frac{1}{3}$ der deutschen Bevölkerung bekundet ein stabiles Grundvertrauen in andere Menschen. Nur $\frac{1}{4}$ glaubt, dass sich die Menschen darum kümmern, was mit ihren Mitmenschen geschieht. Und nicht einmal jede bzw. jeder Achte schätzt den gesellschaftlichen Zusammenhalt positiv ein (↗ Abb. 21).

Alterseffekte sind in geringem Maße nachweisbar und treten lebensphasentypisch auf. Jüngere Menschen (bis 30 Jahre, 2,8 Skalenpunkte) und Ältere (65 Jahre und älter, 2,9 Skalenpunkte) erleben einen leicht höheren gesellschaftlichen Zusammenhalt als Angehörige mittlerer Jahrgänge (30 bis 65 Jahre, im Schnitt 2,7 Skalenpunkte). Bei zusätzlicher Aufschlüsselung der Variablen werden weitere Differenzierungen deutlich. Personen, die populistische Anschauungen, geringes Institutionenvertrauen, eine Parteinähe zur AfD oder zum BSW, niedrige bis mittlere Schulbildung, das Gefühl sozialer Deprivation (d. h., das Gefühl, nicht das zu erhalten, was ihnen gesellschaftlich zusteht) sowie eine schlechte eigene wirtschaftliche Lage bekunden, nehmen seltener ein »Wir-Gefühl« wahr (↗ Abb. 22).

Dabei zeigen sich geringe bis moderate, zum Teil jedoch nicht signifikante, Ost-West-Unterschiede: Die Daten weisen darauf hin, dass in den nicht-prosperierenden ostdeutschen Kreisen das wahrgenommene gesellschaftliche »Wir-Gefühl« unterdurchschnittlich und in den prosperierenden Kreisen Westdeutschlands überdurchschnittlich ausfällt.

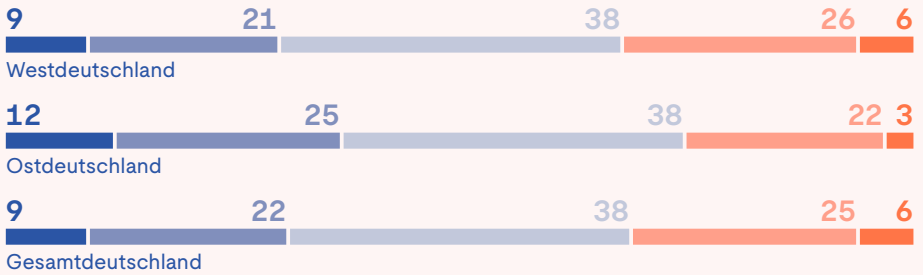
Im Vergleich der Ergebnisse der Deutschland-Monitore 2023 und 2024 tritt ein bemerkenswerter Befund zutage: Für die Ebene der Gesamtgesellschaft – also einer abstrakten Bezugsgröße – wird der Grad sozialer Bindungen deutlich, ja teilweise dramatisch weniger positiv eingeschätzt als für die Ebene der örtlichen Gemeinschaft – also einem konkreten und erlebbaren Bezug. Dass man »den Menschen hier«, sprich vor Ort, vertrauen könne und dass »die Menschen hier« sich gegenseitig helfen, bestätigten im vergangenen Jahr, bei etwa gleichbleibendem Ost-West-Unterschied, annähernd $\frac{2}{3}$ aller Befragten (↗ Abb. 23; vgl. auch Hebenstreit 2024, 95 f.). Wie der Vergleich mit einer Erhebung von 2014 zeigt, ist das lokal bezogene soziale Vertrauen und Zusammenhaltsgefühl im Laufe des letzten Jahrzehnts in Ost- wie Westdeutschland gewachsen (vgl. Gabriel, Holtmann u. a. 2015, S. 187). Demzufolge bietet Deutschland gegenwärtig das Erscheinungsbild einer vertikal gespaltenen Gesellschaft der besonderen Art: Die Erfahrungen und Wahrnehmungen, die die Menschen einerseits mit der lokalen und andererseits mit der überlokalen sozialen Welt machen, sind weitgehend entkoppelt. Dies erweitert und vertieft damit Befunde, die eine ebenenspezifisch sehr unterschiedliche Wahrnehmung von Gesellschaft und Politik, zum Beispiel hinsichtlich der Responsivität und des Institutionenvertrauens (vgl. Hebenstreit et al. 2024, 131 f.), verdeutlichen.

Abb. 21

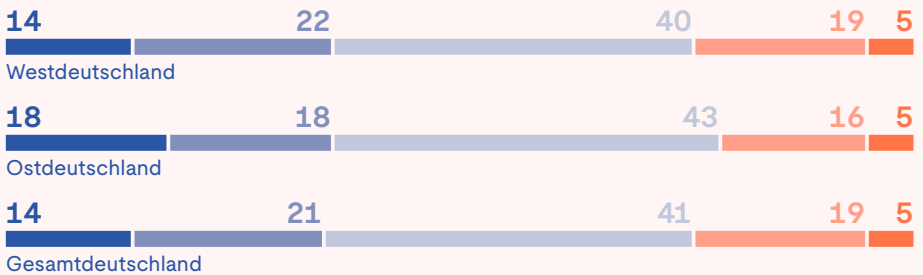
Dimensionen eines gesellschaftlichen Wir-Gefühls

(Vertrauen, Mitgefühl und Zusammenhalt, Angaben in Prozent)

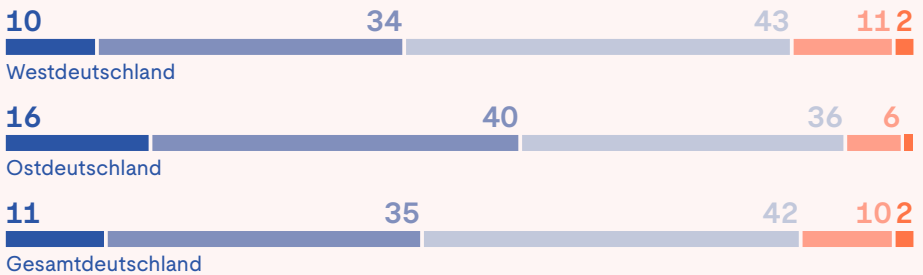
Ganz allgemein kann man den meisten Menschen vertrauen.***



Die meisten Leute kümmern sich darum, was mit ihren Mitmenschen geschieht.



In unserer Gesellschaft gibt es einen großen Zusammenhalt.***

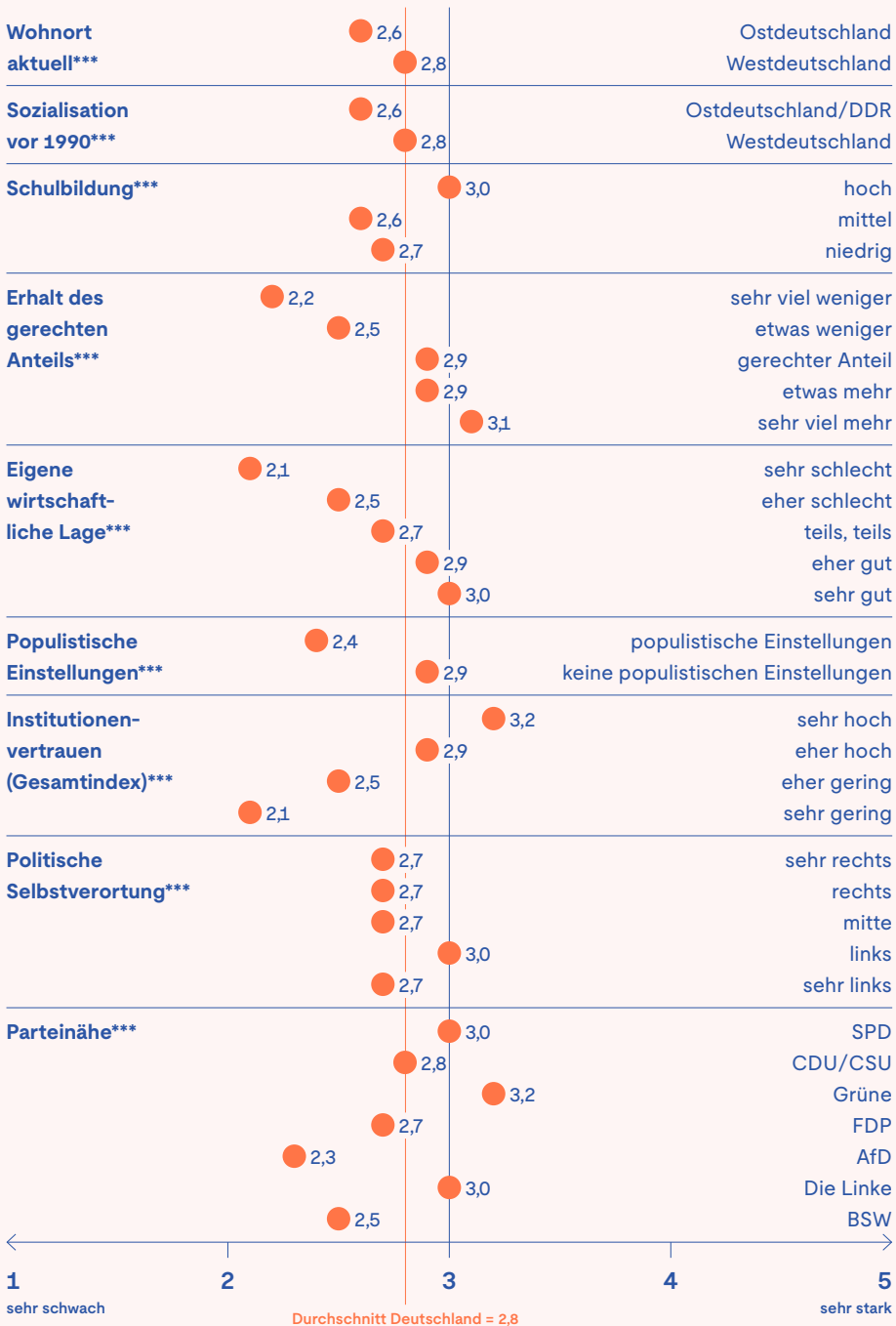


- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- teils, teils
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu

Der originale Wortlaut des 2. Items »Die meisten Leute kümmern sich überhaupt nicht darum, was mit ihren Mitmenschen geschieht« wurde zur einfacheren Interpretation invertiert. Anteilswerte unter 2 Prozent wurden für eine besseren Übersichtlichkeit nicht beschriftet. Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

Abb. 22

Empfinden eines Wir-Gefühls nach unterschiedlichen Faktoren (Mittelwerte)

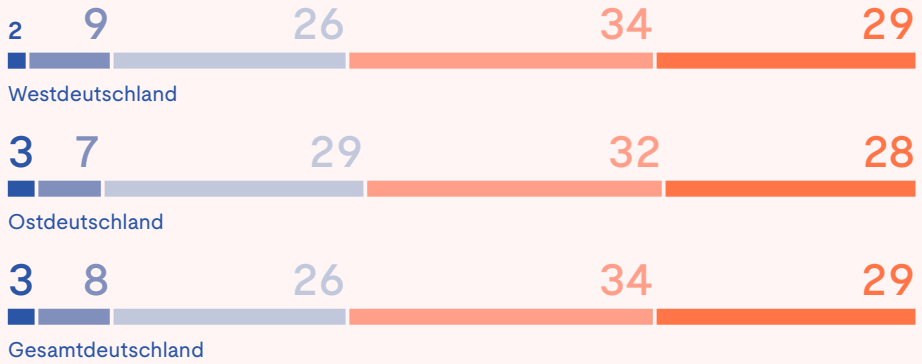


Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

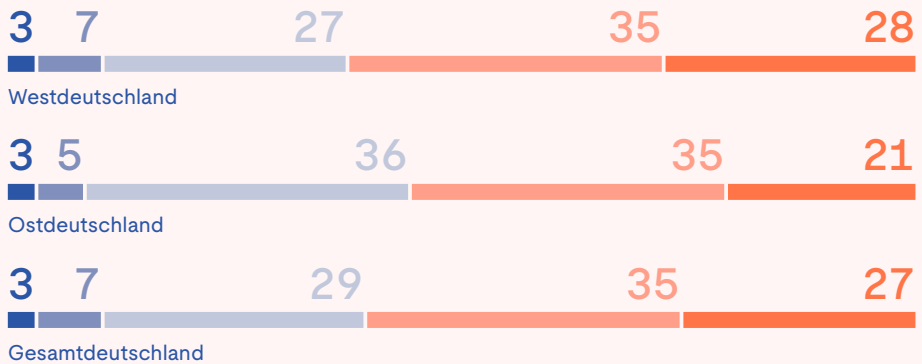
Abb. 23

Zusammenhalt und Vertrauen auf lokaler Ebene SIX I im Deutschland-Monitor 2023
(Vertrauen in Mitmenschen und ggs. Hilfsbereitschaft vor Ort, Angaben in Prozent)

Die Leute hier helfen sich gegenseitig.



Man kann den Leuten hier vertrauen.***



- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- teils, teils
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu

Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.
Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

3.5

Vorstellungen von einer gerechten Gesellschaft

Gerechtigkeit ist eine allgemein anerkannte, in den Gefühlslagen der Menschen fest verankerte moralische Lebensregel. Das bestätigen auch die Antworten auf die im diesjährigen Deutschland-Monitor gestellte anverwandte Frage, in welcher Gesellschaft die Befragten leben möchten. Als richtungsweisenden Normen, die gesellschaftliches Leben leiten sollen, wird den Grundsätzen der Chancengleichheit und der sozialen Gerechtigkeit sehr große Bedeutung zugemessen (↗ Kap. 3.1; auch Hebenstreit et al. 2024b, 156f). Ob und in welchem Ausmaß aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger Gerechtigkeit im täglichen Leben gewährleistet erscheint, bestimmt folglich maßgeblich die Legitimität des staatlichen Handelns sowie das Vertrauen und das Ansehen, das den verantwortlichen politischen Akteuren entgegengebracht wird (Pickel 2012, 137).

Einen Maßstab für wahrgenommene Gerechtigkeit liefert der Vergleich mit anderen, sei es personell mit Einzelnen oder sozialen Gruppen oder sei es territorial, u. a. in der Gegenüberstellung innerdeutscher Lebensbedingungen (Pickel 2012, mit Verweis auf Liebig et al. 2004). Erscheint aus dieser Perspektive das Gemeinwesen gerecht aufgestellt? Und wähnt man sich dabei selbst gerecht bedacht oder eher zurückgesetzt oder gar bevorzugt? Individuell wahrgenommene Gerechtigkeit findet, wie immer sie ausfällt, in statistischen Kennziffern, wie z. B. zu Einkommens- und Vermögensverteilung, Rentenniveau, Bildungsabschlüssen, Mietbelastung oder Steuerabgaben, nur bedingt objektiv unbezweifelbare Bestätigung. Denn eine allgemeinverbindliche und unveränderbare Definition dessen, was den materiellen Kern von Gerechtigkeit eindeutig ausmacht, ist in dynamischen und durch kulturelle und sozialökonomische Konfliktlinien durchzogenen Gesellschaften wie der unsrigen nicht möglich.

Dem trägt der mangelnde Konkretisierungsgrad Rechnung, der das Gerechtigkeitsverständnis der politischen Theorie und des Verfassungsrechts kennzeichnet.²⁴ Das heutige politische Denken stimmt jedoch weithin darin überein, dass es bei der Gerechtigkeitsfrage um Gleichbehandlung im Sinne von Verfahrens- und Verteilungsgerechtigkeit geht (Rieger 1998, 14f).²⁵ Als Rechtsbegriff bleibt Gerechtigkeit im Hinblick auf seine Anwendung jedoch abstrakt. Diese Unschärfe ist geboten. Denn nur so finden Parteien, Parlamente und Regierungen unter den Vorzeichen wechselnder demokratischer Mehrheiten eine hinreichende Offenheit vor, um ihre konkreten Programme zur Verwirklichung gerechter Verhältnisse tatsächlich umsetzen zu können. Darüber, wie bei der Verteilung öffentlicher und privater Güter möglichst alle Interessen angemessen berücksichtigt werden können, herrschen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mithin stets kontroverse Ansichten.

²⁴ In Artikel 1 (2) GG wurde das Bekenntnis zur »Gerechtigkeit in der Welt« als Verfassungsnorm aufgenommen. Artikel 14 (2), Satz 3 GG gibt für Entschädigungen im Fall von Enteignung eine »gerechte Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten« vor.

²⁵ Das moderne deutsche Verfassungsrecht hat seinerseits das ursprünglich rein formale Rechtsstaatsprinzip in der Richtung des Postulats des sozialen Ausgleichs fortentwickelt (Böckenförde 1969, 53, 67, 73 ff., Holtmann 2020, 141–147). Die Gewährleistung eines materiell gerechten Rechtszustandes stellt demzufolge einen »obersten Rechtswert« (Böckenförde 1969) der Verfassungsordnung der Bundesrepublik dar.

Vor diesem Hintergrund wird Gerechtigkeit im Rahmen des diesjährigen Schwerpunktthemas vertieft untersucht: Zunächst wird gezeigt, inwiefern es nach Wahrnehmung der Befragten in Deutschland aktuell gerecht zugeht (↗ Kap. 3.5.1). Darauf aufbauend wird analysiert, welche Vorstellungen einer »gerechten Gesellschaft« die Befragten haben (↗ Kap. 3.5.2) und was sie in unserer Gesellschaft als besonders ungerecht empfinden (↗ Kap. 3.5.3). Darauf aufbauend werden die unterschiedlichen Vorstellungen der Bevölkerung zu Gerechtigkeit in 4 Gerechtigkeitsclustern gebündelt und allgemein geteilte Gerechtigkeitsvorstellungen herausgearbeitet (↗ Kap. 3.5.4).

3.5.1

Geht es in Deutschland »alles in allem eher gerecht oder eher ungerecht« zu?

In einem ersten Schritt wird untersucht, ob es nach Ansicht der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland gerecht zugeht. Aufgrund der dargestellten Breite und Unbestimmtheit des Begriffs ist es nicht überraschend, dass die Bürgerinnen und Bürger in ihrer Bewertung, ob es in Deutschland »alles in allem eher gerecht oder eher ungerecht zugeht«, seit jeher uneins sind.

Aktuell bewerten die im Deutschland-Monitor 2024 Befragten den Gerechtigkeitsgrad ihrer persönlichen Lebensverhältnisse deutlich positiver. Mehr als $\frac{2}{3}$ (ca. 72 Prozent) sehen sich selbst gegenwärtig gerecht oder sogar mehr als gerecht bedacht. Gut $\frac{1}{4}$ (28 Prozent) hat das Gefühl, eher ungerecht berücksichtigt zu werden (↗ Abb. 24). Weniger Ost- als Westdeutsche erhalten nach ihrer eigenen Wahrnehmung persönlich einen gerechten Anteil bzw. mehr als einen solchen (ebd.). Die innerdeutsche Differenz beträgt hierbei gegenwärtig rund 11 Prozentpunkte (West: 73 Prozent, Ost: 62 Prozent). In gleicher Größenordnung sehen sich Ostdeutsche etwas bzw. viel ungerechter behandelt (West: 27 Prozent, Ost: 38 Prozent).²⁶

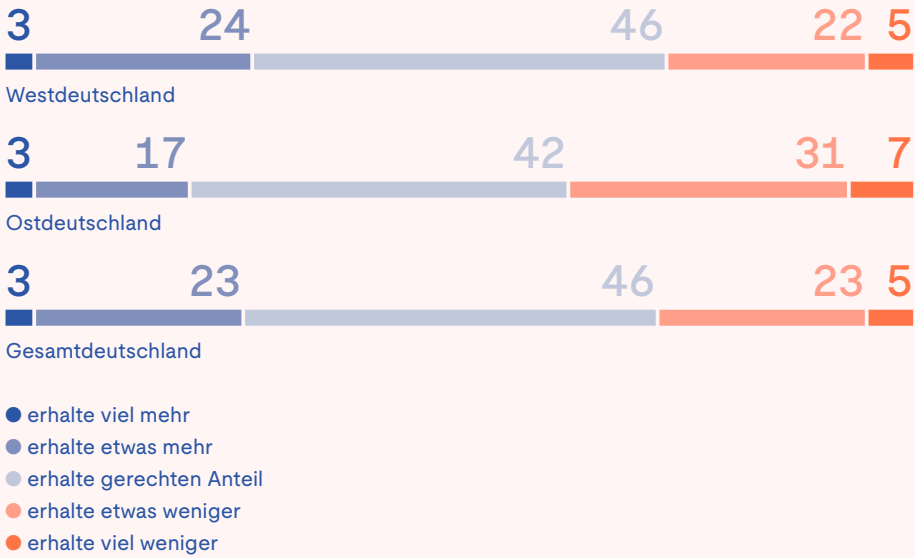
Betrachtet man weitere externe Daten zu dieser Thematik, wie den Trendverlauf des ARD-DeutschlandTrends, zeigt sich ungefähr eine Gleichverteilung der Stimmen, die den Zustand des Gemeinwesens entweder als »eher gerecht« oder als »eher ungerecht« einschätzen. Beide Kurven bewegen sich in einem Schwankungsbereich zwischen ca. 40 und 60 Prozent, wobei wiederholt starke situationsbedingte Ausschläge auftreten. Im August 2023 überwog die Fallzahl derer, welche die Verhältnisse hierzu-lande als »eher ungerecht« beurteilten, deutlich (58 Prozent »eher ungerecht«, 35 Prozent »eher gerecht«) (Infratest dimap 2023a).²⁷

²⁶ Diese Zahlen deuten darauf hin, dass sich die Befürwortung anteiliger Gerechtigkeit in Ost- und Westdeutschland angenähert hat. Nach früheren ALLBUS-Daten lag die Rate der sich gerecht behandelt fühlenden Westdeutschen bis 2010 konstant um ca. 25 Prozentpunkte über den Anteilen der Ostdeutschen (Pickel 2012, 149, 168). Trotz der unterschiedlichen Messung in diesen Studien (4- bzw. 5-stufige Skala) kann von einem substantziellen Angleichungsprozess ausgegangen werden.

²⁷ Einer Umfrage vom November desselben Jahres zufolge war Deutschland in den letzten 10 Jahren für 15 Prozent der Befragten »gerechter geworden«, für 39 Prozent »ungerechter geworden« und für 42 Prozent »unverändert geblieben« (Infratest dimap 2023b).

Abb. 24

Erhalt des »gerechten Anteils« (Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind auf einem Niveau von $p \leq 0,001$ signifikant.

3.5.2

Vorstellungen einer »gerechten Gesellschaft«

Um die Vorstellungen einer gerechten Gesellschaft zu untersuchen, wurde die eine Hälfte der Befragten offen danach gefragt, was aus ihrer Sicht eine gerechte Gesellschaft ausmacht; die andere Hälfte wurde danach befragt, was sie in unserer Gesellschaft als besonders ungerecht empfindet.²⁸ Die Antworten, die eine enorme Bandbreite dokumentieren, wurden anhand einer induktiven Kategorienbildung nach inhaltlichen Schwerpunkten gruppiert.²⁹

Wie die nachfolgende Abbildung veranschaulicht, wird vornehmlich folgendes Idealbild einer gerechten Gesellschaft gezeichnet: Eine gerechte Gesellschaft verwirklicht das Gleichheitsprinzip und verschafft dem Postulat sozialer Gerechtigkeit in Form finanziell auskömmlicher Lebensverhältnisse die gebotene Anerkennung. Sie macht gesellschaftlichen Zusammenhalt erlebbar, gerade auch innerhalb der örtlichen Gemeinschaft. Sie öffnet Freiheitsräume, wahrt jedermanns Persönlichkeitsrechte und sorgt aus Sicht vieler auch für fair entlohnte Arbeit (→ Abb. 25). Den elementaren Grundwerten der Freiheit, Gleichheit und Sicherheit wird somit große Bedeutung zugemessen (→ Kap. 3.3). Im Ergebnis liegen somit die Wahrnehmungen der Bevölkerung von einer »gerechten Gesellschaft« und jene von einer »gewünschten Gesellschaft« (→ Kap. 3.1) eng beieinander.

Die Fokusgruppendifkussionen bestätigen diesen Befund anschaulich. So ist unter dem Eindruck aktuell verstärkter Sorgen, den eigenen sozialen Status einzubüßen, der Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit und der Ruf nach einem starken regulierenden Staat (→ Kap. 5.2) gegenwärtig. Das Diskursbild der Teilnehmenden erzeugt den Eindruck, dass die krisenverursachten, drohenden Wohlstandsverluste die Angst vor dem eigenen sozioökonomischen Abstieg und vor gesellschaftlichen Verwerfungen befeuern, was die Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit und einem stärkeren Staat zu einer zentralen gesellschaftlichen Zielvorstellung von Befragten an allen Standorten macht (INFO 2024, 5).

Die Rangfolge der nach Zuordnung der einzelnen Antworten meistbesetzten Kategorien des Verständnisses von Gerechtigkeit stimmt im gesamtdeutschen Meinungsbild weitgehend überein. Lediglich die Präferenz für eine faire Wirtschaftsordnung schiebt sich im Osten, anders als im Westen, vor den Wunsch nach Freiheit und persönlichen Rechten. Im Ost-West-Vergleich verbinden Ostdeutsche andererseits mit einer gerecht aufgestellten Gesellschaft häufiger Angebote von Partizipation und Demokratie (siehe auch Mau 2024). Ferner werden im Osten Deutschlands die Sicherstellung von Gesundheit und Wohlbefinden, wirtschaftliche Gleichbehandlung und faire Entlohnung sowie allgemein die Gewähr sozialer Gerechtigkeit und einer finanziell gesicherten Existenz zahlreicher geltend gemacht. Persönliche Rechte und Freiheiten werden hingegen seltener als im Westen mit gerechten Verhältnissen assoziiert.

²⁸ Vgl. zu den Frageformulierungen Kapitel 8, Frage 27, Frage 28. Die Beteiligung an der gesplitteten offenen Frage lag mit 74 Prozent (empfundene Ungerechtigkeiten) und 91 Prozent (gewünschte Gerechtigkeit) außerordentlich hoch. Insgesamt wurden somit in den beiden Befragungen mehr als 7.000 Antworten ausgewertet.

²⁹ Dabei erfolgte teilweise – insofern zutreffend – eine Zuordnung einzelner Aussagen zu mehreren Kategorien.

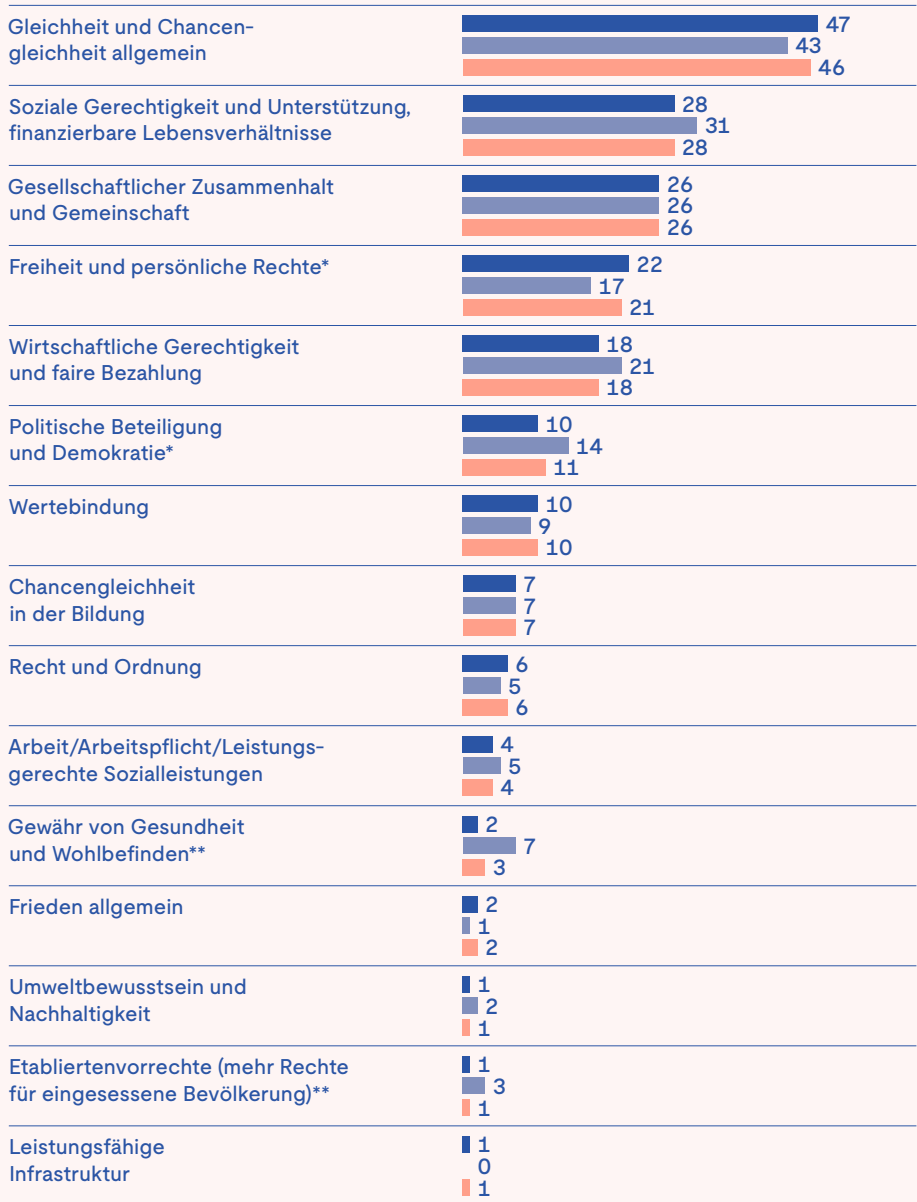
Zieht man zur abschließenden Einordnung des Gerechtigkeitsprofils den von Ronald Inglehart entwickelten Index des globalen Wertewandels heran (Inglehart 1977, 1983), so überwiegen gegenwärtig in Ostdeutschland erkennbar die sogenannten materialistischen Werthaltungen. Offenbar begünstigt hier die aktuell verschärfte ökonomische Anpassungskrise, in Verbindung mit den nach 1990 gemachten Erfahrungen des »doppelten Transformationschocks« (Holtmann 2019), eine stärkere (Rück-)Orientierung auf traditionelle Sicherheitsanker wie wirtschaftliche Stabilität sowie Recht und Ordnung. Ebenso schlüssig erscheint vor diesem aktuellen Erfahrungshintergrund auch die spezifische Vorliebe, die dem Kanon postmaterialistischer Werthaltungen zuzuordnen ist: Politische Beteiligung und Demokratie werden, wie erwähnt, von Ostdeutschen vergleichsweise häufiger als Merkmale einer gerechten Gesellschaft genannt (↗ Abb. 25). Dies lässt sich als Bedürfnis lesen, der Herstellung gerechter Zustände partizipativ Nachdruck zu verleihen.

Setzt man die Einstellungsdaten der Basisstichprobe in Bezug zu unserer anhand der ILTIS-Indikatoren erstellten Kreistypologie (↗ Kap. 2.2.1; vgl. auch Holtmann et al. 2024, 34–41), so ergeben sich hinsichtlich des Indikators Prosperität zumindest im Osten Deutschlands moderate Zusammenhänge (↗ Abb. 26). Erkennbar ist, dass in ostdeutschen Regionen mit geringer Prosperität aus Sicht der dortigen Einwohnerschaft Aspekte sozialer Gerechtigkeit und der Gewährleistung finanzierbarer Lebensverhältnisse für das Verständnis von Gerechtigkeit höhere Bedeutung haben als in stärker prosperierenden Kreisen. In den ostdeutschen strukturschwächeren Regionen sind auch deutlich mehr Menschen der Ansicht, es sei gerecht, dass jemand, der »schon immer hier lebt«, mehr Rechte habe als Personen, die neu hierherkommen (ebd.). In Westdeutschland finden sich diesbezüglich keine signifikanten Einflüsse. Diese Einstellung legitimiert aus subjektiver Sicht Ungleichwertigkeitsvorstellungen (Etabliertenvorrechte, vgl. Zick et al. 2023, 155 f.) auf Grund des individuellen Gerechtigkeitsempfindens in strukturschwächeren ostdeutschen Regionen und kann somit auch als Erklärungsfaktor für migrationskritische Einstellungen gelten (↗ Kap. 4.3).

Abb. 25

Was macht aus Ihrer Sicht eine gerechte Gesellschaft aus ...

(Angaben in Prozent)



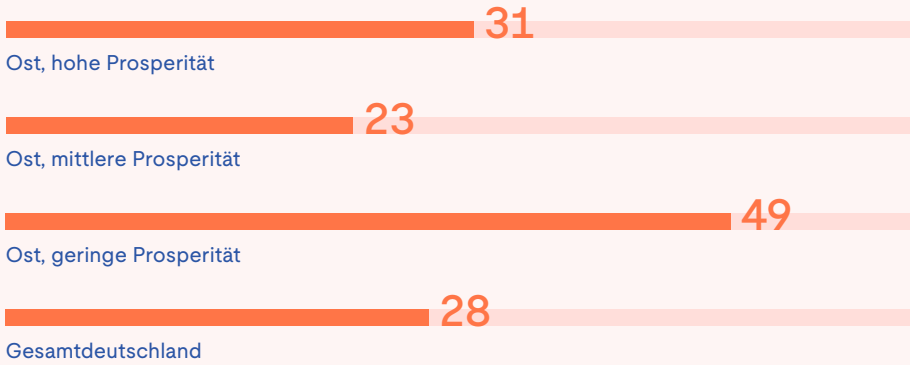
- Westdeutschland
- Ostdeutschland
- Gesamtdeutschland

Induktive Kategorienbildung aus offenen Antworten (n = 1.824).
 Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

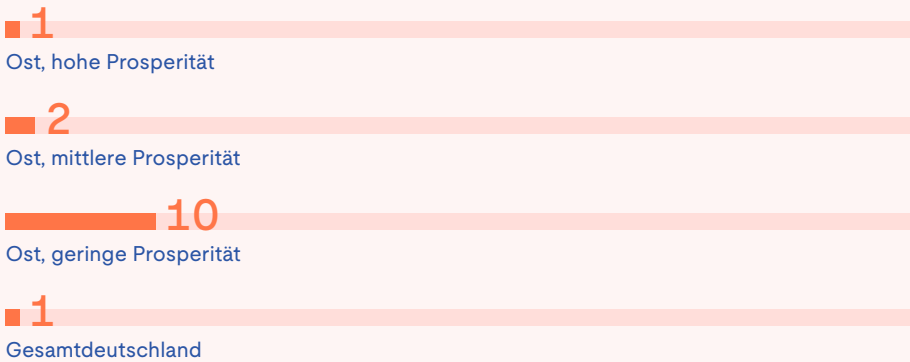
Abb. 26

Teilaspekte einer gerechten Gesellschaft nach regionaler Prosperität in Ostdeutschland (Angaben in Prozent)

Soziale Gerechtigkeit und Unterstützung, finanzierbare Lebensverhältnisse**



Etabliertenvorrechte (mehr Rechte für eingegessene Bevölkerung)**



Induktive Kategorienbildung aus offenen Antworten (n = 1.824). Prosperitätsklassen nach ILTIS-Indikatoren (Holtmann, Pollak, Reiser 2024). Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

3.5.3

Wahrnehmungen von »Ungerechtigkeit« in der Gesellschaft

Mit der Frage danach, was die Befragten an unserer Gesellschaft als besonders ungerecht empfinden, wird das Vorstellungsbild der gewünschten Gesellschaft kontrastiv einem Praxistest unterzogen. Auffällig ist, dass die meistgenannten Idealvorstellungen gerechter Verhältnisse mit wahrgenommenen Erscheinungsformen der gesellschaftlichen Realität, die besonders häufig als ungerecht kritisiert werden, eine hohe Übereinstimmung aufweist. Das betrifft zentrale Fragen von Gerechtigkeit wie soziale (Un-) Gleichheit, Chancen(-un-)gleichheit, (Un-)Gleichbehandlung, (un-)faire Arbeit und finanzielles Auskommen (→ Abb. 27). Die Bedeutung einer gerechten Verteilung von Ressourcen innerhalb der Gesellschaft wird auch von einem Teil der Diskutantinnen und Diskutanten in den Fokusgruppen explizit hervorgehoben, verbunden mit dem klaren Auftrag, dass die Politik dafür in der Verantwortung stehe:

»Ich finde eine gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung total wichtig für eine gut funktionierende Gesellschaft. Das war ja nicht umsonst so bei diesen wirtschaftspolitischen Zielen in den 1970er und 1980er Jahren ein ganz großes Schlagwort. Aber das hat sich immer weiter verschoben in den letzten Jahren. Das ist eine gefährliche Entwicklung.« (m, 40–49 J., LK Neu-Ulm, W-HP)

»Politik ist ja dazu da, diese Ordnung zu schaffen, also Gerechtigkeit herzustellen. Mit einer noch sozialeren Budgetplanung zum Beispiel.« (m, 30–39 J., KS Delmenhorst, W-NP)

In Ost- wie Westdeutschland werden vorrangig dieselben Gerechtigkeitsdefizite genannt. Allerdings treten in einigen Bereichen ostdeutsche Spezifika auf: Soziale Ungleichheit und fehlende Verteilungsgerechtigkeit werden im Osten deutlich häufiger kritisiert als im Westen (plus 8 Prozentpunkte), ferner hohe Steuern und Abgaben – jedoch nicht signifikant – eine überwiegend als belastend und dysfunktional wahrgenommene Migration und Integration. Dass Sozialleistungen »gestaffelt nach Leistung« vergeben sowie vorrangig der »eigenen Bevölkerung« zugutekommen sollen, drückt eine in der Bevölkerung vorhandene verkürzte Erwartung leistungsgerechter Behandlung der eigenen Person sowie fremder Personen aus (→ Kap. 4.3).

An diesem Punkt wird exemplarisch anschaulich, wie verinnerlichte Gerechtigkeitsnormen, wenn sie in Krisenzeiten an die gesellschaftliche Wirklichkeit als »Maßstab« angelegt werden, in die Rechtfertigung sozialer Abgrenzung umschlagen können.

Aus westdeutscher Sicht werden andere Seiten der gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse vergleichsweise häufiger als ungerecht bewertet. Das betrifft die Bereiche Renten und Altersarmut, Chancengleichheit im Bildungswesen und – auf vergleichsweise geringerem Nennungsniveau – das soziale Miteinander (→ Abb. 27).

Diese Ost-West-Unterschiede bestätigen sich auch in der vergleichenden Analyse der prosperierenden und nicht-prosperierenden west- und ostdeutschen Kreise. Der Einfluss der Prosperität fällt bei empfundener Ungerechtigkeit insgesamt stärker aus als bei den präferierten Vorstellungen von Gerechtigkeit (↗ Abb. 28).

Im Osten Deutschlands sind Aspekte von Diskriminierung und Ungleichbehandlung aus Sicht der Einwohnerschaft vor allem in prosperierenden Gebieten ein Problem (Differenz zwischen niedriger und hoher Prosperität 29 Prozentpunkte). Hingegen wird Ungerechtigkeit bezogen auf Renten- und Altersarmut (Differenz zwischen niedriger und hoher Prosperität 22 Prozentpunkte) sowie zu hohe Steuern und Abgaben (Differenz zwischen niedriger und hoher Prosperität 16 Prozentpunkte) eher in Gebieten mit geringer Prosperität in Ostdeutschland wahrgenommen (↗ Abb. 28).

In den Fokusgruppen der qualitativen Begleitstudie äußert sich die Angst bzw. Kritik an der aktuellen Rentensituation beispielsweise wie folgt:

»Altersarmut ist ein Riesenproblem. Das Geld wird immer weniger wert. Man bräuchte eine gleiche Absicherung für alle. Dass nach unten hin eine Grenze zieht für alle Menschen, dass man nicht Pfandflaschen sammeln muss. Man sollte im Alter eigentlich noch mehr kriegen als vorher, sonst hat man ja die ganzen Jahre umsonst gearbeitet.«
(m, 16–29 J., LK Potsdam-Mittelmark, O-HP)

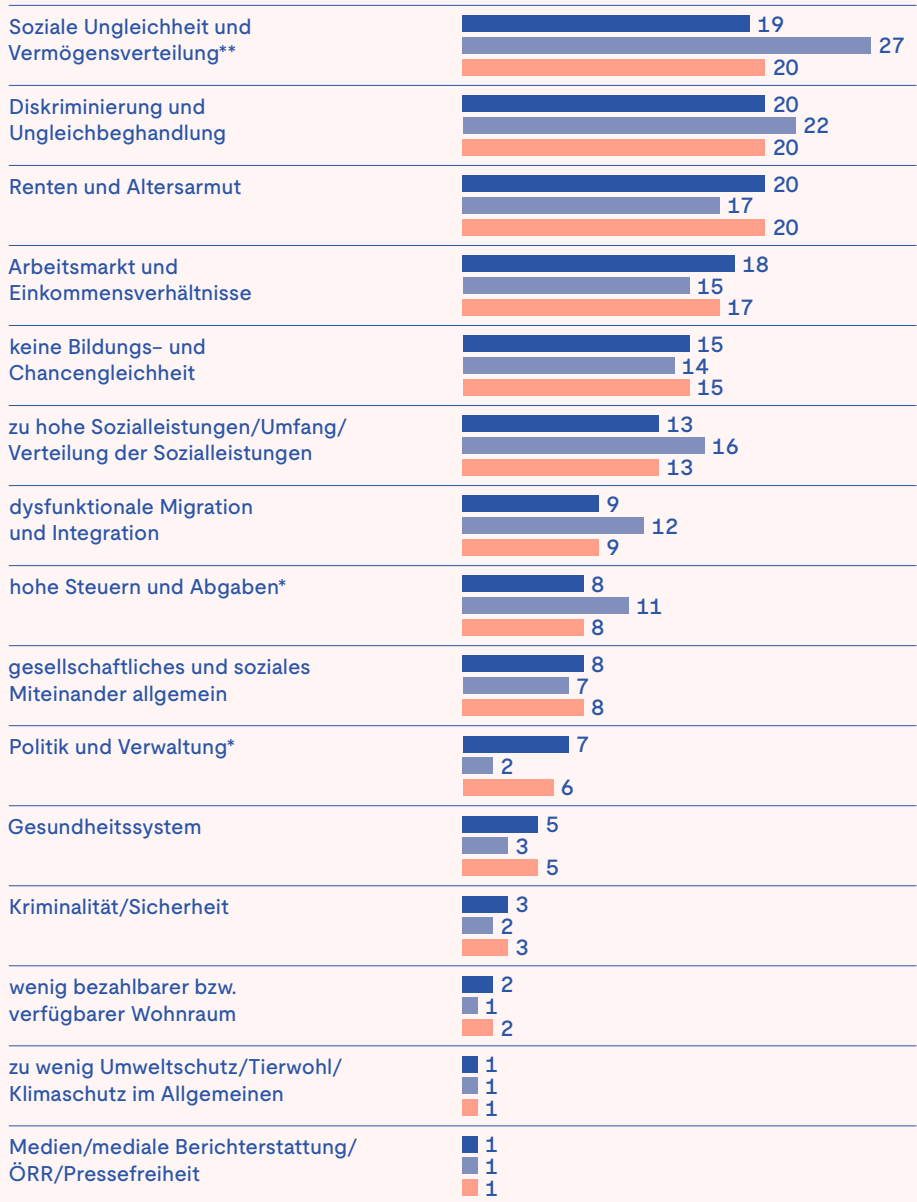
Im Westen kann ein Einfluss des Faktors regionale Entwicklung nur für den Bereich der Distribution von Sozialleistungen festgestellt werden. Hier teilen Befragte, die in Gegenden mit einer im Schnitt höheren Prosperität leben, eher die Sorge, dass Ressourcen ungerecht verteilt werden, als Menschen in weniger prosperierenden Regionen (Differenz zwischen niedriger und hoher Prosperität 8 Prozentpunkte; ebd.). Vor Ort werden diese Bedenken beispielsweise in folgender Form geäußert (INFO 2024, 34):

»Ich würde den Leuten, die nicht arbeiten gehen wollen, aber können, kein Geld geben. Ganz klar. Es gibt viele, die, das habe ich auch schon im Fernsehen gesehen, die dann sagen: »Warum soll ich arbeiten gehen ... Ich habe jetzt zwar 200 Euro weniger, muss dafür aber nichts machen.«
(m, 40–49 J., LK Neu-Ulm, W-HP)

Werden die gefundenen Einflussfaktoren auch hier nochmals anhand der ausgewählten Kreise der Vertiefungsstudie betrachtet, zeigt sich, dass die Menschen in den strukturstärkeren Kreisen im Osten Deutschlands Diskriminierung und Ungleichbehandlung überdurchschnittlich stark als gesellschaftliches Problem wahrnehmen und zu hohe Sozialleistungen als problematisch kennzeichnen. Auf den ersten Blick würde man nicht unbedingt erwarten, dass Impulse sozialer Ab- und Ausgrenzung bzw. Klagen über eine vorgeblich sozial ungleiche Verteilung von Ressourcen in beiden Landesteilen – zumindest abgeschwächt auch in Westdeutschland – vor allem in prosperierenden Regionen festzustellen sind. Eine Erklärung dafür könnte sein, dass in Zeiten anhaltender Krisen bei Personen, die sich – vor allem in Ostdeutschland seit den erlebten Umbrüchen der 1990er Jahre – wiederholt etwas erarbeitet haben bzw. sich als wirtschaftliche Leistungsträger verstehen, das Bedürfnis wächst, den eigenen sozialen Status und materiellen Besitzstand nach »unten« und »außen« zu verteidigen.

Abb. 27

Was empfindet man als besonders ungerecht in unserer Gesellschaft
(Angaben in Prozent)



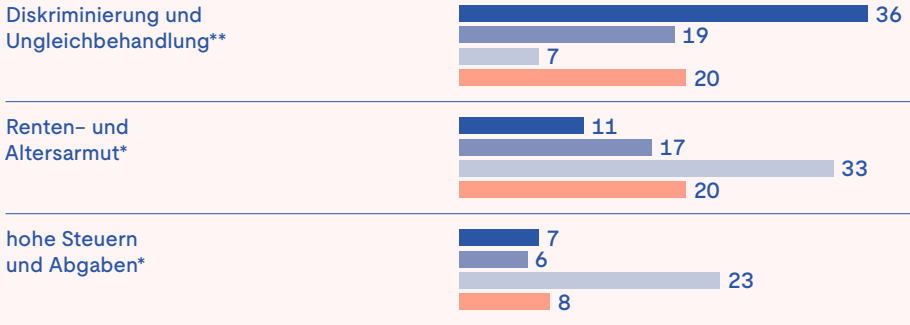
- Westdeutschland
- Ostdeutschland
- Gesamtdeutschland

Induktive Kategorienbildung aus offenen Antworten (n = 1.471).
Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

Abb. 28

Was empfindet man als besonders ungerecht in unserer Gesellschaft nach Prosperität (Angaben in Prozent)

Ostdeutschland



Westdeutschland



- hohe Prosperität
- mittlere Prosperität
- geringe Prosperität
- Gesamtdeutschland

Induktive Kategorienbildung aus offenen Antworten (n = 1.824).
Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

3.5.4

Die Vorstellungen von Gerechtigkeit – grundlegender Konsens und 4 Gerechtigkeitscluster

Im Deutschland-Monitor 2024 wurden die Vorstellungen von einer gerechten Gesellschaft, die in der Bevölkerung gehegt werden, mittels einer offenen Frage erhoben. Dabei wurde die eine Hälfte der Befragten gefragt, was aus ihrer Sicht eine gerechte Gesellschaft ausmacht; die andere Hälfte danach, was sie in unserer Gesellschaft als besonders ungerecht empfindet. Diese gesplittete Frage wurde von einem außerordentlich hohen Anteil der Befragten mit konkreten, frei formulierten Textbeiträgen beantwortet.

Insgesamt konnten mehr als 3.400 Antworten der Basisstichprobe ausgewertet werden. Anhand einer induktiven Kategorienbildung wurden die insgesamt 1.824 einzelnen Antworten auf die Frage nach dem Wunschbild einer gerechten Gesellschaft, die – wie auch bei der Frage nach der Benennung besonders ungerechter Aspekte in unserer existierenden Gesellschaft – eine enorme Bandbreite dokumentieren, nach inhaltlichen Schwerpunkten sortiert. Dabei erfolgte, angesichts mitunter unvermeidlich mangelnder Trennschärfe, teilweise eine Zuordnung zu mehreren Kategorien.

Anhand dieser Differenzierung lassen sich aus der großen Fülle individueller Antworten der Befragten 4 »Gerechtigkeitscluster« herausfiltern, die trotz unvermeidbarer Überschneidungen eigene normative Akzente für die gewünschte Gesellschaft setzen. Dabei kommen durchaus auch einander widersprechende Standpunkte zum Ausdruck, in denen sich gegenwärtige gesellschaftliche Streitfragen widerspiegeln ([detaillierte Zusammenstellung](#) [↗ Kap. 7.1](#)):

Personen, die dem 1. Cluster Gleichheit zuzuordnen sind, verknüpfen Gerechtigkeit in besonderer Weise mit Gleichheit, indem sie in besonderem Maße Aspekte betonen, die einen Bezug zur Gleichheit haben, wie Gleichwertigkeit, Gleichheit vor dem Gesetz, Chancengleichheit und einen starken Wohlfahrtsstaat. Personen, die dem Gerechtigkeitscluster Soziale Unterstützung und finanzierbare Lebensverhältnisse zugeordnet sind, eint die Betonung auf die Aspekte gesellschaftliche Fürsorge, Solidarprinzip, Leistungsgerechtigkeit sowie soziale und finanzielle Sicherheit. Neben dem sozialen Ausgleich bedeutet Gerechtigkeit für diese Gruppe aber auch, dass sozialer Aufstieg möglich ist. Das 3. Cluster Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Gemeinschaft rückt die soziale Dimension in den Vordergrund. Gerechtigkeit ist eng verknüpft damit, aufeinander zu achten, miteinander zu reden, sich zu vertrauen, zu respektieren und einander zu helfen. Das 4. Cluster Persönliche Freiheiten und Rechte hingegen legt den Fokus auf die liberale Dimension von Gerechtigkeit, indem Autonomie und freie Entfaltung ebenso wie die grundgesetzlich garantierten Freiheits- und Bürgerrechte betont werden.

Neben diesen spezifischen Vorstellungen werden jedoch konsensual und clusterübergreifend sozialmoralische Leitwerte explizit oder auch implizit breit geteilt: Solidarität, Gleichheit, Brüderlichkeit, Friedfertigkeit, Gleichberechtigung, Chancengleichheit, Gerechtigkeit, Toleranz, Recht und Ordnung, Vielfalt (»in der die Schwachen berücksichtigt werden«), Sicherheit, Menschenwürde, Nächstenliebe, Zusammenhalt, Leistung, Ehrlichkeit, Allgemeinwohl, Empathie, sozialer Frieden. Kontrastiv dazu, wenn gleich zahlenmäßig weniger häufig, kommen auch andere Grundeinstellungen zum Ausdruck: soziale Schließung nach außen, Abgrenzung gegenüber dem Anderen bzw. Fremden, Eigennutz.

Die hier genannten Leitwerte leiten auch die Aussagen jener Personen, die auf die Frage geantwortet haben, was sie in unserer Gesellschaft als besonders ungerecht empfinden. Es ist, was nicht verwundert, dieselbe Sozialmoral, die sowohl eine Orientierungsgröße für das Wunschbild einer gerechten Gesellschaft abgibt, als auch als Bewertungsmaßstab für real wahrgenommene soziale Ungerechtigkeit dient.

Resümierend ist festzuhalten: Gerechtigkeit ist in der Bevölkerung als allgemein gewünschte Vorstellung allgegenwärtig. Dem tut die begriffliche Unschärfe keinen Abbruch. Offenbar ist es nicht zuletzt die Offenheit des Begriffs, d. h. die Möglichkeit, alle erdenklichen Erwartungen und Bedenken darin unterzubringen, die seine ungebrochene gesellschaftliche Zugkraft ausmacht. Aus Sicht der Bürgerinnen und Bürger ist »Gerechtigkeit« für so gut wie alle konkreten Herausforderungen, denen sie im Alltagsleben begegnen, als Maßstab relevant. »Gerechtigkeit« funktioniert als ein zentrales moralisches Regulativ, das die Wahrnehmung der öffentlichen und der privaten Sphäre maßgeblich leitet und demzufolge schwerlich überschätzt werden kann. Demokratischer Politik, die diesem Grundbedürfnis gebührende Aufmerksamkeit widmet, öffnet sich hier ein Zugang, um gesunkenes Vertrauen in Politik und das verbreitete Gefühl mangelnder Responsivität der politischen Akteure wieder zu festigen.

3.6

Wahrgenommene gesellschaftliche Diskriminierung: Welche Formen von Benachteiligung sollten vorrangig abgebaut werden?

Der Abbau von Benachteiligung und die Herstellung von gleichen Chancen für alle werden seitens der Bevölkerung als eine wichtige Bedingung für das Einlösen von gesamtgesellschaftlicher Gerechtigkeit erachtet (↗ Kap. 3.1 + Kap. 3.5). Demgegenüber stehen – gleichsam als Gegenpol – soziale Ungleichheit sowie Diskriminierung und Ungleichbehandlung als zentrale Symptome von Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft (↗ Kap. 3.5.3). Um herauszufinden, welche alltäglichen, gesellschaftlichen Gerechtigkeitsdefizite aus Sicht der Befragten als am dringlichsten wahrgenommen werden, wurde den Befragten im Rahmen der standardisierten Befragungen eine Liste mit möglichen Formen gesellschaftlicher Diskriminierung vorgelegt. Bei ausnahmslos allen aufgelisteten Ausprägungen von Benachteiligung sehen die Befragten mehrheitlich einen sehr hohen oder zumindest hohen Handlungsbedarf (↗ Abb. 29). Vorrangig soll insbesondere der Diskriminierung aufgrund von Armut (84 Prozent), Geschlecht (73 Prozent) und Alter (73 Prozent) entgegengewirkt werden. Das Merkmal »Armut«, für welches – mit Abstand – am dringlichsten Handlungsbedarf reklamiert wird, ist inhaltlich deckungsgleich mit den Aspekten »Soziale Ungleichheit und Soziale Gerechtigkeit«, die als zentrale Anforderungen an gerechte gesellschaftliche Zustände identifiziert worden sind (↗ Kap. 3.5). Neben dem allgegenwärtigen Thema der sozialen Gerechtigkeit wurde Sorge vor einer zunehmenden Kluft zwischen Arm und Reich in einzelnen Fokusgruppen genannt (INFO 2024, 32), wie das folgende Zitat eines Teilnehmers exemplarisch illustriert:

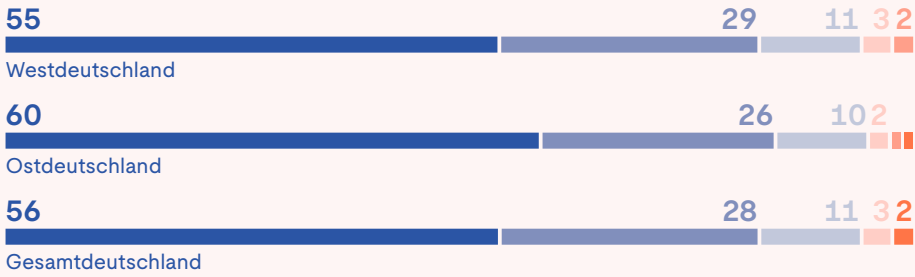
»Die untere Schicht, die für den Mindestlohn arbeitet, die kriegt ja nicht mal eine richtige Erhöhung. Mein Chef ist einer der Reichsten in Deutschland und seit über einem Jahr wird rumdiskutiert, ob wir einen Inflationsausgleich bekommen. Die untere Schicht hat eigentlich nicht mal so ein richtiges Rederecht. Die müssen mit irgendeiner Scheiße zufrieden sein. Wenn man reich ist, kann man dagegen viel beeinflussen. Der Chef hat z. B. auf Mallorca einfach noch ein Grundstück neben seinem aufgekauft, damit der seine Ruhe hat. Das ist doch irre.«
(m, 16–29 J., KS Delmenhorst, W-NP)

Etwas seltener – aber dennoch mehrheitlich – wird der Abbau von Benachteiligungen aufgrund eines Migrationshintergrundes (68 Prozent) oder aufgrund ostdeutscher Herkunft eingefordert (66 Prozent). Auf einem vergleichbaren Niveau liegt der Wunsch nach dem Abbau von Benachteiligungen bei Religions- und Glaubensfragen sowie im Bereich politischer Überzeugungen (jeweils 63 Prozent).

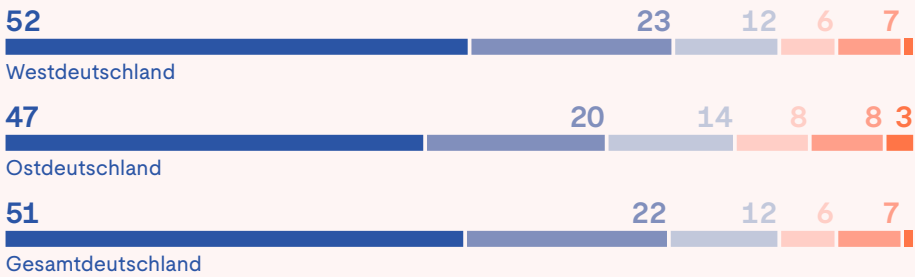
Abb. 29

Wichtigkeit des Abbaus von Benachteiligungen in unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft: »Benachteiligung auf Grund von ...« (Angaben in Prozent)

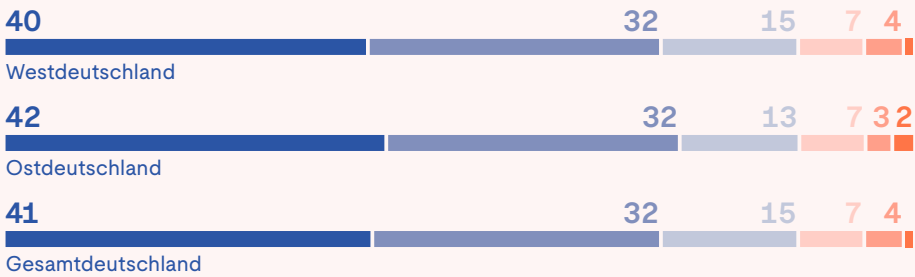
Armut



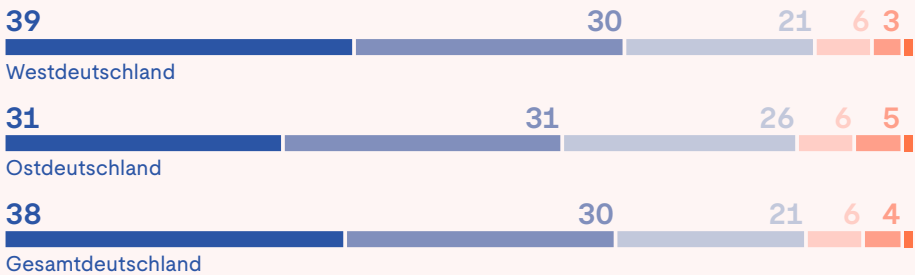
Geschlecht***



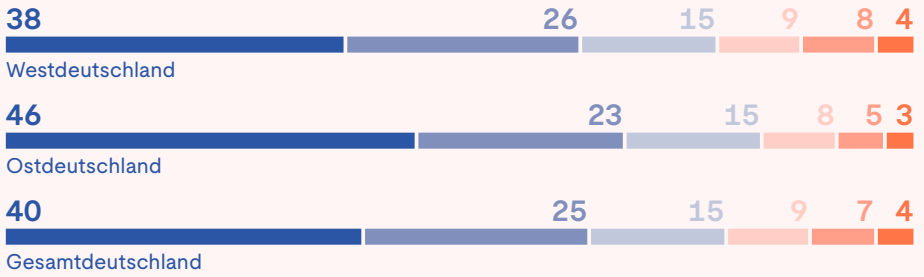
Alter



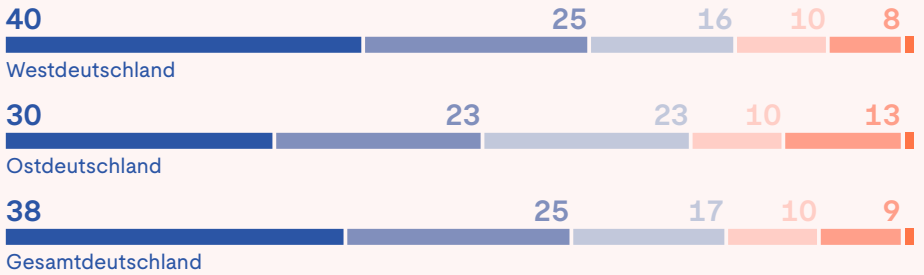
Migrationshintergrund***



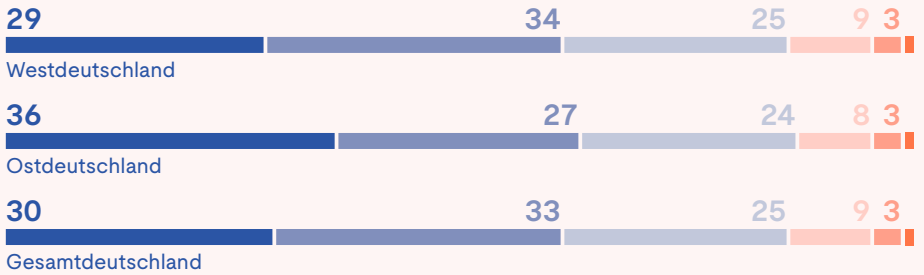
Ostdeutscher Herkunft**



Religion/Glauben***



Politischer Einstellung**



- sehr wichtig
- eher wichtig
- teils, teils
- eher unwichtig
- völlig unwichtig
- gibt keine Benachteiligung

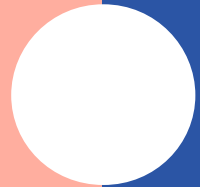
Absteigend sortiert nach »sehr und eher wichtig«. Die Kategorie »es gibt keine Benachteiligung« war nicht vorgegeben und wurde nur spontan genannt. Anteilswerte unter 2 Prozent wurden für eine besseren Übersichtlichkeit nicht beschriftet. Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

In der Bewertung zeigen sich deutliche Unterschiede je nach Parteinähe der Befragten: Insgesamt sehen Personen, die sich der AfD und der FDP als Parteien verbunden fühlen, generell weniger Handlungsbedarf. Umgekehrt stufen Personen, welche den Grünen und der Linken nahestehen, die Dringlichkeit von staatlichem Handeln zur Reduzierung von Benachteiligung themenübergreifend am höchsten ein. Zudem bestehen für einzelne Benachteiligungsaspekte sichtbare Unterschiede nach Parteinähe. Anhängerinnen und Anhänger der AfD sehen bei der Benachteiligung aufgrund eines Migrationshintergrunds am wenigsten die Notwendigkeit von Maßnahmen (36 Prozent); am stärksten sehen sie sie im Bereich der Armut (80 Prozent). Dass Benachteiligung bei Geschlecht (94 Prozent), Alter (83 Prozent) und Armut (98 Prozent) schnellstmöglich abgebaut werden müsste, reklamieren am häufigsten Anhängerinnen und Anhänger der Linken; bei Glauben (77 Prozent) und Migration (93 Prozent) wird sie am häufigsten von Personen, die den Grünen nahe stehen, genannt. Eine Diskriminierung wegen politischer Einstellungen (67 Prozent) und ostdeutscher Herkunft (75 Prozent) nimmt im Mittel am ehesten die Anhängerschaft des BSW wahr.

Untersucht man, inwiefern sich die Wahrnehmungen zwischen Ost und West unterscheiden, zeigt sich, dass diese bezüglich Armut (West: 84 Prozent, Ost: 86 Prozent), Alter (West: 72 Prozent, Ost: 74 Prozent) und politischen Überzeugungen (West: 63 Prozent, Ost: 63 Prozent) weitgehend übereinstimmen (→ Abb. 29). Bemerkenswerterweise wird auch der mit »ostdeutscher Herkunft« verbundene Diskriminierungsgrad in beiden Teilen des Landes nur geringfügig anders eingeschätzt (West: 63 Prozent, Ost: 69 Prozent). Hervorzuheben ist der vergleichsweise hohe Anteil an Personen, die angeben, hier keine Benachteiligungen zu sehen, und das sowohl im Osten als auch im Westen Deutschlands. Hinsichtlich des Geschlechts (West: 75 Prozent, Ost: 67 Prozent), des Migrationshintergrunds (West: 69 Prozent, Ost: 62 Prozent) und Glaubensfragen (West: 65 Prozent, Ost: 53 Prozent) bestehen etwas stärkere Ost-West-Differenzen, die möglicherweise auf unterschiedliche sozialstrukturelle und soziokulturelle regionale Entwicklungen zurückgeführt werden können.

Für einige Bereiche werden im städtischen Raum höhere Handlungserfordernisse angemeldet. Dazu gehören insbesondere Armut, Migrationshintergrund, aber auch Geschlecht. Letzterer Zusammenhang ist in städtischen Räumen in Ostdeutschland – auch infolge der ohnehin niedrigeren kritischen Einschätzung – etwas schwächer ausgeprägt. Für den Osten zeigt sich, dass in Gebieten mit mittlerer und hoher Prosperität hinsichtlich der Benachteiligung von Ostdeutschen weniger Handlungsbedarf gesehen wird als in Kreisen mit niedriger Prosperität.

4



Einstellungen zu Demokratie, Populismus und Extremismus

4.0

Einstellungen zu Demokratie, Populismus und Extremismus

Eine wichtige Aufgabe des Deutschland-Monitors ist die jährliche Untersuchung der politischen Einstellungen zu Demokratie, Populismus und Extremismus in der Bevölkerung. Ziel ist es dabei, aktuelle Erkenntnisse und Wahrnehmungen in die Entwicklung der politischen Kultur in Deutschland einzuordnen. Dies ist gerade vor dem Hintergrund der andauernden »Polykrise« (Tooze 2022) bedeutsam, da diese zu abnehmender politischer Unterstützung der Demokratie, ihrer Institutionen und Akteure führen kann.

Daher werden in Kapitel 4.1 zunächst die Einstellungen zur Demokratie, das Vertrauen in zentrale politische und gesellschaftliche Institutionen und die Responsivitätswahrnehmung analysiert (→ Kap. 4.1). Diese Erkenntnisse zur Unterstützung und Zufriedenheit mit dem bestehenden politischen System werden durch die Analyse der Verbreitung populistischer Einstellungen (→ Kap. 4.2) und Ungleichwertigkeitsvorstellungen im politischen und sozialen Bereich (→ Kap. 4.3) komplementiert. Neben Aussagen zur Höhe und Verbreitung dieser Einstellungsmuster wird auch untersucht, welche Faktoren diese begünstigen. Dabei liegt ein besonderer Fokus des Deutschland-Monitors darauf, nicht nur die individuellen Merkmale in den Blick zu nehmen, sondern auch zu untersuchen, welche Bedeutung kleinräumige Kontexte für diese Einstellungsmuster haben.

4.1

Einstellungen zur Demokratie, Institutionen- vertrauen, Responsivität

Welche Einstellungen haben die Bürgerinnen und Bürger zur Demokratie? Wie zufrieden sind sie mit der Funktionsweise der Demokratie, ihren Institutionen und Akteuren? Diese Fragen stehen im Zentrum des folgenden Abschnitts, der die Einstellungen zur Demokratie, das Institutionenvertrauen sowie die wahrgenommene Responsivität der Politikerinnen und Politiker gegenüber den Wünschen und Interessen der Bevölkerung untersucht.

4.1.1

Einstellungen zur Demokratie

In Bezug auf die Einstellungen zur Demokratie werden in der Demokratieforschung drei Dimensionen unterschieden (siehe z. B. Norris 2017, 23): Erstens wird untersucht, inwiefern die Befragten die Idee der Demokratie als Staatsform und mit ihren konstitutiven Prinzipien grundsätzlich unterstützen. Diese Bewertung ist losgelöst von tatsächlich existierenden Demokratien und zielt darauf, die diffuse Systemunterstützung einer (wie auch immer verfassten und funktionierenden) demokratischen Ordnung zu messen.³⁰

Zweitens sollen die Befragten äußern, wie sie die Ausgestaltung der Demokratie in Deutschland, so wie sie im Grundgesetz niedergeschrieben ist, bewerten. Hierbei geht es also v. a. um die Bewertung der konkreten Ausgestaltung der Demokratie in Deutschland als repräsentativ-parlamentarische Demokratie (Fuchs 1997; Niedermayer 2009, 383).³¹ Die dritte Dimension ist die Frage nach der Einstellung zur Praxis der Demokratie, also wie die Befragten das gegenwärtige Funktionieren der Demokratie in Deutschland bewerten.³² Insofern steht bei dieser Frage nach der Demokratiezufriedenheit die spezifische Unterstützung im Zentrum und bezieht sich u. a. auf die Verfassungswirklichkeit, die Repräsentation und Responsivität («Rückkopplung») politischer Akteure sowie auf die Performanz und den Output des politischen Systems (ebd.).

Wie aus Abbildung 30 hervorgeht, beurteilen die Befragten in Übereinstimmung mit existierenden Untersuchungen die drei Dimensionen der Demokratie sehr unterschiedlich: So besteht über die Idee der Demokratie als bevorzugte Staatsform nach wie vor ein nahezu uneingeschränkter Konsens (↗ Abb. 30). In Ost- wie Westdeutschland gibt es nach der Hauptstichprobe des Deutschland-Monitors nur einen verschwindend geringen Anteil innerhalb der Bevölkerung von 1 bis 2 Prozent, der der Demokratie nach eigenem Bekunden grundsätzlich skeptisch gegenübertritt. Diese hohe Unterstützung der Idee der Demokratie zeigt sich auch bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Fokusgruppendifkussionen. Sie haben dabei ein eher unbestimmtes, gleichzeitig aber ein sehr umfassendes Demokratieverständnis, das die freiheitliche Gesellschaft, eine demokratische politische Sphäre und die wirtschaftliche Ordnung umfasst (INFO 2024, 27 f.). Dass diese Frage auf eine eher stabile Werteorientierung abzielt, wird auch im Vergleich der Daten der Jahre 2023 und 2024 deutlich, zwischen denen es hierbei nur marginale Abweichungen gibt.

Gleichwohl zeigen sich Unterschiede im Grad der Unterstützung der Demokratie: Während $\frac{3}{4}$ der Westdeutschen die Idee der Demokratie nach eigenem Bekunden uneingeschränkt unterstützen, sind es bei den Ostdeutschen mit einem Anteil von 58 Prozent signifikant weniger.

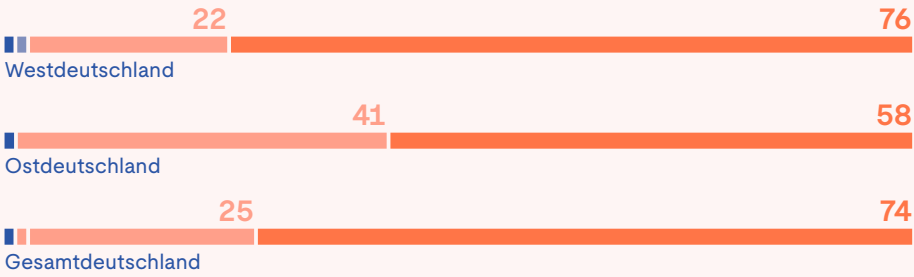
³⁰ Die konkrete Frageformulierung lautet: »Zunächst geht es nicht um tatsächlich bestehende Demokratien, sondern eher um die Idee der Demokratie im Allgemeinen. Was würden Sie zur Idee der Demokratie sagen. Sind Sie ... entschieden für Demokratie, eher für Demokratie eher gegen Demokratie oder entschieden gegen Demokratie.«

³¹ Die konkrete Frageformulierung lautet: »Was würden Sie allgemein zu der Demokratie in Deutschland, also zu der gesamten politischen Ordnung sagen, so wie sie in unserer Verfassung festgelegt ist? Sind Sie damit sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?«

³² Die konkrete Frageformulierung lautet: »Und sind Sie alles in allem sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert?«

Abb. 30
Einstellungen zur Demokratie (Angaben in Prozent)

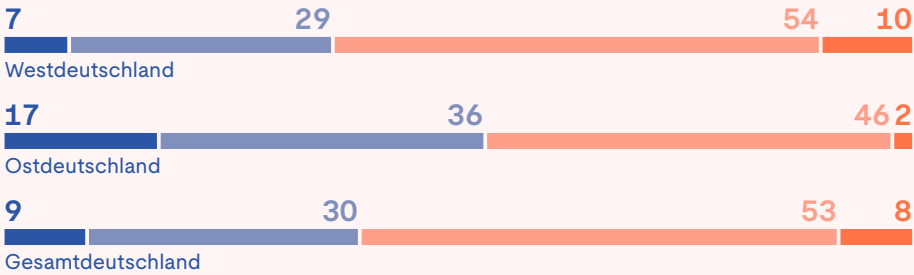
Idee der Demokratie



Zufriedenheit mit Verfassungsordnung



Funktionieren der Demokratie



- entschieden gegen Demokratie/sehr unzufrieden
- eher gegen Demokratie/eher unzufrieden
- eher für Demokratie/eher zufrieden
- entschieden für Demokratie/sehr zufrieden

Anteilswerte unter 2 Prozent wurden für eine besseren Übersichtlichkeit nicht beschriftet. Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

41 Prozent zeigen in ihrer Antwortwahl »eher für die Demokratie« eine gewisse Einschränkung in ihrer Unterstützung der Demokratie als Staatsform. Insgesamt sprechen die Ergebnisse zur »Idee der Demokratie« zunächst für ein weiterhin sehr hohes Maß an diffuser Unterstützung, also für eine starke Akzeptanz und Legitimität des politischen Systems in der Bevölkerung.³³ Allerdings betonen neuere Studien, dass das, was Bürgerinnen und Bürger unter Demokratie verstehen, sehr unterschiedlich ist und u. a. populistische Demokratievorstellungen systematisch von liberalen Konzeptionen abweichen (u. a. Steiner/Landwehr 2018) (→ Kap. 4.2). Zudem zeigen die Analysen in Kapitel 4.3.1, dass Bürgerinnen und Bürger, die die Demokratie abstrakt unterstützen, gleichzeitig antiliberaler und diktaturbefürwortende Positionen haben können.

Die Zufriedenheit mit der verfassungsmäßigen Ordnung in Deutschland, d. h. bei der zweiten Dimension der Einstellung der Bürgerinnen und Bürger zur Demokratie, liegt ebenfalls auf einem hohen Niveau: So äußern knapp 80 Prozent der Befragten, dass sie mit der Ausgestaltung der Demokratie im Grundgesetz zufrieden sind. Allerdings äußern bundesweit nur 22 Prozent uneingeschränkte Zufriedenheit, während mit einem Anteil von 57 Prozent die Mehrheit der Befragten äußert, dass sie eher zufrieden ist. Wie im Vorjahr (vgl. Hebenstreit et al. 2024) ist jedoch jede/r Fünfte mit der Ausgestaltung der Demokratie in der Verfassung unzufrieden; weitere 5 Prozent sind sogar sehr unzufrieden. Die im Jahr 2023 festgestellten Ost-West-Unterschiede führen sich fort: Nur knapp 67 Prozent der Ostdeutschen, aber 81 Prozent der Westdeutschen sind mit der bundesdeutschen Verfassungsordnung wenigstens »eher« zufrieden. Dabei zeigt die Untersuchung, dass sich diejenigen, die mit der Ausgestaltung der Verfassungsordnung nicht zufrieden sind, signifikant häufiger für eine Stärkung direktdemokratischer Verfahren aussprechen. Insgesamt wünschen sich 42 Prozent der Befragten, dass »das Volk und nicht die Politiker« die wichtigsten Entscheidungen treffen sollten. Dies entspricht den Erkenntnissen anderer Studien, dass ein gewichtiger Anteil der Bevölkerung für mehr direkte Demokratie in Deutschland optiert (u. a. Gabriel 2013; Steiner/Landwehr 2023). Auch in den Fokusgruppendifkussionen gibt es Stimmen, die sich für mehr direkte Demokratie aussprechen, wie das folgende Zitat exemplarisch zeigt:

»Also mehr demokratische Entscheidungen sozusagen an die Basis zu geben. Ich verstehe nicht, warum es bei uns auf Bundesebene keine Volksentscheide gibt. Denn beim Bund werden eben auch Gesetze verabschiedet, die nicht immer unbedingt positiv sind.« (m, 60–75 J., LK Neu-Ulm, W-HP)

Am geringsten ist die Zufriedenheit mit der Praxis der Demokratie in Deutschland. Dennoch äußert mit 61 Prozent eine Mehrheit der Befragten, dass sie mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland »eher« oder sogar »sehr zufrieden« sei. 39 Prozent sind unzufrieden mit der Praxis der Demokratie, wobei jede zehnte Person sogar sehr unzufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie ist. Es setzt sich der über viele Jahre stabile Trend fort, dass die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Ostdeutschland weiter verbreitet ist als in Westdeutschland (z. B. Hebenstreit et al. 2024, 149; Niedermayer 2008, 393; Pickel/Pickel 2020).

³³ Zu beachten ist jedoch, dass das Antwortverhalten möglicherweise einer gewissen sozialen Erwünschtheit unterliegt: Wer offen zugibt, die Demokratie abzulehnen, könnte eine soziale Ausgrenzung befürchten (Arzheimer 2019, 306).

Für die Frage, aus welchen Gründen ein relevanter Anteil der Bürgerinnen und Bürger mit der Praxis der Demokratie unzufrieden ist, liefern die durchgeführten Fokusgruppensitzungen mehrere Ansatzpunkte: So äußern die Beteiligten, dass das politische System bzw. die Regierung die zentralen Aufgaben in den Bereichen Wohlstand, Freiheit und Sicherheit nicht erfülle und dadurch die gemachten Versprechen (z. B. im Wahlkampf) nicht halte. Diese führt zu Enttäuschungen und Unzufriedenheit. Dabei ist ein Gefühl von wahrgenommener Handlungslosigkeit der Politik verbreitet, das eine »zunehmende Ungeduld« bei den Teilnehmenden auslöst (INFO 2024, 12, 28), wie die folgenden Zitate aus den Fokusgruppen exemplarisch zeigen:

»Viele in meinem Alter haben schon keine Lust mehr wählen zu gehen. Weil immer irgendwas versprochen wird und nach der Wahl hört und merkt man nichts mehr davon.« (m, 16–29 J., KS Delmenhorst, W-NP)

»Wenn es der Politik wirklich um die Menschen im Land geht, muss es doch möglich sein, beim Wohnungsbau was voranzubringen, das ist für mich völlig unverständlich! Hier im Raum Potsdam kann sich kein normaler Mensch mehr eine Wohnung leisten, das kann ja nicht sein!« (m, 50–59 J., LK Potsdam-Mittelmark, O-HP)

Kritisiert wird von vielen Beteiligten zudem das Streben nach Machterhalt sowie parteitaktisches Handeln in der Regierung. Inhaltliche Arbeit gerate gegenüber der Parteipolitik zu sehr in den Hintergrund. In diesen Äußerungen spiegeln sich die bereits länger verbreitete Kritik an der Parteiendemokratie und ihren Akteuren (Holtmann 2017, 68 f., 173 ff.; ↗ Kap. 4.3.1) sowie das Gefühl fehlender Responsivität (↗ Kap. 4.1.3) wider. In den Fokusgruppen artikulierten sich jedoch auch unterschiedliche und z. T. widersprüchliche Vorstellungen und Erwartungen. Während teilweise mehr Bereitschaft zu Kompromissen und eine Verhandlungsdemokratie nach dem Vorbild kommunaler Vertretungen gefordert wird, fordern andere mehr »Geradlinigkeit« und weniger Rücksicht auf konfligierende Interessen (INFO 2024, 14 ff.).

Betrachtet man das kombinierte Antwortmuster der Befragten zu den drei Einstellungen zur Demokratie (Zustimmung zur Idee der Demokratie, Zufriedenheit mit der Verfassungsordnung, Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie), können 4 Typen demokratischer Orientierung unterschieden werden (↗ Tab. 2) (vgl. auch Niedermayer 2009; Hebenstreit et al. 2024): Als »Antidemokrat« gilt, wer allen drei Dimensionen ablehnend gegenübersteht. Wer der Idee der Demokratie zwar positiv begegnet, aber sowohl mit der konkreten Ausgestaltung in der Verfassung als auch mit dem aktuellen Funktionieren der Demokratie in Deutschland hadert, wird dem Typus der »systemkritischen Demokraten« zugeordnet. »Politikkritische Demokraten« äußern sich sowohl grundsätzlich positiv zur Idee der Demokratie als auch bezüglich der konkreten Ausgestaltung im Grundgesetz, sind aber mit der Performanz (also dem Funktionieren der Demokratie) nicht einverstanden. Wer in allen Bereichen Zufriedenheit bzw. Zustimmung ausdrückt, fällt in die Kategorie der »zufriedenen Demokraten«.³⁴

³⁴ Befragte, die ein inkonsistentes Antwortverhalten zeigten, werden für die Typologie demokratischer Orientierung nicht berücksichtigt. Dies trifft auf 3,5 Prozent der Befragten zu.

Wendet man diese Typologisierung auf die Hauptstichprobe des aktuellen Deutschland-Monitors an (→ Abb. 31), ergibt sich ein Anteil von 60 Prozent »zufriedener Demokraten«, sowie je knapp ⅓ »politikkritischer Demokraten« und »systemkritischer Demokraten«. »Antidemokraten« bilden nur einen marginalen Anteil von einem Prozent. Insgesamt zeigt sich somit, dass ein relevanter Anteil der Bevölkerung in Ost- und Westdeutschland mit der Ausgestaltung der Demokratie im Grundgesetz und dem Funktionieren der Demokratie aktuell unzufrieden ist. Der Anteil der Unzufriedenen ist dabei jedoch in Ostdeutschland deutlich höher ausgeprägt. So sind die Westdeutschen mit einem Anteil von 62 Prozent mehrheitlich zufrieden, während die Ostdeutschen mit einem Anteil von 55 Prozent mehrheitlich unzufrieden sind. Bemerkenswert ist, dass der Anteil »systemkritischer Demokraten« in Ostdeutschland mit 29 Prozent beinahe doppelt so groß ist wie in Westdeutschland (16 Prozent).

Die Verteilungen der Demokratietypen unterscheidet sich zudem systematisch und stark nach der Parteienähe der Befragten (→ Abb. 32). Unter den Anhängerinnen und Anhängern der Grünen und der SPD ist eine sehr große Mehrheit »zufriedener Demokraten« anzutreffen. 90 bzw. 82 Prozent dieser Parteianhängerschaften sind mit allen drei Dimensionen der Demokratie einverstanden bzw. zufrieden, gefolgt von Anhängerinnen und Anhänger der FDP mit einem Anteil von 67 Prozent. Die hohe Demokratiezufriedenheit der Anhängerinnen und Anhänger der Ampelparteien entspricht einem in der Forschung bekannten Muster: Wahlgewinner – insbesondere, wenn die von ihnen unterstützte Partei Teil der Regierung ist – zeigen tendenziell eine größere Zufriedenheit mit der Demokratie. Dies liegt unter anderem daran, dass die Wahrscheinlichkeit steigt, die eigenen politischen Präferenzen in den politischen Entscheidungen wiederzufinden (u. a. Singh et al. 2012).

Personen, die CDU/CSU und Linkspartei nahestehen, entsprechen in ihren Einstellungen zur Demokratie weitestgehend dem Bevölkerungsdurchschnitt. Hingegen bilden »zufriedene Demokraten« unter Personen, die der AfD oder dem BSW nahestehen, eine Minderheit: Unter Anhängerinnen und Anhängern des BSW ist jede/r dritte mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden, unter jenen der AfD sind es hingegen nur 6 Prozent. Stattdessen können bei der AfD 41 Prozent als politikkritische und 49 Prozent sogar als systemkritische Demokraten eingeordnet werden. Insgesamt sind 53 Prozent der AfD-Anhängerinnen und Anhänger mit der Ausgestaltung der bundesdeutschen Verfassungsordnung unzufrieden;³⁵ 4 Prozent lehnen die Demokratie als Staatsform ab (→ Kap. 4.3.1).

³⁵ Bemerkenswert ist zudem: Je höher der Anteil »politikkritischer Demokraten« in einer Gruppe, desto höher ist tendenziell auch der Anteil »systemkritischer Demokraten«. Dies könnte ein Indiz dafür sein, dass eine langanhaltende Enttäuschung über die Performanz des politischen Systems zu einer Distanzierung vom System an sich führen kann.

Tab. 2

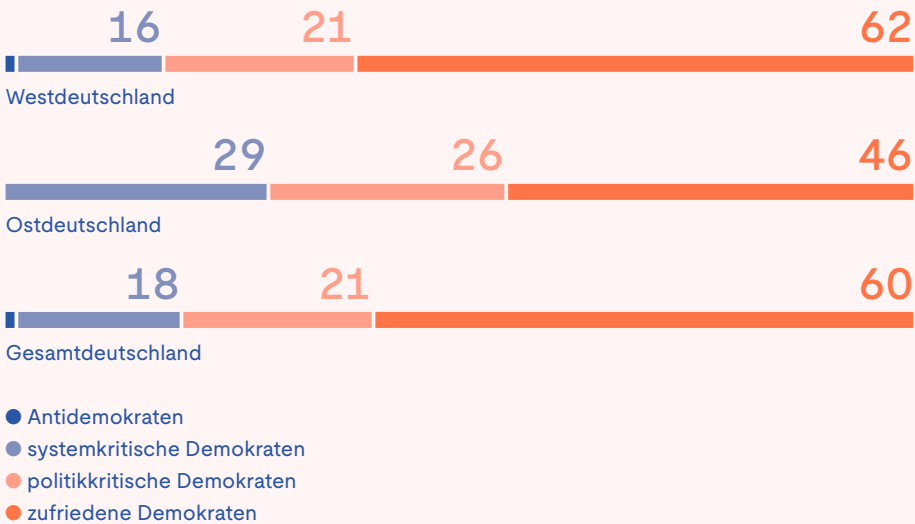
Typologie demokratischer Orientierungen

	Anti-demokraten	systemkritische Demokraten	politikkritische Demokraten	zufriedene Demokraten
Orientierung gegenüber der ...				
Idee	-	+	+	+
Verfassung	-	-	+	+
Funktion	-	-	-	+

Angelehnt an Niedermayer 2009, 394 und Hebenstreit et al. 2024, 152.

Abb. 31

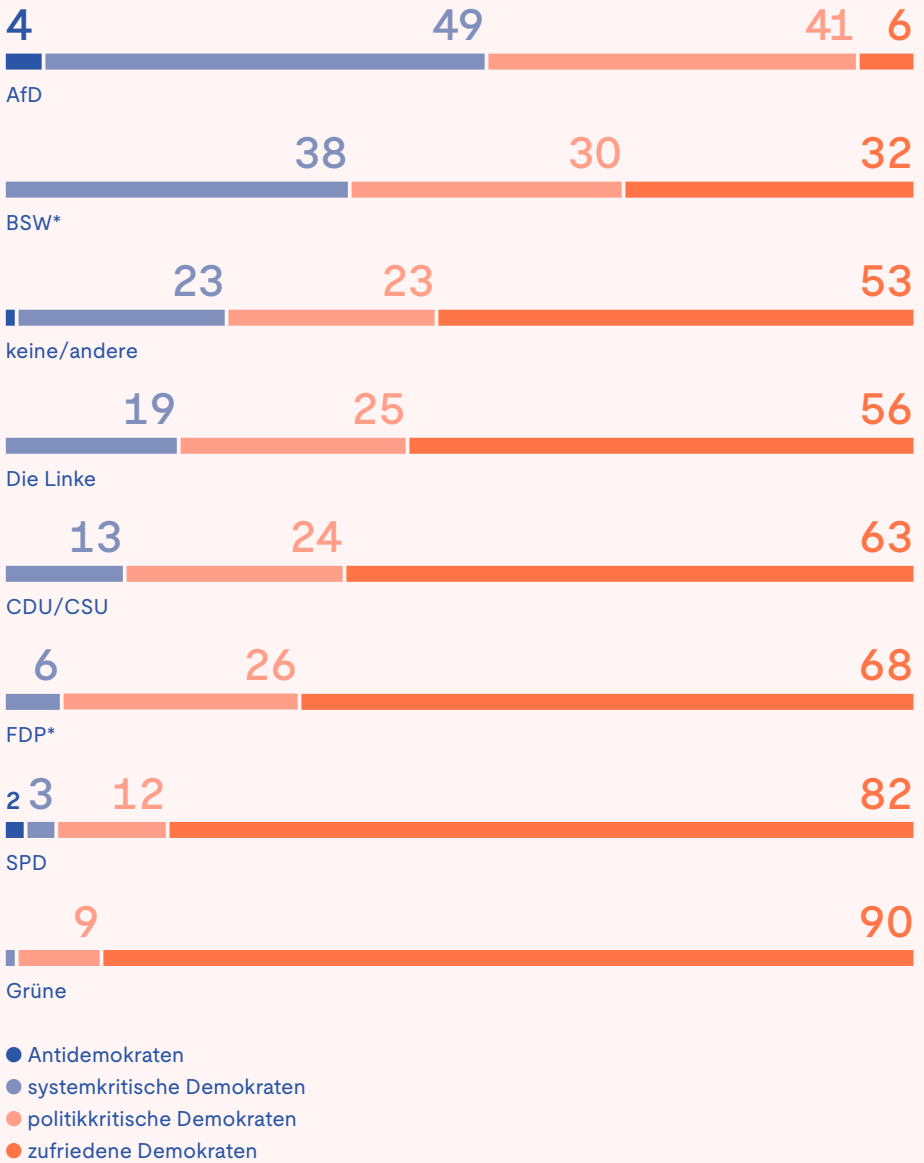
Typen demokratischer Orientierung in Ost-, West- und Gesamtdeutschland (Angaben in Prozent)



Befragte, die sich gemäß Tab. 2 nicht eindeutig zuordnen lassen, wurden aus der vorliegenden Abbildung ausgeschlossen. Der Anteil dieser Gruppe an der Gesamtstichprobe beträgt 3,5 Prozent. Anteilswerte unter 2 Prozent wurden für eine besseren Übersichtlichkeit nicht beschriftet. Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Abb. 32

Typen demokratischer Orientierung nach Parteinähe
(Angaben in Prozent)



Befragte, die sich gemäß Tab. 2 nicht eindeutig zuordnen lassen, wurden aus der vorliegenden Abbildung ausgeschlossen. Der Anteil dieser Gruppe an der Gesamtstichprobe beträgt 3,5 Prozent.
* Wegen des Fragebogensplits ist die zugrundeliegende Fallzahl bei den Gruppen FDP (n = 35) und BSW (n = 17) sehr gering, sodass Anteile bei diesen Parteinähern mit Vorsicht interpretiert werden müssen. Anteilswerte unter 2 Prozent wurden für eine besseren Übersichtlichkeit nicht beschriftet. Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

4.1.2

Vertrauen in politische und gesellschaftliche Institutionen

Eine weitere zentrale Dimension politischer Unterstützung ist das Vertrauen in politische und gesellschaftliche Institutionen. Ein politisches System kann ohne ein Minimum dieses Vertrauens nicht dauerhaft bestehen und riskiert zumindest, in seiner Funktionalität eingeschränkt zu werden. Zudem zeigt der Stand der Forschung einen Zusammenhang zwischen Institutionenvertrauen bzw. gesellschaftlichem Vertrauen und politischer bzw. bürgerschaftlicher Partizipation (Hooghe/Marion 2013; Karnick et al. 2022, 302; Putnam et al. 1993, 181 ff.). Gleichwohl ist eine gewisse Wachsamkeit und ein gewisses Maß an Misstrauen gegenüber politischen Akteuren und Institutionen dem demokratisch verfassten politischen System immanent, da dies eine Grundlage für Opposition und damit die Kontrolle von Verantwortlichkeiten, die Formulierung politischer Alternativen sowie die Bereitstellung alternativen Personals bildet (Warren 2017, 38).³⁶

Im Deutschland-Monitor 2024 wird, anknüpfend an die Erhebung des vorherigen Jahres (vgl. Hebenstreit et al. 2024), das Vertrauen in ausgewählte Kerninstitutionen des politischen und gesellschaftlichen Lebens erhoben. Die Fragebatterie zum Vertrauen in politische Institutionen wurde dafür erweitert bzw. in Teilen alterniert.³⁷

In der diesjährigen Studie wird u. a. das Vertrauen in die zentralen Institutionen Bundesregierung, die jeweilige Landesregierung sowie die politischen Parteien und – sofern von den Befragten angegeben – die ihnen nahestehende Partei untersucht. Neben diesen durch den parteipolitischen Wettbewerb geprägten Institutionen wird zudem das Vertrauen in eine, dem parteipolitischen Wettbewerb abgekoppelte, regulative Institution in Gestalt des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) erhoben (Zmerli 2019, 251). Da das politische System der Bundesrepublik Deutschland in das europäische Mehrebenensystem eingebunden ist und politische Prozesse und Entscheidungen stark von der europäischen Ebene beeinflusst sind, wird außerdem das Vertrauen in die Europäische Union erfasst. Darüber hinaus erhebt der Deutschland-Monitor 2024 vor dem Hintergrund aktueller Debatten auch das Vertrauen in den öffentlichen Rundfunk (ÖRR).

³⁶ Über das »richtige« Maß an Misstrauen oder »Wachsamkeit« gegenüber politischen Institutionen kann insofern keine Aussage getroffen werden, als dass dies sehr vom engeren Demokratieverständnis abhängt (Zmerli 2019, 250).

³⁷ Der Deutschland-Monitor verfolgt das Ziel, das Vertrauen in die Institutionen breit und langfristig abzubilden. Das Vertrauen in bestimmte Institutionen wird dabei jährlich erhoben (z. B. Bundesregierung), während das Vertrauen in andere Institutionen (z. B. Europäische Union) wiederkehrend im 2- bis 3-Jahresrhythmus erhoben wird. Wegen der begrenzten Befragungszeit ist es nicht möglich, alle relevanten Institutionen jährlich abzufragen. Zudem ist aus Studien bekannt, dass das Vertrauen in bestimmte – insbesondere unparteiische – Institutionen weniger kurzfristigen Schwankungen unterliegt.

Die Daten des diesjährigen Deutschland-Monitor zeigen insgesamt ein gemischtes Bild für das Vertrauen in die Institutionen (↗ Abb. 33). Mit 70 Prozent genießt das Bundesverfassungsgericht, wie seit jeher, ein besonders hohes Vertrauen in der Bevölkerung. 37 Prozent vertrauen dem BVerfG uneingeschränkt und nur jede zehnte Person bekundet Misstrauen gegenüber dem höchsten Bundesgericht. Dabei ist keine signifikante Änderung zur Vorjahresmessung festzustellen. Dieser hohe Vertrauenswert entspricht dem Ergebnis anderer Studien (Best et al. 2023, 26) und wird auf die unparteiische Funktion eines neutralen Streitschlichters zurückgeführt.

Das Vertrauen in die Regierungen auf Bundes- und Landesebene ist hingegen deutlich niedriger: Der Landesregierung im eigenen Bundesland vertrauen mit 47 Prozent knapp die Hälfte der Befragten. Dabei tritt im Vergleich zum Vorjahr eine geringfügige, aber signifikante Verschlechterung der Vertrauensbilanz zutage. Ein stärkerer Rückgang ist in Bezug auf das Vertrauen in die Bundesregierung festzustellen: Mit 32 Prozent vertraut nicht einmal jede/r Dritte der Bundesregierung, was einen Rückgang um 6 Prozentpunkte im Vergleich zum vergangenen Jahr bedeutet (Hebenstreit et al. 2024, 131).³⁸ Knapp 30 Prozent äußern im Jahr 2024 kein Vertrauen in die Bundesregierung und 40 Prozent vertrauen ihr teilweise. Der Vergleich von Bundes- und Landesregierung bestätigt bisherige Befunde, dass das Vertrauen in Institutionen, die den Bürgerinnen und Bürgern näher sind, tendenziell höher ist als gegenüber der nächsthöheren Ebene des politischen Systems (Karnick et al. 2022, 298; Zmerli 2019, 252). Insgesamt spricht somit mehr als die Hälfte der Befragten der Bundes- und der jeweiligen Landesregierung kein Vertrauen aus, was aus demokratietheoretischer Perspektive Anlass zu Besorgnis gibt.

Das geringste Vertrauen unter allen abgefragten Institutionen erhalten die politischen Parteien. Weniger als ¼ der Befragten vertraut den politischen Parteien im Allgemeinen (23 Prozent). Das niedrige Parteienvertrauen steht im Einklang mit Ergebnissen anderer Studien, wie z. B. der Vertrauensstudie (Decker et al. 2019, 39; vgl. auch Biehl 2013), und wird u. a. auf eine weitverbreitete »Parteienverdrossenheit« in Deutschland zurückgeführt (Holtmann 2017, 173 ff.). Allerdings äußern diejenigen Personen, die angeben, einer Partei nahezustehen, dieser in hohem Maße zu vertrauen. Nur etwa 3 Prozent jener Befragten bekunden Misstrauen in die ihnen nahestehende Partei.

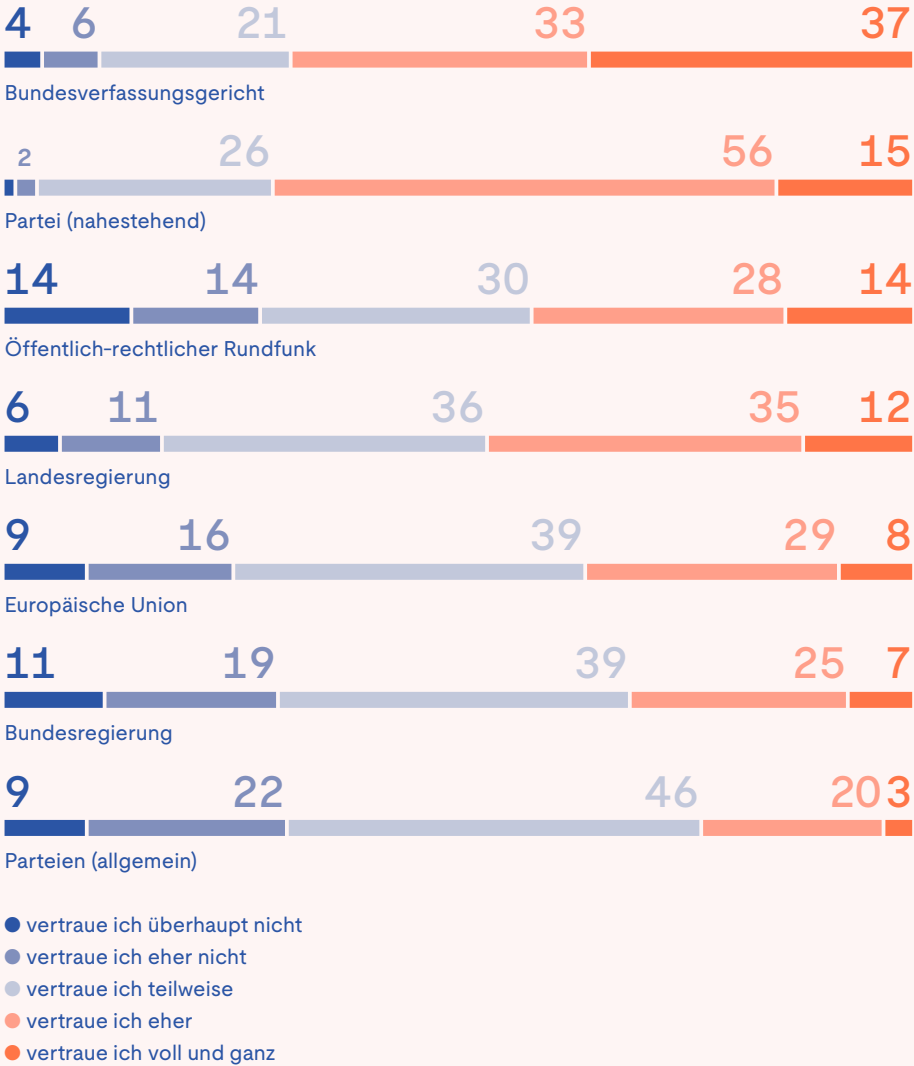
Jeweils etwas mehr Vertrauen bringen die Befragten im Durchschnitt dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk und der EU entgegen. 42 Prozent geben an, dass sie dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk »eher« oder »voll und ganz vertrauen«. Gleichwohl ist der Anteil der Befragten, die dieser Institution »überhaupt nicht« vertrauen, unter allen abgefragten Institutionen mit 14 Prozent am höchsten.³⁹ Der EU vertrauen 37 Prozent der Befragten zumindest »eher«. 25 Prozent vertrauen ihr »eher nicht« oder »überhaupt nicht« (↗ Abb. 33).

³⁸ Auch dieser Rückgang ist mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als 1 Prozent statistisch signifikant.

³⁹ Unter allen Vertrauensitems zeigt sich beim Vertrauen in den ÖRR mit 1,23 Skalenpunkten die größte Standardabweichung. Hier herrscht in der Bevölkerung folglich die größte Uneinigkeit.

Abb. 33

Vertrauen in politische und gesellschaftliche Institutionen,
Gesamtübersicht aller Items (Angaben in Prozent)



Anteilswerte unter 2 Prozent wurden für eine besseren Übersichtlichkeit nicht beschriftet. Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Ebenso wie bei den Einstellungen zur Demokratie bestehen auch hinsichtlich des Institutionenvertrauens große Unterschiede je nach Parteinähe (→ Abb. 34): Die AfD- und BSW-Anhängerschaften weisen in fast allen Bereichen das geringste Institutionenvertrauen aller Befragten auf; zudem misstrauen sie den Institutionen überwiegend. Anhängerinnen und Anhänger von SPD und im Besonderen der Grünen haben hingegen das größte Institutionenvertrauen, während sich Anhängerinnen und Anhänger von FDP, CDU/CSU und Linken durchschnittlich im Mittelfeld befinden. Die größte Spannweite zeigt sich beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR), wo der Abstand der Parteihängerschaften von AfD und Grünen mit 2.3 Skaleneinheiten mehr als die Hälfte des Gesamt-Wertebereichs (4 Skaleneinheiten) beträgt. Die Anhängerinnen und Anhänger von Grünen und SPD hingegen vertrauten der Bundesregierung im Zeitraum der Erhebung im Frühjahr 2024 überdurchschnittlich stark. Hingegen liegt das Vertrauen der FDP-Anhängerinnen und -Anhänger niedriger und auf dem Niveau der Oppositionsparteien CDU/CSU und Linkspartei. Dies lässt sich vermutlich darauf zurückführen, dass ein gewichtiger Anteil der FDP-Anhänger und -Mitglieder mit der Leistung der Bundesregierung zum Zeitpunkt der Erhebung bereits unzufrieden war und schon vor dem Bruch der Koalition im November 2024 für ein Ende der Regierungsbeteiligung Sympathien hegte (Jahn 2024).

Der persönlich bevorzugten Partei bringen alle Parteihängerinnen und -Anhänger überwiegend Vertrauen entgegen. Die Daten zeigen, dass die Streuung der Parteihängerschaften insgesamt deutlich geringer ist als bei den übrigen Vertrauensdimensionen. Mit anderen Worten: Es herrscht zwar eine große Uneinigkeit, ob man der Bundesregierung, der EU oder dem ÖRR vertrauen kann. Ein gewisses Grundvertrauen in die »eigene« Partei haben aber fast alle, die einer Partei nahestehen. Das größte Vertrauen haben dabei im Durchschnitt die Anhängerinnen und Anhänger des erst im Januar 2024 gegründeten BSW.

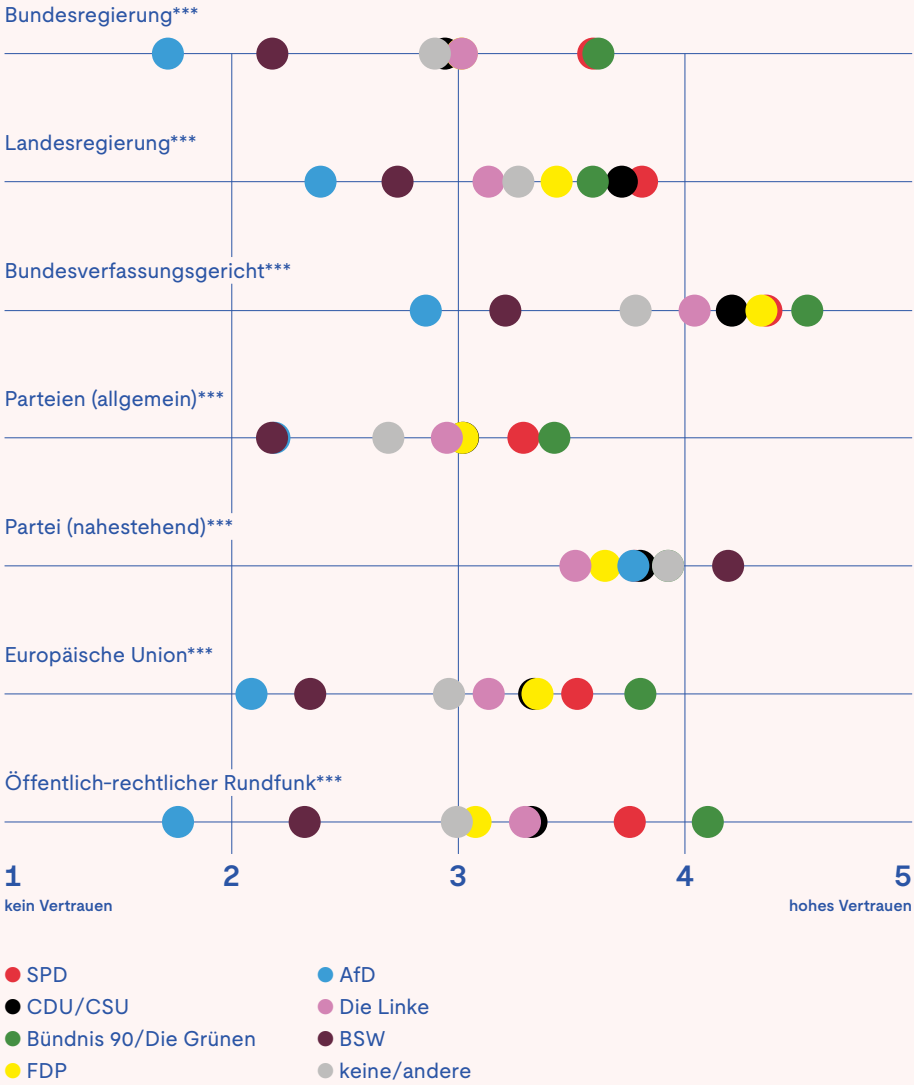
Die Daten des diesjährigen Deutschland-Monitors zeigen zudem, dass das Vertrauen in die unterschiedlichen Institutionen nicht unabhängig voneinander ist: Wer einer Institution vertraut, neigt dazu, auch den anderen Institutionen zu vertrauen (u. a. Eder/Reinl 2022, 64; Hooghe 2011; Marien 2011, 8).⁴⁰ Untersucht man daher das aggregierte Institutionenvertrauen,⁴¹ zeigt sich, dass knapp 31 Prozent wenig oder kein Vertrauen in die Institutionen haben. Ein Anteil von 4 Prozent misstraut sogar allen im Rahmen des Deutschland-Monitors 2024 untersuchten Institutionen (ohne Abb.). Die Mehrheit, genauer gesagt knapp 70 Prozent der Befragten, vertraut hingegen den untersuchten Institutionen.

⁴⁰ Die Ausnahme hierbei bildet das Vertrauen in die nahestehende Partei, wie auch aus Abb. 34 deutlich wird.

⁴¹ Zur Berechnung des aggregierten Institutionenvertrauens wird zunächst ein Mittelwertindex gebildet. Die vorgegebenen Antwortkategorien für das Institutionenvertrauen entsprechen dabei einem Zahlenwert zwischen 1 (»vertraue ich überhaupt nicht«) und 5 (»vertraue ich voll und ganz«). Das Vertrauen in die nahestehende Partei bleibt dabei unberücksichtigt, da es statistisch auf einen anderen Faktor lädt. Die übrigen Items bilden mit einem Cronbachs α von 0,86 eine konsistente Skala. Der zugrundeliegende latente Faktor hat eine Varianzaufklärung von 51 Prozent. Bei der Bildung des Mittelwert-Index wird maximal eine Antwortverweigerung zugelassen. Ein Vergleich zum Mittelwert-Index »Institutionenvertrauen« im Deutschland-Monitor 2023 ist methodisch nicht möglich, da das untersuchte Vertrauen sich zum Teil auf andere Institutionen bezieht (→ Fußnote 38).

Abb. 34

Institutionenvertrauen nach Parteinähe
(Mittelwerte)



Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

Insgesamt fällt das Vertrauen in Ostdeutschland geringer aus als in Westdeutschland (↗ Abb. 35), was den Erkenntnissen anderer Studien entspricht (Decker et al. 2019, 43; Hebenstreit et al. 2024, 132; Eder/Reinl 2022, 76). Dabei sind es nicht nur die parteienstaatlichen Organisationen, die in Ostdeutschland ein geringeres Vertrauen genießen, sondern auch das Bundesverfassungsgericht, die EU und der ÖRR.

Hinsichtlich der Frage nach den Ursachen für das mangelnde Vertrauen in die Institutionen werden in den Fokusgruppendifkussionen dieselben bzw. ähnliche Argumente angeführt wie bei der Begründung ihrer Unzufriedenheit mit der Praxis der Demokratie (↗ Kap. 4.1.1): So besteht u. a. der Eindruck, dass die Politik zu stark von Partikular- und Lobbyinteressen beeinflusst sei. In der Folge würden gesamtgesellschaftliche Ziele, etwa soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz vernachlässigt (INFO 2024, 14). Verbunden damit wird eine fehlende Rückkopplung der Politik an die Wünsche und Interessen der Bevölkerung (↗ Kap. 4.1.3), eine wahrgenommene Abgehobenheit (↗ Kap. 4.2) sowie eine vermeintlich fehlende Qualifikation der politischen Akteure beklagt. Diese Politiker- und Elitenkritik zeigt sich beispielhaft in der folgenden Aussage einer Teilnehmerin der Fokusgruppendifkussion:

»Das höre ich oft im Freundeskreis, dass viele Politiker eigentlich nicht gelernt haben, was sie tun. Die vermitteln Themen, wo sie eigentlich überhaupt nicht wissen, was da alles zusammenspielt. Die haben zum Beispiel Erzieher gelernt und versuchen dann, über Finanzen zu reden.«
(w, 16–29 J., LK Neu-Ulm, W-HP)

Abb. 35

Institutionenvertrauen in Ost-, West und Gesamtdeutschland,
Aggregierte Übersicht (Angaben in Prozent)

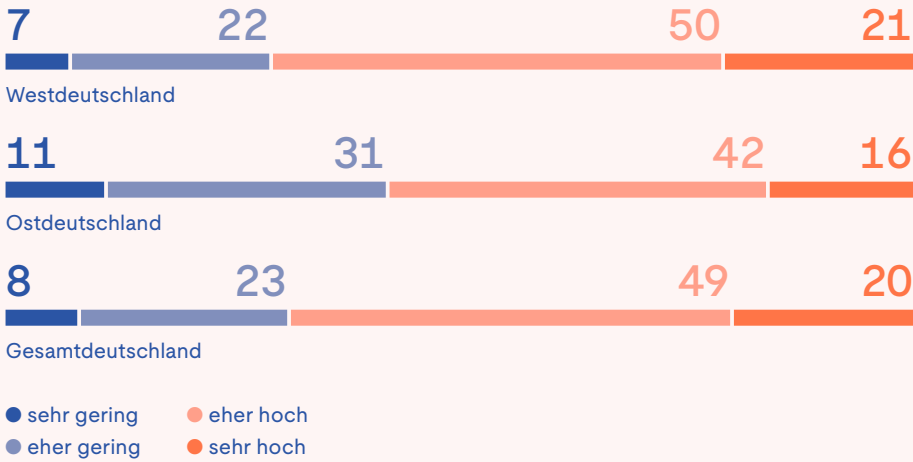


Abb. 36

Wahrgenommene Responsivität der Politikerinnen und Politiker
(Angaben in Prozent)

»Die Politikerinnen und Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.«

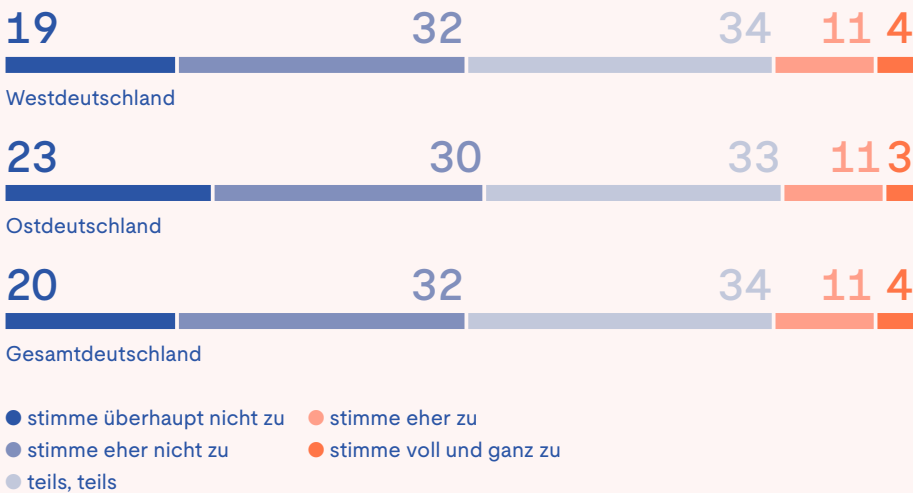


Abb. 35 basiert auf dem Mittelwertindex Institutionenvertrauen. Zur besseren Darstellung wird der Index in 4 gleich große Wertebereiche unterteilt. Der Wertebereich jeder Kategorie entspricht einem Skalenpunkt. Mit Ausnahme der »sehr hoch«-Kategorie sind die Wertebereiche jeweils nach unten geschlossen und nach oben geöffnet. Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

4.1.3

Responsivität: wahrgenommene Rück- kopplung der Politik

Im repräsentativ-demokratischen System der Bundesrepublik ist die wahrgenommene Responsivität ein wichtiger Aspekt für die Qualität der Demokratie. Responsivität meint die Fähigkeit und Bereitschaft von Repräsentantinnen und Repräsentanten, die Wünsche, Erwartungen und Interessen der Bevölkerung zur Kenntnis zu nehmen und in die politischen Entscheidungen einfließen zu lassen (vgl. Pitkin 1967; Essaiasson et al. 2015). Wie nehmen die Bürgerinnen und Bürger die Responsivität der Politik gegenüber ihren Wünschen und Interessen wahr? Dazu wurden die Befragten gebeten, ihre Zustimmung oder Ablehnung zur Aussage »Die Politikerinnen und Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung« (Hebenstreit et al. 2024, 125; vgl. auch Beierlein et al. 2012) auszudrücken.⁴²

Die so gemessene wahrgenommene Responsivität liegt auf einem sehr niedrigen Niveau (→ Abb. 36): Nur etwa 15 Prozent der Befragten bundesweit stimmen »eher« oder »voll und ganz« zu, dass sich die Politikerinnen und Politiker um einen engen Kontakt zur Bevölkerung bemühen. Etwa die Hälfte der Bevölkerung (52 Prozent) nimmt wesentliche Rückkopplungsdefizite wahr und jede/r Fünfte kann der Aussage »überhaupt nicht« zustimmen. Dabei zeigt sich, dass die wahrgenommene geringe Responsivität in Ost- und Westdeutschland auf demselben Niveau liegt (14 bzw. 15 Prozent) und sich im Vergleich zum Vorjahr nicht statistisch signifikant verändert hat. Diese hohe Unzufriedenheit in der Bevölkerung in Bezug auf die wahrgenommene Rückkopplung der Politikerinnen und Politiker spiegelt sich sehr deutlich auch in den Fokusgruppendifkussionen wider (INFO 2024, 16). Die geäußerte Kritik wird von den Befragten u. a. auf eine gewisse Abgehobenheit und einen fehlenden Bezug zu den lebensweltlichen Erfahrungen und Nöten der Durchschnittsbevölkerung zurückgeführt, wie das folgende Zitat exemplarisch zeigt:

»Viele Politiker wissen gar nicht, wie das ist, wenn man Kinder hat und eine Familie versorgen muss und kennen die Probleme von den Leuten gar nicht. Da sind so viele dabei, die haben wirklich noch gar nichts gemacht. Die sind Studenten, sind 21 oder 22. Und die entscheiden dann einfach Sachen. Das finde ich nicht gut.« (m, 30–39 J., LK Neu-Ulm, W-HP)

Diese in ihrer Wahrnehmung fehlende Responsivität wird von den Beteiligten als eine zentrale Begründung angeführt, warum sie mit der Praxis der Demokratie in Deutschland unzufrieden sind und den Regierungen auf Landes- und Bundesebene nicht vertrauen (→ Kap. 4.1.1 + Kap. 4.1.2). Zudem zeigt sich auch ein enger Zusammenhang zwischen der Wahrnehmung einer fehlenden Responsivität und den anti-elitistischen populistischen Einstellungen (→ Kap. 4.1.4 + Kap. 4.2).

⁴² Es handelt sich hierbei um eine vielfach validierte und doch minimale Messung der Responsivitätswahrnehmung. Weiterentwickelte Erhebungsinstrumente decken drei Dimensionen der Responsivität ab: Zuhören, Erklären und Adaptieren (orig.: »listen«, »explain« und »adapt«) (Essaiasson et al. 2015, 441)

4.1.4

Einstellungen zu Demokratie und politischem System als Einstellungssyndrom

Die Analyse der Einstellungen zur Demokratie sowie zu ihren Institutionen und Akteuren zeigt somit, dass es in der Bevölkerung eine sehr hohe Unterstützung der Idee der Demokratie gibt und die übergroße Mehrheit die im Grundgesetz festgelegte Verfassungsordnung unterstützt. Diese »diffuse Unterstützung« des politischen Systems mit seinen grundlegenden Mechanismen und Funktionslogiken (Easton 1979; Zmerli 2019) ist für die Legitimität und die Stabilität von großer Bedeutung, da sich hierin längerfristige, und von der konkreten Leistung unabhängige Orientierungen der Bürgerinnen und Bürger spiegeln.

Die aktuelle Zufriedenheit mit dem politischen System und seinem Output (u. a. Gesetze, Verhalten der Politikerinnen und Politiker) – also die »spezifische Unterstützung« (Easton 1979) – ist hingegen auf einem deutlich niedrigeren Niveau: So sind, wie ausgeführt, relevante Teile der Bevölkerung aktuell (sehr) unzufrieden mit der Praxis der Demokratie. Große Anteile – zum Teil mehr als die Hälfte der Befragten – vertrauen den zentralen Institutionen wie der Bundes- und Landesregierung nicht und ein sehr hoher Anteil der Befragten hat eine sehr geringe Responsivitätswahrnehmung. Dieser Rückgang an spezifischer Unterstützung für das politische System könnte, falls dieses langfristig nicht angemessen auf Forderungen nach politischer Veränderung reagiert, zu einer Erosion der diffusen Unterstützung und damit der Legitimität des politischen Systems führen (Zmerli 2016, 281 f.). Vor diesem Hintergrund erscheint es umso dringlicher, die weitverbreitete Unzufriedenheit mit der Demokratiepraxis zu adressieren. Die Analyse zeigt zudem, dass diese Dimensionen der spezifischen Unterstützung – Demokratiezufriedenheit, Institutionenvertrauen und Responsivitätswahrnehmung – nicht unabhängig voneinander sind, sondern gehäuft zusammen auftreten.⁴³ Das heißt Menschen, die ein geringes Vertrauen in die Institutionen haben, sind häufig auch weniger zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie und beurteilen die Berücksichtigung der Interessen und Wünsche der Bevölkerung durch Politikerinnen und Politiker (Responsivität) negativer. Zudem äußern diese Personen auch signifikant häufiger populistische Einstellungen (→ Kap. 4.2). Insofern können diese Dimensionen, auch wenn sie theoretisch und empirisch voneinander abgrenzbar sind, als ein zusammenhängendes Muster von Einstellungen (»Einstellungssyndrom«) verstanden werden.⁴⁴ Dafür spricht auch, dass diese Einstellungen in ähnlicher Weise mit individuellen Faktoren (u. a. Soziodemografie, politischen und gesellschaftlichen Einstellungen) und Kontextfaktoren zusammenhängen. Diese werden im Folgenden genauer analysiert und dargestellt.

⁴³ Die Zustimmung zur Idee der Demokratie hängt hingegen erwartungsgemäß nur schwach mit den übrigen Einstellungen zusammen, da diese die diffuse Unterstützung des politischen Systems abbildet. Eine Darstellung der Zusammenhänge zwischen allen abgefragten Einstellungen zur Demokratie, zum politischen System sowie zum Populismus findet sich auf der Website des Deutschland-Monitors (→ deutschland-monitor.info/2024/einstellungssyndrom-3d-plots).

⁴⁴ Die Zusammenhänge zwischen den Einstellungen sind als moderat ($r > 0,4$) bzw. stark ($r > 0,5$) einzuordnen (→ deutschland-monitor.info/2024/einstellungssyndrom-3d-plots).

4.1.5

Individuelle Bestimmungsfaktoren für Einstellungen zu Demokratie und zum politischen System

In den folgenden beiden Unterkapiteln 4.1.5 und 4.1.6 steht die Frage im Zentrum, welche Hintergründe und Faktoren die unterschiedlichen Einstellungen und Bewertungen der Demokratie, ihrer Institutionen und Akteure erklären können. In Kapitel 4.1.6 wird untersucht, ob sich die politischen Einstellungsmuster je nach kleinräumigem Kontext – ob also ein Kreis strukturschwach oder strukturstark ist – systematisch unterscheiden. In diesem Abschnitt stehen hingegen die individuellen Faktoren im Zentrum (vgl. zu den Faktoren auch Pickel/Pickel 2020). Dazu wird auf Basis bi- und multivariater statistischer Verfahren der Zusammenhang soziodemografischer Faktoren, politischer und gesellschaftlicher Einstellungen und Wahrnehmungen mit dem Einstellungssyndrom aus Demokratiezufriedenheit, Institutionenvertrauen und Responsivitätswahrnehmung überprüft. Die Analyse basiert auf einer umfassenden Untersuchung aller Aspekte. Die Darstellung der Analysen in den Tabellen und Analysen erfolgt aus Gründen der Übersichtlichkeit jedoch nur anhand des Institutionenvertrauens.

Richtet man zunächst den Blick auf die Frage, in welchen Bevölkerungsgruppen dieses Einstellungssyndrom verstärkt verbreitet ist, zeigt sich hinsichtlich des Alters ein »bogenförmiger« Zusammenhang. Die größte politische Zufriedenheit mit dem politischen System äußert die älteste Bevölkerungsgruppe (über 74 Jahre), gefolgt von der jüngsten Altersgruppe (»Generation Z«, ab Jahrgang 1996). Die mittleren Altersgruppen zeigen durchweg eine geringere politische Unterstützung (→ Abb. 37).

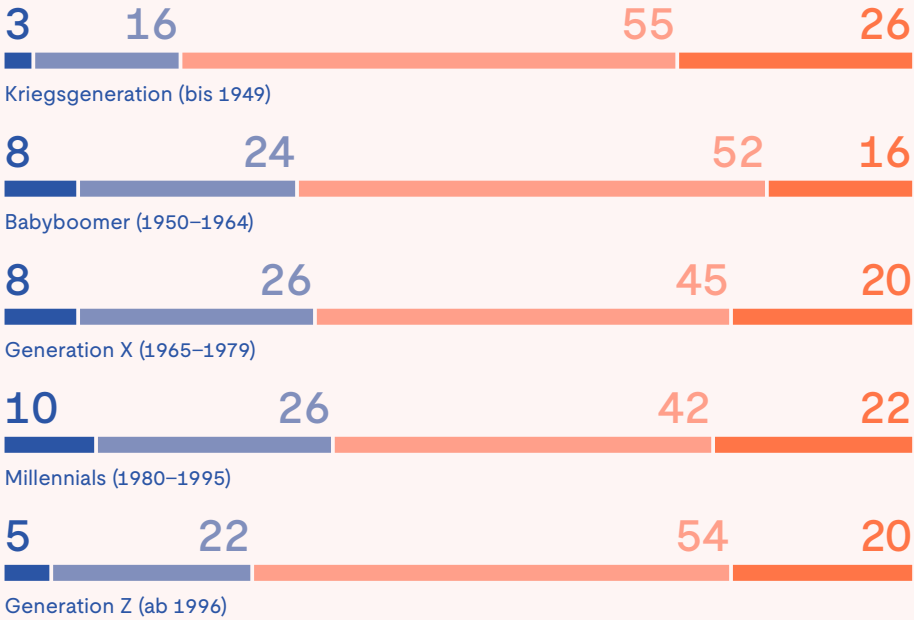
Im Einklang mit dem Forschungsstand zeigt sich ein starker Zusammenhang mit dem formalen Bildungsniveau, denn Personen mit einem höheren Bildungsabschluss sind im Schnitt zufriedener mit dem politischen System (ebd.). Zwischen den Geschlechtern bestehen hingegen nur geringe Zusammenhänge: Männer haben im Durchschnitt ein geringeres Vertrauen in die zentralen Institutionen. Bei der Demokratiezufriedenheit und der Responsivität, also der wahrgenommenen Rückkopplung der Politikerinnen und Politiker an die öffentliche Meinung, sind hingegen keine Geschlechtereffekte messbar. Auf Basis weiterführender statistischer Analysen⁴⁵ verlieren diese soziodemografischen Merkmale jedoch wesentlich an Bedeutung. Geschlecht, Einkommen, Konfession und Einkommen haben in diesen Modellen keine Erklärungskraft für die Zufriedenheit mit dem politischen System; das Alter nur vereinzelt.⁴⁶ Unverändert bleibt aber der formale Bildungsgrad eine zentrale – und mitunter die stärkste – Determinante der spezifischen Unterstützung.

⁴⁵ Es wurden hierfür für die drei zentralen Einstellungen Demokratiezufriedenheit, Institutionenvertrauen und Responsivitätswahrnehmung jeweils eigenständige multivariate lineare bzw. logistische Regressionen berechnet. Die unabhängigen Variablen wurden konstant gehalten, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Teildimensionen sichtbar zu machen.

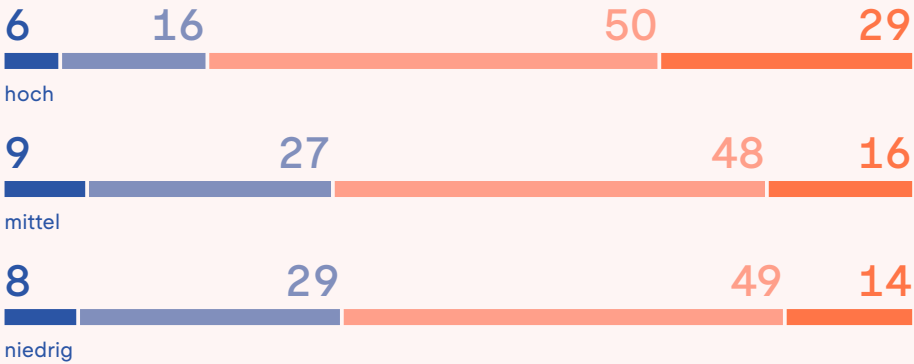
⁴⁶ Während sie bei der Demokratiezufriedenheit gänzlich wegfallen, bleiben signifikante Altersunterschiede bei der Responsivitätswahrnehmung zwischen der ältesten Altersgruppe (bis Jahrgang 1949) und den übrigen Altersgruppen bestehen. Beim politischen Vertrauen weichen die Millennials (1980–1995) und die Babyboomer (1950–1964) mit etwas geringerem Vertrauen weiterhin von der ältesten Kohorte ab.

Abb. 37
Institutionenvertrauen nach ausgewählten
soziodemografischen Merkmalen (Angaben in Prozent)

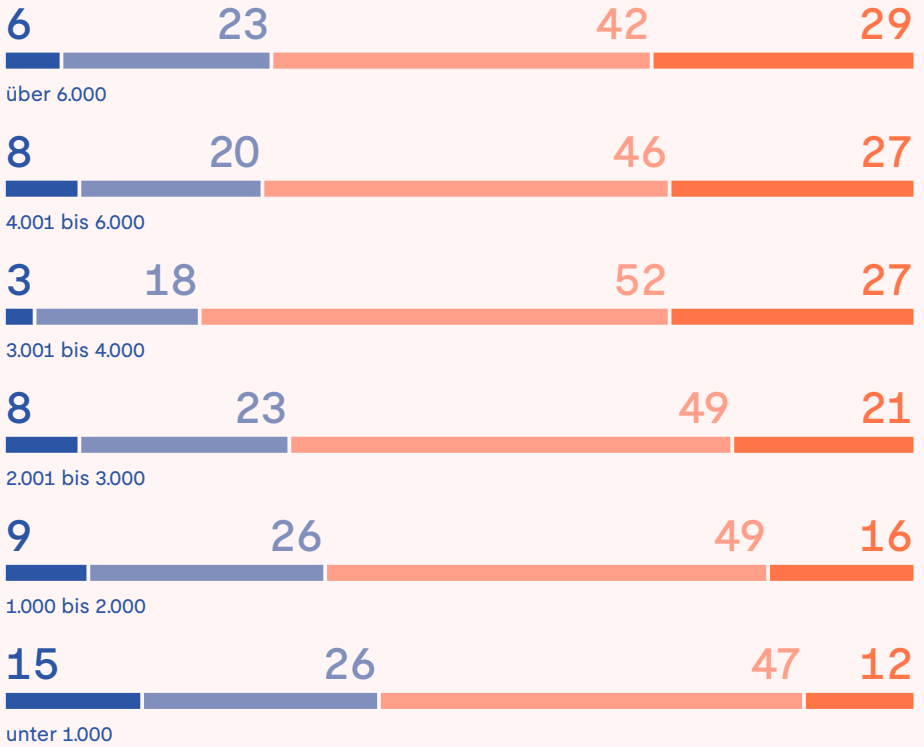
Altersgruppe***



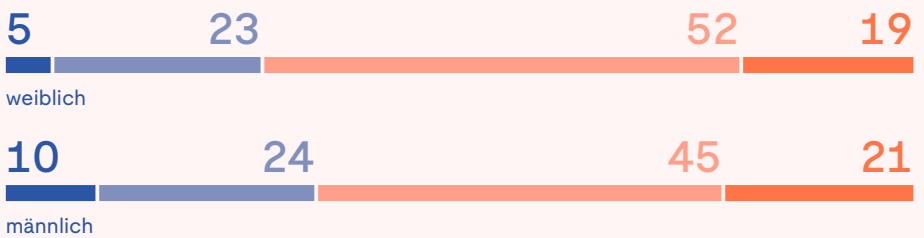
Formale Bildung***



Nettoäquivalenzeinkommen (in Euro)**



Geschlecht**



Institutionenvertrauen: ● sehr gering ● eher hoch
 ● eher gering ● sehr hoch

Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.
 Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen bewerten das Funktionieren der Demokratie, das Vertrauen in die Institutionen und die Rückkopplung signifikant besser als Menschen mit niedrigeren oder mittleren Abschlüssen (vgl. zu ähnlichen Ergebnissen u. a. Zmerli 2016, 299 ff.).

Bei der Analyse der Einstellungsmerkmale zeigt sich ein starker Zusammenhang mit der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage in Deutschland. Wer meint, Deutschland gehe es wirtschaftlich schlecht, entzieht mit hoher Wahrscheinlichkeit der Politik die Unterstützung (→ Abb. 38).

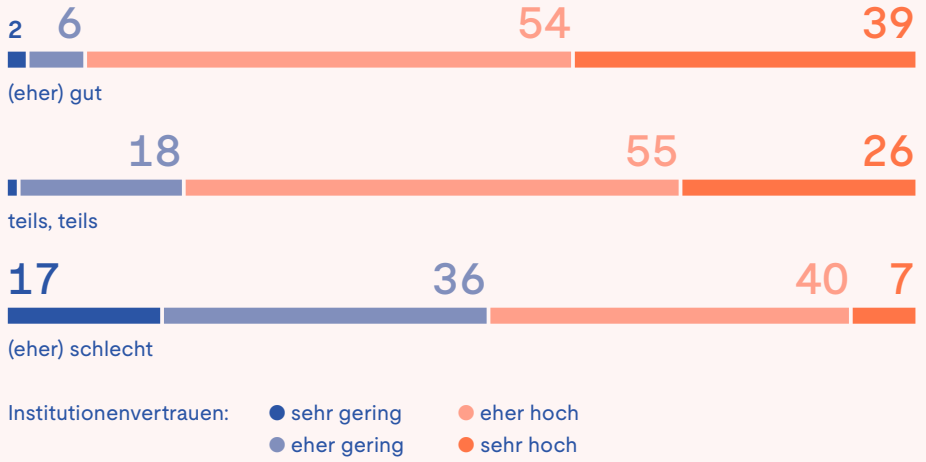
So vertrauen von denjenigen, die die wirtschaftliche Lage als gut einschätzen, 93 Prozent den Institutionen, während von denjenigen, die die wirtschaftliche Lage als eher schlecht oder sehr schlecht bewerten, nur 47 Prozent Vertrauen in die Institutionen haben. Dies verweist darauf, wie stark die Zufriedenheit mit der Praxis der Demokratie und das Institutionenvertrauen von der politischen und v. a. auch wirtschaftlichen Performanz des Systems abhängen.⁴⁷ Ein etwas schwächerer, aber signifikanter Effekt kann für die ökonomische Bewertung des eigenen Wohnorts nachgewiesen werden: Wer meint, der eigene Wohnort stehe wirtschaftlich schlecht da, ist im Durchschnitt weniger zufrieden mit dem politischen System (→ Kap. 4.1.6).

Wie bereits im vergangenen Deutschland-Monitor (Hebenstreit et al. 2024, 141) gezeigt, wirken sich subjektive Statusbewertungen, also das Gefühl, nicht den gerechten Anteil an gesellschaftlichen Leistungen, Gütern oder Anerkennung zu bekommen (»relative Deprivation«), und die Befürchtung, jenen gesellschaftlichen Status in Zukunft einzubüßen (»Statusverlustangst«), stark auf die politische Unterstützung aus (→ Kap. 3.5). Die Daten deuten dabei darauf hin, dass diese subjektiven Statusbewertungen eine höhere statistische Erklärungskraft haben als objektive Faktoren. Demzufolge ist die objektive Lage einer Person, also z. B. ihr Nettoäquivalenzeinkommen, für die Erklärung ihrer (Un-)Zufriedenheit mit der Demokratie weniger wichtig als die subjektive Bewertung des eigenen Status und Wohlstands. Dieses Ergebnis bestätigt Erkenntnisse anderer Studien, die die große Bedeutung der relativen Deprivation und der Statusverlustangst für die Demokratieunzufriedenheit und das Institutionenvertrauen zeigen (vgl. u. a. Reiser et al. 2024). Illustriert wird dies auch durch die Fokusgruppen, in denen insgesamt eine pessimistische Sicht auf die Zukunft zum Ausdruck kommt. Die Beteiligten erwarten einen Wohlstands- und Statusverlust für Deutschland, der nach ihrer Erwartung weite Teile der Bevölkerung bis in die Mittelschicht hinein betreffen wird. Der wahrgenommen schlechte Zustand der öffentlichen Daseinsvorsorge befeuert jene Wahrnehmung. Dies bestätigt damit auch Ergebnisse des Schwerpunktthemas »Stadt und Land« des Deutschland-Monitors 2023, die einen Zusammenhang zwischen der Bewertung der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur am Wohnort und der Zufriedenheit mit der Demokratie deutlich zeigten (vgl. Hebenstreit et al. 2024). Die Kombination aus einer zunehmenden wirtschaftlichen Abstiegs Wahrnehmung und dem Empfinden, keinen politischen Einfluss zu haben, löst in Teilen der Gesellschaft Ängste und Emotionen aus, die auch in einem Entzug politischer Unterstützung münden können.

⁴⁷ International vergleichende Studien zeigen zudem, dass sich auch eine gute objektive Wirtschaftslage (gemessen anhand von Kennzahlen wie dem BIP), positiv auf die politische Unterstützung auswirkt (Zmerli 2016).

Abb. 38

Institutionenvertrauen nach Bewertung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands (Angaben in Prozent)



Anteilswerte unter 2 Prozent wurden für eine besseren Übersichtlichkeit nicht beschriftet. Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Unterschiede mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von unter 0,1 Prozent signifikant.

In den statistischen Modellen zeigen sich zudem starke Zusammenhänge zwischen den Einstellungen zur Demokratie, dem Institutionenvertrauen und der wahrgenommenen Responsivität einerseits sowie den Vorstellungen und Wahrnehmungen bezüglich der gewünschten Gesellschaft andererseits. Diese Vorstellungen und Wahrnehmungen wurden im Rahmen des Schwerpunktthemas »In welcher Gesellschaft wollen wir leben« des vorliegenden Deutschland-Monitors detailliert erhoben (↗ Kap. 3). Diejenigen, die aktuell in Deutschland die Presse-, Meinungs- und Eigentumsfreiheit nicht als erfüllt ansehen, beurteilen auch das Funktionieren der Demokratie schlechter und sind mit dem politischen System unzufriedener (↗ Abb. 39). Dieser Befund ist plausibel: Wenn elementare Bürger- und Freiheitsrechte als eingeschränkt wahrgenommen werden, leidet darunter die wahrgenommene Qualität der Demokratie. Dieser Zusammenhang wird auch in den Fokusgruppen deutlich. Dort betonten vor allem jene Beteiligten, die auch eine hohe Unzufriedenheit mit dem politischen System äußerten, dass nach ihrer Wahrnehmung die Meinungs- und Pressefreiheit infolge des öffentlichen Meinungsklimas rechtlich und faktisch eingeschränkt sei (↗ Kap. 3.2).

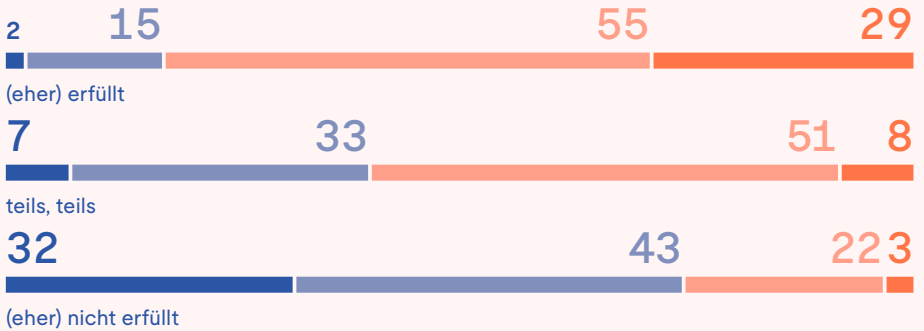
Ein weiterer Zusammenhang zeigt sich zwischen den Vorstellungen von einer gewünschten Gesellschaft und der Zufriedenheit mit dem politischen System. Wie in Kapitel 3 ausgeführt, gibt es – neben einem allgemein großen Konsens über die gewünschte Gesellschaft – in Bezug auf die Themen Zuwanderung, Klima und Europäische Integration konfligierende Vorstellungen in der Bevölkerung. Befragte, die eine verstärkte europäische Integration, eine Zuwanderungsgesellschaft und das Streben nach Klimaneutralität ablehnen, äußern auch verstärkt Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und haben ein niedriges Institutionenvertrauen (↗ Abb. 40).

Das Vertrauen in politische Institutionen hängt zudem mit dem sozialen Vertrauen und der wahrgenommenen gesellschaftlichen Kohäsion (»Wir-Gefühl«) zusammen: Wer seine Mitmenschen als vertrauenswürdig und empathisch einschätzt und ihnen vertraut, vertraut auch eher den politischen Institutionen und Akteuren (↗ Kap. 3.4). Dies bestätigt damit Erkenntnisse der internationalen Forschung zu sozialem und politischem Vertrauen (Zmerli 2016, 299 ff.).

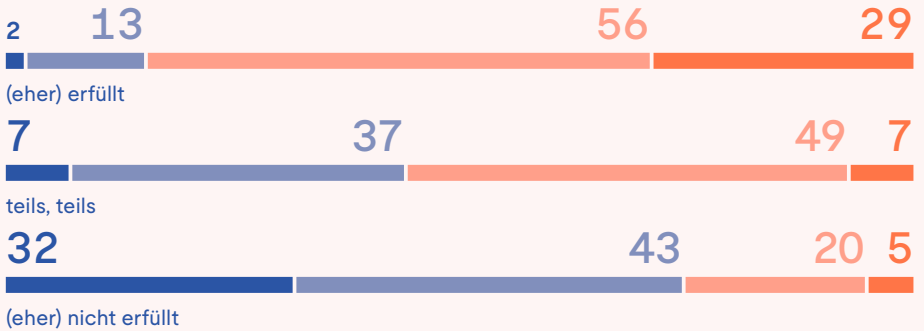
Abb. 39

Institutionenvertrauen in Abhängigkeit zur Erfüllungsbewertung ausgewählter Freiheitsrechte (Angaben in Prozent)

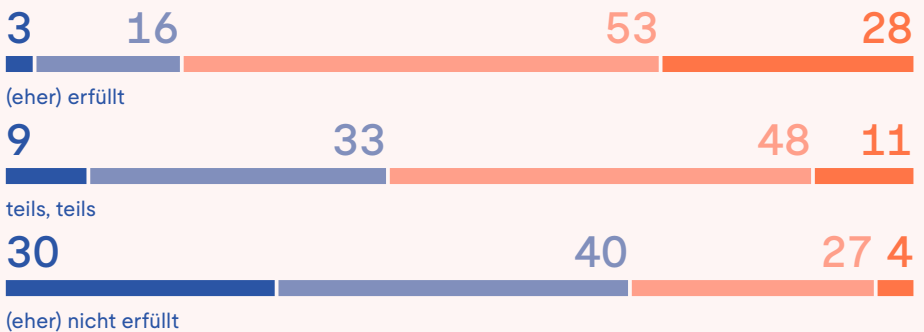
Meinungsfreiheit***



Pressefreiheit***



Eigentumsfreiheit***



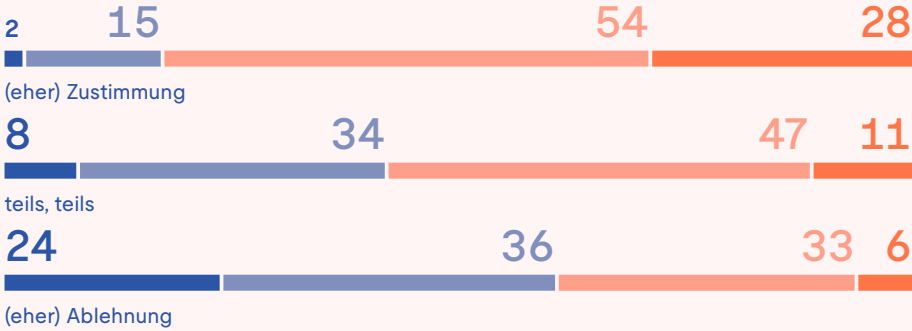
Institutionenvertrauen: ● sehr gering ● eher hoch
● eher gering ● sehr hoch

Zur besseren Übersichtlichkeit werden jeweils die zwei Kategorien, die eine Erfüllung bzw. eine Nicht-Erfüllung zum Ausdruck bringen, zusammengefasst. Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

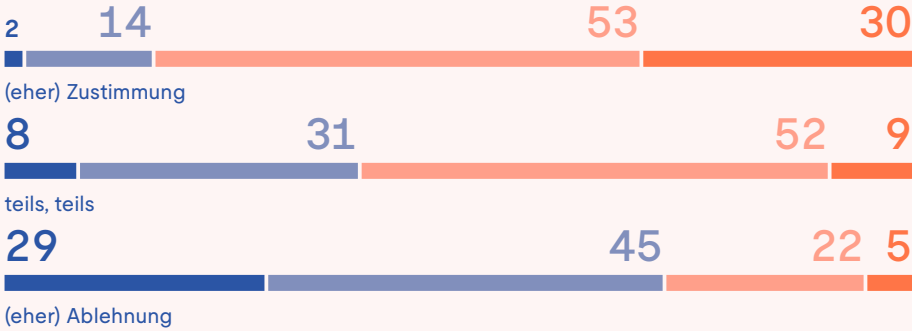
Abb. 40

Institutionenvertrauen in Abhängigkeit ausgewählter gesellschaftlicher Zielvorstellungen (Angaben in Prozent)

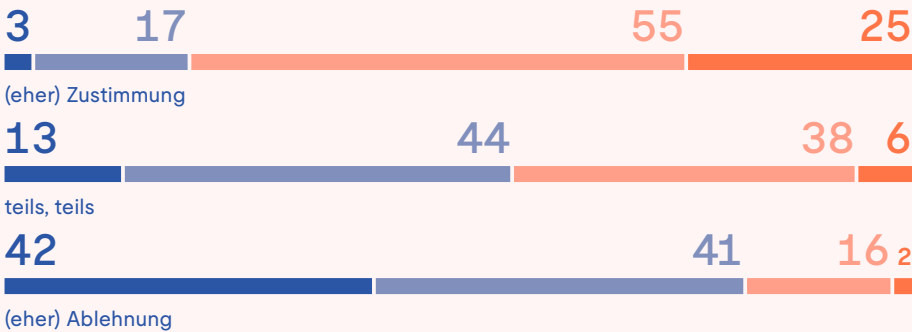
Klimaneutralität***



Zuwanderung***



Europäische Integration***



Institutionenvertrauen: ● sehr gering ● eher hoch
● eher gering ● sehr hoch

Zur besseren Übersichtlichkeit werden jeweils die zwei Kategorien, die eine Zustimmung bzw. eine Ablehnung zum Ausdruck bringen, zusammengefasst. Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

4.1.6

Politische Unterstützung im Kontext

Ein zentrales Ziel des Deutschland-Monitors ist, zu untersuchen, inwiefern – neben individuellen Faktoren – auch kleinräumige Kontextfaktoren die politischen Einstellungen beeinflussen. Dazu werden – neben der repräsentativen Bevölkerungsstudie für Gesamtdeutschland – in einer regionalen Vertiefungsstufe die Einstellungen der Bevölkerung in ausgewählten strukturstarken und strukturschwachen Kreisen in Ost- und Westdeutschland vertieft und vergleichend untersucht (↗ Kap. 2.2). Sind Personen, die in weniger prosperierenden Kreisen wohnen, weniger zufrieden mit der Praxis der Demokratie als Bewohnerinnen und Bewohner prosperierender Regionen? Vertrauen Bewohnerinnen und Bewohner strukturschwacher Kreise den politischen Institutionen in einem geringeren Ausmaß als Bewohnerinnen und Bewohner von strukturstarken Kreisen?

In Bezug auf die Zufriedenheit mit der Praxis der Demokratie (↗ Abb. 4.1) zeigt die Untersuchung ein stufenartiges Muster. Am höchsten ist die Demokratiezufriedenheit in den strukturstarken westdeutschen Kreisen, gefolgt von den strukturschwachen westdeutschen und den strukturstarken ostdeutschen Kreisen. In den strukturschwachen ostdeutschen Kreisen ist die Zufriedenheit mit der Demokratie am geringsten ausgeprägt. Hier äußern lediglich 3 Prozent, dass sie sehr zufrieden sind; weitere 41 Prozent sind eher zufrieden. Dies bedeutet, dass die Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner dieser Kreise (sehr) unzufrieden mit dem aktuellen Funktionieren der Demokratie ist. Ein ähnliches Muster zeigt sich beim Institutionenvertrauen. So sind es vor allem die ostdeutschen Regionen mit geringer Prosperität, in denen das Institutionenvertrauen der Bevölkerung auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau liegt. Auch die Wahrnehmung, dass die Politikerinnen und Politiker die Wünsche und Interessen der Bevölkerung berücksichtigen und somit responsiv sind, ist in den strukturschwachen ostdeutschen Regionen besonders schwach ausgeprägt. Hierbei sind die beschriebenen Zusammenhänge allerdings weniger eindeutig erkennbar, da die Befragten in den prosperierenden Regionen in Westdeutschland die Responsivität der Politikerinnen und Politiker ähnlich kritisch bewerten.

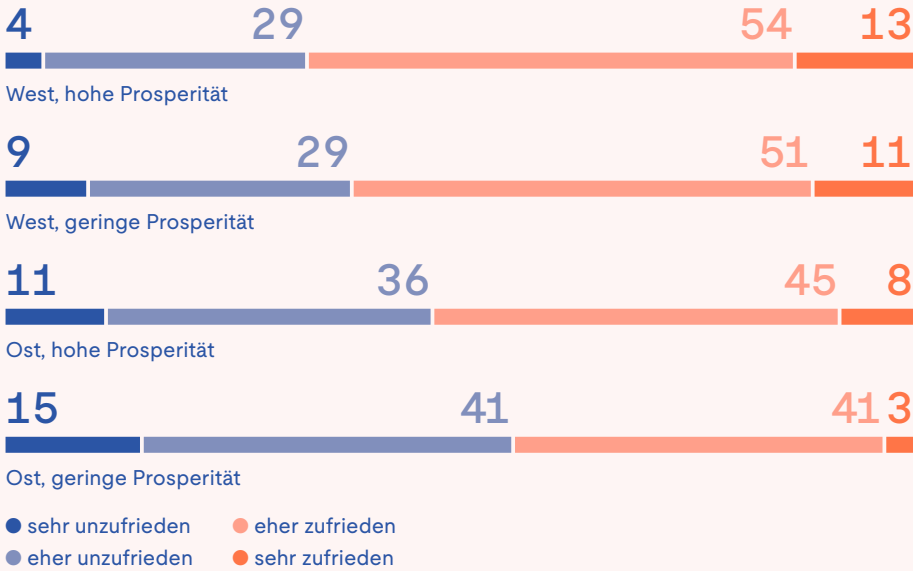
Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass die abstrakte Unterstützung der Demokratie, also die Zustimmung zur Idee der Demokratie, in Deutschland flächendeckend hoch ist. Die aktuelle Unzufriedenheit mit dem politischen System (Demokratiezufriedenheit, Institutionenvertrauen und Responsivitätswahrnehmung) ist demgegenüber deutlich geringer ausgeprägt und regional unterschiedlich verbreitet. So ist die Unzufriedenheit mit dem politischen System und der Demokratie – nicht ausschließlich, aber doch verstärkt – bei Bewohnerinnen und Bewohnern Ostdeutschlands in wirtschaftlich weniger prosperierenden Regionen besonders hoch.⁴⁸

⁴⁸ Dieses Muster zeigt sich auch in der Hauptstudie des diesjährigen Deutschland-Monitors: So gibt es unter den westdeutschen Befragten keine signifikanten Gruppenunterschiede zwischen denjenigen, die in einer prosperierenden oder einer weniger prosperierenden Region leben. Dies gilt vorliegend für alle Indikatoren der spezifischen Unterstützung. In Ostdeutschland hingegen zeigt die Hauptstichprobe größere Unterschiede zwischen Regionen mit hoher und geringerer Prosperität, etwa beim Institutionenvertrauen. Vornehmlich wegen der geringen Fallzahl für einzelne ostdeutsche Prosperitätskategorien in der Hauptstichprobe sind dort die Gruppenunterschiede bei der Demokratiezufriedenheit und der Responsivitätswahrnehmung jedoch statistisch nicht signifikant.

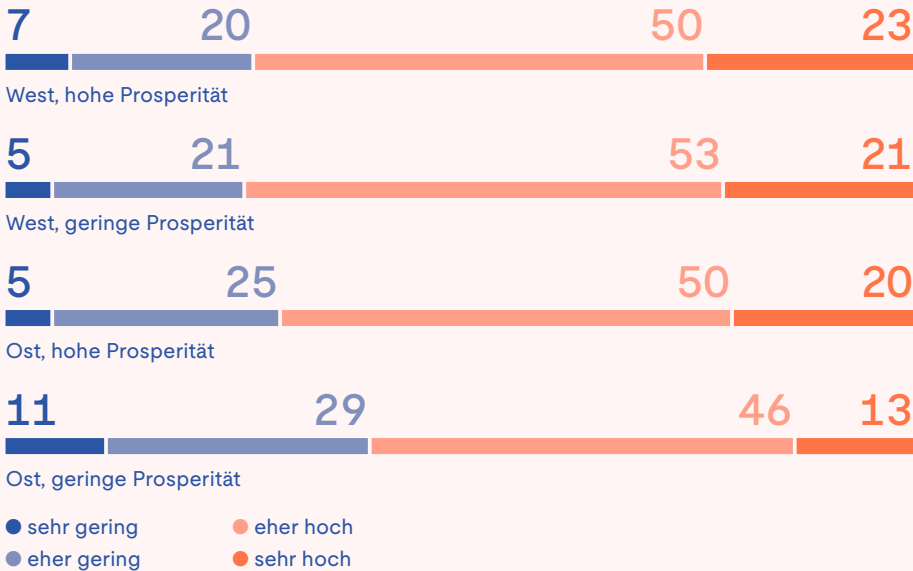
Abb. 41

Indikatoren spezifischer Unterstützung nach Prosperitätsgruppen der Vertiefungsstichprobe (Angaben in Prozent)

Demokratiezufriedenheit***

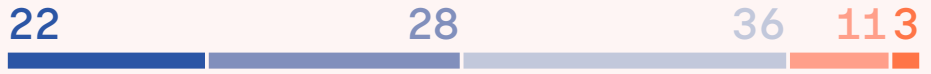


Institutionenvertrauen***



Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.
Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

Responsivitätswahrnehmung***



West, hohe Prosperität



West, geringe Prosperität



Ost, hohe Prosperität



Ost, geringe Prosperität

»Die Politikerinnen und Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.«

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- teils, teils
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu

Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.
Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

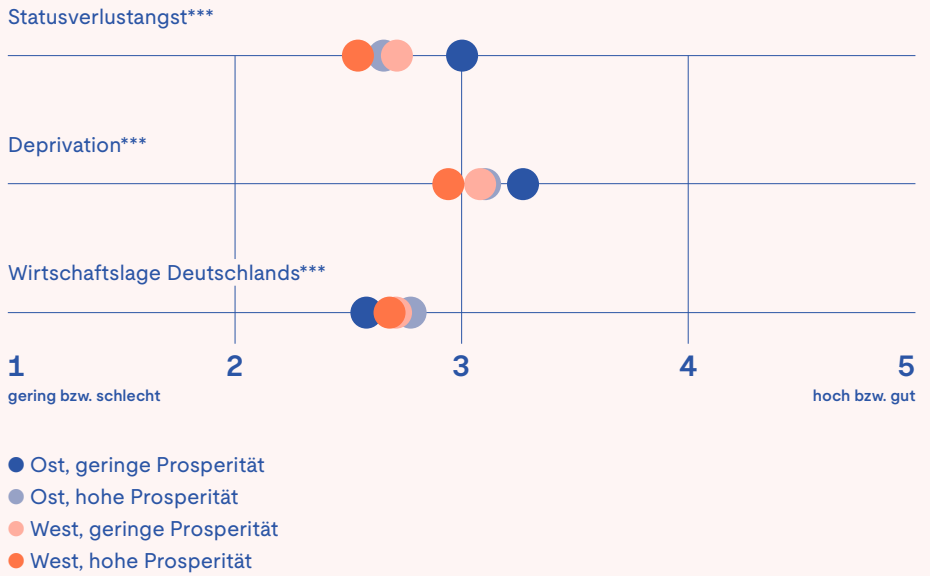
Dieses Ergebnis eröffnet folglich die Frage nach den Hintergründen und Ursachen dieses Musters. So könnte es durch eine unterschiedliche Zusammensetzung der Bevölkerung mit ihren individuellen Merkmalen und Einstellungen in diesen Kreisen erklärt werden. Statistische Analysen auf Basis der regionalen Vertiefungsstudie sprechen allerdings gegen einen starken Kompositionseffekt in Bezug auf die Verteilung soziodemografischer Merkmale wie Alter, Geschlecht und Bildung. So ist u. a. der Anteil der Befragten mit hohem formalem Bildungsniveau in den ostdeutschen Kreisen mit geringer Prosperität am höchsten.

Die Analysen verweisen jedoch auf einen Zusammenhang mit den ökonomischen Rahmenbedingungen und der subjektiven Wahrnehmung. Neben der objektiven wirtschaftlichen Lage (u. a. des Nettoäquivalenzeinkommens) bestehen große Unterschiede in den Wahrnehmungen und Bewertungen in den Regionen (→ Abb. 42). So äußert ein signifikant größerer Anteil von Befragten in den ostdeutschen Kreisen mit geringer Prosperität, dass sie das Gefühl haben, nicht den gesellschaftlich gerechten Anteil zu erhalten (relative Deprivation), und Sorge haben, zukünftig auf die Verliererseite des Lebens zu geraten (Statusverlustangst). Auch wird dort die eigene wirtschaftliche Lage sowie die wirtschaftliche Lage Deutschlands signifikant schlechter bewertet. Diese negativen wirtschaftlichen Bewertungen und insbesondere die Zukunftsängste hängen stark mit einer negativen Bewertung des politischen Systems und einer Unzufriedenheit mit der Demokratie sowie populistischen Einstellungen (→ Kap. 4.2) zusammen.

Dies spricht dafür, dass diese subjektiven Wahrnehmungen und Einstellungen nicht losgelöst vom objektiven Kontext betrachtet werden können: Wer in einer wirtschaftlich weniger prosperierenden Region lebt, der nimmt auch sich selbst, sein Umfeld und das ganze Land als weniger wohlhabend wahr, was sich wiederum auf die Unzufriedenheit mit der Demokratie und dem politischen System auswirkt. Für diesen Kontexteffekt spricht auch, dass sich diejenigen, die ihre Region als wirtschaftlich und kulturell »abgehängt« wahrnehmen, dem politischen System nicht bzw. signifikant seltener vertrauen (vgl. Hebenstreit et al. 2024, 93). Auffällig ist, dass sich diese Wirkung stärker in den strukturschwachen ostdeutschen Kreisen zeigt als in jenen in Westdeutschland.

Abb. 42

Indikatoren der subjektiven Wohlstandswahrnehmung nach Gruppen der regionalen Vertiefungsstudie (Mittelwerte)



Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

Abb. 43

Aussagen zur Messung populistischer Einstellungen

(Angaben in Prozent)



Die Abgeordneten im deutschen Bundestag sollten ausschließlich dem Willen des Volkes verpflichtet sein.



Die Politiker reden zu viel und machen zu wenig.



Das Volk, und nicht die Politiker, sollte die wichtigen politischen Entscheidungen treffen.



Die Politiker kümmern sich nur um die Interessen der Reichen und Mächtigen.



Ein einfacher Bürger würde meine Interessen besser vertreten als ein Berufspolitiker.



Was in der Politik Kompromiss genannt wird, ist in Wirklichkeit nur ein Verrat von Prinzipien.



Das Volk ist sich im Prinzip darüber einig, was politisch passieren muss.

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- teils, teils
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu

Absteigend sortiert nach kumulierten Kategorien »stimme eher zu« und »stimme voll und ganz zu«. Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

4.2

Populistische Einstellungen: Verbreitung und Muster

Ein weiterer zentraler Fokus des Deutschland-Monitors ist die Untersuchung populistischer Einstellungen in der Bevölkerung. Vor dem Hintergrund anhaltender Wahlerfolge populistischer Parteien in vielen westlichen Demokratien wird in Wissenschaft und Gesellschaft intensiv über die Herausforderungen des Populismus für die Demokratie diskutiert. Populistische Einstellungen sind nicht gleichzusetzen mit einer grundsätzlichen Ablehnung der Demokratie oder mit autoritären Einstellungen (→ Kap. 4.3.1; Kaltwasser/Van Hauwaert 2020). Sie stellen aber aufgrund ihrer Merkmale eine Herausforderung für die (liberale) Demokratie dar.⁴⁹

Dem Verständnis Cas Muddes folgend sind populistische Einstellungen durch einen wahrgenommenen Dualismus zwischen einer korrupten Elite und einem idealisierten, homogenen und »guten« Volk gekennzeichnet (Mudde 2004, 542).⁵⁰ Davon ausgehend umfasst Populismus die antipluralistische Vorstellung eines einheitlichen Volkswillens (Anti-Pluralismus), der gegen die vorgeblich korrupten Eliten (Anti-Elitismus und Manichäismus) und gegen ein liberales Verständnis von geteilten Gewalten und garantierten Minderheitenrechten durchgesetzt werden muss (Anti-Institutionalismus und direkte Demokratie) (vgl. Akkermann et al. 2014; Lewandowsky 2022, 123; Mudde 2004). Populistische Einstellungen werden im Deutschland-Monitor 2024 gemäß der etablierten Messung nach Akkermann et al. (2014) erhoben. Dazu werden die Befragten gebeten, ihre Zustimmung bzw. Ablehnung, die die zentralen Dimensionen des einstellungsmäßigen Populismus umfassen, auf einer 5-stufigen Antwortskala anzugeben.

Insgesamt zeigt sich, dass die Zustimmung zu den einzelnen Aussagen stark zwischen 25 Prozent und 78 Prozent variiert. Eine große Mehrheit stimmt der Aussage zu, dass die Abgeordneten im Bundestag einzig dem (wie auch immer gearteten) Volkswillen verpflichtet seien. 63 Prozent sind der Auffassung, dass Politikerinnen und Politiker mehr handeln statt reden sollten. 42 Prozent bevorzugen Volksentscheide gegenüber Entscheidungen durch gewählte Politikerinnen und Politiker und geben somit direkter Demokratie gegenüber repräsentativen Verfahren den Vorzug. Dass »einfache Bürger« bessere Interessenvertreter seien als Berufspolitiker, unterstützen 31 Prozent der Befragten.

⁴⁹ Herausfordernd für die (liberale) Demokratie sind populistische Deutungsmuster insbesondere deshalb, weil sie den Pluralismus in der Gesellschaft negieren und das Konzept der Volkssouveränität verabsolutieren: Gewaltenteilung, Parlamente, rechtsstaatliche Institutionen wie die Verfassungsgerichtsbarkeit oder Minderheitenschutzrechte werden delegitimiert, wenn sie nicht dem postulierten »Volkswillen« entsprechen – so zumindest die Theorie. Empirisch ist ein Zusammenhang zwischen populistischen Einstellungen und dem Ablehnen rechtsstaatlicher Prinzipien und des Minderheitenschutzes auf Basis aktueller Studien allerdings nicht bzw. nur begrenzt gestützt (Wuttke et al. 2022; Zaslove/Meijers 2024). Werden populistische Deutungsmuster durch entsprechende (vorwiegend rechtspopulistische) politische Akteure in staatliches Handeln übersetzt, kann dies aber in den Zustand einer illiberalen Demokratie oder eine elektoralen Autokratie führen (Lewandowsky 2022, 139 ff.).

⁵⁰ Populismus als Ideologiebaustein kann in verschiedenen politischen Ausprägungen vorkommen, wie beispielsweise bei Linkspopulismus, Rechtspopulismus oder libertärem Populismus (Mudde 2004, 544; Akkermann et al. 2014, 1326).

Weitere 31 Prozent stimmen der Aussage zu, dass sich die »Politiker [...] nur um die Interessen der Reichen und Mächtigen« kümmern. Der Aussage, dass sich das Volk im Prinzip darüber einig sei, was politisch passieren muss, stimmt ¼ der Befragten zu und unterstützt damit die Vorstellung eines einheitlichen Volkswillens. Ebenfalls ¼ lehnt zudem Kompromisse in der Politik ab, da dies ein »Verrat von Prinzipien« sei. Insgesamt stimmen die Befragten überdurchschnittlich häufig anti-elitistischen Aussagen zu, was den Ergebnissen anderer Studien zu populistischen Einstellungen in Deutschland entspricht (vgl. u. a. Reiser et al. 2024; Zick et al. 2023, 118 f.; Westle 2020).

Eine befragte Person wird jedoch nicht auf Basis der Zustimmung zu einzelnen Aussagen als populistisch eingestellt kategorisiert, sondern nur dann, wenn sie diesen 7 Aussagen mehrheitlich zustimmt.⁵¹ Einer befragten Person wird also nicht ein populistisches Einstellungsmuster unterstellt, wenn sie nur z. B. 1 oder 2 einzelnen Aussagen zustimmt. Demnach ergibt sich eine Verbreitung populistischer Einstellungen bei ⅓ der Bevölkerung in Deutschland (↗ Abb. 44). Dieser Wert entspricht dabei in der Tendenz den Ergebnissen anderer Studien zum einstellungsmäßigen Populismus in Deutschland: So wurde – trotz zum Teil anderer Messung – im Populismusbarometer ein Anteil von 21 Prozent gemessen (vgl. Vehrkamp/Schröder 2020) und im Deutschland-Monitor 2023 ein Anteil von 24 Prozent (vgl. Hebenstreit et al. 2024, 154).⁵²

Wie in der repräsentativen Befragung zeigen sich auch in den Fokusgruppendifkussionen populistisch gefärbte Argumentationsmuster. Besonders deutlich und häufig werden anti-elitistische Wahrnehmungen geäußert, die in einem engen Zusammenhang mit der Wahrnehmung fehlender Responsivität (↗ Kap. 4.1.3) und der Unzufriedenheit mit der Praxis der Demokratie stehen (↗ Kap. 4.1.1). So bezieht sich die Kritik u. a. auf den Vorwurf fehlender Nähe der Politikerinnen und Politiker zur Bevölkerung. Entsprechend wird der Wunsch geäußert, die Politik solle besser auf das hören, »was das Volk will«. Ebenso äußern Beteiligte, sie wollten von »normalen Leuten« statt Berufspolitikerinnen und Berufspolitikern vertreten werden:

»Ich habe das Gefühl, im Bundestag sitzen Leute, die so langsam den Bezug zum Geld verlieren. Die nicht mehr selber Auto fahren und die Benzinpreise nicht kennen oder zigtausend Euro für den Friseur ausgeben. Ich würde sogar eher Leute bevorzugen, die dann wirklich von hier kommen und sich von unten hinaufgearbeitet haben.«
(m, 50–59 J., LK Potsdam-Mittelmark, O-HP)

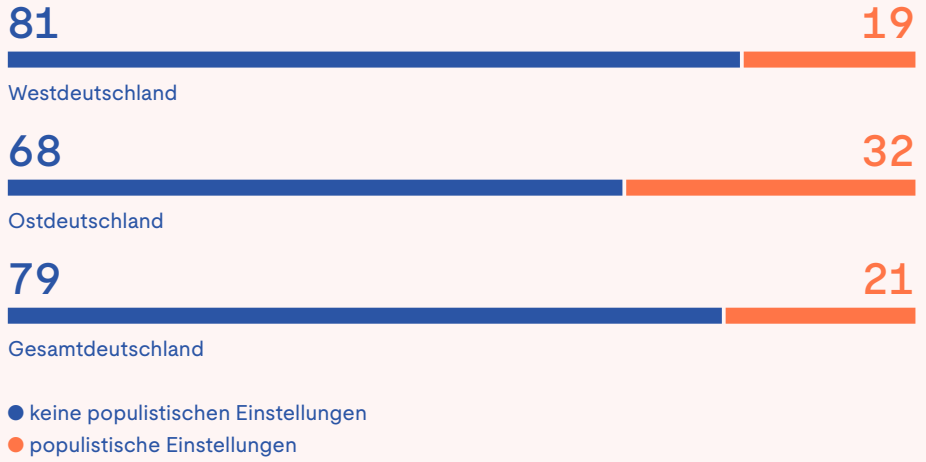
⁵¹ Aus den Antworten wird ein Mittelwertindex gebildet, wobei maximal eine Antwortverweigerung zugelassen wird. Jede Antwortkategorie entspricht dabei einem Zahlenwert zwischen 1 (»stimme überhaupt nicht zu«) und 5 (»stimme voll und ganz zu«). Erreicht eine Person einen Indexwert von durchschnittlich ≥ 4 , wird sie als populistisch eingestellt eingeordnet.

⁵² Wegen der Verwendung unterschiedlicher Erhebungsinstrumente im Deutschland-Monitor 2023 und im Deutschland-Monitor 2024 ist ein direkter Vergleich der Ergebnisse nur eingeschränkt möglich. Aufgabe der Pilotphase (2023–2025) des Deutschland-Monitors ist es, unterschiedliche Erhebungsinstrumente zu erproben und zu evaluieren, weshalb der Vergleich nur eingeschränkt möglich ist (vgl. Kap. 2).

Abb. 44

Verbreitung populistischer Einstellungen

(Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Dies ist teilweise mit dem Vorwurf einer abgehobenen Politikerklasse verbunden, die bewusst, teils sogar planvoll, gegen die Interessen der Bevölkerung handle. Stattdessen würden nach Ansicht der Beteiligten eigene Interessen der politischen Akteure und der politische Machterhalt bei Politikerinnen und Politikern häufig im Vordergrund stehen (INFO 2024, 14 ff.).

Allerdings spiegelt sich in den Fokusgruppendifkussionen auch wider, dass die Mehrheit der Bevölkerung nicht populistisch eingestellt ist und offensiv die liberale Demokratie mit ihren Prinzipien verteidigt. So werden u. a. die Pluralität von Interessen in der Bevölkerung betont und einem einheitlichen und klar erkennbaren Volkswillen widersprochen, wie das folgende Zitat exemplarisch zeigt:

»Klar, manchmal denken Leute: ›Was machen die denn da?‹ oder ›Warum dauert das so lange?‹ [...] Da müssen ja ganz viele Faktoren und Interessen bedacht werden.« (m, 40–49 J., KS Delmenhorst, W-NP)

Die Verbreitung populistischer Einstellungen unterscheidet sich je nach Region und Bevölkerungsgruppe: So zeigt die Erhebung des diesjährigen Deutschland-Monitors, dass populistische Einstellungen in Ostdeutschland mit einem Anteil von 32 Prozent signifikant weiter verbreitet sind als in Westdeutschland (19 Prozent) (↗ Abb. 44). In Bezug auf die Soziodemografie (↗ Abb. 45) teilen Männer (23 Prozent) im Durchschnitt etwas häufiger populistische Einstellungen als Frauen (19 Prozent). Nach Altersgruppen betrachtet zeigt sich, wie bei den Einstellungen zur Demokratie (↗ Kap. 4.1.1) ein markant »schief-bogenförmiges« Muster, wonach die jüngste und älteste Altersgruppe am seltensten populistische Einstellungsmuster hegen und diese in der Babyboomer-Generation (Jahrgang 1950–1964) am weitesten verbreitet sind (26 Prozent). Ferner sind populistische Einstellungen unter Menschen mit formal höheren Bildungsabschlüssen (9 Prozent) weit weniger verbreitet als unter Menschen mit niedrigeren Bildungsabschlüssen (32 Prozent). Daran schließt der Befund an, dass in den einkommensschwächsten Bevölkerungsgruppen populistische Einstellungen besonders häufig geteilt werden (26 Prozent; im Vergleich zu 11 Prozent bei Befragten mit einem Nettoäquivalenzeinkommen von über 3.000 EUR).

Die Verbreitung populistischer Einstellungen variiert besonders stark nach Parteienähe (↗ Abb. 46): Mit einem Anteil von 63 Prozent sind fast $\frac{2}{3}$ der Anhängerschaft der AfD populistisch eingestellt; gefolgt von den Anhängerinnen und Anhänger des BSW mit einem Anteil von 51 Prozent. Dies entspricht den Erwartungen, da beide Parteien häufig populistische Narrative gebrauchen (Decker 2022; Thomeczek 2024). Unter den Anhängerinnen und Anhängern der übrigen Parteien sind populistische Einstellungen signifikant weniger verbreitet. Insbesondere die Anhängerinnen und Anhänger der Grünen und der Linken sind mit einem Anteil von weniger als 10 Prozent selten populistisch eingestellt. Unter den Befragten, die keiner oder einer anderen Partei nahestehen, sind populistische Einstellungsmuster mit einem Anteil von 24 Prozent etwas weiterverbreitet als im Bundesschnitt.

Populistische Einstellungen hängen stark mit den Einstellungen zur Demokratie zusammen: Personen, die mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind und gegenüber den Institutionen kein Vertrauen äußern, stimmen auch überdurchschnittlich häufig populistischen Aussagen zu (vgl. ↗ [deutschland-monitorinfo/2024/einstellungssyndrom-3d-plots](#)). Entsprechend zeigen sich bei der tiefergehenden Analyse populistischer Einstellungen große Überschneidungen zu Aspekten und Faktoren, die mit dem Niveau der Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen zusammenhängen:

Wie im Rahmen des diesjährigen Schwerpunktthemas »In welcher Gesellschaft wollen wir leben?« in Kapitel 3 ausgeführt (↗ [Kap. 3.2](#)), sehen populistische eingestellte Personen die grundgesetzlich garantierten Freiheitsrechte aktuell in der Praxis als weniger gut erfüllt an. Dies gilt insbesondere für die Meinungs-, Presse- und Eigentumsfreiheit (ebd.). Zudem stehen sie bestimmten Vorstellungen über die gewünschte Gesellschaft deutlich ablehnender gegenüber. Dies betrifft insbesondere die Themen Zuwanderung, Europäische Integration sowie die Klimapolitik (↗ [Kap. 3.1](#)).

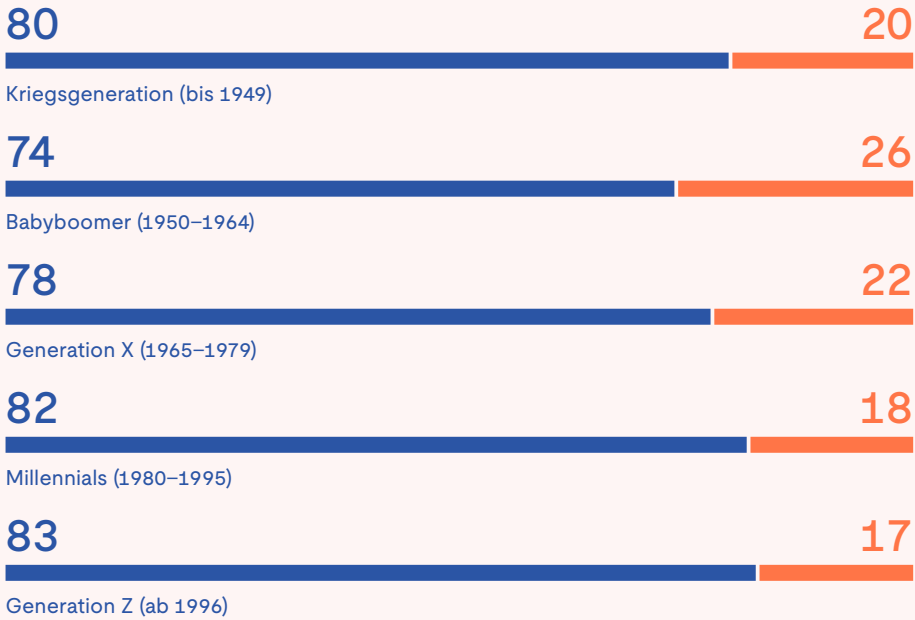
Darüber hinaus äußern Personen, die die wirtschaftliche Lage des Landes schlecht bewerten, das Gefühl haben, nicht den gerechten Anteil zu erhalten und Sorge haben, auf die Verliererseite des Lebens zu geraten (Statusverlustangst), überdurchschnittlich häufig populistische Einstellungen. Neben dem hemmenden Einfluss der formalen Bildung auf populistische Einstellungen besteht – anders als bei den Einstellungen zur Demokratie – zudem ein Zusammenhang zwischen dem politischen Interesse und populistischen Einstellungen. Menschen mit einem niedrigen politischen Interesse stimmen populistischen Aussagen deutlich häufiger zu (↗ [Abb. 47](#)).

Neben diesen Mustern auf der individuellen Ebene untersucht der Deutschland-Monitor die räumlich-soziale Verbreitung populistischer Einstellungen und den Einfluss des Kontextes in der Wohnumgebung (↗ [Kap. 2](#)). Der Vergleich zwischen strukturschwachen und strukturstarken Kreisen (↗ [Abb. 48](#)) zeigt unterschiedliche Muster in ost- und westdeutschen Kreisen: In Westdeutschland zeigen sich keine signifikanten Unterschiede in der Verbreitung populistischer Einstellungen zwischen Regionen mit hoher bzw. geringer Prosperität. In Ostdeutschland hingegen unterscheidet sich die Verbreitung dieser Einstellungen sehr stark zwischen strukturschwachen und strukturstarken Regionen. Während in Kreisen mit hoher Prosperität die Verbreitung populistischer Einstellungen jener in den (strukturstarken wie strukturschwachen) westdeutschen Kreisen entspricht, sind in ostdeutschen Regionen mit geringer Prosperität populistische Einstellungen deutlich stärker verbreitet. So äußert hier mehr als 1/3 der Bevölkerung diese Einstellungen (ebd.). Insoweit bestätigt sich die Annahme, dass populistische Einstellungen in weniger prosperierenden Regionen häufiger verbreitet sind, nur für Ostdeutschland. Dieses Muster entspricht dabei dem in Kapitel 4.1.1 ausgeführten Muster zu den Einstellungen zur Demokratie, da die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie und ihren Institutionen und Akteuren ebenfalls besonders stark in diesen nicht-prosperierenden ostdeutschen Kreisen vorzufinden sind.

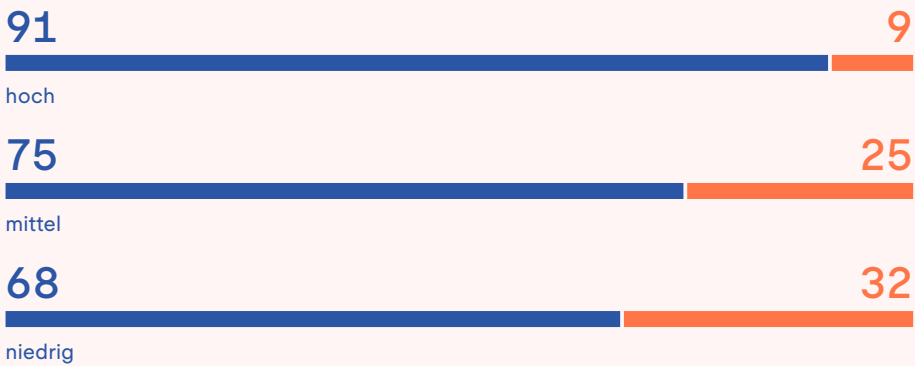
Abb. 45

Populistische Einstellungen nach ausgewählten soziodemografischen Merkmalen (Angaben in Prozent)

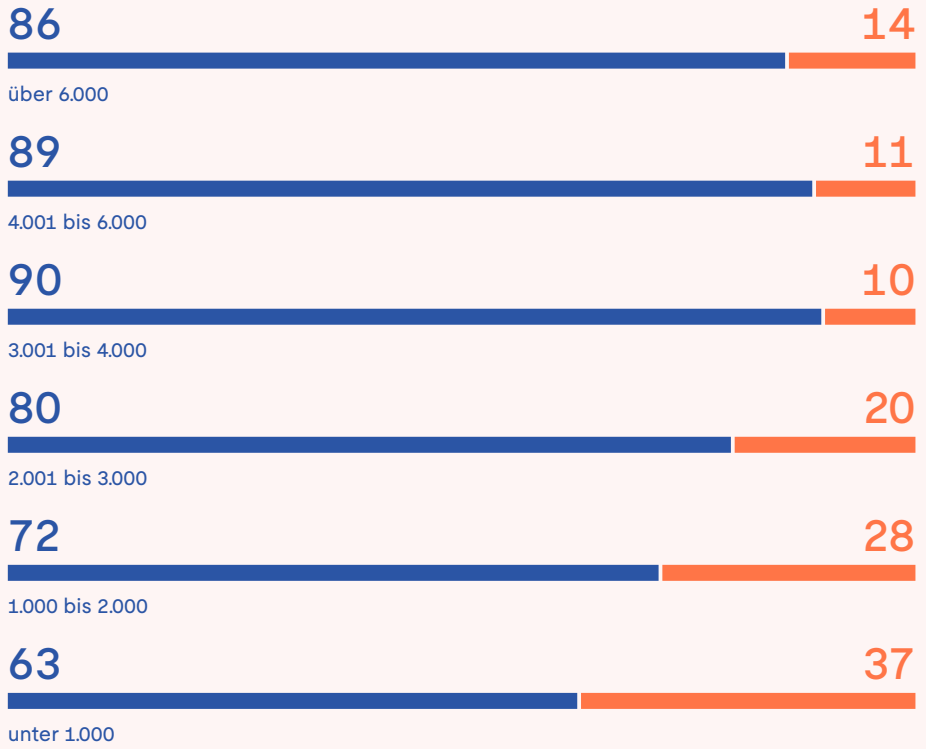
Altersgruppe***



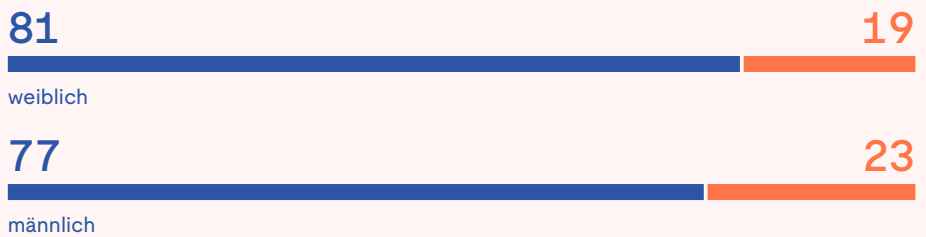
Formale Bildung***



Nettoäquivalenzeinkommen (in Euro)***



Geschlecht**



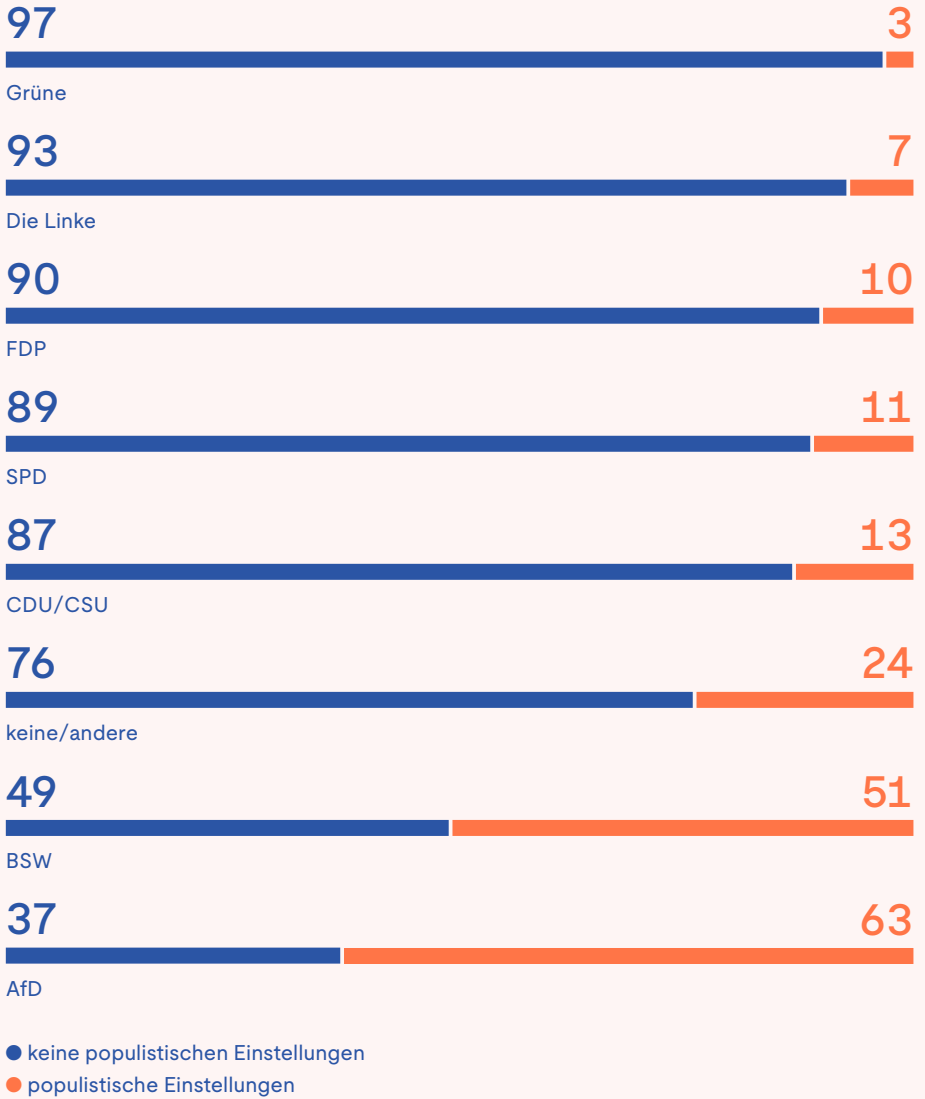
- keine populistischen Einstellungen
- populistische Einstellungen

Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

Die weitere Verbreitung populistischer Einstellungen in diesen weniger prosperierenden Regionen Ostdeutschlands erklärt sich zum Teil durch die spezifische Zusammensetzung der Bevölkerung in diesen Kreisen. Dazu gehören u. a. die unterschiedliche soziodemografische Zusammensetzung und die individuelle wirtschaftliche Situation. Gleichzeitig verweisen diese Ergebnisse aber auf Auswirkungen des kleinräumigen Kontextes. So zeigte sich im Deutschland-Monitor 2023 (Hebenstreit et al. 2024), dass die öffentliche Daseinsvorsorge in diesen Regionen schlechter wahrgenommen wird und das »Gefühl des Abgehängtseins« dort stärker ausgeprägt ist (vgl. auch Reiser et al. 2023). Zudem kann die regional unterschiedliche Verbreitung auf die in diesen Kreisen stärker ausgeprägten Zukunftsängste und Ungerechtigkeitswahrnehmungen zurückgeführt werden ([↗ Kap. 3.5.3](#)).

Abb. 46

Populistische Einstellungen nach Parteinähe
(Angaben in Prozent)

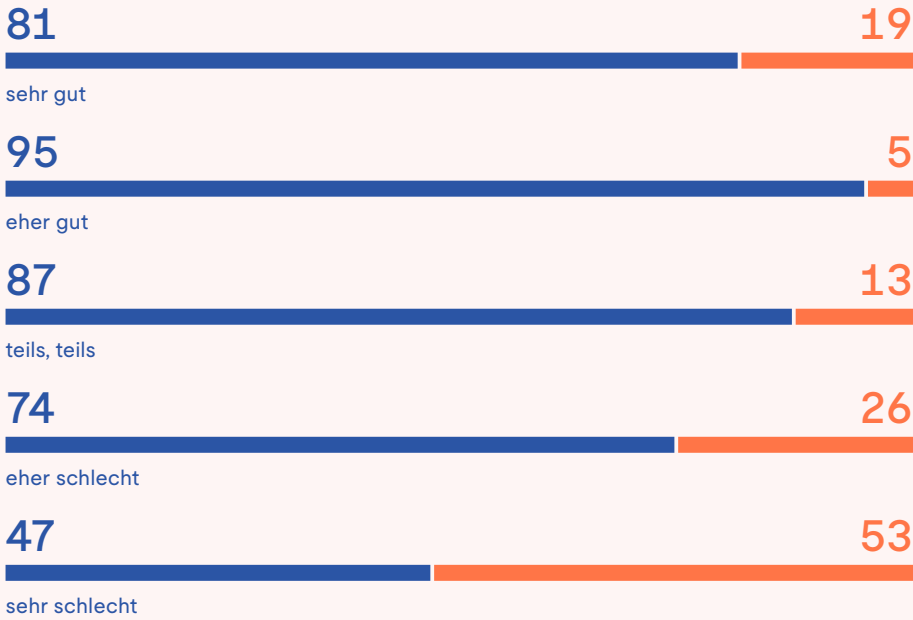


Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

Abb. 47

Populistische Einstellungen nach ausgewählten Einstellungs- und Wahrnehmungsmerkmalen (Angaben in Prozent)

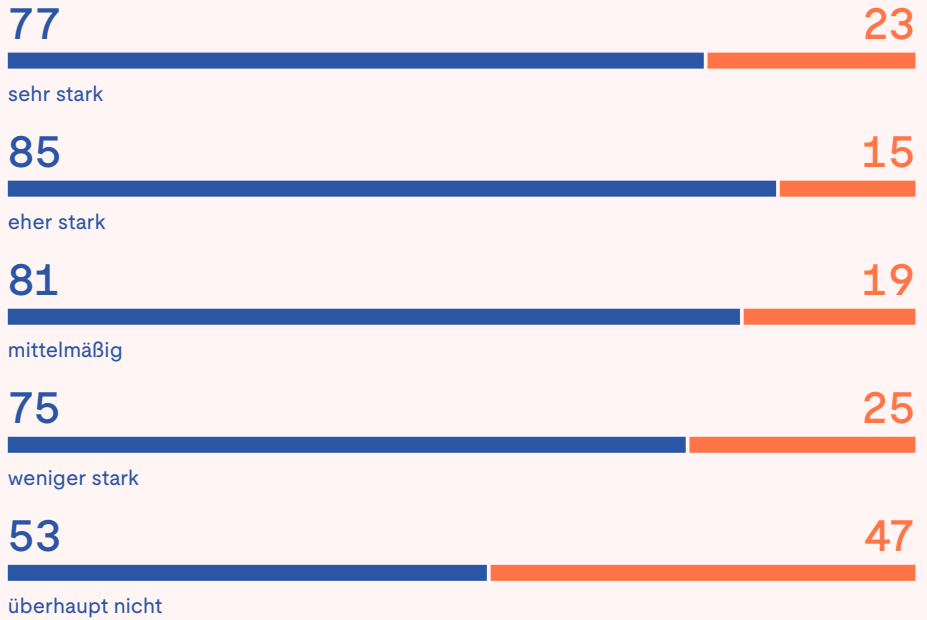
Wirtschaftliche Lage Deutschlands***



Erhalt des gerechten Anteils in der Gesellschaft (relative Deprivation)***



Politisches Interesse***

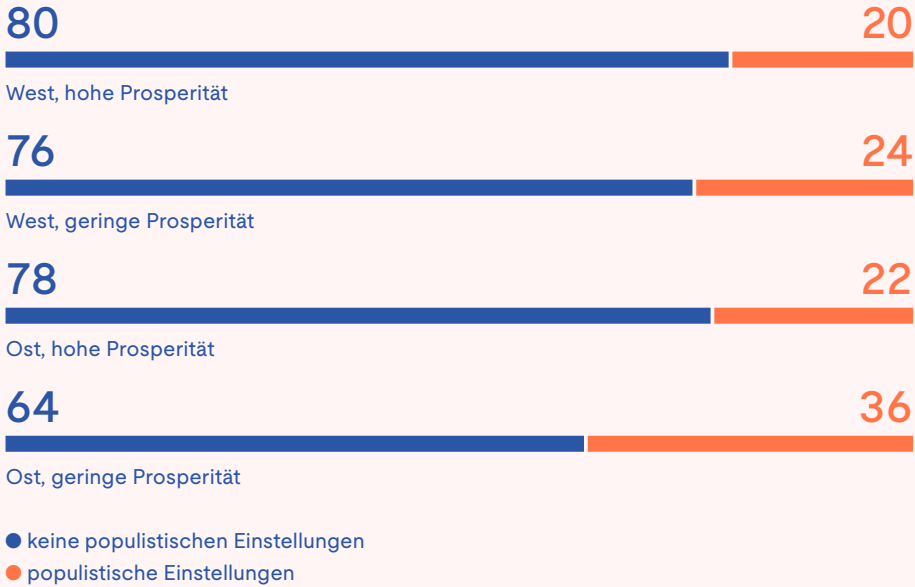


- keine populistischen Einstellungen
- populistische Einstellungen

Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

Abb. 48

Populistische Einstellungen nach Prosperitätsgruppen der regionalen Vertiefungsstudie (Angaben in Prozent)



Gruppenunterschiede sind auf einem Niveau von unter 5 Prozent signifikant.

4.3

Ungleichwertigkeitsvorstellungen im politischen und sozialen Bereich

Neben den Einstellungen zur Demokratie und zu den politischen Institutionen und Akteuren in Deutschland (↗ Kap. 4.1) sowie zu populistischen Einstellungsmustern (↗ Kap. 4.2) bilden demokratieablehnende bzw. -feindliche Einstellungen einen dritten Bereich politischer Einstellungen. Im diesjährigen Deutschland-Monitor stehen drei zentrale Einstellungen im Zentrum, deren verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen im politischen und sozialen Bereich sind: Im politischen Bereich werden diese Ungleichwertigkeitsvorstellungen anhand der Affinität zu (rechtsautoritären) diktatorischen Regierungsformen untersucht (↗ Kap. 4.3.1). Im sozialen Bereich werden sie auf Basis fremdenfeindlicher und sozialdarwinistischer Einstellungen analysiert (↗ Kap. 4.3.2). Diese Einstellungen zählen, der in der wissenschaftlichen Diskussion etablierten Konsensdefinition (vgl. u. a. Decker et al. 2022, 33; Zick/Mokros 2023, 71; Reiser et al. 2024) folgend, zu den Ideologieelementen des Rechtsextremismus⁵³ und sind folglich für die Demokratie und die politische Kultur von hoher Relevanz. Die folgenden Analysen zeigen, wie verbreitet diese Einstellungen in der Bevölkerung sind und welche Faktoren sie begünstigen.

4.3.1

Einstellungen zu einer (rechtsautoritären) Diktatur

Im Folgenden steht die Frage im Zentrum, wie stark (rechtsautoritäre) diktaturbefürwortende Aussagen in der Bevölkerung unterstützt werden. Die Untersuchung dazu basiert auf einer etablierten und vielfach getestet Fragebatterie aus drei Aussagen (↗ Abb. 49), die eine eindeutige Ablehnung der liberalen und pluralistischen Demokratie bzw. die Affinität zu einer diktatorischen Ordnung zum Inhalt haben (Decker et al. 2022, 40; Zick et al. 2023, 63). Sie stehen entsprechend in einem Widerspruch zu den in Art. 20. Abs. 1 und 2 GG normierten Prinzipien des sozialen und demokratischen Rechtsstaats.

Der Aussage, dass die Diktatur »im nationalen Interesse unter bestimmten Umständen« die bessere Staatsform sei, stimmen insgesamt 4 Prozent der Befragten explizit zu. Während die übergroße Mehrheit von 91 Prozent die Aussage eher oder ganz ablehnen, antworten 5 Prozent der Befragten mit »teils/teils« und lehnen somit eine Diktatur nicht grundsätzlich ab. Knapp 11 Prozent der Befragten stimmen »voll und ganz« oder »eher« der Aussage zu, dass es eine Führerpersönlichkeit brauche, die Deutschland »mit starker Hand« regiert.

⁵³ Extremismus ist ein mehrdimensionales und wissenschaftlich umstrittenes Konzept (Jungkunz 2023, 19 f.; Thieme 2018); zudem werden neben dem Rechtsextremismus weitere Ausprägungen des Extremismus (u. a. links, islamistisch; vgl. u. a. Jesse 2021) unterschieden.

Damit befürworten sie eine personalisierte Herrschaft ohne Bindung an Recht und Gewaltenteilung.⁵⁴ Weitere 8 Prozent stimmen der Aussage teilweise zu, während die deutliche Mehrheit von 82 Prozent die Aussage ablehnt. Ein Einparteiensystem, bei dem die »einzige starke Partei [...] die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert«, findet unter den drei Aussagen die größte Zustimmung. 26 Prozent der Befragten äußern hier explizit Zustimmung, während weitere 14 Prozent mit »teils/teils« antworten. Neben der damit zum Ausdruck gebrachten Affinität für ein illiberales Einparteiensystem spiegelt sich auch im Begriff der Volksgemeinschaft eine bestimmte illiberale Ordnungsvorstellung wider (Decker et al. 2022, 40).

Die Verteilung der Antworten, wonach die Befürwortung eines Einparteiensystems im Mittel die größte Zustimmung erfährt, gefolgt von der Unterstützung einer »starken« Führerpersönlichkeit und der offenen Diktaturunterstützung »im nationalen Interesse«, entspricht in der Tendenz den Ergebnissen anderer neuerer Studien (Blätte/Pickel 2023, 70; Decker et al. 2022, 41; Zick et al. 2023, 64 f.). Zudem bestätigt der Deutschland-Monitor Erkenntnisse, dass Bürgerinnen und Bürger, die angeben, die Demokratie abstrakt zu unterstützen, gleichzeitig antiliberaler und antidemokratischer Positionen befürworten können (vgl. u. a. Wuttke et al. 2022). So wünschen sich 24 Prozent derjenigen, die die Idee der Demokratie als Staatsform unterstützen, eine »einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert« und 9 Prozent wünschen sich trotz der eindeutig geäußerten Befürwortung der Idee der Demokratie einen »starken Führer«.

Fasst man diese drei Aussagen zu einem Index⁵⁵ zur Messung einer rechtsgerichteten Diktaturaffinität zusammen, zeigt sich, dass die große Mehrheit von 80 Prozent der Befragten eine (rechtsautoritäre) Diktatur eindeutig ablehnt (→ Abb. 50).

Bundesweit präferiert nur ein sehr kleiner Anteil von 3 Prozent explizit und offen eine (rechtsgerichtete) Diktatur. Weitere 16 Prozent beantworten die drei Aussagen durchschnittlich mit »teils/teils« und lehnen damit diese demokratiefeindlichen Aussagen zumindest nicht eindeutig ab. Sie bewegen sich wenigstens in einem Graubereich. Insgesamt entsprechen die vorliegenden Ergebnisse, dass ungefähr 20 Prozent der Bevölkerung in Deutschland diktaturbefürwortende Einstellungen teilen bzw. nicht explizit ablehnen, den Erkenntnissen anderer Studien (Decker et al. 2022, 48; Zick et al. 2023, 68).

⁵⁴ Darüber hinaus hat die Bezeichnung »Führer« eine begriffsgeschichtliche Verknüpfung zum historischen Nationalsozialismus (Decker et al. 2012, 36; Schmitz-Berning 2007, 244 ff.).

⁵⁵ Angelehnt an die Mitte-Studien (z. B. Zick et al. 2023) und die Leipziger Autoritarismus Studien (z. B. Decker et al. 2022) wird folgende Codierung angewandt: Jede Antwortkategorie entspricht einem Zahlenwert zwischen 1 (»stimme überhaupt nicht zu«) und 5 (»stimme voll und ganz zu«). Die Zahlenwerte aller drei Aussagen werden jeweils addiert, sodass man für alle Befragten einen Summenscore mit einem Wertebereich zwischen 3 (Ablehnung aller Aussagen) und 15 (Zustimmung zu allen Aussagen) erhält. Personen, die mindestens eine Antwort verweigerten wurden bei der Codierung ausgeschlossen. Erreichen die Befragten einen Summenscore zwischen 12 und 15, stimmen sie also allen Aussagen mehrheitlich zu, gelten sie als diktaturaffin eingestellt. Erreichen sie einen Summenscore zwischen 8 und 11, stimmen sie den Aussagen also im Durchschnitt teilweise zu, werden sie einem Graubereich zugeordnet. Personen mit einem Summenscore von 7 oder weniger gelten als nicht-diktaturaffin (Zick et al. 2023, 63). Dies stellt sicher, dass nicht jeder Person, die – aus welchen Gründen immer – einer der Aussagen zustimmt, unmittelbar eine diktatoraffine Position unterstellt wird und autoritäre Einstellungen in der Gesellschaft folglich nicht überschätzt werden. Gleichzeitig ermöglicht sie eine ausreichend sensible Erfassung jener Einstellungen und trägt dem Umstand Rechnung, dass auch diejenigen, die mit »teils/teils« antworten, eine Diktatur nicht grundsätzlich ablehnen und somit eine Herausforderung für die Demokratie darstellen.

Abb. 49

Zustimmung zu diktatoraffinen Aussagen

(Angaben in Prozent)



Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.



Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.



Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.

- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- teils, teils
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu

Abb. 50

Einstellungen zu einer rechtsautoritären Diktatur

(Angaben in Prozent)



Westdeutschland



Ostdeutschland



Gesamtdeutschland

- Ablehnung
- Graubereich
- Zustimmung

Anteilswerte unter 2 Prozent wurden für eine besseren Übersichtlichkeit nicht beschriftet. Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

In Ostdeutschland sind diese diktaturaffinen Einstellungen signifikant weiterverbreitet als in Westdeutschland (siehe für ähnliche Ergebnisse Pickel/Pickel 2020, 485). Hier bekunden 6 Prozent eine explizite Zustimmung für eine rechtsgerichtete Diktatur; weitere 24 Prozent lehnen eine Diktatur nicht eindeutig ab (im Vergleich zu 15 Prozent in Westdeutschland, ↗ Abb. 50).⁵⁶

Richtet man den Blick auf die Frage, in welchen Bevölkerungsgruppen diese diktaturaffinen Einstellungen verstärkt verbreitet sind (↗ Abb. 51), zeigen sich keine Unterschiede nach Geschlecht.⁵⁷ In Bezug auf Westdeutschland bestehen nur sehr geringe Unterschiede zwischen den Altersgruppen. Anders in Ostdeutschland: Hier zeigen sich diktaturaffine Einstellungen häufiger in der jungen Generation (»Generation Z«, Geburtsjahrgang ab 1996) und in den beiden ältesten Generationen (Geburtsjahrgänge vor 1964). Hier lehnt (zum Teil mehr als) 1/3 der Befragten eine Diktatur nicht bzw. nicht grundsätzlich ab. Hingegen neigen die »Millennials« und die »Generation X«, also die Geburtsjahrgänge zwischen 1965 und 1995, in Ostdeutschland durchschnittlich am seltensten zur Diktaturunterstützung. Im Einklang mit dem Forschungsstand (u. a. Rooduijn et al. 2017, 549) zeigt sich ein starker und monotoner Zusammenhang zwischen dem formalen Bildungsniveau (höchster Schulabschluss) und der Unterstützung alternativer, rechts-autoritärer Gesellschaftsordnungen.

Neben den soziodemografischen Indikatoren zeigen sich auch signifikante Unterschiede in der Verbreitung der Diktaturaffinität je nach politischer Einstellung. Bei der politischen Selbstverortung auf der Links-Rechts-Achse⁵⁸ (↗ Abb. 52) fällt auf, dass beinahe 1/4 derjenigen, die sich weit rechts einstufen, eine offene Diktaturaffinität bekundet.

Etwa ein weiteres Viertel lehnt eine Diktatur nicht grundsätzlich ab. Dass Personen, die sich selbst sehr weit rechts einordnen, häufiger den zugrundeliegenden Aussagen zustimmen, ist zu erwarten, da die Aussagen insbesondere rechts gefärbte Diktaturaffinität messen. Die Daten zeigen aber gleichzeitig, dass diese Einstellungen nicht nur von dieser Personengruppe geteilt werden. Auch bei Personen, die sich selbst moderat rechts (4 Prozent Zustimmung, 23 Prozent Graubereich) oder politisch mittig (3 Prozent Zustimmung, 19 Prozent Graubereich) einstufen, sind diktaturaffine Einstellungen anzutreffen. Personen, die sich eher oder ganz links verorten, teilen diese Einstellungen signifikant seltener.

⁵⁶ Der Ost-West-Zusammenhang verstärkt sich ein wenig, wenn man statt des aktuellen Wohnorts nach dem Ort unterscheidet, an dem der größte Teil der eigenen Jugend verbracht wurde.

⁵⁷ Dies steht in keinem Widerspruch zu den Befunden des jüngeren Forschungsstands (z. B. Decker et al. 2022, 56; Zick et al. 2023, 74 f.). Gleichwohl ist der Befund bemerkenswert, da Männer auch unter der Berücksichtigung von weiteren Kontrollvariablen häufiger rechtsextreme Einstellungen teilen und stärker dazu neigen rechtsextremistische Parteien zu wählen (z. B. Jungkunz 2023, 182; Rooduijn et al. 2017, 549).

⁵⁸ Dem zugrunde liegt die folgende Frage: »Viele Leute verwenden die Begriffe ›links‹ und ›rechts‹, wenn es darum geht, unterschiedliche politische Standpunkte zu kennzeichnen (↗ Kap. 8, Frage 24). Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten auf einer Skala von 0 (links) bis 10 (rechts) denken: Wo würden Sie sich einordnen?«. Zur vereinfachten Darstellung wurden die Antworten zu 5 Kategorien zusammengefasst (vgl. Fußnote 19).

Vergleichbare Muster zeigen sich auch anhand der Parteinähe (→ Abb. 52). Unter Anhängerinnen und Anhängern der AfD, die gegenwärtig den rechten Pol des deutschen Parteiensystems bildet, sind diktaturaffine Einstellungen – mit deutlichem Abstand – am stärksten verbreitet. Weniger als die Hälfte der Befragten mit bekundeter AfD-Nähe spricht sich dabei mehrheitlich gegen die vorgelegten Aussagen aus. Jede/r Zehnte unterstützt offen eine rechts-autoritäre Diktatur; weitere 44 Prozent lehnen diese diktaturbefürwortenden Aussagen durch die durchschnittliche Antwort »teils/teils« nicht grundlegend ab. Anhängerinnen und Anhänger sowohl der Unionsparteien als auch des BSW sind – auf deutlich niedrigerem Niveau als die AfD – ebenfalls von einem anteilig überdurchschnittlichen Graubereich (21 bzw. 23 Prozent) jener Einstellungen geprägt, obgleich es keine bzw. kaum offene Zustimmung zu den diktaturbefürwortenden Aussagen gibt (je 1 Prozent). Mit 97 bzw. 96 Prozent lehnen fast alle Anhängerinnen und Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke diktaturbefürwortende Aussagen eindeutig ab; bei SPD und FDP sind es jeweils 89 Prozent.

Nachdem die Verbreitung dieser diktaturbefürwortenden Einstellungen in Deutschland sowie in bestimmten Bevölkerungsgruppen dargestellt wurde, stellt sich im Anschluss die Frage nach den zentralen Faktoren, die das Vorhandensein dieser Einstellungen auf Basis statistischer Verfahren erklären können.⁵⁹ Diese Analysen bestärken den hemmenden Effekt eines mittleren oder höheren Bildungsabschlusses. Das Bildungsniveau erweist sich insgesamt als erklärungsstärkster Faktor unter allen individuellen und kontextuellen Merkmalen. Es bestätigt sich ferner, dass neben dem formalen Bildungsabschluss auch ein höheres politisches Interesse hemmend auf diktaturaffine Einstellungen wirkt. Alterszusammenhänge verschwinden hingegen, wenn auf weiterführende Einstellungsmerkmale kontrolliert wird.

Ein weiterer signifikanter Zusammenhang zeigt sich darüber hinaus mit Blick auf die wirtschaftliche Lagebewertung Deutschlands: So neigen diejenigen, die die wirtschaftliche Lage in Deutschland schlechter einschätzen, eher zur Diktaturaffinität. Auf der individuellen Ebene besteht weder zwischen dem Nettoäquivalenzeinkommens als objektivem Kriterium noch zwischen der subjektiven Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage ein eindeutiger signifikanter Zusammenhang mit der Diktaturaffinität. Allerdings erweisen sich relative Statusbewertungen und besonders Zukunftsängste als erklärungsstark: Personen, die die Befürchtung haben, im Zuge gegenwärtiger Entwicklungen an gesellschaftlichem Status einzubüßen, neigen eher zu rechtsautoritären Einstellungen (→ Abb. 53). Gleiches gilt für Personen, die das Gefühl haben, dass ihnen gesellschaftlich nicht der »gerechte Anteil« gewährt wird. In anderen Worten: Es ist besonders relevant, was man für die Zukunft erwartet und wie man den eigenen gesellschaftlichen Status wahrnimmt.

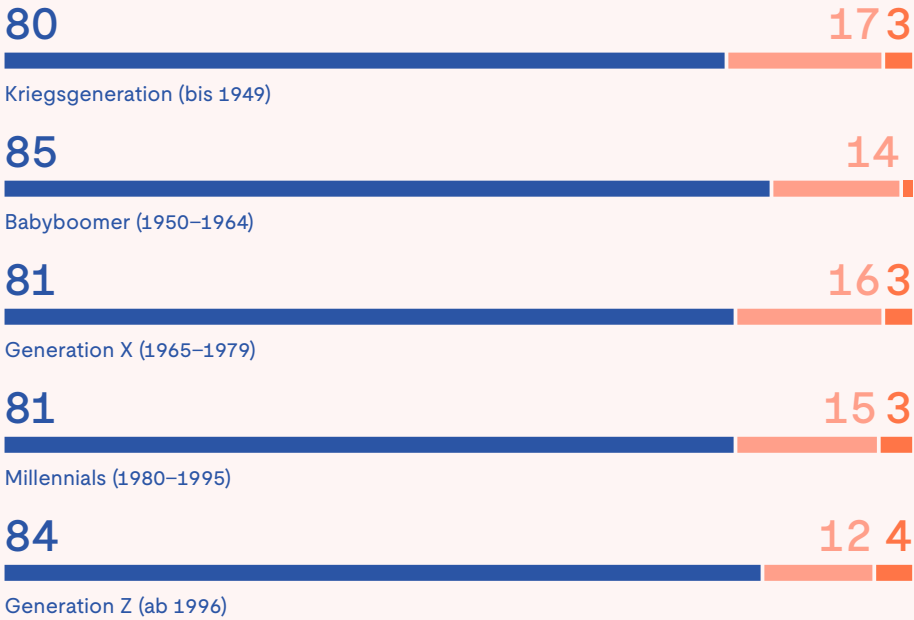
Ein weiterer signifikanter Zusammenhang zeigt sich mit Blick auf die wirtschaftliche Lagebewertung Deutschlands: Wer diese schlechter einschätzt, neigt ebenfalls eher zur Diktaturaffinität.

⁵⁹ Grundlage dafür sind multivariate lineare Regressionen, bei denen schrittweise zusätzliche (theoretisch begründete) unabhängige Variablen hinzugezogen werden. Als abhängige Variable wurde der Summenscore der Items zur Messung einer diktaturaffinen Einstellung (s. o.) definiert.

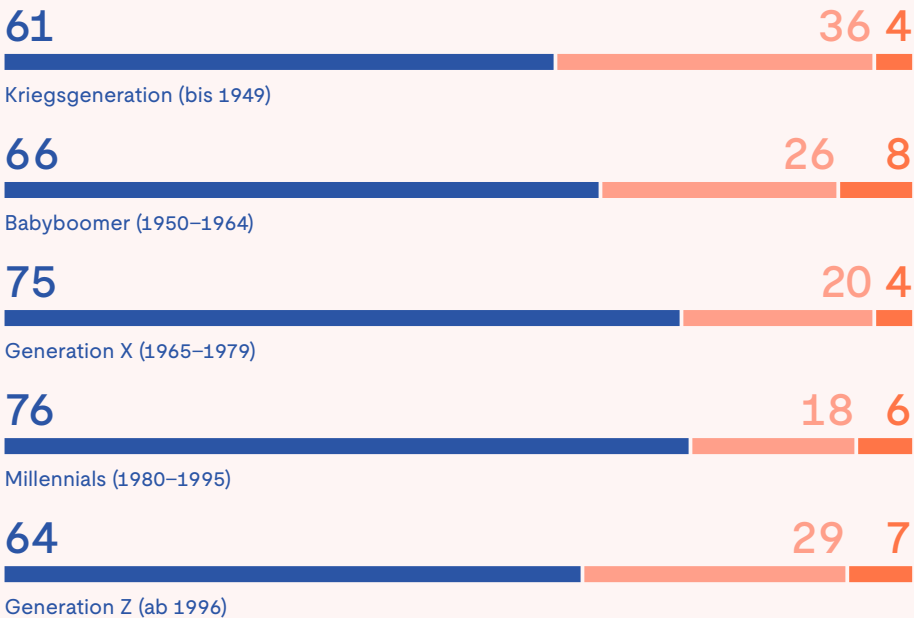
Abb. 51

Einstellungen zu einer rechtsautoritären Diktatur nach ausgewählten soziodemografischen Merkmalen (Angaben in Prozent)

Altersgruppe West*



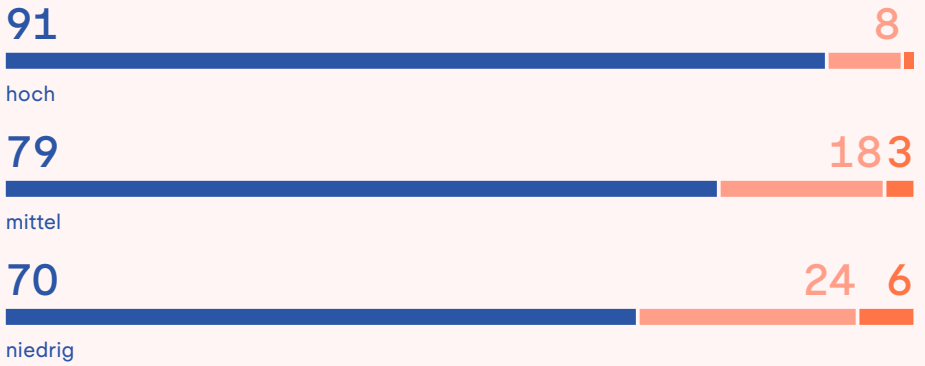
Altersgruppe Ost*



Geschlecht**



Formale Bildung***



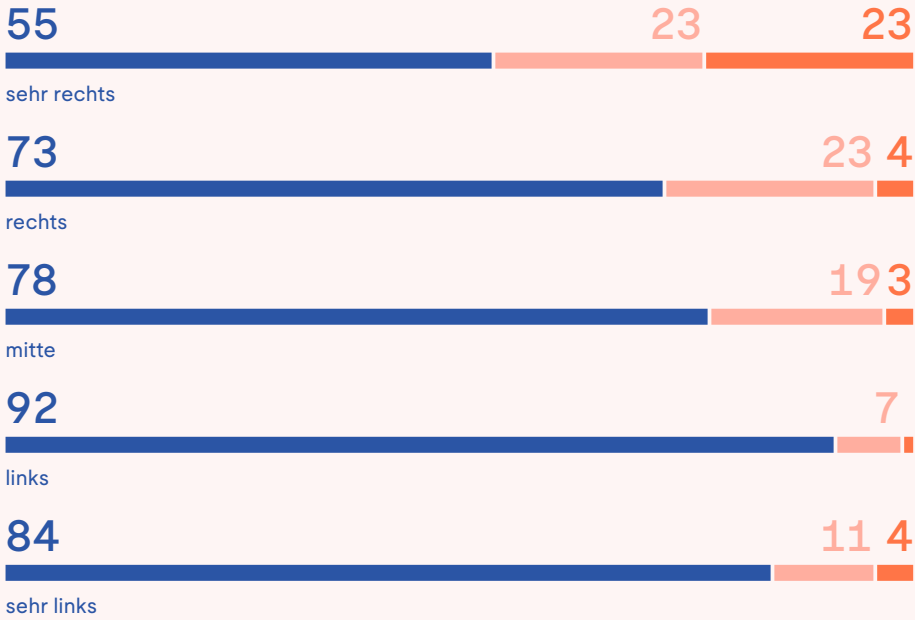
- Ablehnung
- Graubereich
- Zustimmung

Anteilswerte unter 2 Prozent wurden für eine besseren Übersichtlichkeit nicht beschriftet. Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.
Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

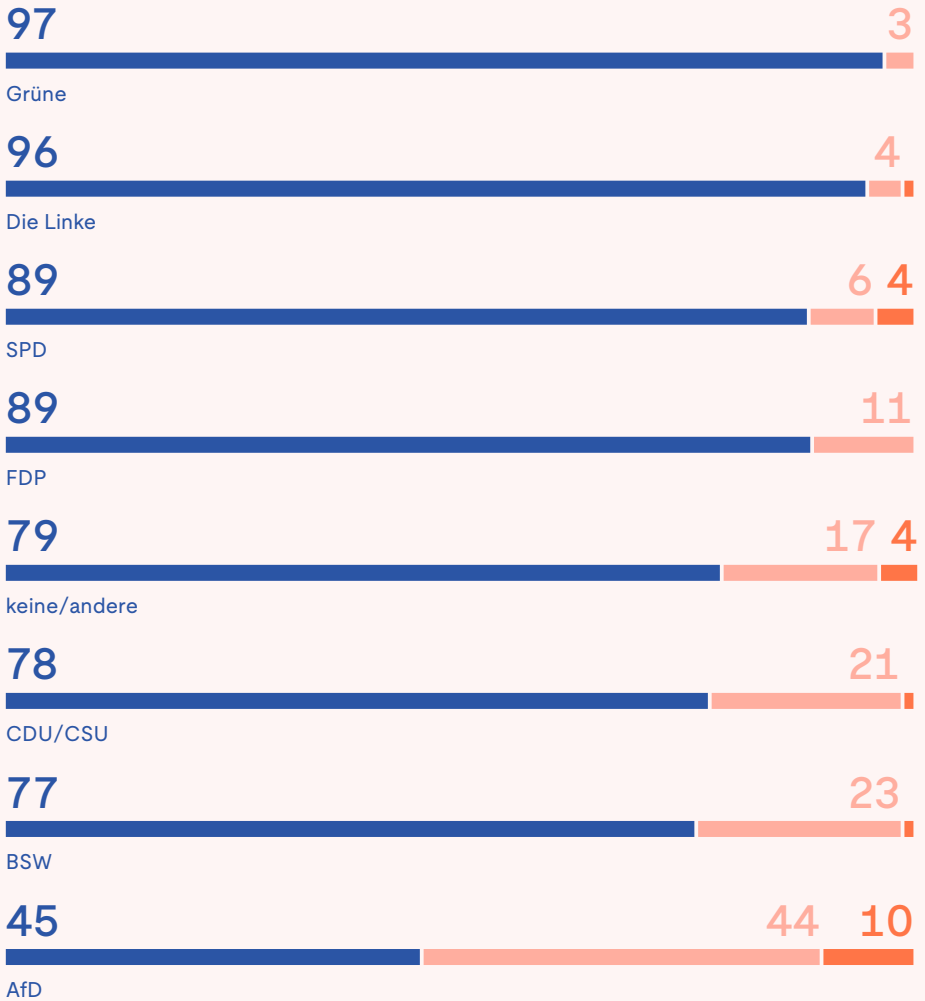
Abb. 52

Einstellungen zu einer rechtsautoritären Diktatur nach politischer Selbstverortung und Parteinähe (Angaben in Prozent)

Politische Selbstverortung***



Parteinähe***



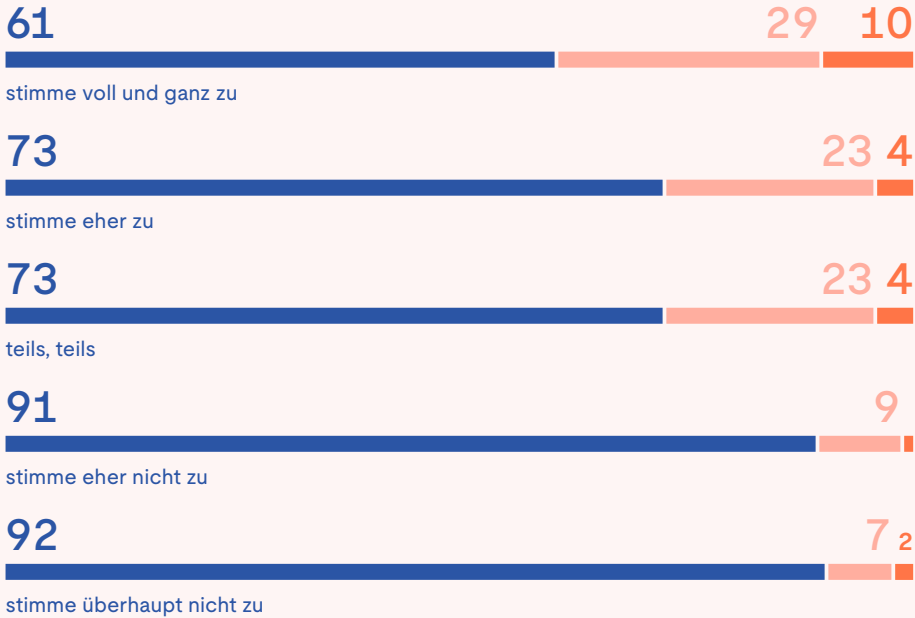
- Ablehnung
- Graubereich
- Zustimmung

Anteilswerte unter 2 Prozent wurden für eine besseren Übersichtlichkeit nicht beschriftet. Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

Abb. 53

Einstellungen zu einer rechtsautoritären Diktatur nach Statusverlustangst (Angaben in Prozent)

»Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.«



- Ablehnung
- Graubereich
- Zustimmung

Anteilswerte unter 2 Prozent wurden für eine besseren Übersichtlichkeit nicht beschriftet. Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Zudem eröffnet der diesjährige Themenschwerpunkt In welcher Gesellschaft wollen wir leben? (↗ Kap. 3) aufschlussreiche Erkenntnisse: Wer Zuwanderung als Chance begreift und sich für einen verstärkten Einsatz gegen die Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten ausspricht, äußert erwartungsgemäß geringere Neigungen für autoritäre Systemelemente. Hierin reiht sich auch die Befürwortung von Etabliertenvorrechten (↗ Kap. 4.3.2) ein, die unter diktaturaffinen Menschen weiterverbreitet ist als bei anderen Bevölkerungsgruppen. Es gibt demnach einen starken Zusammenhang zwischen der Skepsis bzw. Feindlichkeit gegenüber Migrantinnen und Migranten einerseits und der Befürwortung autoritärer Systemelemente andererseits. Befragte, die einer fremdenfeindlichen Aussage über Etabliertenvorrechte zustimmen, zeigen sich mit einem Anteil von 9 Prozent überdurchschnittlich häufig als offen diktaturbefürwortend. Insgesamt 40 Prozent lehnen die Diktatur nicht grundsätzlich ab (im Vergleich zu 12 Prozent unter jenen, die der Aussage zu Etabliertenvorrechten nicht zustimmen). Menschen mit diktaturaffinen Einstellungen zeichnen sich zudem durch eine ambivalente Haltung zu Freiheitsrechten aus: Einerseits beklagen sie verstärkt eine mangelnde Erfüllung dieser grundgesetzlich garantierten Rechte in der Praxis; andererseits räumen sie einzelnen Rechten, allen voran der Pressefreiheit, eine geringere Bedeutung ein als Personen ohne diktaturaffine Einstellungen (↗ Abb. 54).

Dies verweist auf den Zusammenhang zwischen diktaturaffinen Einstellungen und Einstellungen zur Demokratie. Auch wenn sich zeigt, dass die Befürwortung der Idee der Demokratie in der Praxis z. T. mit der Unterstützung von antiliberalen und demokratiefeindlichen Einstellungen einhergeht, hängen die Einstellungen zur Demokratie und Diktatur erwartungsgemäß stark zusammen: Befragte, die sich gegenüber der Idee der Demokratie und der bundesdeutschen Verfassungsordnung ablehnend positionieren, neigen auch signifikant häufiger zu diktaturaffinen Einstellungsmustern. Gleiches gilt für populistische Einstellungen. Obgleich diese in weiten Teilen der Gesellschaft anzutreffen sind, häufen sie sich besonders stark unter diktaturaffin eingestellten Personen (↗ Abb. 55). Das ist insofern nicht überraschend, als beiden Einstellungsmuster eine antipluralistische Komponente innewohnt.

Neben individuellen Erklärungsfaktoren richtet der Deutschland-Monitors insgesamt einen Fokus auf die Frage, inwiefern regionale Kontexte einen Einfluss auf Einstellungen der Bevölkerung haben (↗ Kap. 2.2).

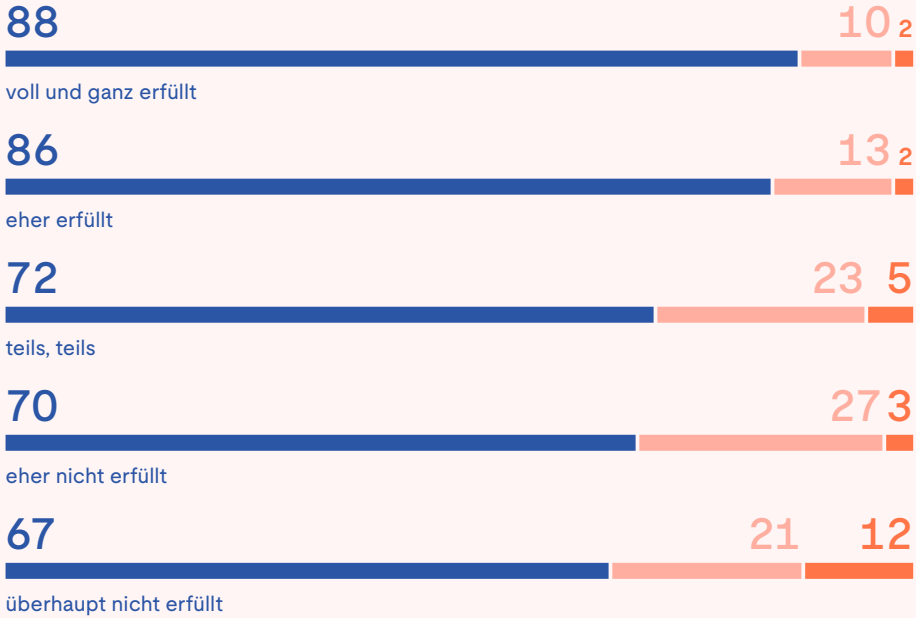
Die multivariaten Analysen bestätigen den beschriebenen Ost-West-Unterschied (↗ Abb. 50). Dabei zeigt sich, dass im Vergleich zum aktuellen Wohnort der Ort der Sozialisation⁶⁰ den größeren Erklärungswert hat. Das heißt, Menschen, die in der DDR oder den neuen Bundesländern aufgewachsen sind, neigen eher zu diktaturaffinen Einstellungen als Personen, die dort nicht aufgewachsen und sozialisiert worden sind.

⁶⁰ Damit ist der Ort gemeint, an dem eine Person den Großteil ihrer Jugend verbracht hat.

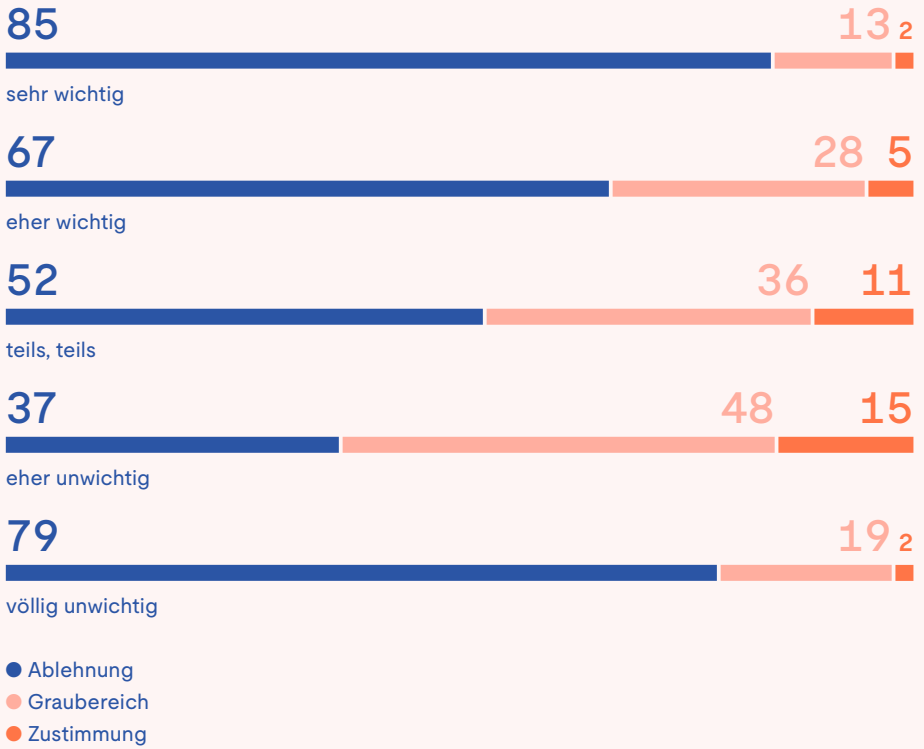
Abb. 54

**Einstellungen zu einer rechtsautoritären Diktatur
nach Einstellungen zur Pressefreiheit (Angaben in Prozent)**

Pressefreiheit: Erfüllt***



Pressefreiheit: Wichtig***



Die Anteile bei den Kategorien »eher unwichtig« und »völlig unwichtig« (Wichtigkeit) sind zu vernachlässigen, da bei diesen Kategorien insgesamt nur ein marginaler Teil Zustimmung äußerte (↗ Kap. 3.2). Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

Abb. 55

Populistische Einstellungen in Abhängigkeit zur Einstellung zu einer rechtsautoritären Diktatur (Angaben in Prozent)

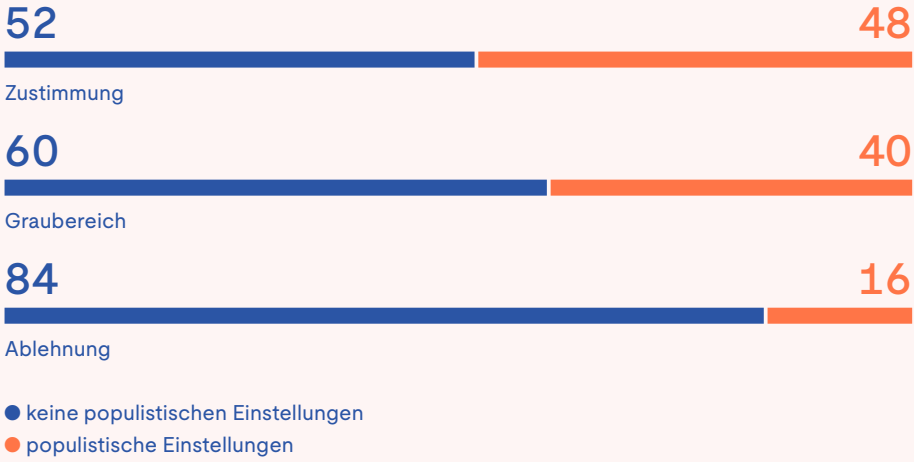
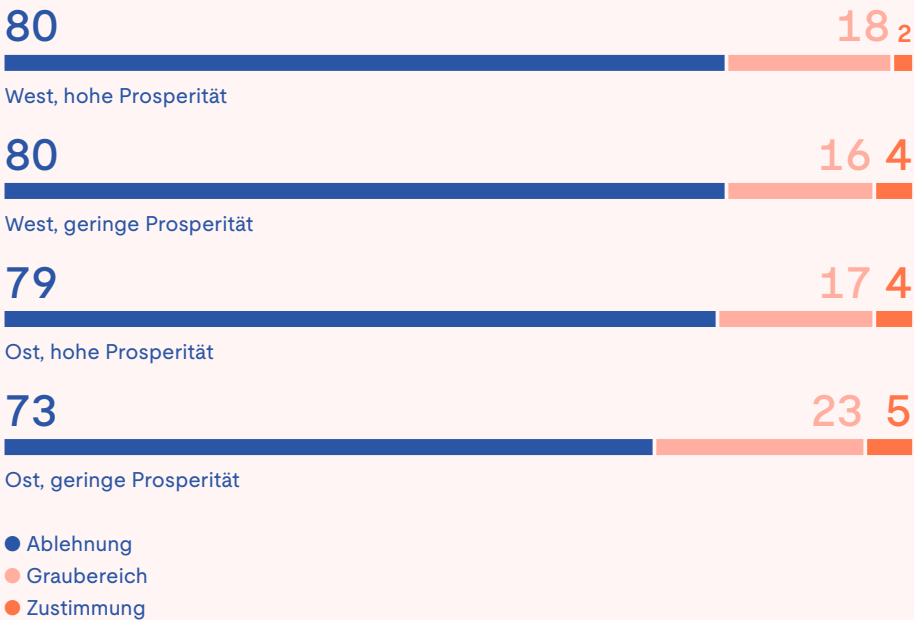


Abb. 56

Einstellungen zu einer rechtsautoritären Diktatur nach Prosperitätsgruppen der Vertiefungsstichprobe (Angaben in Prozent)



Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Weiterhin werden die Einstellungen der Bevölkerung in prosperierenden und nicht-prosperierenden Kreisen in Ost- und Westdeutschland im Rahmen der regionalen Vertiefungsstudie vergleichend untersucht. Eine plausible Annahme auf Basis des Forschungsstands wäre, dass demokratiefeindliche Einstellungen in strukturschwachen Regionen weiterverbreitet sind, da größere Teile der Bevölkerung in jenen Regionen, u. a. infolge eines wirtschaftlichen Abstiegs und dem Gefühl des Abgehängtseins (vgl. Hebenstreit et al. 2024) von Modernisierungsüberforderung und anhaltender politischer Unzufriedenheit betroffen sein könnten. Der Vergleich der Einstellungen in den prosperierenden und nicht-prosperierenden Kreisen in Ost- und Westdeutschland (→ Abb. 56) zeigt indes nur kleine, aber statistisch signifikante Unterschiede.⁶¹ Dabei werden diktaturaffine Einstellungen in den nicht-prosperierenden Regionen Ostdeutschlands etwas häufiger geteilt als in den anderen Regionen.

Weiterführende Analysen zu den individuellen Faktoren und Kontextfaktoren weisen jedoch darauf, dass sich diese Unterschiede nahezu auflösen, wenn die wirtschaftliche Situation und besonders die Zukunftsängste der Befragten berücksichtigt werden. Diese Zukunftsängste (Statusverlustangst) sind ebenso wie das Gefühl, gesellschaftlich nicht gerecht bedacht zu werden (→ Kap. 3.5), in Ostdeutschland und besonders in den weniger prosperierenden Regionen signifikant stärker verbreitet. Somit scheinen die Kontextbedingungen in diesen strukturschwachen Regionen diese Ängste und Wahrnehmungen zu verstärken. Diese vom Kontext nicht loszulösenden Gefühle begünstigen wiederum diktaturaffine Einstellungen. Dieser Befund steht im Einklang mit den Analysen des Deutschland-Monitors 2023, die Zusammenhänge zwischen dem Gefühl des »Abgehängtseins«, politischen Einstellungen und Zukunftsängsten in weniger prosperierenden Regionen v. a. in Ostdeutschland zeigten (Hebenstreit et al. 2024). Darüber hinaus erklären sich regionale Unterschiede auch durch die oben ausgeführten Zusammenhänge zwischen der Sozialisation einer Person in der DDR bzw. Ostdeutschland und einer höheren Diktaturaffinität.

Dies entspricht insgesamt den Erkenntnissen und Mustern, die auch für die Verbreitung der Unzufriedenheit mit der Praxis der Demokratie und der Verbreitung populistischer Einstellungen gezeigt wurden (→ Kap. 4.1 + Kap. 4.2). Allerdings fallen die Unterschiede zwischen den Regionen bei den Ungleichwertigkeitsvorstellungen geringer aus.

⁶¹ Auch unter Ausschluss der Ausreißergruppe (Ost, geringe Prosperität) sind die Gruppenunterschiede auf einem Signifikanzniveau von unter 5 Prozent signifikant.

4.3.2

Fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen

Neben den Ungleichwertigkeitsvorstellungen im politischen Bereich untersucht der diesjährige Deutschland-Monitor die Ungleichwertigkeitsvorstellungen im sozialen Bereich (vgl. Heitmeyer 2008) anhand der Zustimmung zu sozialdarwinistischen und nativistischen Aussagen. Diese werden, wie ausgeführt, zu den Ideologieelementen des Rechtsextremismus gezählt. Der Sozialdarwinismus folgt dabei der Annahme, dass der Prozess der natürlichen Auslese auch auf die Gesellschaft übertragen werden könne (Goetz 2021, 151). Zentral für diese Ideologie ist, dass gesellschaftliche Ungleichheiten und Benachteiligungen als naturgegeben und damit unumstößlich wahrgenommen werden (Salzborn 2018, 26). Sie steht damit im Widerspruch zu den im Grundgesetz verbrieften Grundrechten der Menschenwürde (Art. 1 GG) und des Gleichheitsgrundsatzes (Art. 3 GG). Eine sozialdarwinistische Einstellung wurde mit der etablierten Aussage »Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen« gemessen.

Etabliertenvorrechte beschreiben ein Einstellungsmuster, wonach Menschen aufgrund ihrer sich selbst zugeschriebenen räumlich oder sozial »alteingesessenen« Stellung gegenüber neu zugezogenen oder eingegliederten Gruppenmitgliedern Vorrangrechte genießen (Grau 2016, 6; Zick et al. 2023, 155 f.). Das kann, muss sich aber nicht auf Menschen mit ausländischen Wurzeln beziehen. Werden Personen aufgrund von subjektiven Gruppenzuschreibungen eine unterschiedliche Wertigkeit zugeschrieben und unterschiedliche Rechte gewährt, wird damit im Kern den Grundsätzen und dem Wertesystem einer liberalen Demokratie widersprochen. Zur Messung einer Überzeugung von Etabliertenvorrechten wurden die Befragten gebeten, die Aussage »Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben als die, die später zugezogen sind« zu beantworten. Die Verteilung der Antworten zeigt, dass beide Ungleichwertigkeitsdimensionen von einer Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland nicht befürwortet werden (→ Abb. 57).

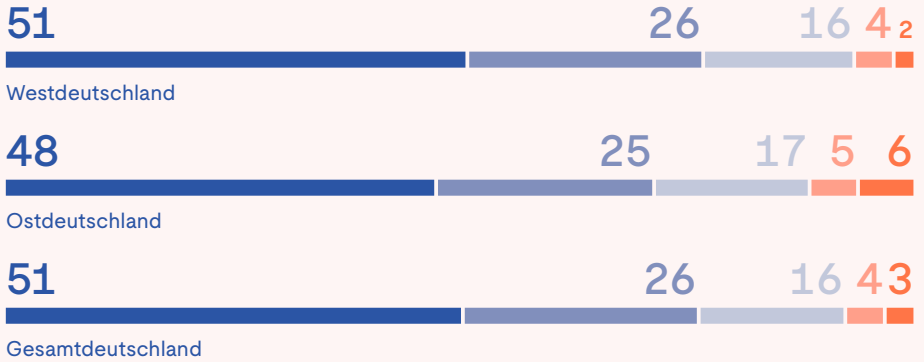
Bundesweit vertreten 7 Prozent offen die Position, dass sich in der Gesellschaft stets »der Stärkere« durchsetzen sollte; 16 Prozent sind geteilter Meinung. Hingegen lehnen mehr als $\frac{3}{4}$ der Befragten diese sozialdarwinistische Aussage ab, wobei die Ost-West-Unterschiede zwar signifikant, aber gering sind. Insgesamt bestätigt dieses Ergebnis in der Tendenz Erkenntnisse früherer Studien (Decker et al. 2022; Zick et al. 2023).

Dass Menschen, die schon länger an einem Ort leben (»Alteingesessene«), mehr Rechte genießen sollen als Zugezogene, unterstützt bundesweit jede/r Fünfte. Ein weiteres Fünftel stimmt dieser Aussage teilweise zu (»teils/teils«).

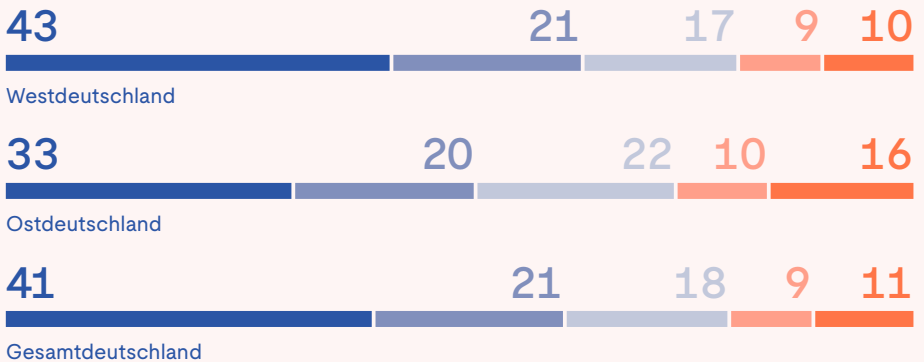
Abb. 57

Zustimmung zu Sozialdarwinismus und Etabliertenvorrechten
(Angaben in Prozent)

Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft
immer der Stärkere durchsetzen.**



Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben
als die, die später zugezogen sind.***



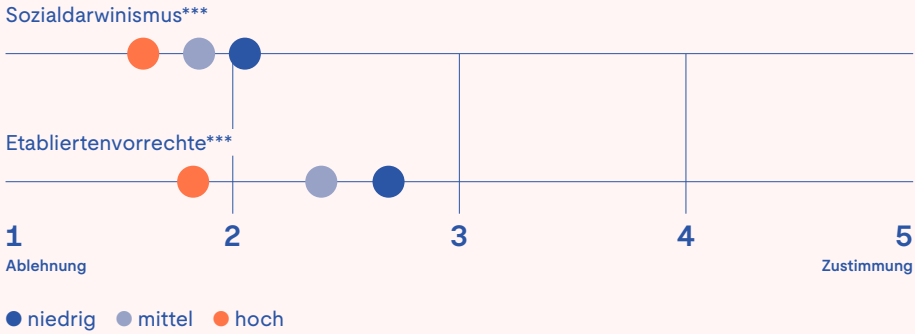
- stimme überhaupt nicht zu
- stimme eher nicht zu
- teils, teils
- stimme eher zu
- stimme voll und ganz zu

Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.
Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

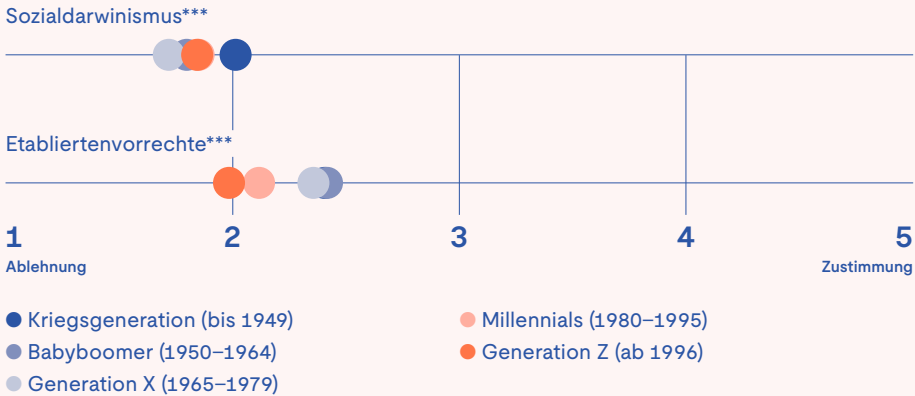
Abb. 58

Zustimmung zu Sozialdarwinismus und Etabliertenvorrechten nach Altersgruppen, Bildungsniveau und Prosperitätsgruppen der Vertiefungsstudie (Mittelwerte)

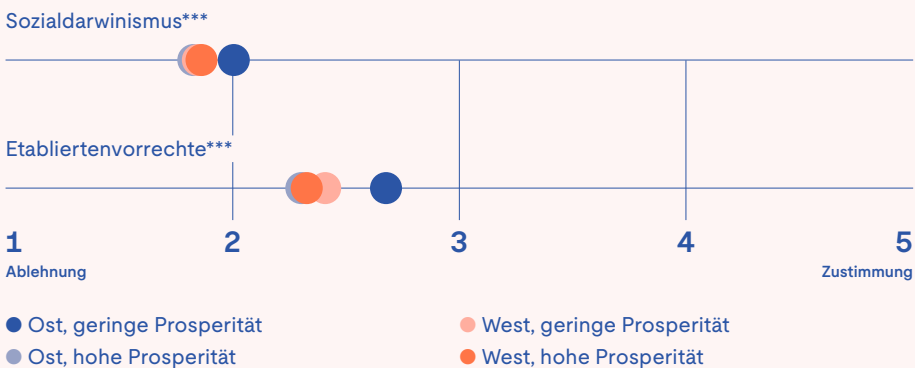
Bildungsniveau



Altersgruppen



Prosperitätsgruppen der Vertiefungsstudie



Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

Dabei verweisen die geführten Fokusgruppendifkussionen zu den Wahrnehmungen und Begründungen darauf hin, dass die Zustimmung zu Etabliertenvorrechten auch mit wahrgenommenen Verteilungskonflikten – u. a. in Bezug auf Wohnraum – zwischen Geflüchteten bzw. Zugewanderten und der länger hier lebenden Bevölkerung zusammenhängt (INFO 2024, 35), wie das folgende Zitat exemplarisch zeigt:

»Es muss verhältnismäßig sein. Wenn ich keinen Wohnraum habe für meine eigenen Bewohner habe und dann super viele Leute ins Land hole, geht die Rechnung nicht auf.«
(m, 16–29 J., LK Potsdam-Mittelmark, O-HP)

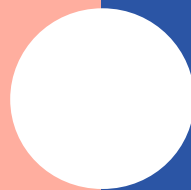
Die Vorstellung von Etabliertenvorrechten ist ein bundesweit verbreitetes Einstellungsmuster, das in Ostdeutschland nochmals stärker verbreitet ist. Gleichzeitig liegt der insgesamt gemessene Wert von knapp 20 Prozent offener Zustimmung im diesjährigen Deutschland-Monitor im Vergleich zu früheren Erhebungen auf einem niedrigen Niveau (z. B. Zick et al. 2023).

Wie bei den diktaturaffinen Einstellungen (↗ Abb. 49) zeigen sich bei den Einstellungen zu Sozialdarwinismus und Etabliertenvorrechten vergleichbare Verbreitungsmuster: In der DDR bzw. Ostdeutschland aufgewachsene und sozialisierte Personen neigen eher dazu, diesen Aussagen zuzustimmen als Personen, die in Westdeutschland aufgewachsen sind. Mit einem höheren formalen Bildungsgrad nimmt die Zustimmung zu den zugrundeliegenden Aussagen signifikant ab. Zudem zeigt sich, dass diese Einstellungen besonders stark von Personen geteilt werden, die sich politisch rechts positionieren: Je weiter rechts sich die Befragten, ausgehend von der linken Mitte, selbst positionieren, desto eher neigen sie im Durchschnitt zur Zustimmung zu jenen Aussagen. Das entspricht den Erwartungen, sind doch solche Ideologien der Ungleichheit insbesondere Ideologiebausteine der (extremen) politischen Rechten (Salzborn 2018, 24 f.). Hierin fügt sich auch die große Differenz der Anhängerinnen und Anhänger der AfD gegenüber den übrigen Befragten ein, indem sie der Aussage zu Etabliertenvorrechten als einzige mehrheitlich zustimmen.⁶²

Die vergleichende Untersuchung der strukturstarken und –schwachen Kreise verdeutlicht (↗ Abb. 58), dass es zwischen diesen nur geringe Unterschiede gibt. Allerdings wird in den Kreisen mit geringer Prosperität in Ostdeutschland den Aussagen zu Sozialdarwinismus und Etabliertenvorrechten verstärkt zugestimmt. Insofern zeigt sich hier signifikant häufiger das im Kapitel 4 beschriebene Einstellungssyndrom aus Unzufriedenheit mit der Demokratie, Misstrauen in politische Institutionen, populistischen Einstellungen und diesen Ungleichwertigkeitsvorstellungen im politischen und sozialen Bereich.

⁶² Der Mittelwert der AfD-Anhängerschaft liegt bei einem Wertebereich von 1 bis 5 bei 3,53 Skalenpunkten. Unter allen Befragten in der Hauptstichprobe beträgt der Mittelwert 2,27 Skalenpunkte.

5



Einstellungen und Wahr- nehmungen zu Staat und Gesellschaft

5.0

Einstellungen und Wahrnehmungen zu Staat und Gesellschaft

Im folgenden Kapitel stehen Einstellungen und Wahrnehmungen zu Staat und Gesellschaft im Zentrum. So ist es eine zentrale Aufgabe des Deutschland-Monitors, neben den politischen Einstellungen zu Demokratie, Populismus und Extremismus (↗ Kap. 4) auch zentrale Einstellungen, Wahrnehmungen und Bewertungen zur Gesellschaft und zur Rolle des Staates jährlich zu untersuchen und ihre Entwicklung zu analysieren. In diesem Jahr liegt aufgrund des Schwerpunktthemas »In welcher Gesellschaft wollen wir leben?« ein besonders starker Fokus auf diesem staatsbezogenen Themenkomplex. Entsprechend sind die Vorstellungen zur gewünschten Gesellschaft (↗ Kap. 3.1), Gerechtigkeitsvorstellungen (↗ Kap. 3.5) ebenso wie die Bewertung des gesellschaftlichen Zusammenhalts (↗ Kap. 3.4) Bestandteil des im vorausgegangenen Kapitel 3 behandelten inhaltlichen Schwerpunkts. Das folgende Kapitel fokussiert auf 2 weitere wichtige Aspekte: Zum einen geht es um soziale und politische Partizipation als Kernelemente des gesellschaftlichen Zusammenlebens und der Demokratie (↗ Kap. 5.1). Die Frage, wie stark und in welcher Form sich die Bürgerinnen und Bürger engagieren (wollen), bildet eine Verbindung zwischen den im Kapitel 4 untersuchten politischen Einstellungen (↗ Kap. 4) und den in diesem Kapitel analysierten Einstellungen zu Staat und Gesellschaft. Zum anderen liegt ein besonderer Schwerpunkt auf den Einstellungen und Vorstellungen zur Rolle des Staates. So wird in Kapitel 5.2 in Bezug auf das Sozialstaatsprinzip untersucht, inwiefern die Bürgerinnen und Bürger bei auftretenden Lebensrisiken wie Krankheit und Arbeitslosigkeit eine staatliche Absicherung wünschen oder ob sie diesbezüglich auf Eigenvorsorge setzen (↗ Kap. 5.2). In Kapitel 5.3 steht die Frage im Zentrum, in welchen Politikfeldern und Bereichen der Staat zukünftig mehr oder weniger investieren sollte (↗ Kap. 5.3). Diesem folgt Kapitel 5.4, in dem untersucht wird, ob Klimaschutz oder Wirtschaftswachstum persönlich als wichtiger erachtet wird. Insgesamt greifen diese Abschnitte somit zentrale gesellschaftliche Debatten und politische Kontroversen auf (↗ Kap. 5.4). Sie zeigen Vorstellungen und Prioritäten der Bevölkerung und schlagen einen Bogen zum Schwerpunktthema »In welcher Gesellschaft wollen wir leben?«.

5.1

Partizipation und Engagement: Beteiligungsbereitschaft in der repräsentativen Demokratie

In der empirischen Politikforschung werden allgemein 2 Formen öffentlicher bzw. privater Beteiligung unterschieden: Politische Partizipation dient als Sammelbegriff für jene politischen Aktivitäten, »derer sich Privatpersonen freiwillig und mit dem Ziel bedienen, Einfluss auf politische Entscheidungen auszuüben« (Gabriel 2019, 148, mit Verweis auf Kaase 1997 und Verba et al. 1995). Davon zu unterscheiden sind Formen sozialer Partizipation außerhalb des politischen Bereichs, die öffentlich gemeinschaftliche Aktivitäten und freiwilliges Engagement umfassen (Holtmann et al. 2023, 11 f.). In den Fragenkanon des Deutschland-Monitors 2024 wurden drei Formen politischer Aktivität und eine generelle Frage nach ehrenamtlichem Engagement aufgenommen.

Wie die nächste Abbildung veranschaulicht, ist nach Aussage der Befragten ehrenamtliches Engagement in Deutschland weit verbreitet: Gut 60 Prozent der Befragten haben dies nach eigener Aussage bereits tatsächlich praktiziert. Weitere 29 Prozent könnten sich eine solche Aktivität grundsätzlich vorstellen. Lediglich 10 Prozent äußern sich ablehnend. In Ostdeutschland ist ehrenamtliches Engagement seit 1990 traditionell niedriger ausgeprägt. Das gilt gleichermaßen für Engagementaufkommen und Engagementbereitschaft. Allerdings haben in beiden Teilen des Landes die Engagementquote und das Engagementpotential im Vergleich zum Ende der 1990er Jahre deutlich zugenommen (vgl. Holtmann et al. 2023, 123 ff.). Diese Ost-West-Differenz wird auch in den Ergebnissen des Deutschland-Monitors sichtbar: Gegenwärtig liegt die ostdeutsche Engagementquote 12 Prozentpunkte unter der westdeutschen, wobei die Engagementbereitschaft im Osten diejenige des Westens um 9 Prozentpunkte übersteigt (↗ Abb. 59). Dass ein gewisser Teil der Gesellschaft, insbesondere in strukturstärkeren Kreisen, der Ansicht ist, dass sie als Bürgerinnen und Bürger des Landes – und nicht allein die Regierung – grundsätzlich auch mitverantwortlich sind für die Ausgestaltung und das Funktionieren der Demokratie, spiegelt sich auch in den Aussagen der Fokusgruppendifkussionen wider (INFO 2024, 22 f.). Dies zeigt sich hier exemplarisch an den beiden folgenden Aussagen von Teilnehmenden:

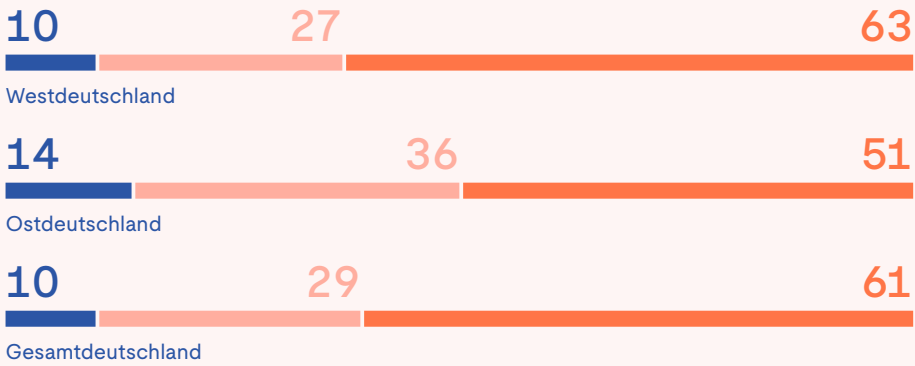
»Jeder hat eine Verantwortung in seinem Leben, an seinem Platz. Sei es für die Umwelt, für die Tiere, für andere Menschen, in einem Ehrenamt, egal was. Es ist einfach wichtig, mehr darüber nachzudenken.«
(w, 50–59 J., KS Delmenhorst, W-NP)

»Ich finde es wichtig, dass man in diesen Krisenzeiten nicht immer noch möchte, dass die Sachen noch einfacher werden und immer gleich losrennt und einen Schuldigen sucht. Viele erwarten dann gleich von der Regierung, dass die alle ihre Probleme löst. Und ich finde, man sollte da so ein bisschen eigenständiger sein und sich fragen: Was kann ich selbst tun?« (m, 30–39 J., LK Neu-Ulm, W-HP)

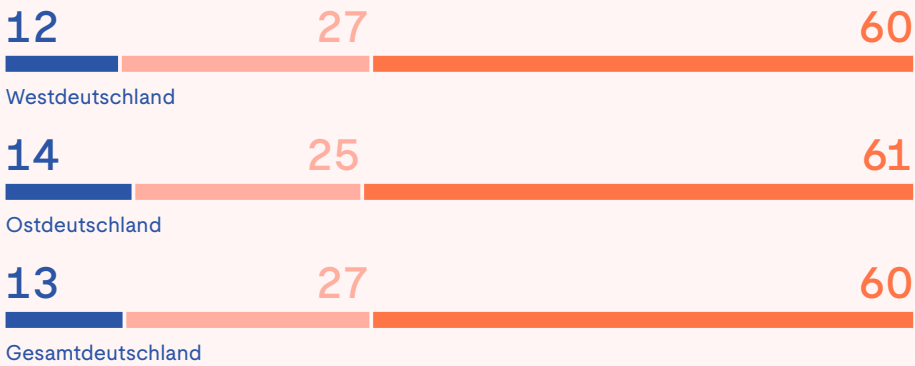
Abb. 59

Bereiche von Partizipation und Engagement in Ost- und Westdeutschland (Angaben in Prozent)

Ehrenamtliches Engagement***



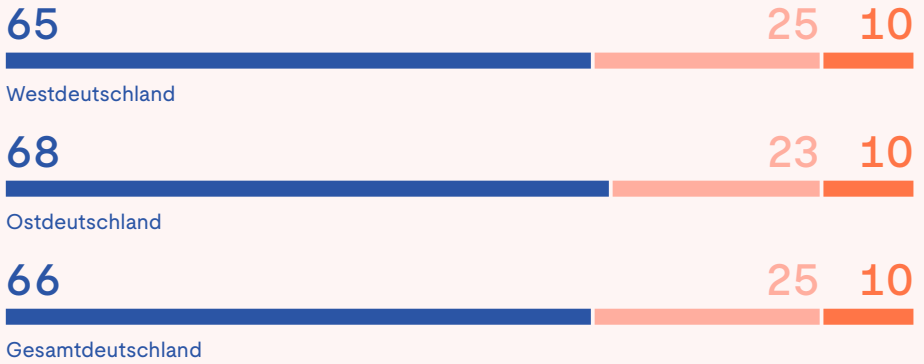
Teilnahme an Unterschriftensammlung



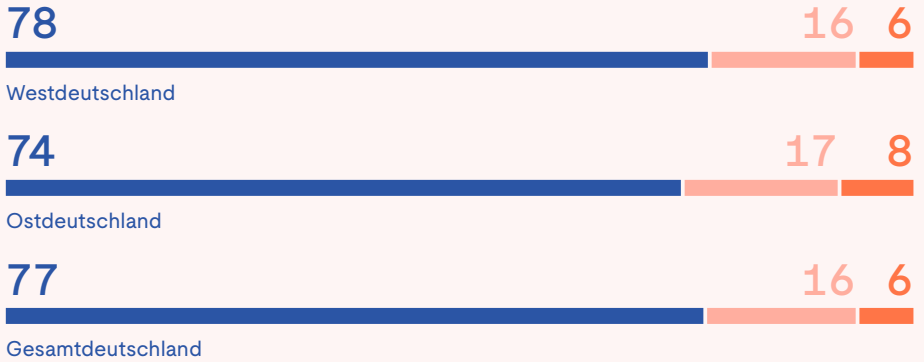
- würde ich nicht tun
- würde ich tun
- habe ich schon getan

Absteigend sortiert nach »habe ich schon getan«. Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

Mitarbeit in einer politischen Partei



Teilnahme an nicht genehmigter Demonstration



- würde ich nicht tun
- würde ich tun
- habe ich schon getan

Absteigend sortiert nach »habe ich schon getan«. Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Signifikanzniveaus: * $p \leq 0,05$ / ** $p \leq 0,01$ / *** $p \leq 0,001$

Die Teilnahme an einer Unterschriftensammlung, also einer eher niedrigschwelligen Form politischen Engagements, praktizier(t)en oder erwägen in Ost wie West nahezu 90 Prozent der Bevölkerung (ebd.). Hingegen hat nur eine Minderheit schon einmal an einer nichtgenehmigten Demonstration teilgenommen (West: 8 Prozent, Ost: 6 Prozent) bzw. zieht einen solchen Schritt in Erwägung (West: 16 Prozent, Ost: 18 Prozent). Der leicht höhere Anteil im Osten verweist auf eine dort seit 1989/90 regional stärker ausgeprägte Bereitschaft zu dieser Form »unkonventioneller« politischer Partizipation, die in den Massendemonstrationen gegen Ende der DDR ihren Anfang nahm und sich bis zu den jüngsten sogenannten »Montagsdemonstrationen« fortsetzt (vgl. Vorländer et al. 2016).

Die bestätigte oder als Absicht bekundete Mitarbeit in einer politischen Partei fällt demgegenüber bei geringen Ost-Westdifferenzen höher aus. 10 Prozent sind demzufolge deutschlandweit mit Parteiarbeit bereits vertraut, weitere 25 Prozent (West) bzw. 23 Prozent (Ost) können sich diese vorstellen. Diese Anteilswerte fallen in Bevölkerungsumfragen regelmäßig deutlich höher aus als die tatsächliche Gesamtzahl der Parteimitglieder in Deutschland.⁶³ Offensichtlich fließt in die Umfragedaten in beachtlichem Maße ein Effekt sozialer Erwünschtheit ein (vgl. Holtmann, Jaeck, Wohlleben 2023, 18f).

Zieht man noch die individuellen Ressourcen der Befragten als Erklärungsvariablen hinzu, zeigen sich einzelne relevante Zusammenhänge. Ein höherer Bildungsgrad, wirkt sich auf alle hier untersuchten Erscheinungsformen von Engagement und politischer Partizipation moderat förderlich aus. Die Einschätzung der eigenen ökonomischen Situation offenbart hingegen unterschiedliche Einflüsse. So gehen ein höheres Einkommen sowie die positive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage bei der Beteiligung an Petitionen, der möglichen Mitarbeit in einer Partei und dem allgemeinen bekundeten ehrenamtlichen Engagement mit höheren Zustimmungsraten einher. Bei der Beteiligung an nicht genehmigten Demonstrationen ist die Wirkung aber umgekehrt. Das heißt, hier würden Menschen mit unterdurchschnittlichem Einkommen und einer negativen individuellen Wirtschaftsbilanz eher teilnehmen. Das Alter erweist sich für die Erklärung von Parteimitarbeit dagegen als nicht signifikant. Jüngere (bis 29 Jahre) und Ältere (über 65 Jahre) beteiligen sich im Schnitt etwas weniger als die »im Erwerbsleben stehende« Generation (30 bis 65 Jahre), das gilt für die Bereiche der Petitionen und des allgemeinen Engagements. Die Bereitschaft, an einer nicht legalen Demonstration teilzunehmen, ist hingegen nur in der Altersgruppe der über 65-Jährigen geringer ausgeprägt. Diese Ergebnisse bestätigen im Wesentlichen auch Befunde des Freiwilligensurvey 2019 (Holtmann, Jaeck, Wohlleben 2023, 67 ff.). Letztlich zeigen sich auch leichte Effekte des Geschlechts. Männer würden, laut eigener Aussage, eher in einer Partei mitarbeiten oder nicht genehmigte Demonstrationen besuchen, wohingegen Frauen wahrscheinlicher an Unterschriftensammlungen partizipieren und häufiger angeben, sich ehrenamtlich zu engagieren. Diese Ergebnisse decken sich im Wesentlichen auch mit den Erkenntnissen der Partizipationsforschung (z. B. Holtmann et al. 2023, 67 ff., Gabriel 2019; Westle/Anstötz 2021).

⁶³ Ende 2022 gehörten insgesamt nurmehr 1,6 Prozent der beitragsberechtigten (je nach Parteisatzung mindestens 14- bzw. 16-jährigen) Bevölkerung einer der 8 Bundestagsparteien an (Angaben nach Niedermayer 2024).

Dass politische Partizipation in der Wahrnehmung der Bevölkerung mehr ist als die reine Wahlbeteiligung, kommt neben dem Bedürfnis nach plebiszitären Elementen auf Bundesebene (↗ Kap. 4.1.1) auch vereinzelt in der Forderung nach politischem Verantwortungsbewusstsein im Alltag zum Ausdruck, was nachfolgende Aussage aus den Fokusgruppen verdeutlicht:

»Man bringt sich ja in die Gesellschaft, in die Demokratie nicht nur durch eine Stimme alle vier Jahre ein, sondern das einfach auch dadurch, dass man täglich respektvoll miteinander umgeht. Oder dass man was entgegensetzt, wenn man solche Sachen hört, wie ich sie ich jeden Tag auf der Straße höre, über Migranten zum Beispiel.« (w, 40–49 J., LK Potsdam-Mittelmark, O-HP)

Es gibt, und das überwiegend in den strukturschwächeren Kreisen, aber auch Auffassungen, welche eine Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger am politischen Geschehen zwar auch als wichtig ansehen, diese aber unter den aktuellen Umständen für nutzlos erachten und für die eigene Resignation vor allem die politischen Akteure verantwortlich machen.

Eine Überprüfung der quantitativen Daten der regionalen Vertiefungsstudie zeigt keine strukturbedingten, das heißt dem Grad höherer oder geringerer Prosperität geschuldeten Besonderheiten im Ausmaß und in den Formen politischer und sozialer Partizipation. Es bestätigten sich lediglich die bereits ausgeführten geringen Ost-West Differenzen, das heißt, die Befragten der ausgewählten Kreise im Osten äußerten sich hinsichtlich des ehrenamtlichen Engagements und der Parteimitarbeit etwas weniger beteiligungsbereit und liegen bei der bekundeten Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen leicht über dem Westniveau. Auch Indikatoren für Ländlichkeit oder Urbanisierung zeigen keine signifikanten Effekte.

5.2

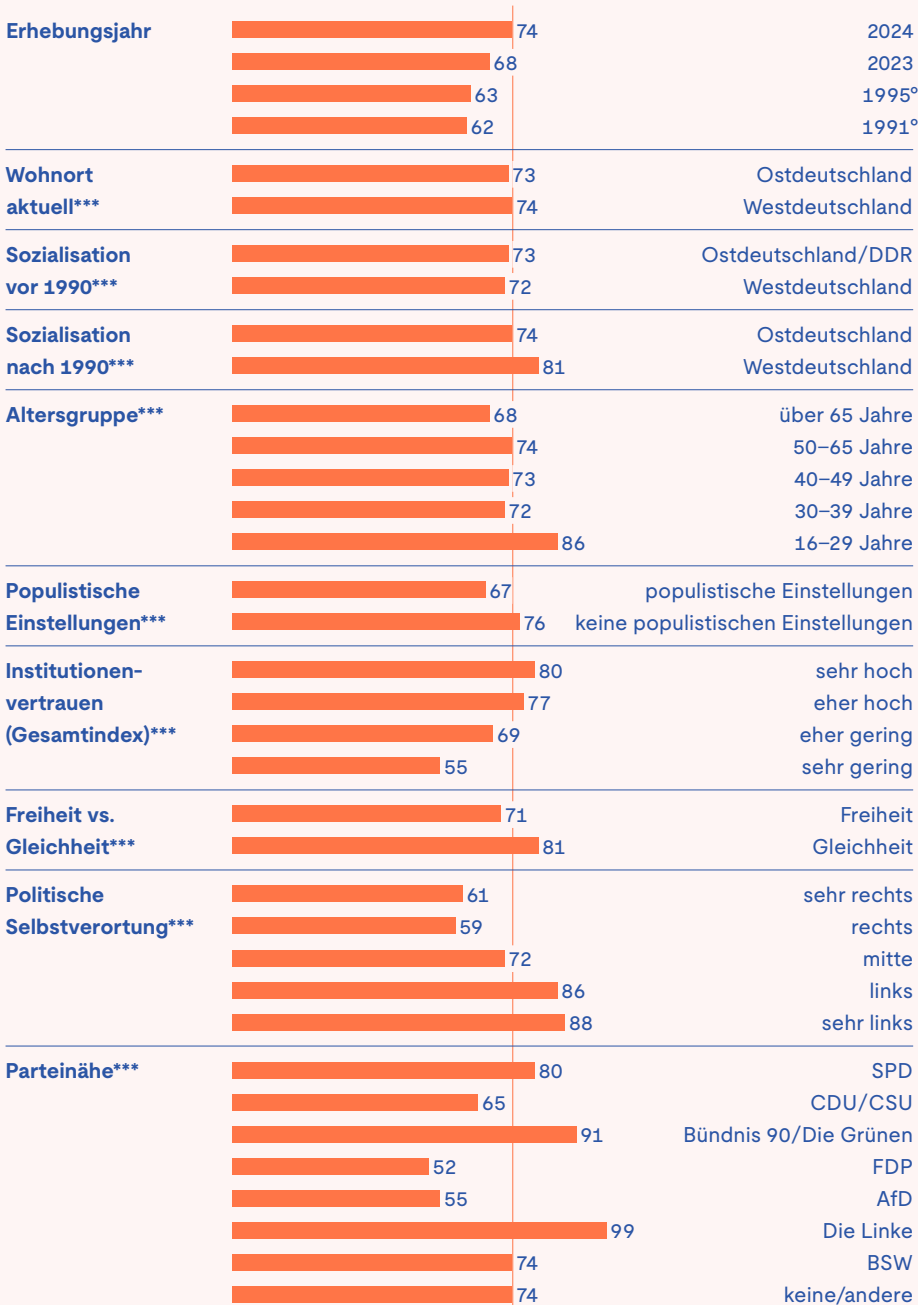
Staatliche Absicherung oder Eigeninitiative: Wer sollte für die Risiken des Lebens verantwortlich sein?

Ein zentraler Fokus des Deutschland-Monitors bezieht sich auf die Vorstellungen zur Rolle des Staates vor dem Hintergrund der langen sozialstaatlichen Tradition. Inwiefern wünschen sich die Befragten im Fall von Lebensrisiken eine staatliche Absicherung? Oder setzen sie diesbezüglich auf Eigenvorsorge? Die in Deutschland seit jeher allgemein hohe Erwartungshaltung an den Staat bei auftretenden Lebensrisiken wie Krankheit und Arbeitslosigkeit ist gegenüber 2023 nochmals deutlich von 68 auf 74 Prozent angestiegen (↗ Abb. 60).

Abb. 60

Wohlfahrtsstaatliche Erwartungen nach unterschiedlichen Merkmalen

(Angaben »Staat ist eher in Verantwortung« in Prozent)



Durchschnitt Deutschland = 74

°Gabriel et. al 2015, 85 – Fragewortlaut mit Fokus auf Alter und Krankheit. Alle anderen Werte beziehen sich auf die Daten des Erhebungsjahrs 2024. Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

Nachdem im Deutschland-Monitor 2023 die seit 1989/90 regelmäßig erhobenen Ost-West-Unterschiede noch festgestellt wurden (vgl. Hebenstreit et al. 2024, 182 ff.), liegen die Einstellungen in beiden Landesteilen nun auf dem gleichen Niveau (West: 74 Prozent, Ost: 73 Prozent). Die Bevölkerung Westdeutschlands hat sich demzufolge stärker den wohlfahrtsstaatlichen Erwartungen in Ostdeutschland angeglichen und wünscht sich nun in gleichem Maße eine Gesellschaft, die durch eine stärkere Staats-tätigkeit auf diesen Gebieten gekennzeichnet ist.

Die Fokusgruppendifkussionen lassen darauf schließen, dass sich die erhöhte sozialstaatliche Erwartungshaltung auf die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen und Krisenerfahrungen der letzten Jahre sowie die gleichzeitig empfundene eingeschränkte Handlungsfähigkeit der Regierung zurückführen lässt. So fasst der Ergebnisbericht der Fokusgruppendifkussionen zusammen, dass »die krisenverursachten, drohenden Wohlstandsverluste [...] die Angst vor dem eigenen sozioökonomischen Abstieg und vor gesellschaftlichen Verwerfungen [schüren], was die Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit und einem stärkeren Staat zu einer zentralen gesellschaftlichen Zielvorstellung von Befragten an allen Standorten macht.« (INFO 2024, 5).

Des Weiteren zeigen sich signifikante, wenn auch moderate Effekte des Alters bzw. der jeweiligen Lebensphasen: Im Alter bis 29 Jahre, also während der Ausbildungs-, Qualifikations- sowie frühen Erwerbs- oder Familiengründungsphase, wünschen sich die Befragten eine starke Rolle des Wohlfahrtsstaates (86 Prozent). Im nachfolgenden Lebensabschnitt bis 65 Jahre, der geprägt ist durch Erwerbsleben und Familie, liegt dieser Wert gut 10 Prozentpunkte darunter (ca. 72 Prozent). Ungefähr mit dem Eintritt in das Rentenalter fällt die Forderung nach einem fürsorgenden Staat vergleichsweise am niedrigsten (68 Prozent) aus. Bei Befragten mit sehr hohen Einkommen ist die Präferenz für Staatsverantwortung moderat niedriger ausgeprägt (ohne Abb.). Ähnlich ist der Befund für Personen, die populistische Einstellungen (↗ Kap. 4.2) hegen. In dieser Bevölkerungsgruppe wird das Konzept des sorgenden Staates distanzierter bewertet (67 Prozent). Damit korrespondiert, dass in der Anhängerschaft der AfD wohlfahrtsstaatliche Für- und Vorsorge vergleichsweise geringeren Zuspruch findet (55 Prozent). Noch geringer fällt der Wert nur in der Anhängerschaft der FDP aus (52 Prozent). Insgesamt hat die Selbstpositionierung auf der Links-Rechts-Skala eine sehr hohe Aussagekraft dafür, ob Staatshilfe oder Eigenvorsorge vorgezogen wird. Das spiegelt sich auch in der Verbindung mit Parteieigungen wider (↗ Abb. 60). Insgesamt zeigt sich, dass diejenigen, die sich für einen stärkeren Wohlfahrtsstaat aussprechen, auch signifikant häufiger eine Präferenz für Gleichheit gegenüber der Freiheit äußern. Jene hingegen, die sich stärker für mehr Eigenverantwortung aussprechen, präferieren Freiheit stärker als Gleichheit (↗ Kap. 3.3).

5.3

Geld und Gesellschaft: Wo sollte der Staat mehr investieren – und wo weniger?

Die Höhe und Verteilung von staatlichen Ausgaben ist nicht nur ein Gradmesser für die Entwicklung eines Landes insgesamt, sondern beeinflusst auch die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger in allen Lebensbereichen. Die im Deutschland-Monitor gestellte Frage, wo der Staat mehr, weniger oder unverändert investieren sollte, stellt somit einen zentralen Punkt gesellschaftlicher Debatten und politischer Kontroversen dar. Die unterschiedlich gesetzten Prioritäten spiegeln unterschiedliche bzw. gegenläufige Interessenlagen der Bevölkerung, der Parteien und Interessenverbände sowie einzelner Regionen wider. Was aus Sicht Einzelner sowie von Teilen der Bevölkerung als vor- oder nachrangig zu finanzierende Staatsaufgabe eingestuft wird, verweist auf einen weiteren wichtigen Aspekt der Vorstellungen zur Rolle des Staates in der Gesellschaft. Von den 8 zur Bewertung vorgelegten Bereichen ist die Verbesserung der Bildungsinfrastruktur (Kita, Schule, Hochschule, Fort- und Weiterbildung) aus Sicht der Bevölkerung die mit Abstand dringlichste staatliche Aufgabe (→ Abb. 61). In diesem Bereich sollte der Staat nach einhelliger Meinung der Befragten »deutlich mehr« bzw. »eher mehr« Geld ausgeben (71 bzw. 27 Prozent). Auf der Prioritätenliste folgen die Sanierung bzw. Modernisierung des Eisenbahnnetzes (41 bzw. 43 Prozent), eine bessere Ausstattung für Polizei und Strafverfolgung (33 bzw. 50 Prozent), die Stärkung strukturschwacher Regionen (31 bzw. 55 Prozent) sowie die Verbesserung des Straßennetzes (29 bzw. 47 Prozent). Dabei fällt, verglichen mit der hohen Priorisierung bei Bildungsausgaben, die Zahl derer, die für diese öffentlichen Aufgaben entschieden mehr Geld einfordern, erkennbar geringer aus. Hier fallen die Anteile für »deutlich mehr Geld« von 71 Prozent (für Bildung) mit absteigender Tendenz bis auf 29 Prozent (für Straßenbau) zurück. In etwa gleicher Größenordnung folgt danach der Anteil derer, die deutlich mehr finanzielle Mittel für die Ausrüstung der Bundeswehr befürworten (27 Prozent).

Nur 16 Prozent der Befragten sprechen sich für wesentlich mehr Investitionen bei der Anwerbung von ausländischen Fachkräften aus; weitere 40 Prozent für eher mehr staatliche Mittel. In Ost wie West wird die Subventionierung der Ansiedlung von Großunternehmen gleichermaßen als nachrangig angesehen. So sprechen sich nur 8 bzw. 9 Prozent der Befragten dafür aus, deutlich mehr Geld, weitere 28 Prozent dafür, eher mehr Geld hierfür auszugeben (→ Abb. 61). Dies ist der einzige Bereich, bei dem sich die Mehrheit dagegen ausspricht, mehr Geld zu investieren. Zu beachten ist, dass diese Position zeitlich vor den erst nach Abschluss der Befragung bekannt gewordenen Rückschlägen bei geplanten ausländischen Großinvestitionen im Saarland und Sachsen-Anhalt und den damit verbundenen enttäuschten Erwartungen vertreten wurde.

Dabei ist grundsätzlich auffällig, wie ähnlich diese Prioritäten in Ost und West gesetzt werden. Allerdings gibt an drei Stellen deutliche Unterschiede: So wird in Ostdeutschland eine noch etwas stärkere Prioritätensetzung auf das Bildungswesen präferiert. Zudem wird der Stärkung von strukturschwachen Regionen sowie der polizeilichen Sicherheitskräfte ein größerer Vorrang eingeräumt als in Westdeutschland. Auf der Rangskala der als vordringlich erachteten Staatsaufgaben belegen diese beiden Erwartungen mit 91 Prozent bzw. 87 Prozent die Plätze 2 und 3.

Darin kommen spezifische Beobachtungen und Erfahrungen zum Ausdruck, die viele Ostdeutsche in ihrem Lebensumfeld machen. Zum einen ist, wie der Themenschwerpunkt »Stadt und Land« im Deutschland-Monitor 2023 veranschaulicht hat, das Gefühl des »Abgehängtseins« in strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands verinnerlicht und verfestigt (Reiser et al. 2023; Hebenstreit et al. 2024, 58–112; Holtmann et al. 2024, 45–100). Es wird durch jahrzehntelange Abwanderung und anhaltende Ausdünnung örtlich verfügbarer öffentlicher Leistungen genährt. Zum anderen ist der Kriminalitätsstatistik zufolge, die allgemeine Kriminalitätsfurcht, in die unter anderem auch die gefühlte Unsicherheit in der Wohnumgebung einfließt, im Osten Deutschlands stärker ausgeprägt als in Westdeutschland (Holtmann 2022).⁶⁴ Eine eher nach außen gerichtete Sicherheitsperspektive wie die Aufstockung der Bundeswehr wird hingegen eher im Westen als im Osten eingenommen.

Bezieht man die geäußerte Parteidentifikation als erklärenden Faktor mit ein, so zeigen sich, wie bei den anderen Untersuchungsfeldern, starke Unterschiede in der Prioritätensetzung. Während bezüglich der vorrangigen Förderung der Bildungsinfrastruktur und der skeptischen Bewertung einer stärkeren Subventionierung von Ansiedlungen großer Unternehmen parteiübergreifend eher Einigkeit herrscht, treten insbesondere bei der Einschätzung der Anwerbung ausländischer Fachkräfte und der finanziellen Ausstattung der Bundeswehr deutliche Differenzen zutage. So lehnen Befragte mit AfD-Parteinähe die Rekrutierung von Arbeitskräften im Ausland mittels erhöhter finanzieller Anreize überwiegend ab. Rund 70 Prozent plädieren dafür, hier eher weniger oder deutlich weniger staatliches Geld auszugeben. Diese Zahl liegt fast doppelt so hoch wie der bundesweite Durchschnitt. Eine deutliche finanzielle Aufstockung der Bundeswehr befürwortet insbesondere die CDU-Anhängerschaft (92 Prozent). In abgeschwächtem Maß teilen auch die mit der FDP, SPD und der AfD sympathisierenden Personen diese Auffassung (84, 79 und 78 Prozent). Am häufigsten abgelehnt wird diese Position von Anhängerinnen und Anhängern des BSW (46 Prozent) und der Partei die Linke (29 Prozent).

Ein die Region prägender wirtschaftlicher Entwicklungskontext erweist sich als erklärungskräftig für die Präferenz staatlicher Ausgaben. Das gilt insbesondere für die bevorzugte Lenkung staatlicher Investitionen in bestimmte Förderungsbereiche, wie die Verbesserung der Straßen, die Bildungsinfrastruktur, die Ausstattung der Polizei, die Subventionierung der Ansiedlung von großen Unternehmen sowie, im Osten Deutschlands, auch für die Förderung strukturschwacher Regionen. Allgemein gilt, dass in Regionen mit geringer Prosperität bundesweit eine leicht überdurchschnittliche Präferenz bekundet wird, zusätzliche Mittel für den Ausbau und die Verbesserung der oben genannten Sektoren zur Verfügung zu stellen. Auch die Unterscheidung nach eher ländlichen bzw. städtischen Regionen erhellt unterschiedlich verteilte Präferenzen für staatliche Ausgaben. So wünschen sich Menschen in urban strukturierten Regionen mehr Ausgaben für die Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland und Investitionen in das Schienennetz, sehen aber andererseits weniger Handlungsbedarf bei der Förderung von strukturschwachen Regionen, beim Straßenbau und bei der Stärkung von Polizei und Bundeswehr.

⁶⁴ Die Zahlangaben der Referenzliteratur datieren aus dem Jahr 2017. Der jüngste SkiD-Bericht des BKA von 2020 enthält noch keine aktuelle regionale Aufschlüsselung der Daten (vgl. Bundeskriminalamt 2020).

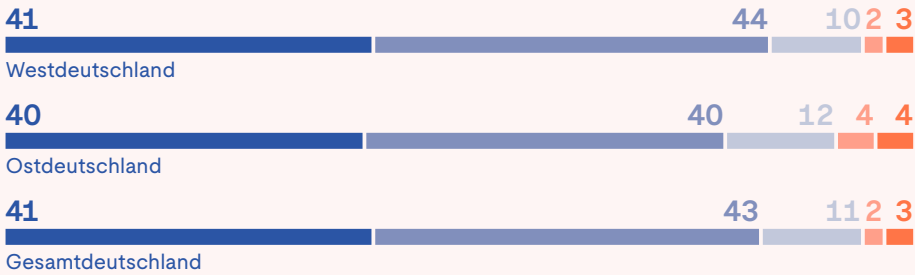
Abb. 61 (Teil 1)

Für welche Bereiche sollte der Staat mehr oder weniger Geld ausgeben (Angaben in Prozent)

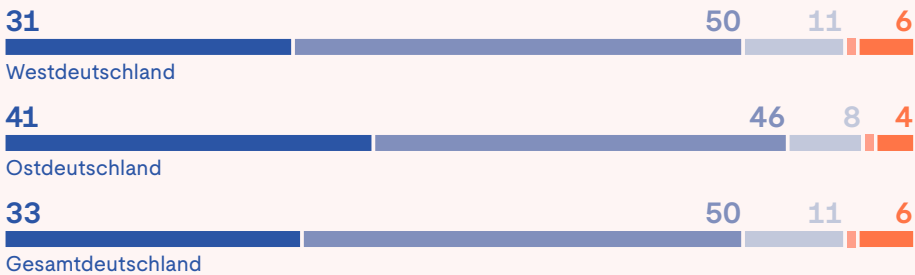
Verbesserung der Bildungsinfrastruktur***



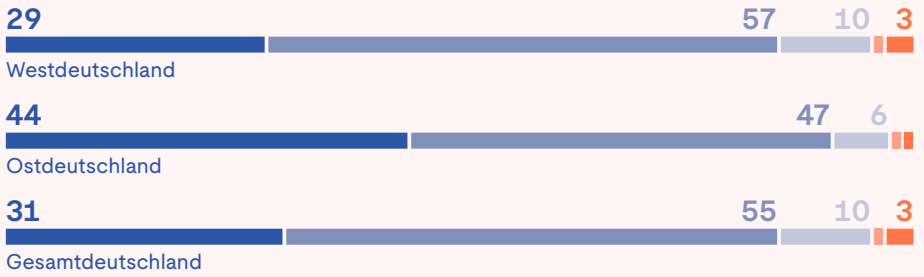
Verbesserung der Eisenbahninfrastruktur



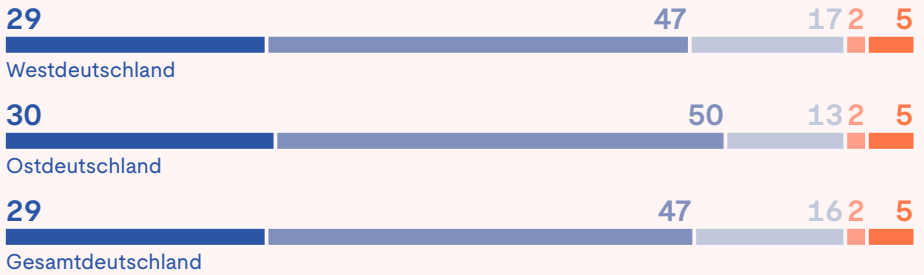
Stärkung von Polizei und Strafverfolgung***



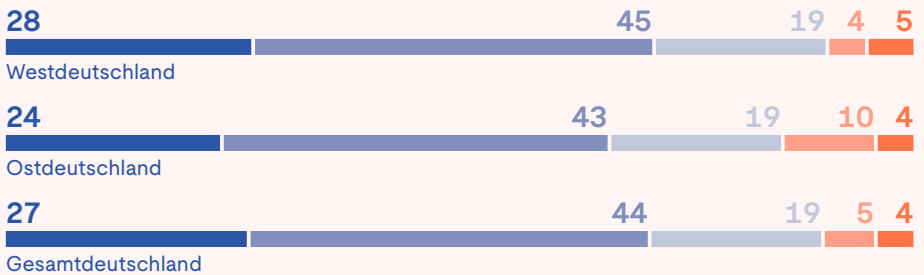
Stärkung strukturschwacher Regionen***



Verbesserung der Straßeninfrastruktur



Stärkung der Bundeswehr***



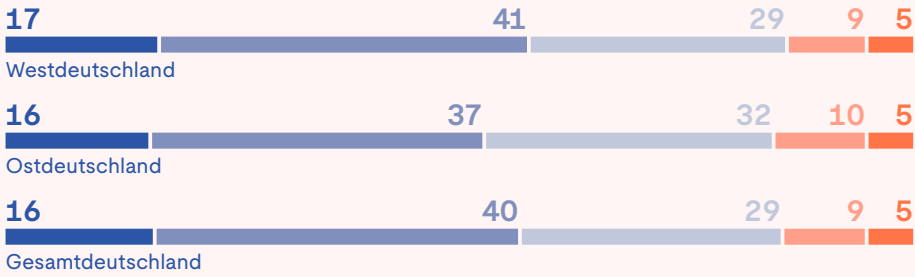
- deutlich mehr Geld
- eher mehr Geld
- eher weniger Geld
- deutlich weniger Geld
- spontan: unverändert lassen

Absteigend sortiert nach »deutlich mehr Geld« (Gesamtdeutschland). Die Kategorie »unverändert lassen« war nicht vorgegeben und wurde nur spontan genannt. Anteilswerte unter 2 Prozent wurden für eine besseren Übersichtlichkeit nicht beschriftet. Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

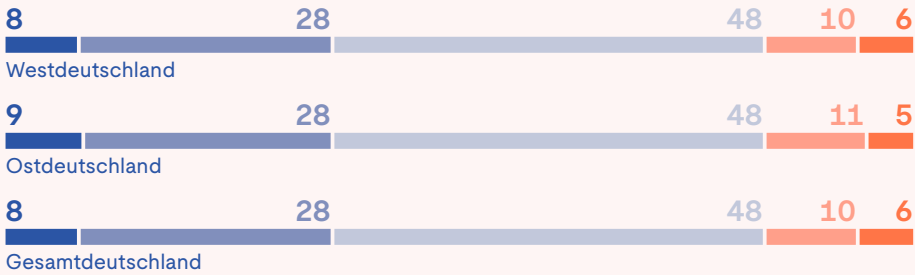
Abb. 61 (Teil 2)

Für welche Bereiche sollte der Staat mehr oder weniger Geld ausgeben (Angaben in Prozent)

Anwerbung ausländischer Fachkräfte*



Subventionen für die Ansiedlung großer Unternehmen



- deutlich mehr Geld
- eher mehr Geld
- eher weniger Geld
- deutlich weniger Geld
- spontan: unverändert lassen

Absteigend sortiert nach »deutlich mehr Geld« (Gesamtdeutschland). Die Kategorie »unverändert lassen« war nicht vorgegeben und wurde nur spontan genannt. Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

5.4 Klimaschutz oder Wirtschaftswachstum: Was hat Priorität?

Ob, und wenn ja, auf welchem Wege und mit welcher Geschwindigkeit die deutsche Volkswirtschaft klimaneutral umgestellt werden kann, ohne dabei ernsthaft Schaden zu nehmen und gravierende Nebenfolgen für die Gesellschaft zu bewirken, ist eine Grundfrage des aktuellen polarisierten öffentlichen Diskurses. Im Deutschland-Monitor wird daher untersucht, ob Klimaschutz oder Wirtschaftswachstum persönlich als wichtiger erachtet wird. Die Beantwortung der bewusst zugespitzt formulierten Frage »Was ist für Sie wichtiger: Klimaschutz oder Wirtschaftswachstum?« bestätigt die aktuelle innergesellschaftliche Polarisierung: Im Bundesdurchschnitt sind die Präferenzen pro Klimaschutz (45 Prozent) und pro Wirtschaftswachstum (38 Prozent), mit einer Tendenz zu mehr Klimaschutz, tendenziell eher ähnlich verteilt (↗ Abb. 62).

Dabei ist es bemerkenswert, dass sich immerhin fast ein $\frac{1}{3}$ (17 Prozent) spontan für die salomonische Lösung, »beides gleichermaßen« entschieden hat, obwohl diese als Antwortmöglichkeit eigentlich nicht zur Verfügung stand, sondern nur spontan genannt wurde (↗ Kap. 8, Frage 14). Die Option eines »nachhaltigen Wirtschaftswachstums«, in dem beides gleichzeitig möglich ist, wird offensichtlich von einem Teil der Befragten befürwortet. Ebenfalls deutlich zeigt sich eine umgekehrte Priorisierung zwischen Ost und West. Während im Osten Deutschlands sich ein Anteil von 46 Prozent für den Vorrang des Wirtschaftswachstums ausspricht, dreht sich dieser Anteil im Westen in die entgegengesetzte Richtung (ebd.). Dies untermauert das Ergebnis, dass der Wunsch nach Klimaneutralität als Bestandteil der angestrebten Gesellschaft in Ostdeutschland weniger stark ausgeprägt ist als in Westdeutschland⁶⁵ (↗ Abb. 4). Dieses Muster spiegelt sich auch in den Fokusgruppendifkussionen, wie die folgenden Zitate exemplarisch zeigen:

»Also ich finde so eine intakte Natur, Umwelt für Pflanzen und Tiere auch ganz wichtig. Also das ist zurzeit mit der Erderwärmung und dem Artensterben ein ganz schwieriges und beängstigendes Thema. Auch mit den Umweltgiften.« (m, 40–49 J., LK Neu-Ulm, W-HP)

»Das mit dem Klima und dem Wetter wird alles sehr hoch gepusht von der Politik. Da haben wir im Freundeskreis auch drüber gesprochen, wenn hier 30 Grad sind, wird das ja alles knallrot dargestellt und früher war das halt nur gelb. Da gibt es auch Vergleiche. Man will das ganz stark in Richtung Klimawandel drücken, um zu zeigen, wir brauchen auf jeden Fall die erneuerbaren Energien, wir brauchen alle ein E-Auto und so weiter.« (m, 50–59 J., LK Potsdam-Mittelmark, O-HP)

⁶⁵ 85 Prozent jener Befragten, die es als Merkmal einer guten Gesellschaft ansehen, »dass wir klimaneutral leben« (↗ Abb. 4), räumen dem Klimaschutz eine klare Priorität vor Wirtschaftswachstum ein.

Die Analyse zu den individuellen Faktoren, die mit einer Präferenz für Klimaschutz zusammenhängen,⁶⁶ zeigt sowohl situative, z. B. Einschätzung der allgemeinen Wirtschaftslage, als auch durch altersbezogene und dem politischen Standort (Parteinähe, Einordnung auf der Links-Rechts-Skala, Institutionenvertrauen) zuordenbare Faktoren. Bedeutsam sind ferner systembedingte Sozialisierungseffekte (Befragte sind in der DDR bzw. der alten BRD aufgewachsen) sowie Zusammenhänge mit (sub-)regionalen Kontexteffekten (strukturschwache/-starke Kreisregion, Ortsgröße, Verstädterung/Ländlichkeit) (→ Abb. 63).

Signifikant sind insbesondere die folgenden Befunde: Wer vor 1990 in der DDR gelebt hat, präferiert Klimaschutz nochmals weniger als Befragte, die heute in Ostdeutschland wohnen. Die Differenz zwischen den älteren Ost- (38 Prozent) und Westgebürtigen (59 Prozent) beträgt rund 20 Prozentpunkte. Hingegen gibt es bei Personen, die 1990 und später geboren sind, keine signifikanten Ost-West-Unterschiede mehr. Insofern bestätigt sich hier das im Kontext der Analyse zur gewünschten Gesellschaft ausgeführte Ergebnis, dass die jüngeren Menschen, die im wiedervereinigten Deutschland aufgewachsen sind, die gleichen Gesellschaftsbilder und Prioritäten in Ost wie West teilen.

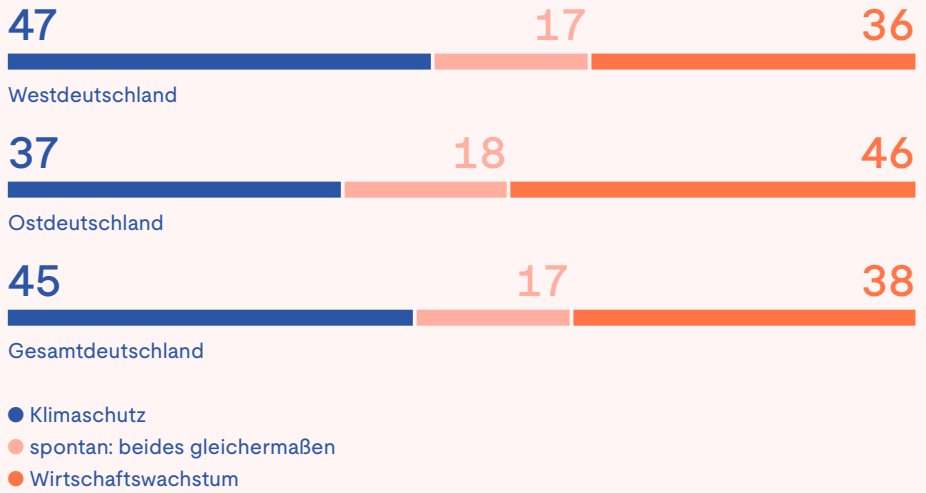
Je schlechter die allgemeine wirtschaftliche Lage in Deutschland von Befragten eingeschätzt wird, desto stärker neigt sich die Waage zugunsten der Präferenz für Wirtschaftswachstum (und umgekehrt). Die Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse hat im Vergleich dazu geringeres Gewicht. Dies dürfte auch damit zusammenhängen, dass die eigene ökonomische Situation im diesjährigen Deutschland-Monitor, übereinstimmend mit dem seit längerem in Umfragen konstanten Meinungsbild, überwiegend als »gut« bzw. »eher gut« bewertet wird. Zum anderen bescheinigen dem 2023er-Monitor zufolge etwa $\frac{2}{3}$ der Bürgerinnen und Bürger ihrem Wohnort, ein attraktiver Ort zum Leben zu sein. (Holtmann et al. 2024, S. 219). Die Schlussfolgerung liegt nahe: Ist die subjektive Lebenszufriedenheit höher und werden persönliche finanzielle Lebensrisiken geringer eingeschätzt, ist man eher bereit, dem Klimaschutz Vorrang einzuräumen.

Ein vermuteter Effekt der Lebensphasen der befragten Personen bestätigt sich insofern, als es vor allem junge Menschen bis Jahrgang 1996 sind, welche eher dem Klimaschutz den Vorzug geben (60 Prozent). Mit zunehmender Einbindung in das Arbeits- und Familienleben schwenkt die Präferenz zu Wirtschaftswachstum um und schwankt zwischen 43 und 57 Prozent (→ Abb. 63), um sich im höheren Alter wieder deutlich zu Gunsten des Klimaschutzes zu verschieben (> 75 Jahre, 67 Prozent).

⁶⁶ Die spontan genannte Antwortkategorie »beides gleichermaßen« wurde bei der Analyse nicht berücksichtigt.

Abb. 62

Klimaschutz vs. Wirtschaftswachstum nach Ost und West
(Angaben in Prozent)

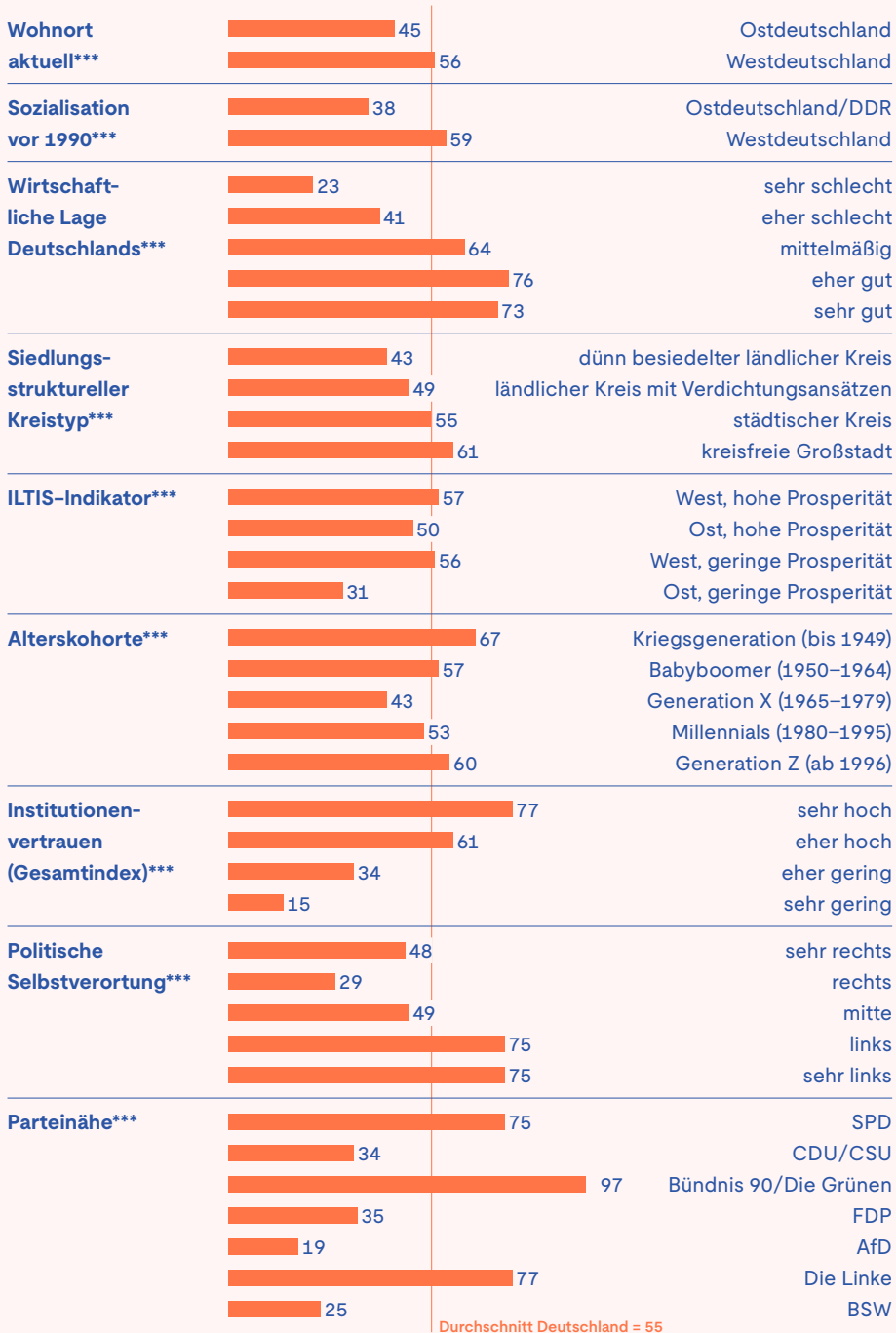


Die Kategorie »beides gleichermaßen« war nicht als reguläre vorgegeben und wurde nur spontan genannt. Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Abb. 63

Was ist Ihnen wichtiger: Klimaschutz oder Wirtschaftswachstum?

(Angaben »Klimaschutz« in Prozent)

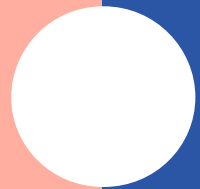


Wegen der geringen Fallzahl (n = 26) beim BSW müssen die Werte für diese Parteihängerschaft mit Vorsicht interpretiert werden. Die beiden Antwortmöglichkeiten Klimaschutz bzw. Wirtschaftswachstum ergeben hier 100 Prozent. Signifikanzniveaus: * p ≤ 0,05 / ** p ≤ 0,01 / *** p ≤ 0,001

Besonders deutlich stellt sich der Zusammenhang zwischen politischen und auf die Klimafrage fokussierten Einstellungen dar. Befragte, die sich den Grünen verbunden fühlen, bevorzugen fast einmütig (97 Prozent) den Klimaschutz. Dies tun demgegenüber nur rund 1/5 derer, die mit der AfD sympathisieren (19 Prozent). Im Gesamtbild lässt sich das bundesdeutsche Parteienspektrum bei der dichotomen Bewertung von Klimaschutz und Wirtschaftswachstum grob nach Mitte-Links und Mitte-Rechts unterteilen: Neben den Grünen überwiegen auch unter Befragten mit einer Parteinähe zu SPD und Linke eindeutig diejenigen, die Klimaschutz favorisieren (75 bzw. 77 Prozent). Diese Position vertritt hingegen nur gut 1/3 der Personen, die den Unionsparteien oder der FDP anhängen (34 bzw. 35 Prozent). Deutlich weniger Bedeutung messen Anhängerinnen und Anhänger von BSW (27 Prozent), welches sich einer eindeutigen Einordnung auf der Links-Rechts-Skala entzieht, und AfD (19 Prozent) der Klimafrage bei. Bei der Selbsteinordnung auf dem politischen-Rechts-Links-Kontinuum geht eine Klimapräferenz generell eher mit einer linksgerichteten Orientierung einher. Hier votieren gut 3/4 (75 Prozent) der Befragten für diese Position.

Hinsichtlich der Frage, ob es regionale Unterschiede in den Einstellungen zwischen strukturschwachen und strukturstarken Kreisen in Ost- und Westdeutschland gibt, zeigt sich, dass prosperierende Kreise im Osten des Landes eher für Klimaschutz votieren als nicht prosperierende Kreise. Im Westen zeigen sich hingegen keine signifikanten Unterschiede nach Prosperität. Neben der Prosperität zeigen zudem beide standardisierte Befragungen einen Einfluss der Ländlichkeit. Zugespielt gilt: Je ländlicher die Region, desto weniger wird Klimaschutz anstelle von Wirtschaftswachstum präferiert (43 im Vergleich zu 61 Prozent).

6



Zusammen- fassung wichtiger Ergebnisse

6.0

Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse – in vielen Bereichen breiter gesellschaftlicher Konsens über die gewünschte Gesellschaft

Für die große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland gehören zentrale demokratische Grundrechte und freiheitliche Grundwerte zum Leitbild einer gewünschten Gesellschaft. So finden das Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (92 Prozent Zustimmung), die Gleichberechtigung der Geschlechter (95 Prozent), die Garantie gleicher Lebenschancen (92 Prozent), das Gebot der sozialen Gerechtigkeit (86 Prozent) sowie das Recht zur friedlichen Ausübung der Religion (89 Prozent) in Ost und West durchweg sehr hohe Zustimmungsraten in der Bevölkerung. Mehr Uneinigkeit besteht vor allem hinsichtlich der Frage, inwieweit ein vereintes Europa (76 Prozent), eine klimaneutrale Lebensweise (57 Prozent Zustimmung) und eine Gesellschaft, die Zuwanderung als Chance begreift (56 Prozent), wünschenswerte Zielvorstellungen sind. Bei den weniger geteilten Zielvorstellungen sind Ambivalenz und Ablehnung in Ostdeutschland weiter verbreitet als in Westdeutschland. Ost-West-Unterschiede finden sich aber nur bei den älteren Personen, die in der ehemaligen DDR bzw. Westdeutschland geboren und sozialisiert wurden. Hingegen teilen die jüngeren Menschen, die im wiedervereinigten Deutschland aufgewachsen sind, die gleichen Gesellschaftsbilder – in Ost wie West.

6.1

Freiheitsrechte genießen sehr hohen Rückhalt – aber Uneinigkeit, ob sie in Deutschland verwirklicht sind

Freiheitsrechte wie Presse- und Meinungsfreiheit, Glaubensfreiheit und die freie Entscheidung über das Eigentum sind für insgesamt über 90 Prozent der Bürgerinnen und Bürger von hoher Wichtigkeit. Eine Mehrheit von über 50 Prozent der Befragten sieht diese Freiheitsrechte aktuell in Deutschland erfüllt. Allerdings sieht jeweils ca. $\frac{1}{3}$ diese Freiheitsrechte nur als teilweise bzw. gar nicht erfüllt an. Besonders häufig werden Defizite bei der Presse- und Meinungsfreiheit geäußert. Je nach Parteinähe fällt das Urteil über die Verwirklichung der Freiheitsrechte unterschiedlich aus. Die mit Abstand negativste Einschätzung äußern Befragte mit einer Neigung zur AfD sowie zum BSW. Ob die Erfüllung der Freiheitsrechte als gegeben angesehen wird, hängt davon ab, welche unterschiedliche Vorstellungen die Menschen davon haben, was ein spezifisches Freiheitsrecht, z. B. die Meinungsfreiheit, konkret umfassen sollte bzw. wo seine Grenzen liegen. Hier gibt es in der Bewertung der Verwirklichung der Freiheitsrechte mitunter merkbare Unterschiede zwischen Ost und West.

6.2

Präferenz für Sicherheit, Freiheit und Gleichheit hängt stark mit Bildung, Alter und politischer Orientierung zusammen

In der Abwägung zwischen Freiheit und Gleichheit überwiegt in der Bevölkerung die Bevorzugung der Freiheit mit 73 Prozent. Vor die Wahl zwischen Freiheit und Sicherheit gestellt, äußert mehr als die Hälfte eine Präferenz für Sicherheit. Welchem Leitwert dieser Trias der Vorzug gegeben wird, hängt von individuellen Werthaltungen wie auch von biografischen und situativen Erfahrungen ab. Ein höherer Bildungsgrad geht mit einer stärkeren Präferenz für Freiheit sowohl gegenüber Gleichheit als auch gegenüber Sicherheit einher. Zudem gilt: Je weiter links sich eine Person einordnet, desto stärker spricht sie sich für Gleichheit gegenüber Freiheit und für Freiheit gegenüber Sicherheit aus. Jüngere Menschen bevorzugen eher Gleichheit als Freiheit und eher Freiheit als Sicherheit im Vergleich zu älteren Generationen. Die jüngste Generation in Ostdeutschland optiert verglichen mit der jüngsten Generation in Westdeutschland häufiger für Freiheit statt Sicherheit.

6.3

Hohe Zustimmung zu Demokratie – starke Kritik am Funktionieren der Demokratie

In der Bevölkerung besteht ein breiter Konsens darüber, dass es sich bei der »Demokratie« um die beste aller Staatsformen handelt (98 Prozent). Ebenfalls wird das Grundgesetz als Verfassungsordnung von einer übergroßen Mehrheit (80 Prozent) unterstützt. Allerdings zeigen sich knapp 40 Prozent der Befragten mit dem gegenwärtigen Funktionieren der Demokratie unzufrieden – im Osten der Republik gilt dies sogar für mehr als 50 Prozent. Ein Drittel der Bevölkerung äußert zudem, kein Vertrauen in politische und gesellschaftliche Institutionen zu haben. Viele kritisierten ferner eine fehlende Rückkopplung der politischen Akteure an die Interessen der Bevölkerung (52 Prozent). Unzufriedenheit mit der Demokratie geht Hand in Hand mit fehlendem Institutionenvertrauen, populistische Einstellungen und – wenngleich etwas seltener – autoritären Gesellschaftsvorstellungen.

6.4

Innerhalb Ostdeutschlands wirken regionale strukturelle Merkmale stärker auf die Zufriedenheit mit der Demokratie als in Westdeutschland

Unzufriedenheit mit der Demokratie und ihren politischen Akteuren ist bundesweit zu beobachten. Allerdings tritt sie in Ostdeutschland häufiger auf, und hier verstärkt in wirtschaftlich schwachen Regionen. Hier sind 56 Prozent mit der Demokratie unzufrieden, im Vergleich zu 47 Prozent in strukturstarken Regionen. In Westdeutschland ist der Anteil der mit der Demokratie Unzufriedenen in strukturstarken und strukturschwachen Regionen hingegen auf einem ähnlicheren Niveau (38 bzw. 33 Prozent). Gründe für verstärkte Unzufriedenheit in weniger strukturstarken Regionen Ostdeutschlands liegen u. a. in dem dort weiter verbreiteten Gefühl, nicht den gerechten Anteil zu bekommen, und der verstärkten Sorge vor sozialem und wirtschaftlichem Abstieg.

6.5

Polarisierung der politischen Einstellungen wird im Parteiensystem abgebildet

Die in einigen Bereichen beobachtete Polarisierung – u. a. hinsichtlich der Wahrnehmung zu Meinungs- und Pressefreiheit, der Praxis der Demokratie und in den Politikbereichen Klima, Zuwanderung und EU – spiegelt sich im Parteienspektrum. Während Anhängerinnen und Anhänger von AfD und BSW besonders häufig Kritik äußern, sind Personen, die Grünen und SPD nahestehen, überdurchschnittlich häufig mit dem Funktionieren der Demokratie und der Erfüllung politischer Freiheiten zufrieden. Die übrigen größeren Parteien reihen sich im Mittelfeld ein. Ein eindrückliches Beispiel: Innerhalb der AfD-Anhängerschaft sind nur 6 Prozent zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie, wohingegen es unter Anhängerinnen und Anhängern der Grünen 90 Prozent sind.

6.6

Abbau von Benachteiligungen als dringlich erachtet, besonders hinsichtlich Armut, Geschlecht und Alter

Eine jeweils deutliche Mehrheit der Befragten sieht hohen Handlungsbedarf gegen Diskriminierungen. Besonders hoher Handlungsbedarf wird bei Armut (84 Prozent), Geschlecht (73 Prozent) und Alter (73 Prozent) gesehen. Bei Alter und Armut zeigen sich keine Unterschiede zwischen den Landesteilen, während in Westdeutschland hinsichtlich des Abbaus von Benachteiligung aufgrund des Geschlechts etwas mehr Handlungsbedarf gesehen (West: 75 Prozent; Ost: 67 Prozent) wird. Ein vergleichbares Muster zeigt sich bei Migrationshintergrund (West: 69 Prozent; Ost: 62 Prozent) und Glaubensfragen (West: 65 Prozent; Ost: 53 Prozent). In diesen Differenzen kommen langfristig verfestigte sozialstrukturelle und sozialkulturelle regionale Entwicklungen zum Ausdruck. Bemerkenswert ist, dass der Handlungsbedarf für den Abbau von Benachteiligungen aufgrund einer ostdeutschen Herkunft in beiden Landesteilen auf einem ähnlichen Niveau liegt (West: 64 Prozent; Ost: 69 Prozent). Der vertiefte Blick auf Ostdeutschland zeigt: Eine solche Forderung ist dort besonders stark in strukturschwächeren Gebieten vorzufinden.

6.7

Erwartungshaltung an den Staat hoch – Angleichung des Westens an den Osten

Die in Deutschland seit jeher hohen Erwartungen an wohlfahrtsstaatliche Für- und Vorsorge bleiben auf sehr hohem Niveau. Rund $\frac{3}{4}$ aller Befragten äußern eine entsprechende Erwartung. Dabei ist die vormalige Ost-West-Differenz inzwischen ausgeglichen, da sich die Einstellungen im Westen an den Osten angepasst haben. Die Verbesserung der Bildungsinfrastruktur (Kita, Schule, Hochschule, Fort- und Weiterbildung) ist aus Sicht der Bevölkerung die mit Abstand dringlichste staatliche Aufgabe und 98 Prozent möchten (deutlich) mehr Geld in diesen Bereich investiert sehen. Auf der Prioritätenliste folgen die Stärkung strukturschwacher Regionen (86 Prozent), die Sanierung bzw. Modernisierung des Eisenbahnnetzes (84 Prozent) und eine bessere Ausstattung für Polizei und Strafverfolgung (83 Prozent). Weniger dringlich werden mehr Investitionen für die Anwerbung von ausländischen Fachkräften sowie Subventionen zur Ansiedlung von Großunternehmen angesehen. Bundesweit existiert in gering prosperierenden Regionen insgesamt eine höhere Präferenz für staatliche Fördermaßnahmen zugunsten der Behebung von Strukturschwächen und speziell der Infrastruktur.

6.8

Wenig »Wir-Gefühl« in der Gesamtgesellschaft, dafür Zusammenhalt auf lokaler Ebene

Die große Mehrheit ist der Auffassung, dass in Deutschland aktuell kein »Wir-Gefühl« existiert. Lediglich etwa 1/3 der Befragten hat Vertrauen in andere Menschen. Nur 1/4 der Befragten glaubt, dass sich die Mitmenschen gegenseitig unterstützen. Nicht einmal jede bzw. jeder Achte bewertet den gesellschaftlichen Zusammenhalt positiv. Diese negative gesamtgesellschaftliche Bewertung steht im Kontrast zur Bewertung des gesellschaftlichen Zusammenhalts am Wohnort, der in der Regel sehr positiv bewertet wird. Es gibt also einen großen Unterschied zwischen der Wahrnehmung des direkt erlebten gesellschaftlichen Umfelds und der Beurteilung der Gesellschaft insgesamt. Ein gesamtgesellschaftliches »Wir-Gefühl« wird von Ostdeutschen seltener als von Westdeutschen bejaht. Zudem gehen mittlere und niedrige Schulbildung, populistische Neigungen, Parteinähe zur AfD sowie zum BSW, das Empfinden sozialer Deprivation sowie eine als schlecht eingeschätzte persönliche wirtschaftliche Situation mit einem unterdurchschnittlich ausgeprägten »Wir-Gefühl« einher.

6.9

Freiheitlich-demokratische Grundwerte – Basis für Gerechtigkeitsvorstellungen in der Gesellschaft

Aus mehr als 1.800 offenen Nennungen im Deutschland-Monitor zu Vorstellungen einer gerechten Gesellschaft können 4 zentrale Aspekte von Gerechtigkeit herausgefiltert werden: Für die Menschen in Deutschland ist eine Gesellschaft gerecht, wenn sie Gleichheit, Solidarität, Zusammenhalt und persönliche Freiheitsrechte sicherstellt. Diese Feinanalyse unterstreicht den grundsätzlichen Wertekonsens der übergroßen Mehrheit in Deutschland. Die Vorstellungen von Gerechtigkeit dienen als ein zentrales moralisches Regulativ, das die Wahrnehmung der öffentlichen und der privaten Sphäre maßgeblich leitet. Demzufolge kann es aus Sicht der Politik schwerlich überschätzt werden.

6.10

Populistische Einstellungen und Ungleichwertigkeitsideologien im politischen und sozialen Bereich sind eine Herausforderung für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Populistische Einstellungsmuster sind bei 21 Prozent der Deutschen verbreitet und gehen häufig mit Misstrauen gegenüber demokratischen Institutionen sowie einer Kritik an den »abgehobenen Politikern« einher. Ein Anteil von 3 Prozent der Bevölkerung zeigt offen Sympathien für autoritäre Strukturen, 16 Prozent vertreten zumindest teilweise autoritäre Ansichten. Gemeinsam ist beiden Einstellungsmustern ein Antipluralismus. Dies ist eine starke Herausforderung für die liberale Demokratie in Deutschland. Diese herausfordernden Einstellungsmuster sind verstärkt bei Personen mit geringer Bildung, niedrigem sozio-ökonomischen Status und/oder Zukunftssorgen ausgeprägt. Gerade in strukturschwachen Regionen in Ostdeutschland sind diese Zukunftssorgen und Einstellungsmuster häufiger verbreitet als in anderen Regionen der Republik. Den Menschen mit populistischen und antidemokratischen Einstellungen eine Perspektive aufzuzeigen ist eine politische wie auch gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

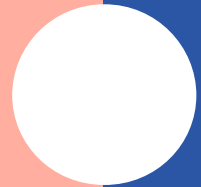
6.11

Was macht eine lebenswerte Gesellschaft in der Vorstellung der Menschen aus? – Schlussbemerkung

Die übergroße Mehrheit der Menschen in Ost- und Westdeutschland möchte in einer Gesellschaft leben, in der zentrale Grundrechte und Grundwerte gewährleistet sind. Hierzu zählen insbesondere die Gleichberechtigung der Geschlechter, die gleichen Chancen auf freie Entfaltung der Persönlichkeit, eine friedliche Koexistenz der Religionen sowie ein gelebtes soziales Miteinander. Eine solche Gesellschaft stellt hohe Anforderungen an eine gerechte Verteilung der Chancen und Ressourcen. Die Menschen möchten ein Land mit Chancengleichheit, finanzierbarem Lebensunterhalt, sozial gerechten Leistungen und Beiträgen, fairen Entlohnungen, politischen Freiheitsrechten und Demokratie. Gleichzeitig sehen sie gerade bei der Verwirklichung von Chancengleichheiten bzw. mit Blick auf soziale Ungleichheiten, aber auch bei der Verwirklichung von Freiheitsrechten und beim Funktionieren der Demokratie teils deutliche Defizite. Die Unterschiede sind zum Teil auf die regionalen strukturellen Gegebenheiten zurückzuführen. Menschen in weniger prosperierenden Regionen, insbesondere in Ostdeutschland, sehen die Verwirklichung einer wünschenswerten Gesellschaft weniger erfüllt als Menschen in anderen Teilen des Landes. Insbesondere die zum Teil damit einhergehenden populistischen und mitunter antidemokratischen Einstellungen sind ein Risiko für das gesamte Gemeinwesen.

Trotz festgestellter Polarisierungen und Unzufriedenheiten ist der breite gesellschaftliche Konsens zu zentralen politischen und freiheitlichen Werten hervorzuheben. Unterschiede zwischen Ost und West hinsichtlich dieser Einstellungen scheinen sich gerade bei den jüngeren Menschen aufzulösen. Dieser Konsens kann die gemeinsame Grundlage sein, um die Zufriedenheit mit der Demokratie und die Verteilungsgerechtigkeit gesamtgesellschaftlich zu erhöhen.

7



Methodik und Analysen

7.0

Methodik und Analysen

7.1

4 Gerechtigkeitscluster: Die Bandbreite der Vorstellungen in den nach erfolgter Zuordnung meistbelegten 4 Kategorien

In einem weiteren Untersuchungsschritt wurden die 4 meistbelegten Kategorien jeweils nach inhaltlichen Schwerpunkten aufgeschlüsselt. Anhand dieser Differenzierung ließen sich aus der großen Fülle individueller Antworten der Befragten die nachfolgend dargestellten »Gerechtigkeitscluster« herausfiltern, die in ihren Unterpunkten, trotz unvermeidbarer Überschneidungen mit den anderen Clustern, eigene normative Akzente für die gewünschte Gesellschaft setzen. Dabei kommen durchaus auch einander widersprechende Standpunkte zum Ausdruck, in denen sich gegenwärtige gesellschaftliche Streitfragen widerspiegeln.

7.1.1

Gerechtigkeitscluster: Gleichheit

Allgemeiner Landfrieden

»Grundwohlbefinden auf einem gewissen Niveau« / »Alle Menschen können sich friedvoll entwickeln« / »gutes und ehrliches Miteinander« / »keine Angst«

Gleichwertigkeit

»Gesellschaft, in der jeder Mensch gleich viel wert ist« / »Allen soll es gleichmäßig gut gehen« / »Alle sollten mitgenommen werden« / »Gleichstellung nach Geschlecht, Glauben und Beruf«

Vorrang des Rechts, Gleichheit vor dem Gesetz

»Die Leute bleiben im Rahmen des Grundgesetzes« / »... wenn Regeln und Gesetze eingehalten werden« / »Körperliche Unversehrtheit, Sicherheit und Freiheit sind gewährleistet«

Chancengleichheit

»Dass alle gleichgestellt sind, dass alle die gleichen Chancen haben« / »Jeder hat die gleichen Chancen von Jugend an« / »Der Ärmste sollte den höchsten Posten erreichen können« / »Nachteile für Minderheiten ausgleichen« / »Niemand wird zurückgesetzt«.

Selbstentfaltung

»Freie Meinungsäußerung« / »Mitbestimmungsrecht« / »Jeder kann tun und lassen, was er will« / »Jeder kann sich ausprobieren, wie er möchte« / »Jeder ist seines Glückes Schmied«

Gleichbehandlung

»Alle müssen gleichbehandelt werden« / »Alle sollten gleich wertgeschätzt werden« / »Gleichstellung in Beruf, Gesellschaft etc.« / »Ältere sollten gerechter behandelt werden« / »einer bekommt nicht mehr als der andere«

Nachteilsausgleich

»Es wird niemand zurückgelassen wegen Armut und körperlicher Dinge« / »keiner benachteiligt« / »Nachteile für Minderheiten ausgleichen« / »keine Diskriminierung« / »Ärmeren sollte es besser gehen«

Gleichverteilung privater und öffentlicher Güter

»Wenn alle das gleiche haben« / »dass das Vermögen besser verteilt wird« / »dass sich alles die Waage hält« / »einer bekommt nicht mehr als der andere« / »keiner benachteiligt« / »dass alle gleich sind« / »allen soll es gleichmäßig gut gehen«

Nivellierte Mittellage-Gesellschaft

»Keine 2-Klassen-Gesellschaft« / »nicht zu viele Reiche, nicht zu viele Arme« / »dass die Leute, die mehr haben, mehr Steuern zahlen« / »höhere Erbschaftsteuer für höhere Vermögen« / »Eigentum anders verteilen«

Wohlfahrtsstaat und Eigenverantwortung

»Soziale Absicherung« / »soziale Schere im Alter schließen« / »Grundeinkommen« / »dass jeder für sich selbst sorgt, dann erst der Staat« / »es kann nicht sein, dass jemand, der zum Sozialamt geht, mehr Geld hat als der, der arbeitet« / »man ist in gewisser Weise immer selber mitverantwortlich«

Leistungsprinzip

»Arbeitswille« / »dass Leistung belohnt wird und jeder die Chance zur Leistung bekommt« / »Staffelung der Sozialleistungen nach Leistung«

Zusammenschluss nach innen

»Sozialer Zusammenhalt« / »Sozialleistungen müssen der eigenen Bevölkerung mehr zukommen als zugezogenen Menschen«

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

»Gerechter Lohn« / »gerechte Bezahlung«

Erwartungen an gute Politik

»Demokratie« / »freie Wahlen« / »Politik investiert in Sachen, die die Leute betrifft: Soziales, Bildung, Medizin, Straßen« / »Straßen sanieren, Volksmeinung achten« / »alle Gesellschaftsgruppen im Blick« / »keine Korruption« / »hat alle im Blick, versucht, im Sinne des Möglichen allen gerecht zu werden«

7.1.2

Gerechtigkeitscluster: Soziale Unterstützung und finanzierbare Lebensverhältnisse

Gesellschaftliche Fürsorge

»Man kümmert sich« / »Starke helfen Schwachen« / »dass jeder behütet wird in der Gesellschaft« / »dass jeder Arbeit hat und keiner benachteiligt wird« / »die Schwachen gefördert werden« / »Grundempathie der Bevölkerung« / »alle sind versorgt« / »Schutz der Umwelt« / »eine Gesellschaft, in der die Starken sich für die Schwachen stark machen« / »immer schauen auch auf arme Leute«

Solidarprinzip

»Dass der, der was eingebracht hat, auch was rauskriegt und geschützt wird« / »wenn auch ein Rentner, der sein ganzes Leben lang gearbeitet hat, seinen gerechten Lohn erhält« / »Absicherung für Rentner, mittelständische Unternehmen etc.« / »Generationengerechtigkeit«

Nothilfe, keine Mitnahmeeffekte

»In Notsituationen wird geholfen« / »Hilfe vom Staat, wenn es einem schlecht geht« / »Hilfe für schuldlos Schwache« / »soziale Grundabsicherung muss möglich sein« / »Bürgergeld nur für Leute, die es vorübergehend brauchen« / »dass man sich an die Gesetze hält und die Sozialsysteme nicht ausnutzt« / »Wer arbeiten kann und nicht geht, sollte keine Unterstützung bekommen« / »dass Arbeitslose nicht faul sind« / »wer arbeitsfähig ist, sollte auch arbeiten müssen« / »Ausnutzen von Sozialleistungen sollte verhindert werden« / »Sozialleistung zurückdrängen«

Leistungsgerechtigkeit

»Leistung wird entsprechend honoriert« / »dass, was jeder an Anstrengungen unternimmt, dazu führt, dass er ein gutes Leben hat« / »Leistung muss sich lohnen« / »wer mehr leistet, bekommt mehr, aber man lässt keinen hängen, der nicht leisten kann« / »Staffelung der Sozialleistungen nach Leistung« / »dass jeder entsprechend der Leistung, die er erbringt, bezahlt wird, dass auftretende Schwächen durch unser Sozialsystem aufgefangen werden«

Soziale und finanzielle Sicherheit

»Sicherheit gewährleistet« / »nicht die Sicherheit über die Freiheit stellen« / »dass es allen gut geht« / »wenn keiner mehr Existenzangst hat« / »dass Leute ein Sicherheitsgefühl und innere Balance haben können in ihrem Leben: Sicherheit im Sinne von Dach überm Kopf, was zu essen haben« / »dass alle ein Geborgenheitsgefühl in ihrem Land, ihrer Stadt haben können« / »Leute müssen sich persönlich gut fühlen, dass alles, was sie brauchen, da ist« / »Risiken werden auf die Gemeinschaft verteilt« / »Preise müssen stabil bleiben« / »Jeder eine bezahlbare Wohnung hat« / »Keiner sollte am Existenzminimum leben« / »für Bürgergeld und Grundeinkommen« / »mehr Mindestlohn« /

»Jeder hat Wohnraum, Essen, Trinken, Arbeit, Grundbedürfnisse« / »Jeder ist völlig abgesichert, Krankheit, Rente, Arbeitslosigkeit« / »dass jeder Bürger bekommt, wie er es benötigt« / »dass jeder mehr in der Tasche hat, als er benötigt« / »dass Alte vorm Altern nicht Angst haben müssen« / »Förderung von schwachen und jungen Menschen« / »Soziales, vor allem bei Kindern« / »keine Obdachlosigkeit« – »gerechte Teilhabe an der positiven Entwicklung in der Wirtschaft« / »Berücksichtigung des einzelnen mit seinen persönlichen Vor- und Nachteilen« / »Jeder hat nach seinem Einkommen noch was übrig« / »eine allgemeine Rente für alle« / »Verdienst, um anständig leben zu können«.

Sozialer Ausgleich

»Sozial gerechte Verbindung der verschiedenen Gesellschaftsschichten« / »Wohlstandsschere nicht so weit auseinander« / »Mitte soll nicht zerfallen, Ausgleich zwischen extremem Reichtum und Armut« / »dass alle gesehen werden« / »dass Mehrverdienende Schwächere und Ärmere auffangen« / »Jeder bemüht sich, einen Teil für die Gesellschaft zu leisten« / »Ehrlichkeit, Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Fleiß. Darauf sollte man zurückkommen« / »dass Reichtum genutzt wird, um auch die Nachzügler mitzunehmen« / »dass Minderheiten oder Leute, denen es schlechter geht, mit aufgefangen werden«

Sozialer Aufstieg

»Nicht steckenbleiben in der sozialen Ebene, in der man aufwuchs« / »keine Vorteile durch Reichtum« / »Kinder aus ärmeren Schichten die gleichen Bildungschancen kriegen« / »dass jeder Mensch gerechte Startbedingungen hat« / »Alle die Möglichkeit haben, sich den Lebensentwurf zu entfalten«

Steuergerechtigkeit

»Menschen, die mehr haben, sollten mehr geben« / »Menschen mit sehr viel Geld mehr Steuern zahlen« / »Oberschicht sollte für Gesellschaft mehr leisten« / »Spitzensteuersätze sollten höher sein«

Einwanderung

»Leute sollen das Land und die Arbeit lieben« / »Migranten können auch erfolgreich sein, wenn sie sich an die Regeln halten« / »zu viel Armut in Deutschland, aber die Migranten bekommen alles geschenkt« / »Integration von Menschen aus dem Ausland« / »Sorge für das eigene Volk, weniger für das Ausland«

Rolle und Bedeutung staatlicher Institutionen

»Gute unabhängige Justiz/Legislative, wachsame Exekutive« / »Transparenz aller Einkünfte der Berufspolitiker« / »Politiker auch für Fehlentscheidungen den Schaden tragen müssen« / »funktionierendes Rechtssystem« / »dass ich sehe, dass sich meine Regierung um das Volk kümmert« / »klare Gesetze« / »schärfere Gesetze« / »keine Verbrechen ungesühnt« / »Gesetzgebung, die Gerechtigkeit berücksichtigt, und ein Gerechtigkeitsbegriff, der klar definiert ist« / »dass die ganzen Institutionen die absolute Gerechtigkeit herstellen«

7.1.3

Gerechtigkeitscluster: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Gemeinschaft

Miteinander reden

»Offene Diskussionskultur« / »sehr weiter öffentlicher Dialog« / »Bereitschaft zu reden und auch Kompromisse eingehen« / »Über alles diskutieren, Gespräche suchen« / »Gehört und akzeptiert werden« / »alle Meinungen anhört und nicht einander abwürgt« / »wenn die Menschen angehört werden und ihnen geholfen wird« / »Reden statt Gewalt« / »Teilhabe aller am gesellschaftlichen Leben«

Aufeinander achten

»Dass jeder behütet wird in der Gesellschaft und auch etwas für die Gesellschaft tun muss« / »wo die Leute auf die Leute gucken, und nicht nur auf das Geld« / »eine menschliche Sicht, und nicht nur eine kapitalistische« / »dass man Interesse für den anderen hat« / »Offenheit durch Neugier« / »Niemand lebt in Armut im Umkreis (Menschen, die man kennt im Ort)« / »Räume, in denen Leute aufeinander aufpassen (z. B. Kirchen, Vereine)«

Nebeneinander respektieren

»Dass miteinander respektvoll umgegangen wird« / »keine Ausgrenzung« / »Akzeptanz der Mitmenschen« / »Wenn ich auf den anderen Rücksicht nehme, auf ihn achte, ohne Angst vor die Tür gehen kann« / »keine Ellenbogen benutzen« / »Alle Menschen können sich friedvoll entwickeln« / »gemäßigtes Miteinander« / »Ohne Vorurteile sollen die Menschen zusammenleben« / »Respekt untereinander, deutsche Werte haben hier Priorität« / »Jeder soll sich einfügen« / »Jeder kann so leben wie er möchte, ohne einem anderen Schaden zuzufügen« / »Wenn jeder seinen Platz kennt. Keinen Egoismus« / »offen und divers sollte die Gesellschaft sein«

Füreinander einstehen

»Dass jeder behütet wird in der Gesellschaft und auch etwas für die Gesellschaft tun muss« / »das Miteinander wird gelebt« / »Für sich und andere Zivilcourage zeigen« / »Alle kommen klar miteinander« / »auf den Rückhalt in der Gesellschaft sich verlassen können«

Untereinander helfen

»Gutes Miteinander. Nachbarschaftsunterstützung« / »Friedlich miteinander leben. Verlass auf den Nachbarn« / »ein Miteinander, kein Gegeneinander« / »dass jeder für jeden da ist« / »Rücksichtnahme auf Menschen, die behindert sind« / »die Leute sollen sich vertragen« / »gegenseitiges Unterstützen, Kompromisse eingehen« / »Jeder muss seinen Anteil am gesellschaftlichen Leben haben, bzw. Ehrenamt« / »eine Hand wäscht die andere« / »Wenn einer für den anderen einsteht«

Einander vertrauen

»Ehrliches Miteinander« / »anderen Vertrauen entgegenbringen« / »Glücklichkeit, in einer Gemeinschaft leben zu dürfen« / »dass die Spaltung, die sich anbahnt, aufgehalten wird« / »von keinem betrogen wird« / »dass alle zufrieden sind und wir uns alle verstehen und vertrauen können«

7.1.4

Gerechtigkeitscluster: Persönliche Freiheiten und Rechte

Autonomie und freie Entfaltung

Freiheit als solche (»alle gleich, frei«) / Meinung frei äußern (»dass jeder auch gehört wird«) / freie Entfaltung (»niemand wird zurückgesetzt« / »glücklich in einer Gemeinschaft leben dürfen« / »dass niemand unterdrückt wird«) / Lebensgestaltung nach eigenen Vorstellungen (»Eigeninitiative« / »Eigenverantwortung« / »Möglichkeit, Stärken zu entwickeln«) / Unbegrenzte Freiräume (»jeder kann tun und lassen, was er will« / »jeder kann frei für sich entscheiden, ohne andere zu behindern« / »keine Neiddebatten, jeder muss auf sich selbst schauen«) / Leben in Frieden und Sicherheit (»keiner muss hungern, alle haben ein Dach über dem Kopf« / »sorgenfrei leben ohne Krieg, Verfolgung etc.«) / Frei von Diskriminierung / Früchte eigener Arbeit genießen (»dass man vom Verdienst leben kann« / »wer durch Arbeit etwas erreicht hat, darf sich auch darüber freuen«) / Staatshilfe versus Eigenvorsorge (»Jeder ist völlig abgesichert« / »dass jeder für sich selbst sorgt, und dann erst der Staat«)

Geschlossene Gesellschaft

»Ursprüngliche Bevölkerung bevorzugen gegenüber neuen Staatsmitgliedern« / »Heimat soll geschützt werden, und kein Multikulti« / »Zuwanderung stoppen« / »kein Geschlechterwahn«

Politik

»Demokratie« / »freie Wahlen« / »Gleichbehandlung vor dem Gesetz« / »Streikrecht, Demonstrationsrecht« / Kompromissbereitschaft, »gesunde Streitkultur« / kein Krieg / keine Überbewertung Klimaschutz versus »Klimaschutz hochhalten«

7.1.5

Clusterübergreifende sozialmoralische Leitwerte

In den individuellen Vorstellungen zum Ideal einer gerechten Gesellschaft werden clusterübergreifend die folgenden sozialmoralischen Leitwerte explizit genannt oder sie klingen unausgesprochen an:

Solidarität, Gleichheit, Brüderlichkeit, Friedfertigkeit, Gleichberechtigung, Chancengleichheit, Gerechtigkeit, Toleranz, Recht und Ordnung, Vielfalt (»in der die Schwachen berücksichtigt werden«), Sicherheit, Menschenwürde, Nächstenliebe, Zusammenhalt, Leistung, Ehrlichkeit, Allgemeinwohl, Empathie, sozialer Frieden – Kontrastiv dazu, wenngleich zahlenmäßig weniger häufig, kommen auch andere Grundeinstellungen zum Ausdruck: soziale Schließung nach außen, Abgrenzung gegenüber dem Anderen bzw. Fremden, Eigennutz.

Die hier genannten Leitwerte leiten ebenso die Aussagen jener Personen, die konkret darauf geantwortet haben, was sie in unserer Gesellschaft als besonders ungerecht empfinden. Es ist, was nicht verwundert, dieselbe Sozialmoral, die sowohl eine Orientierungsgröße für das Wunschbild einer gerechten Gesellschaft abgibt als auch als Bewertungsmaßstab für real wahrgenommene soziale Ungerechtigkeit dient. Um identische Aussagegehalte nicht ausführlich zu wiederholen, wurde davon abgesehen, den »Gerechtigkeitsclustern« ebensolche »Ungerechtigkeitscluster« gegenüberzustellen.

7.2

Stichprobenziehung und Feldverlauf des Hauptfelds

Insgesamt wurden für die Haupterhebung 3.986 Interviews über Festnetz und Mobilfunk geführt. Zum Erreichen dieser Interviewzahl wurde aus dem ADM-Mastersample eine Festnetzstichprobe von $m^F = 152.685$ Rufnummern gezogen. Aus der Auswahlgrundlage für Mobilfunkstichproben wurden $m^C = 42.061$ Rufnummern zufällig ausgewählt. Das ADM-Mastersample, das eine modifizierte Grundlage nach Gabler und Häder (Gabler/Häder 1997) darstellt, umfasste zum Zeitpunkt der Erhebung 147,66 Millionen Rufnummern. Die 346,52 Millionen Rufnummern umfassende Auswahlgrundlage für Mobilfunkstichproben basiert auf einen angepassten Random Digit Dialing (RDD)-Ansatz auf Grundlage der durch die Bundesnetzagentur vergebenen Blöcke für Mobilfunkrufnummern (Heckel et al. 2014).

Die Auswahl im Rahmen der Festnetzstichprobe ist zweistufig und beginnt mit der Ziehung einer Festnetznummer, gefolgt von einer Auswahl der zu befragenden Person innerhalb des Haushaltes. Zur Personenauswahl wurde das sogenannte Last-Birthday-Verfahren angewendet, bei dem die Kontaktperson, die beim ersten Kontakt durch eine Rufnummer erreicht wird, nach derjenigen erhebungsrelevanten Person im Haushalt gefragt wird, die zuletzt Geburtstag hatte. Da ein Mobiltelefon im Gegensatz zu einem Festnetzanschluss als personenbezogener Gegenstand bewertet wird, war ein solcher Schritt bei der Mobilfunkstichprobe nicht notwendig.

Innerhalb der Feldzeit von 5 Wochen führte das Umfrageinstitut forsa zwischen 87 und 272 Interviews pro Tag mit insgesamt ca. 130 Interviewerinnen und Interviewern durch. Die Nettobefragungszeit lag dabei bei ca. 28 Minuten. Rufnummern wurden zwischen ein und 12-mal kontaktiert, durchschnittlich jedoch 1,4-mal. 90 Prozent aller Rufnummern wurden nicht häufiger als 2-mal kontaktiert.

Die aggregierten Ergebnisse der Feldzeit lassen sich anhand der folgenden Tabelle (→ Tab. 3) getrennt nach der Festnetz- und der Mobilfunkstichprobe nachvollziehen. Beginnend ab der initialen Bruttostichprobe werden anhand der Tabelle 1 alle stichprobenrelevanten Ergebnisse sowie deren absolute und relative Häufigkeit dargestellt. Die als »stichprobenneutrale Ausfälle« angeführten Ergebnisse beinhalten Kontakte außerhalb der Zielpopulation (z. B. durch Rufnummern von Unternehmen) oder sind nicht-existierende Rufnummern. Gerade letztere sind aufgrund der Auswahlgrundlage bei Telefonstichproben (nach Gabler-Häder-Verfahren) häufig sehr hoch (für nähere Informationen siehe etwa: Gabler/Häder 2009; Sand 2015). Da diese in der Regel nichts mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun haben, werden sie aus der Bruttostichprobe herausgerechnet, um die bereinigte Bruttostichprobengröße zu ermitteln (Porst 1996). Daher werden in der Tab. 3 auch 2 Anteile dargestellt, wobei sich der Wert in der Klammer auf den Anteil an der bereinigten Bruttostichprobe bezieht.

Anhand dieser Angaben lassen sich sowohl die Bruttoausschöpfungsrate als auch die Response Raten nach AAPOR-Vorgabe berechnen. Die Bruttoausschöpfung ergibt sich als Quotient der Anzahl der abgeschlossenen Interviews zur tatsächlichen Bruttostichprobe. Im Fall der Hauptstudie lag diese bei 2,3 Prozent im Festnetz und 3 Prozent im Fall der Mobilfunkstichprobe. Die AAPOR Response Rate 1 berechnet sich auf ähnliche Weise, wobei anstelle der Bruttostichprobengröße das bereinigte Brutto verwendet wird. Bei der AAPOR Response Rate 5 wird das bereinigte Brutto um die Kontaktresultate unbekannter Rückmeldung bereinigt. Diese beinhalten all diejenigen Ergebnisse, bei denen nicht nachvollziehbar ist, ob sich hinter der gewählten Rufnummer potenziell eine Person der Grundgesamtheit befindet oder nicht. Beide Response Raten bilden damit die Bandbreite der möglichen Ausschöpfung der Stichprobe (AAPOR 2023). Die Ergebnisse der Response Raten, die für RR1 11,3 bzw. 12,7 betragen, scheinen zwar niedrig, sind jedoch für Telefonbefragungen mittlerweile zu erwarten (Strippel/Emmer 2021; Häder/Sand 2019). Dennoch fallen sie leicht niedriger aus als für den Deutschland-Monitor 2023.

Tab. 3

Kontaktergebnisse der Haupterhebung

Ergebnis	Festnetz	Anteil		Anteil Mobilfunk
		Festnetz	Mobilfunk	
Bruttostichprobe	152.685	100%	42.061	100%
Kein Anschluss	120.026	78,6%	29.995	71,3%
Kein Privatanschluss	4.394	2,9%	734	1,7%
Fax/Modem	2.639	1,7%	208	0,4%
Teilnehmerin/Teilnehmer/ZP kann Interview nicht folgen	914	0,6%	133	0,3%
Teilnehmerin/Teilnehmer/ZP spricht nicht ausreichend deutsch	675	0,4%	947	2,3%
Stichprobenneutrale Ausfälle	128.648	84,3%	32.017	76,1%
Bereinigtes Brutto	24.037	15,7% (100%)	10.044	23,9% (100%)
Offene Terminvereinbarungen	5.278	3,5% (22%)	1.878	4,5% (18,7%)
Anrufbeantworter	1.821	1,2% (7,6%)	2.056	4,9% (20,5%)
Niemand meldet sich	1.303	0,9% (5,4%)	620	1,5% (6,2%)
Immer besetzt	51	0% (0,2%)	272	0,6% (2,7%)
Unbekannte Rückmeldung	8.453	5,5% (35,2%)	4.826	11,5% (48%)
Verweigerung	12.500	8,1% (52%)	3.686	8,8% (36,7%)
Abgebrochenes Interview	360	0,2% (1,5%)	256	0,6% (2,5%)
Interview abgeschlossen	2.724	2,4% (11,3%)	1.276	3% (12,7%)
AAPOR RR1		11,3		12,7
AAPOR RR5		17,5		24,5

7.3

Stichprobenziehung und Feldverlauf der regionalen Vertiefungserhebung

Die Stichprobe selbst erfolgte ebenfalls auf Basis des ADM-Mastersamples im Zeitraum 23. Mai 2024 bis zum 21. Juni 2024 durch forsa. Die Zielpopulation innerhalb der Kreise blieb unverändert. Insgesamt wurden brutto 310.240 Rufnummern gezogen. Die durchschnittliche Befragungszeit betrug 26 Minuten. Die Ergebnisse der Kontaktversuche können mit folgender Tabelle (→ Tab. 4) nachvollzogen werden.

Auch hier fällt eine für Telefonstichproben gewöhnliche Response Rate 1 und 5 mit Werten von 10,6 und 17,2 auf. Analog zur Hauptstudie steht diese im Kontrast zur recht geringen Brutto-Ausschöpfungsquote von 1,3 Prozent. Der Grund hierbei ist ebenfalls die hohe Anzahl an Kontakten zu Rufnummern, die nicht vergeben sind. Dies lässt sich, wie bereits zuvor beschrieben, anhand der Erstellung der Auswahlgrundlage begründen.

Die abgeschlossenen Interviews pro Kreis teilen sich wie folgt auf:

- Duisburg, Stadt: 333 Interviews
- Wiesbaden, Stadt: 333 Interviews
- Landkreis Birkenfeld (Rheinland-Pfalz): 332 Interviews
- Augsburg, Stadt: 334 Interviews
- Landkreis Dahme-Spreewald: 336 Interviews
- Landkreis Prignitz: 331 Interviews
- Salzlandkreis: 334 Interviews
- Weimar, Stadt: 333 Interviews
- Delmenhorst*, Stadt: 332 Interviews
- Landkreis Neu-Ulm*: 334 Interviews
- Landkreis Potsdam-Mittelmark*: 334 Interviews
- Landkreis Wittenberg*: 333 Interviews

Die mit »*« gekennzeichneten Kreise kamen im Zuge der Ziehung von 2024 zusätzlich hinzu. Die Abweichung von den Vorgaben der 333 Interviews pro Kreis lassen sich anhand von bereits bestehenden und abgeschlossenen Terminvereinbarungen begründen.

Tab. 4

Kontaktergebnisse der regionalen Vertiefungserhebung

Ergebnis	Anzahl	Anteil
Bruttostichprobe	310.240	100%
Kein Anschluss	227.778	73,4%
Quote erfüllt*	31.376	10,1%
Kein Privatanschluss	6.759	2,2%
Fax/Modem	3.755	1,2%
Teilnehmerin/Teilnehmer/ZP kann Interview nicht folgen	1.703	0,6%
Teilnehmerin/Teilnehmer/ZP spricht nicht ausreichend deutsch	969	0,3%
Stichprobenneutrale Ausfälle	272.340	87,8%
Bereinigtes Brutto	37.900	12,2% (100%)
Offene Terminvereinbarungen	7.732	2,5% (20,4%)
Anrufbeantworter	3.780	1,2% (10%)
Niemand meldet sich	3.090	1% (8,2%)
Immer besetzt	32	0% (0,1%)
Unbekannte Rückmeldung	14.634	4,7% (38,6%)
Verweigerung	18.684	6% (49,3%)
Abgebrochenes Interview	583	0,2% (1,5%)
Interview abgeschlossen	3.999	1,3% (10,6%)
AAPOR RR1		10,6
AAPOR RR5		17,2

*In der vorliegenden Teilerhebung wurde keine Nettofeldsteuerung durchgeführt. Vielmehr meint dieses Ergebnis, dass bereits gezogene Rufnummern nicht angewählt wurden, da mit den vorhandenen Rufnummern die Zielvorgabe von 333 Interviews pro Kreis bereits erreicht wurden.

7.4

Gewichtung des Hauptfelds

Bei der Gewichtung gilt es grundsätzlich zwischen der Design- und Anpassungsgewichtung zu unterscheiden. Erstere ist immer dann notwendig, wenn Erhebungseinheiten (z. B. Personen oder Haushalte) mit unterschiedlichen Auswahlwahrscheinlichkeiten gezogen werden (Sand/Kunz 2020).

Die Auswahl der Rufnummern folgt sowohl im Festnetz als auch für die Mobilfunkstichprobe einer uneingeschränkten Zufallsauswahl. Allerdings gibt es mehrere Faktoren, die dennoch eine Designgewichtung erforderlich machen.

- Durch die Dual-Frame-Erhebung (ohne vorheriges Screening) haben Personen, die sowohl über einen Festnetz- als auch einen Mobilfunkanschluss verfügen, eine höhere Wahrscheinlichkeit, in die Stichprobe zu gelangen.
- Personen, die über mehr als einen Festnetz- und/oder Mobilfunkanschluss verfügen, haben eine höhere Auswahlwahrscheinlichkeit als Personen mit nur einem Anschluss.
- Durch die zweistufige Auswahl bei der Festnetzstichprobe haben Personen in Haushalten mit weiteren erhebungsrelevanten Personen eine niedrigere Auswahlwahrscheinlichkeit.

Aufgrund der Dual-Frame-Erhebung wird in der Regel der sog. Karlton-Anderson-Ansatz empfohlen, dessen Gesamtauswahlwahrscheinlichkeit (π_i) einer Person i sich bei 2 unabhängigen Stichproben aus 2 Auswahlgrundlagen durch

$$\pi_i = \pi_i^A + \pi_i^B - \pi_i^A * \pi_i^B$$

berechnen lässt (Lohr 2011).

Nach Gabler und Häder (2009) ist der Term $\pi_i^A * \pi_i^B$ im Fall von Dual-Frame-Telefonbefragungen sehr klein, weswegen sich bei dieser Art der Umfragen die Auswahlwahrscheinlichkeit einer Person mit

$$\pi_i \approx \frac{m^F}{M^F} * \frac{k_i^F}{z_i} + \frac{m^C}{M^C} * k_i^C$$

angeben lässt. M^F und M^C sind dabei die entsprechenden Auswahlrahmengrößen für Festnetz (F) und Mobilfunk (C). m^F und m^C bezeichnen die unbereinigten Bruttostichprobengrößen, während k_i^F und k_i^C die Anzahl der Anschlüsse (Rufnummern) einer Person für Festnetz und Mobilfunk sind. Mit z_i wird die Anzahl der erhebungsrelevanten Personen im Haushalt berücksichtigt.

Dieser Ansatz wurde auch für die Berechnung der Auswahlwahrscheinlichkeiten im Deutschland-Monitor verwendet. Hierbei wurde jedoch die Anzahl der Rufnummern auf den Maximalwert von 4 begrenzt, um starke Ausreißer und unplausible Angaben zu reduzieren. Im Anschluss wurde das Designgewicht d_i als Inverse der Auswahlwahrscheinlichkeit berechnet ($d_i = 1/\pi_i$).

Die Anpassungsgewichtung bzw. Kalibrierung dient hingegen dazu, Verzerrungen aufgrund von Antwortverweigerungen zu reduzieren. Die Annahme, die dabei zugrunde liegt, ist, dass die Ausfälle Missing at Random (MAR) sind. Dies bedeutet, dass die Ausfälle zwar mit verschiedenen Hilfsvariablen, jedoch nicht mit dem Untersuchungsgegenstand selbst zusammenhängen. Diese Annahme wird in der Regel von den wenigsten Erhebungen tatsächlich erfüllt, jedoch kann das Anpassen der Gewichte anhand von bestimmten (soziodemografischen) Hilfsvariablen zumindest dazu beitragen, eine Verzerrung zu reduzieren (Sand/Kunz 2020).

Als Hilfsvariablen wurden im Fall des Deutschland-Monitors die Verteilung der über 16-Jährigen nach Bundesland, Geschlecht, Alter und höchstem schulischen Abschluss verwendet.

Zur Anpassungsgewichtung können unterschiedliche Vorgehensweisen herangezogen werden. Allen gleich ist jedoch, dass dafür Angaben aus Grundgesamtheit und Stichprobe benötigt werden. Im Fall des Deutschland-Monitors wurde der Mikrozensus 2023 als externe Quelle zur Verteilung der Grundgesamtheit herangezogen.

Als Verfahren selbst wurde ein sogenanntes Raking-Verfahren nach Deming und Stephan (1941) verwendet, bei dem iterativ die Randverteilungen bis zur Konvergenz der Soll- (Grundgesamtheit) und Ist- (designgewichtete Stichprobe) Verteilung angepasst werden. Das finale Gesamtgewicht wurde dann als Produkt aus Design- und Anpassungsgewicht berechnet. Zur Varianzreduktion des Schätzers wurde zuletzt dieses Gewicht noch auf das 98 Prozent-Perzentil der Verteilung getrimmt.

7.5 Gewichtung der regionalen Vertiefungserhebung

Die Designgewichtung der regionalen Vertiefungserhebung erfolgte analog zur Hauptstudie. Da diese Erhebung jedoch lediglich auf einer Auswahlgrundlage beruht, verkürzt sich die vorherige Formel zur Berechnung der Auswahlwahrscheinlichkeit auf

Die Auswahlwahrscheinlichkeiten wurden jeweils auf der Grundlage der einzelnen Kreise berechnet. Als Bruttostichprobengröße wurden daher die einzelnen Bruttostichproben getrennt nach Kreisen verwendet. Gleiches gilt für die Anzahl der Rufnummern innerhalb der Auswahlgrundlage.

Weil mit der regionalen Vertiefungserhebung nicht beabsichtigt wird, einen Schätzwert für Gesamtdeutschland zu erhalten, und lediglich die bereits ausgewählten Kreise miteinander (und mit der Hauptstichprobe) verglichen werden, wurde auf die Berücksichtigung der Auswahlwahrscheinlichkeit der Kreise für die Berechnung der Designgewichte verzichtet. Da weiterhin die beiden Erhebungen jeweils getrennt voneinander und nicht als gemeinsamer Datensatz verwendet werden, wurde ebenfalls darauf verzichtet, ein gemeinsames Designgewicht für beide Erhebungen in einem Datensatz zu berechnen.

Für die Anpassungsgewichtung wurde das gleiche Raking-Verfahren wie in der Hauptstudie verwendet. Jedoch unterscheidet sich die Auswahl der Anpassungsvariablen. Diese beschränken sich auf Alter, Geschlecht und den höchsten schulischen Abschluss. Zur Anpassung wurden ebenfalls die Daten des Zensus 2022 verwendet. Die Anpassungsgewichtung erfolgte jedoch auf Kreisebene für die 16+-Jährigen.

Zuletzt wurden, wie auch in der Hauptstudie, die Gesamtgewichte als Produkt von Design- und Anpassungsgewicht auf das 98-Prozent-Perzentil der Verteilung getrimmt.

7.6

Beschreibung der Komponenten des ILTIS-Indikators

Getrennt nach Haupt- und Subdimensionen wurden die folgenden Variablen ausgewählt:

Teilhabe und Infrastruktur



Arbeitsmarkt:

- Beschäftigtenquote: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort je 100 Einwohnerinnen und Einwohner im erwerbsfähigen Alter
- SGB II-Quote: Anteil Leistungsbeziehende nach SGB II und nach SGB XII je 1.000 Einwohner

Versorgung:

- Ärztinnen und Ärzte: Ärztinnen und Ärzte je 10.000 Einwohner
- Grundversorgung Supermarkt: Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zum nächsten Supermarkt/Discounter
- Breitbandversorgung: Anteil der Haushalte mit Breitbandversorgung mit 100 Mbit/s in Prozent
- Kommunale Schulden: Kommunale Schulden in Euro je Einwohner(in)

Entwicklung Humankapital



Quantitative Dimension:

- Median des Gesamtwanderungssaldos der letzten 10 Jahre: Gesamtwanderungssaldo je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner
- Median des Berufseinsteigersaldos der letzten 10 Jahre: Binnenwanderungssaldo der Einwohnerinnen und Einwohner von 25 bis unter 30 Jahren je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner der Altersgruppe

Qualitative Dimension:

- Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss: Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an den Schulabgängerinnen und Schulabgänger in Prozent

Wirtschaftliches Outcome



Regionale Aggregate:

- BIP/Einwohner(in): Bruttoinlandsprodukt in 1.000 Euro je Einwohner(in)
- Bruttowertschöpfung tertiärer Sektor: Anteil Bruttowertschöpfung im tertiären Sektor an der Bruttowertschöpfung in Prozent

Mikroebene:

- Haushaltseinkommen: Durchschnittliches Haushaltseinkommen in Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner
- Medianeinkommen: Medianeinkommen der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten in Euro

Diese Darstellung zeigt, dass die einzelnen Variablen, die zu Subindizes zusammengefasst werden, stark unterschiedliche Wertebereiche haben. Das einfache Zusammenfassen anhand der Summe der Ausprägungen würde daher zu einer deutlich höheren Bedeutung derjenigen Variablen im (Sub-)Index führen, die den größten Wertebereich haben. Im Rahmen von ILTIS werden die einzelnen Variablen der Subindizes jedoch als gleich-bedeutungsstark bewertet. Deshalb wurden die einzelnen Variablen durch das Min-Max-Verfahren auf den Wertebereich von jeweils 0 bis 1 normiert. Die normierten Variablen (x') berechnen sich dabei nach:

$$x' = \frac{x - \min(x)}{\max(x) - \min(x)}$$

Das Min-Max-Verfahren ermöglicht, dass alle Variablen im gleichen Wertebereich sind, während der relative Abstand zweier Ausprägungen vor und nach der Normierung gleich bleibt.

Zusätzlich wurde die Richtung der Variablen SGB II-Quote, Grundversorgung Supermarkt, kommunale Schulden und Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss gedreht, sodass hohe Werte einen schlechteren Wert mit sich führen.

Da die einzelnen Subindikatoren unterschiedlich viele Variablen beinhalten, würde das einfache Aufsummieren der Subindizes zu Indikatoren der Hauptdimension zu einer indirekten Bedeutungsgewichtung der Subdimensionen führen, die sich aus einer Vielzahl von Variablen berechnen. Die Subindizes wurden deshalb nochmals auf den Wertebereich zwischen 0 und 1 nach dem gleichen Verfahren normiert. Im Anschluss wurden die Indizes der Hauptdimensionen als Summe der Subindizes berechnet.

Der Gesamtindex berechnet sich dann als Summe der Werte der drei Hauptdimensionen und hat einen (theoretischen) Wertebereich zwischen 0 und 6.



Fragebogen

8.1 Inhaltlicher Teil

Frage 1

Zu Beginn des inhaltlichen Teils würden wir gerne von Ihnen wissen, wie stark Sie sich ganz allgemein für Politik interessieren: Ist das sehr stark, eher stark, mittelmäßig, weniger stark oder überhaupt nicht?

- sehr stark
- eher stark
- mittelmäßig
- weniger stark
- überhaupt nicht
- ** weiß nicht**
- ** keine Angabe**

Filter:

Falls in Berlin lebend



Frage 2

Leben Sie derzeit im ehemaligen Westteil oder im ehemaligen Ostteil von Berlin?

- ehemaliger Westteil von Berlin
- ehemaliger Ostteil von Berlin
- ** weiß nicht**
- ** keine Angabe**

Frage 3

Wie stark fühlen Sie sich mit den folgenden Gebieten verbunden? Fühlen Sie sich mit diesen sehr stark, eher stark, mittelmäßig, weniger stark oder überhaupt nicht verbunden? Wie ist das mit ...?

Nicht Randomisieren:

- a) Gesamtdeutschland
- b) falls in Ostdeutschland oder Ostberlin (laut Frage 2) lebend: Ostdeutschland
- c) falls in Westdeutschland oder Westberlin (laut Frage 2) lebend: Westdeutschland

- sehr stark
- eher stark
- mittelmäßig
- weniger stark
- überhaupt nicht
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 4

Wie beurteilen Sie die derzeitige wirtschaftliche Lage (Item einfügen)? Ist die Lage Ihrer Meinung nach sehr gut, eher gut, mittelmäßig, eher schlecht oder sehr schlecht?

Gegebenenfalls Skala wiederholen:

Und wie beurteilen Sie die wirtschaftliche Lage ...

Nicht Radomisieren:

- a) in Gesamtdeutschland?
- b) an Ihrem Wohnort?
Und wie ist das mit ...
- c) Ihrer eigenen wirtschaftlichen Lage?

- sehr gut
- eher gut
- mittelmäßig
- eher schlecht
- sehr schlecht
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 5

Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Aussagen?

Sagen Sie mir bitte, ob Sie den Aussagen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Gegebenenfalls Skala wiederholen:

Und inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu?

Randomisieren:

- a) Ganz allgemein gesprochen kann man den meisten Menschen vertrauen.
- b) Die meisten Leute kümmern sich in Wirklichkeit gar nicht darum, was mit ihren Mitmenschen geschieht.
- c) In dieser Gesellschaft gibt es einen großen Zusammenhalt.

- stimme voll und ganz zu
- stimme eher zu
- teils/teils
- stimme eher nicht zu
- stimme überhaupt nicht zu
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 6

Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Gleichheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

- Freiheit
- Gleichheit

Nicht vorlesen: beides gleichermaßen

- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 7

Und wie ist das mit Freiheit und Sicherheit. Wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?

- Freiheit
- Sicherheit

Nicht vorlesen: beides gleichermaßen

- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 8

Wie wichtig ist es aus Ihrer Sicht, dass Benachteiligungen in der Gesellschaft aus folgenden Gründen abgebaut werden? Wegen ...

Gegebenenfalls Skala wiederholen:

Und wie wichtig ist es, dass Benachteiligungen auf Grund (Item einfügen) abgebaut werden?
Und wie ist das wegen ...

Randomisieren:

- a) des Migrationshintergrundes
- b) des Geschlechts
- c) des Alters
- d) der Armut
- e) der Religion oder des Glaubens
- f) der politischen Einstellung oder Anschauung
- g) der ostdeutschen Herkunft

- sehr wichtig
- eher wichtig
- teils/teils
- eher unwichtig
- völlig unwichtig

Nicht vorlesen: in diesem Bereich gibt es keine Benachteiligung.

- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 9

Über die Wichtigkeit verschiedener Aspekte des Zusammenlebens kann man unterschiedlicher Meinung sein. Bitte sagen Sie mir zu jedem Punkt, ob dieser für Sie persönlich sehr wichtig, eher wichtig, teils/teils, eher unwichtig oder völlig unwichtig ist. Wie wichtig ist aus Ihrer Sicht, dass in Deutschland ...

Randomisieren:

- a) jeder glauben kann, woran er möchte.
- b) jeder seine Meinung frei äußern kann.
- c) die Presse frei ist.
- d) jeder das Recht hat, für seine Meinung zu demonstrieren.
- e) jeder frei über sein Eigentum entscheiden kann.
- f) jeder das Recht hat zu streiken.

- sehr wichtig
- eher wichtig
- teils/teils
- eher unwichtig
- völlig unwichtig
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 10

Und wie gut sehen Sie die gerade abgefragten Aspekte in Deutschland erfüllt? Bitte sagen Sie mir für jeden Aspekt, ob Sie diesen voll und ganz erfüllt, eher erfüllt, teils/teils erfüllt, eher nicht erfüllt oder überhaupt nicht erfüllt sehen.

Gegebenenfalls Skala wiederholen:

Und wie gut erfüllt sehen Sie den folgenden Aspekt?

Gleiche Item-Reihenfolge wie bei Frage 9.

- a) Jeder kann glauben, woran er möchte.
- b) Jeder kann seine Meinung frei äußern.
- c) Die Freiheit der Presse ist gewährleistet.
- d) Jeder kann für seine Meinung demonstrieren.
- e) Jeder kann frei über sein Eigentum entscheiden.
- f) Jeder Arbeitnehmende kann sein Streikrecht wahrnehmen.

- voll und ganz erfüllt
- eher erfüllt
- teils/teils
- eher nicht erfüllt
- überhaupt nicht erfüllt
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 11

Gelegentlich wird ja derzeit diskutiert, dass einzelne Grund- und Freiheitsrechte unter bestimmten Bedingungen an ihre Grenzen stoßen. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Aussagen? Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie diesen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Randomisieren:

- a) Eine stärkere Regulierung sozialer Medien wie Facebook, TikTok oder Telegram bedroht die Meinungsfreiheit.
- b) Das Streikrecht muss dort seine Grenzen haben, wo wichtige Bereiche der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur berührt werden (z. B. im Bahn- und Luftfahrtwesen).
- c) Die Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit muss dort ihre Grenzen haben, wo Menschen in ihrem Alltag behindert werden.
- d) Die Pressefreiheit muss dort ihre Grenzen haben, wo Menschen beleidigt oder verleumdet werden.
- e) Große private Wohnungsunternehmen sollten verstaatlicht werden können, auch wenn damit die Eigentumsfreiheit berührt wird.
- f) Religiöse Symbole wie das Kopftuch und das Kreuz sollten in öffentlichen Gebäuden und Schulen verboten sein.

- stimme voll und ganz zu
- stimme eher zu
- teils/teils
- stimme eher nicht zu
- stimme überhaupt nicht zu
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 12

Was meinen Sie, was macht eine gute Gesellschaft aus? Hierzu lese ich Ihnen einige Punkte vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie diesen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Gegebenenfalls Skala wiederholen:

Und macht eine gute Gesellschaft für Sie aus, ...

Randomisieren:

- a) dass wir klimaneutral leben
- b) dass soziales Miteinander gelebt wird
- c) dass alle Menschen die gleichen Chancen haben, aus ihrem Leben etwas zu machen.
- d) dass das Gebot sozialer Gerechtigkeit hochgehalten wird
- e) dass alle Religionen friedlich nebeneinander existieren können
- f) dass Deutschland Teil eines vereinigten Europas ist
- g) dass es keinen politischen Extremismus gibt
- h) dass Zuwanderung als Chance begriffen wird
- i) dass Gleichberechtigung zwischen Männern und Frauen selbstverständlich ist
- j) dass sich Wettbewerb und Leistung lohnen

- stimme voll und ganz zu
- stimme eher zu
- teils/teils
- stimme eher nicht zu
- stimme überhaupt nicht zu
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 13

In welcher Gesellschaft möchten Sie leben?
Soll eher der Staat die Vorsorge für Lebensrisiken wie Krankheit oder Arbeitslosigkeit übernehmen?
Oder soll eher jeder für sich selbst vorsorgen?

- eher der Staat
- eher jeder für sich selbst
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 14

Für welche Bereiche sollte der Staat mehr oder weniger Geld ausgeben? Bitte sagen Sie mir jeweils für die folgenden Punkte, ob der Staat dafür deutlich mehr, eher mehr, eher weniger oder deutlich weniger Geld ausgeben sollte.

Gegebenenfalls Skala wiederholen:

Und sollte der Staat deutlich mehr, eher mehr, eher weniger oder deutlich weniger Geld ausgeben für ...

Randomisieren:

- a) gezielte Anwerbung von qualifizierten Fachkräften und Auszubildenden aus dem Ausland.
- b) Stärkung von strukturschwachen Regionen.
- c) Subventionen für die Ansiedlung großer Unternehmen.
- d) Verbesserung der Straßen.
- e) Verbesserung der Eisenbahninfrastruktur.
- f) Verbesserung der Bildungsinfrastruktur (Schulen, Kindergärten, Hochschulen).
- g) Stärkung von Polizei und Strafverfolgung.
- h) Stärkung der Bundeswehr.

- deutlich mehr Geld
- eher mehr Geld
- eher weniger Geld
- deutlich weniger Geld

Nicht vorlesen: Ausgaben unverändert lassen

- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 15

Es gibt ja verschiedene Möglichkeiten, in einer für Sie wichtigen Sache politischen Einfluss zu nehmen. Welche der folgenden Dinge haben Sie schon getan, welche würden Sie tun und welche würden Sie nicht tun? (**neue Frage 16**)

Gegebenenfalls Skala wiederholen:

Und wie ist das mit ...? Haben Sie das schon mal getan, würden Sie das tun oder nicht tun?

Randomisieren:

- a) An einer Unterschriftensammlung teilnehmen
- b) In einer politischen Partei mitarbeiten
- c) An einer nicht genehmigten Demonstration teilnehmen
- d) Sich ehrenamtlich engagieren? (z. B. in einem Verein oder in der Nachbarschaftshilfe)

- habe ich schon getan
- würde ich tun
- würde ich nicht tun
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 16

Was ist für Sie wichtiger: Klimaschutz oder Wirtschaftswachstum?

- Klimaschutz
- Wirtschaftswachstum

Nicht vorlesen: beides gleichermaßen

- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Split des Sample:

Für die Fragen 17 bis 19 in 2 gleich-
große Gruppen teilen.

↓

1. Gruppe: Fragen 17 bis 19 so gestellt wie
2023 (4er-Skala ohne Mittelkategorie)
2. Gruppe: Fragen 17 bis 19 mit 5er-Skala (also
zusätzliche Mittelkategorie wie angegeben)

Frage 17

Die drei folgenden Fragen beschäftigen sich mit dem Thema Demokratie. Zunächst geht es nicht um tatsächlich bestehende Demokratien, sondern eher um die Idee der Demokratie im Allgemeinen. Was würden Sie zur Idee der Demokratie sagen. Sind Sie ...?

- entschieden für Demokratie
- eher für Demokratie
- teils/teils
- eher gegen Demokratie
- entschieden gegen Demokratie
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 18

Nun geht es um die Demokratie, so wie sie in unserem Land existiert. Was würden Sie allgemein zu der Demokratie in Deutschland, also zu der gesamten politischen Ordnung sagen, so wie sie in unserer Verfassung festgelegt ist? Sind Sie damit sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden?

Auf Nachfrage: Verfassung = Grundgesetz

- sehr zufrieden
- eher zufrieden
- teils/teils
- eher unzufrieden
- sehr unzufrieden
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 19

Und sind Sie alles in allem sehr zufrieden, eher zufrieden, eher unzufrieden oder sehr unzufrieden mit der Art und Weise, wie die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland funktioniert?

- sehr zufrieden
- eher zufrieden
- teils/teils
- eher unzufrieden
- sehr unzufrieden
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 20

Und wie ist das mit den folgenden Aussagen? Sagen Sie mir bitte auch hier jeweils, ob Sie voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Gegebenenfalls Skala wiederholen:

Und wie ist das mit der Aussage ...? Stimmen Sie dieser voll und ganz, eher, teils/teils, eher nicht oder überhaupt nicht zu?

Randomisieren:

- a) Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.
- b) Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert.
- c) Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.
- d) Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.
- e) Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind.

- stimme voll und ganz zu
- stimme eher zu
- teils/teils
- stimme eher nicht zu
- stimme überhaupt nicht zu
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 21

Ich lese Ihnen noch einmal einige weitere Aussagen vor. Sagen Sie mir bitte jeweils, ob Sie diesen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, teils/teils zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Gegebenenfalls Skala wiederholen:

Und wie ist das mit der Aussage ...?

Stimmen Sie dieser voll und ganz, eher, teils/teils, eher nicht oder überhaupt nicht zu?

Randomisieren:

- a) Die Abgeordneten im deutschen Bundestag sollten ausschließlich dem Willen des Volkes verpflichtet sein.
- b) Die Politiker reden zu viel und machen zu wenig.
- c) Ein einfacher Bürger würde meine Interessen besser vertreten als ein Berufspolitiker.
- d) Was in der Politik Kompromiss genannt wird, ist in Wirklichkeit nur ein Verrat von Prinzipien.
- e) Das Volk, und nicht die Politiker, sollte die wichtigen politischen Entscheidungen treffen.
- f) Das Volk ist sich im Prinzip darüber einig, was politisch passieren muss.
- g) Die Politiker kümmern sich nur um die Interessen der Reichen und Mächtigen.
- h) Die Politiker bemühen sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung.

- stimme voll und ganz zu
- stimme eher zu
- teils/teils
- stimme eher nicht zu
- stimme überhaupt nicht zu
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 22

Gibt es eine politische Partei, die Sie näherstehen als allen anderen Parteien?

Auf Nachfrage: in Deutschland

- Ja
- Nein
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Filter:

Falls »ja« bei Frage 22



Frage 23

Welche Partei wäre das?

Nicht vorlesen, sondern nur einordnen.

- a) CDU/CSU
- b) SPD
- c) Bündnis 90/Die Grünen
- d) AfD
- e) FDP
- f) Die Linke
- g) Bündnis Sarah Wagenknecht (BSW)
- h) Freie Wähler (FW)
- i) andere Partei: _____
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Alle Befragten:



Frage 24

Viele Leute verwenden die Begriffe »links« und »rechts«, wenn es darum geht, unterschiedliche politische Standpunkte zu kennzeichnen. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten auf einer Skala von 0 (links) bis 10 (rechts) denken: Wo würden Sie sich einordnen?

Links					←	Mitte	→					Rechts
0	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10		

- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 25

Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen und gesellschaftlichen Einrichtungen. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie der Einrichtung voll und ganz, eher, teilweise, eher nicht oder überhaupt nicht vertrauen.

a) den politischen Parteien im Allgemeinen

Filter:

Falls »ja« bei Frage 22 und Parteiname bei Frage 25 angegeben, also Codes 1–9

↓

b) und wie ist das mit der Partei der Sie nahestehen, also (Parteiname aus Frage 23 einfügen)?

Randomisieren:

- c) der Landesregierung in Ihrem Bundesland
- d) dem Bundesverfassungsgericht
- e) der Europäischen Union
- f) dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Immer als letztes Item:

g) der Bundesregierung

- vertraue ich voll und ganz
- vertraue ich eher
- vertraue ich teilweise
- vertraue ich eher nicht
- vertraue ich überhaupt nicht

** weiß nicht

** keine Angabe

Frage 26

Einmal ganz allgemein gefragt. Im Vergleich damit, wie andere in Deutschland leben: Finden Sie, dass Sie persönlich den gerechten Anteil erhalten oder sehr viel mehr, etwas mehr bzw. etwas weniger oder sehr viel weniger?

Auf Nachfrage: Es geht ganz allgemein um die persönliche Ansicht bzw. Einschätzung, ob man im Vergleich zu anderen in Deutschland findet, dass man das bekommt, was einem zusteht.

erhalte gerechten Anteil (muss später als Mittelkategorie kodiert werden)

erhalte sehr viel mehr als gerechten Anteil

erhalte etwas mehr als gerechten Anteil

erhalte etwas weniger als gerechten Anteil

erhalte sehr viel weniger als gerechten Anteil

** weiß nicht

** keine Angabe

Split des Sample:

Entweder wird Frage 27 oder Frage 28 gestellt.

Frage 27

Einmal ganz offen gefragt: Was macht denn für Sie eine gerechte Gesellschaft aus?

Stichpunkte eintragen.

** weiß nicht

** keine Angabe

Frage 28

Einmal ganz offen gefragt: Was empfinden Sie als besonders ungerecht in unserer Gesellschaft?

Stichpunkte eintragen.

** weiß nicht

** keine Angabe

Frage 29

Inwieweit stimmen Sie der folgenden Aussage zu? »Es macht mir Sorgen, durch die gesellschaftliche Entwicklung immer mehr auf die Verliererseite des Lebens zu geraten.«

stimme voll und ganz zu

stimme eher zu

teils/teils

stimme eher nicht zu

stimme überhaupt nicht zu

** weiß nicht

** keine Angabe

8.2 Soziodemografischer Teil

Frage 30

Welches Geschlecht haben Sie?

Nicht vorlesen, sondern nur einordnen.

- männlich
- weiblich
- divers
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 31

In welchem Jahr sind Sie geboren?

-
- ** weiß nicht
 - ** keine Angabe

Frage 32

Welchen höchsten allgemeinbildenden
Schulabschluss haben Sie?

- Schüler/-in, besuche eine
allgemeinbildende Vollzeitschule
- Von der Schule abgegangen
ohne Schulabschluss
- Hauptschulabschluss (Volksschulabschluss)
oder gleichwertiger Abschluss
- Polytechnische Oberschule der DDR
mit Abschluss der 8. oder 9. Klasse
- Realschulabschluss (Mittlere Reife)
oder gleichwertiger Abschluss
- Polytechnische Oberschule
der DDR mit Abschluss der 10. Klasse
- Fachhochschulreife
- Abitur/Allgemeine oder fachgebundene
Hochschulreife (Gymnasium bzw. EOS,
auch EOS mit Lehre)
- einen anderen
Schulabschluss: _____
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Filter:

Falls noch in Schulausbildung laut Frage 32

↓

Frage 33

Welchen allgemeinbildenden Schulabschluss streben Sie an?

- Hauptschulabschluss
oder gleichwertigen Abschluss
- Realschulabschluss (Mittlere Reife)
oder gleichwertigen Abschluss
- Fachhochschulreife
- Abitur/Allgemeine oder
fachgebundene Hochschulreife
- einen anderen
Schulabschluss: _____
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Filter:

Falls nicht in Schulausbildung laut Frage 32.

↓

Frage 34

Kommen wir nun zur Erwerbstätigkeit. Was von dem Folgenden trifft auf Sie zu. Sind Sie derzeit ...

Bei Voll- und Teilzeit nachfragen und wöchentliche Arbeitszeit einordnen.

- Vollzeitwerbstätig (37 bis 40 h)
- vollzeitnahen Teilzeit (28 bis 36 h)
- Teilzeiterwerbstätig (unter 26 h,
auch »Mini-Jobs«)
- in Altersteilzeit
- Auszubildende/r
- Schüler/in an allgemeinbildender Schule
(Übernahme Angabe aus Frage 32)
- Fachschüler/in
- Student/in
- Zurzeit erwerbslos
- Rentner/in oder Pensionär/in
- Hausfrau/Hausmann
- Ich bin in Mutterschafts-/Erziehungs-
urlaub oder in sonstiger Beurlaubung.
- Freiwilliges soziales, kulturelles, öko-
logisches Jahr; Bundesfreiwilligendienst
- Sonstiges
- ** weiß nicht/** keine Angabe

Filter:

Falls nicht Fachschüler/in, Student/in, in Lehre oder Ausbildung laut Frage 34.

↓

Frage 35

Welche höchste berufliche Qualifikation haben Sie?

Nur die höchste Qualifikation ankreuzen.

Nach Möglichkeit zuordnen.

- noch in der Schule
(Übernahme Angabe aus Frage 32)
- noch in der beruflichen
Ausbildung/Lehre/Studium
(Übernahme Angabe aus Frage 34)
- keine abgeschlossene Berufsausbildung
- Teilfacharbeiter
- Facharbeiter/abgeschlossene Berufsausbildung
- Meister oder vergleichbare Zusatzqualifikation
- Fachschulabschluss
- Hochschulabschluss
- Promotion
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Filter:

Falls Person 35 Jahre alt oder älter.

↓

Frage 36

Wo haben Sie vor dem Mauerfall 1989 vorwiegend gelebt? In der ehemaligen Bundesrepublik (BRD) bzw. Westberlin, in Ostdeutschland (DDR) bzw. Ostberlin oder im Ausland?

- ehemalige Bundesrepublik (BRD) bzw. Westberlin
- Ostdeutschland (DDR) bzw. Ostberlin
- Ausland
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Filter:

Falls Person zwischen 16 und 34 Jahren alt.



Frage 37

Wo haben Sie bisher vorwiegend gelebt:
Im Gebiet der ehemaligen Bundesrepublik
(Westdeutschland), in Ostdeutschland
oder im Ausland?

- Westdeutschland
- Ostdeutschland
- Ausland
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Alle Befragten:



Frage 38

Welchen Familienstand haben Sie? Sind Sie ...?

- verheiratet, zusammenlebend mit Partner/in
- verheiratet, getrennt lebend von Partner/in
- unverheiratet, mit Partner/in zusammenlebend
- verwitwet
- geschieden
- ledig
- ** keine Angabe

Frage 39

Wie viele Personen leben ständig in Ihrem Haushalt,
Sie selbst und auch Kinder eingeschlossen?

Anzahl eintragen: _____ (Wertebereich 1 bis 10)
** keine Angabe

Filter:

Falls Personenanzahl im Haushalt > 1



Frage 40

Und wie viele Kinder unter 16 Jahren leben ständig
in Ihrem Haushalt?

Anzahl eintragen: _____ (Wertebereich 1 bis 10)
** keine Angabe

Alle Befragten:



Frage 41

Haben Sie die deutsche Staatsangehörigkeit?

- ja
- nein
- ** keine Angabe

Frage 42

Wurden Sie in Deutschland geboren?

- ja
- nein
- ** keine Angabe

Frage 43

Welcher Religion gehören Sie an?

Nicht vorlesen, sondern nur einordnen.

- Christentum (katholisch)
- Christentum (evangelisch/protestantisch)
- Islam
- Judentum
- keiner
- andere Religion: _____
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

Frage 44

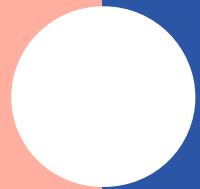
Wie hoch ist das monatliche Nettoeinkommen Ihres Haushaltes insgesamt? Ich meine damit die Summe, die sich ergibt aus Lohn, Gehalt, Einkommen aus selbständiger Tätigkeit, Rente oder Pension, jeweils nach Abzug der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge. Rechnen Sie bitte auch die Einkünfte aus öffentlichen Beihilfen, Einkommen aus Vermietung, Verpachtung, Wohngeld, Kindergeld und sonstige Einkünfte hinzu.

Zunächst offen abfragen und den Kategorien zuordnen. Falls nicht offene Nennung, nach Kategorien fragen. Im Bedarfsfall noch einmal auf die Anonymität der Befragung hinweisen.

Ihre Angabe wird – wie auch alle anderen Angaben in dieser Befragung – selbstverständlich vollständig anonym gehalten. Es würde uns helfen, wenn Sie zumindest die Einkommensgruppe nennen könnten, zu der Ihr Haushalt gehört. Bitte sagen Sie mir einfach, in welche der folgenden Einkommensgruppen das Nettoeinkommen Ihres Haushaltes fällt.

- unter 1.000 Euro
- 1.000 bis 1.500 Euro
- 1.501 bis 2.000 Euro
- 2.001 bis 2.500 Euro
- 2.501 bis 3.000 Euro
- 3.001 bis 3.500 Euro
- 3.501 bis 4.000 Euro
- 4.001 bis 5.000 Euro
- 5.001 bis 7.000 Euro
- über 7.000 Euro
- ** weiß nicht
- ** keine Angabe

9



Anhang

9.1

Literaturnachweise

A

ADM Arbeitskreis Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute (2012): Forschungsprojekt Dual-Frame-Ansätze – Forschungsbericht. Technischer Bericht. ADM-Forschungsprojekt Dual-Frame-Ansätze.

Akkerman, Agnes / Mudde, Cas / Zaslove, Andrej (2014): How Populist Are the People? Measuring Populist Attitudes in Voters. In: *Comparative Political Studies* 47 (9), S. 1324–1353.

Arzheimer, Kai (2019): 11. Extremismus. In: Thorsten Faas, Oscar W. Gabriel und Jürgen Maier (Hg.): *Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG*, S. 296–308.

B

Best, Volker / Decker, Frank / Fischer, Sandra / Küppers, Anne (2023): *Demokratievertrauen in Krisenzeiten. Wie blicken die Menschen in Deutschland auf Politik, Institutionen und Gesellschaft?* Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Biehl, Heiko (2013): *Noch vertrauenswürdig?* In: Oskar Niedermayer, Benjamin Höhne und Uwe Jun (Hg.): *Abkehr von den Parteien?* Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 67–92.

Blätte, Andreas / Pickel, Susanne (2023): 2. Demokratiebericht. Politische und demokratische Lebenswelten der nordrhein-westfälischen Bevölkerung in 2023. Hg. v. Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf. www.politische-bildung.nrw.de/fileadmin/imperia/md/content/projekte/Demokratiebericht/LpBNRW_Demokratiebericht_2023.pdf (15.10.2024).

Bobbio, Norberto (1994): *Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung.* Berlin: Wagenbach.

Böckenförde, Ernst-Wolfgang (1969): *Entstehung und Wandel des Rechtsstaatsbegriffs.* In: Ehmke, H., Schmid, C. und Scharoun, H. (Hrsg.): *Festschrift für Adolf Arndt zum 65. Geburtstag.* Frankfurt/M.

Bundeskriminalamt (2020): *Sicherheit und Kriminalität in Deutschland – SKiD 2020. Bundesweite Kernbefunde des Viktimisierungssurvey des Bundeskriminalamts und der Polizeien der Länder.* www.bka.de/SharedDocs/Downloads/DE/Publikationen/Publikationsreihen/Forschungsergebnisse/SKiD2020_Ergebnisse_V1.4.pdf?__blob=publicationFile&v=24 (19.11.2024).

C

Chen, Jessica (2024): *Umfrage: Gefühlte Meinungsfreiheit in Deutschland auf Rekordtief.* In: *Neue Osnabrücker Zeitung.* www.noz.de/deutschland-welt/politik/artikel/meinungsfreiheit-immer-mehr-deutsche-fuehlen-sich-eingeschraenkt-47196213 (25.06.2024).

Cox, Lawrence H. (1987): *A constructive procedure for unbiased controlled rounding.* *Journal of the American Statistical Association*, 82 (398), S. 520–524.

D

Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar / Schilling, Benjamin / Ullrich, Peter / Melzer, Ralf (2012): *Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012.* Bonn: Dietz.

Decker, Frank / Best, Volker / Fischer, Sandra / Küppers, Anne (2019): *Vertrauen in Demokratie. Wie zufrieden sind die Menschen in Deutschland mit Regierung, Staat und Politik?* Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Decker, Frank (2022): Die Programmatik der AfD. Bundeszentrale für politische Bildung. [↗ www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273132/die-programmatik-der-afd](http://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273132/die-programmatik-der-afd) (16.10.2024).

Decker, Oliver / Kiess, Johannes / Heller, Aylene / Brähler, Elmar (Hg.) (2022): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?: Leipziger Autoritarismus Studie 2022. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Deming, William Edwards / Stephan, Frederick F. (1941): On a least squares adjustment of a sampled frequency table when the expected marginal tables are known. *The Annals of Mathematical Statistics*, 11, S. 427–444.

E

Easton, David (1979): *A systems analysis of political life*. Chicago: University of Chicago Press.

Eder, Christina / Reinl, Ann-Kathrin (2022): Auswirkungen europäischer Krisen auf politisches Vertrauen in Ost- und Westdeutschland. In: Martin Elff, Kathrin Ackermann und Heiko Giebler (Hg.): *Wahlen und politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (Wahlen und politische Einstellungen), S. 55–88.

Esaiasson, Peter / Kölln, Ann-Kristin / Turper, Sedef (2015): External Efficacy and Perceived Responsiveness – Similar but Distinct Concepts. In: *Int J Public Opin Res* 27 (3), S. 432–445.

F

Focus Online (2024): Forsa-Umfrage: Mehrheit der Deutschen ist für die Einschränkung des Streikrechts. [↗ www.focus.de/politik/deutschland/forsa-umfrage-knappe-mehrheit-der-deutschen-ist-fuer-einschraenkung-des-streikrechts_id_259774471.html](http://www.focus.de/politik/deutschland/forsa-umfrage-knappe-mehrheit-der-deutschen-ist-fuer-einschraenkung-des-streikrechts_id_259774471.html) (15.10.2024).

Fraenkel, Ernst (1964): *Deutschland und die westlichen Demokratien*. Stuttgart: Kohlhammer.

Freedom House (2024): *Freedom in the World 2024: Germany*. [↗ freedomhouse.org/country/germany/freedom-world/2024](http://freedomhouse.org/country/germany/freedom-world/2024) (17.10.2024).

Fuchs, Dieter (1997): Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland. In: Oscar W. Gabriel (Hg.): *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*. Opladen: Leske + Budrich, S. 81–113.

Fürnberg, Ossip (2022): Ostalgie und Westalgie. Bewertung der Wiedervereinigung in Ost- und Westdeutschland. In: Martin Elff, Kathrin Ackermann und Heiko Giebler (Hg.): *Wahlen und politische Einstellungen in Ost- und Westdeutschland*. Wiesbaden: Springer VS, S. 117–140.

G

Gabler, Siegfried / Häder, Sabine (1997): Überlegungen zu einem Stichprobendesign für Telefonumfragen in Deutschland, in: *ZUMA Nachrichten* 21, S. 7–18.

Gabler, Siegfried / Häder, Sabine (2009): Die Kombination von Mobilfunk- und Festnetzstichproben in Deutschland, in: von Weichbold, Martin; Bacher, Johann; Wolf, Christof (Hg.): *Umfrageforschung – Herausforderungen und Grenzen*, *Österreichische Zeitschrift für Soziologie Sonderheft 9/2009*, VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 239–252.

H

Gabriel, Oscar W. (2013): Repräsentationsschwächen und die zweite Transformation der Demokratie: Wer will in Deutschland direkte Demokratie? In: ZParl 44 (3), S. 592–612.

Gabriel, Oscar W. / Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias / Leidecker-Sandmann, Melanie / Maier, Jürgen / Maier, Michaela (2015): Deutschland 25: Gesellschaftliche Trends und politische Einstellungen. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

Gabriel, Oscar W. (2019): Politische Partizipation im ausgehenden dritten Jahrzehnt des vereinigten Deutschland. In: Matthias Brachert, Oscar W. Gabriel, Rebekka Heyme, Tobias Jaeck, Aya Isabel Kleine und Jürgen Maier: Die Umdeutung der Demokratie. Politische Partizipation in Ost- und Westdeutschland. Hg. v. Everhard Holtmann. Frankfurt, New York: Campus Verlag, S. 143–218.

Goetz, Judith (2021): »Wer nicht arbeitet, soll nicht ...« – Antiegalitarismus, Naturalisierung und Sozialdarwinismus als zentrale Merkmale rechts-extremer Ideologie. In: Helga Amesberger, Judith Goetz, Brigitte Halbmayr und Dirk Lange (Hg.): Kontinuitäten der Stigmatisierung von »Asozialität«. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (Citizenship. Studien zur Politischen Bildung), S. 149–161.

Grau, Andreas (2017): Zum Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im lokalen Raum. In: Kemal Bozay und Dierk Borstel (Hg.): Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 7–23.

Groß, Simon (2021): Steinmeier fordert, soziale Medien stärker zu regulieren. Süddeutsche Zeitung. www.sueddeutsche.de/politik/soziale-medien-bundespraesident-regulation-facebook-twitter-google-1.5221609 (30.10.2024).

Häder, Sabine / Sand, Matthias (2019): Telefonstichproben. In: Häder, Sabine / Häder, Michael; Schmich, Patrick (Hg.): Telefonumfragen in Deutschland, Schriftenreihe der ASI – Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute, Springer VS, Wiesbaden, S. 113–151.

Heckel, Christiane / Glemser, Axel / Meier, Gerd (2014): Das ADM-Telefonstichproben-System. In: Stichproben-Verfahren in der Umfrageforschung – Eine Darstellung für die Paxis. Hg. von ADM e. V. 2., Springer, Wiesbaden, S. 137–166.

Hebenstreit, Jörg / Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias / Lutz, Lynn-Malou / Pollak, Reinhard / Reiser, Marion / Sand, Matthias / Zissel, Pierre (2024): Deutschland-Monitor 2023: Gesellschaftliche und politische Entwicklungen. Themenschwerpunkt: Stadt und Land.

Heitmeyer, Wilhelm (2008): Deutsche Zustände. Folge 6. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Holtmann, Everhard (2017): Der Parteienstaat in Deutschland. Erklärungen, Entwicklungen, Erscheinungsbilder. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung.

Holtmann, Everhard (2020a): Bund und Land im parteipolitischen Gleichschritt? Zur Eigenständigkeit und bundespolitischen Inklusion der Parteiensysteme der deutschen Bundesländer. In: Jahrbuch des Föderalismus 2020: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, S. 195–206.

Holtmann, Everhard (2020b): Deutschland 2020: unheilbar gespalten? – Anmerkungen zur Ost-West-Differenz im 30. Jahr der Wiedervereinigung In: ZPol Zeitschrift für Politikwissenschaft 30 (3), S. 493–499.

Holtmann, Everhard / Jaeck, Tobias / Wohlleben, Odette (2023): Länderbericht zum Deutschen Freiwilligensurvey 2019, Springer VS: Wiesbaden.

Holtmann, Everhard / Pollak, Reinhard / Reiser, Marion (Hg.) (2024): Deutschland-Monitor 2023. Gesellschaftliche und politische Einstellungen. Schwerpunkt: Stadt und Land. Bericht und Debatte. Frankfurt, New York: Campus.

Hooghe, Marc (2011): Why There is Basically Only One Form of Political Trust. In: The British Journal of Politics and International Relations 13 (2), S. 269–275.

Hooghe, Marc / Marien, Sofie (2013): A Comparative Analysis of the Relation Between Political Trust and Forms of Political Participation. In: European Societies 15 (1), S. 131–152.

I

INFO (2024): Ergebnisbericht für 4 Fokusgruppen im Rahmen des Deutschland-Monitors 2024. INFO Markt- und Meinungsforschung GmbH. Berlin. [↗ deutschland-monitor.info/fileadmin/Reports/INFO_Deutschlandmonitor-2024_Ergebnisbericht-Fokusgruppen.pdf](https://deutschland-monitor.info/fileadmin/Reports/INFO_Deutschlandmonitor-2024_Ergebnisbericht-Fokusgruppen.pdf) (06.11.2024).

Infratest dimap (2023a): ARD-DeutschlandTREND August 2023. Repräsentative Studie im Auftrag der ARD. [↗ www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2023/august](https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/ard-deutschlandtrend/2023/august) (05.12.2024).

Infratest dimap (2023b): ARD-Themenwoche Gerechtigkeit. [↗ www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/ard-themenwoche-gerechtigkeit](https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/ard-themenwoche-gerechtigkeit) (05.12.2024).

Inglehart, Ronald (1977): The Silent Revolution: Changing Values and Political Styles Among Western Publics: Princeton University Press.

Inglehart, Ronald (1983): Traditionelle politische Trennungslinien und die Entwicklung der neuen Politik. In: Politische Vierteljahresschrift 24, S. 139–165.

J

Jahn, Frank (2024): Fremdeln mit der Ampel. Tagesschau, ARD Berlin. [↗ www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/mitgliederbefragung-fdp-102.html](https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/mitgliederbefragung-fdp-102.html) (17.10.2024)

Jesse, Eckhard (2021): Extremismus. In: Uwe Andersen, Jörg Bogumil, Stefan Marschall und Wichard Woyke (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 279–288.

Jungkunz, Sebastian (2023): Politischer Extremismus. Struktur und Ursachen Links- und Rechts-extremer Einstellungen in Deutschland. Cham: Springer Vieweg. in Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH.

K

Karnick, Nora / Simonson, Julia / Tesch-Römer, Clemens (2022): Einstellungen gegenüber gesellschaftlichen Institutionen und der Demokratie. In: Julia Simonson, Nadiya Kelle, Corinna Kausmann und Clemens Tesch-Römer (Hg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement), S. 291–316.

Konrad-Adenauer-Stiftung (2009): Ostdeutschland 1999. St. Augustin und Berlin.

L

Lewandowsky, Marcel (2022): Populismus. Eine Einführung. Wiesbaden, Germany: Springer VS.

Liebig, Stefan / Lengfeld, Holger / Mau, Steffen (2004): Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften: Campus Verlag.

Lohr, Sharon L. (2011): Alternative survey sample designs: Sampling with multiple overlapping frames, in: Statistics Canada – Survey Methodology 37, S. 197–213.

M

Mau, Steffen (2024): Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt. 3. Auflage. Berlin: Suhrkamp.

Meulemann, Heiner (2003): Erzwungene Säkularisierung in der DDR – Wiederaufleben des Glaubens in Ostdeutschland? Religiöser Glaube in ost- und westdeutschen Alterskohorten zwischen 1991 und 1998. In: Christel Gärtner, Detlef Pollack und Monika Wohlrab-Sahr (Hg.): Atheismus und religiöse Indifferenz. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 271–287.

Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. In: Government and Opposition 39 (4), S. 541–563.

N

Niedermayer, Oskar (2009): Bevölkerungseinstellungen zur Demokratie: Kein Grundkonsens zwischen Ost- und Westdeutschen. In: ZParl 40 (2), S. 383–397.

Niedermayer, Oskar (2024): Parteimitgliedschaften im Jahre 2023. In: ZParl 2, 2024, 395 – 425.

Norris, Pippa (2017): The conceptual framework of political support. In: Sonja Zmerli und Tom W.G. van der Meer (Hg.): Handbook on Political Trust: Edward Elgar Publishing, S. 19–32.

P

Petersen, Thomas (2021): Die Mehrheit fühlt sich gegängelt. Nur noch weniger als die Hälfte glaubt, man könne seine Meinung in Deutschland frei äußern. In: Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 136 vom 16. Juni 2021, S. 8.

Pickel, Gert (2012): Gerechtigkeit und Politik in der deutschen Bevölkerung – die Folgen der Wahrnehmung von Gerechtigkeit für die politische Kultur im vereinten Deutschland. In: Michael Borchard, Thomas Schrapel und Bernhard Vogel (Hg.): Was ist Gerechtigkeit? Köln: Böhlau Verlag, S. 135–172.

Pickel, Susanne / Pickel, Gert (2020): Ost- und Westdeutschland 30 Jahre nach dem Mauerfall – eine gemeinsame demokratische politische Kultur oder immer noch eine Mauer in den Köpfen? In: Zeitschrift für Politikwissenschaft, 30 (3), S. 483–491.

Pitkin, Hanna. F. (1967): The Concept of Representation: University of California Press.

Porst, Rolf (1996): Ausschöpfungen bei sozialwissenschaftlichen Umfragen: die Sicht der Institute. ZUMA-Arbeitsbericht, 1996/07, Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen ZUMA.

Priester, Karin (2010): Rechtspopulismus und Demokratie in Europa. In: Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte 65, S. 58–62.

Putnam, Robert D. / Leonardi, Robert / Nonetti, Raffaella Y. (1994): Making Democracy Work: Princeton University Press.

R

Reiser, Marion / Küppers, Anne / Brandy, Volker / Hebenstreit, Jörg / Vogel, Lars (2024): Politische Kultur und Arbeitswelt in Zeiten von Polykrise und Fachkräftemangel. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2023. Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Politikwissenschaft; KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration. Erfurt. [↗ thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thueringenmonitor/Politische_Kultur_Thueringen_bf.pdf](https://thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thueringenmonitor/Politische_Kultur_Thueringen_bf.pdf) (15.10.2024).

Reiser, Marion / Küppers, Anne / Brandy, Volker / Hebenstreit, Jörg / Vogel, Lars (2023): Politische Kultur in Stadt und Land. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2022. Friedrich-Schiller-Universität Jena, Institut für Politikwissenschaft; KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration. Erfurt. [↗ thueringen.de/fileadmin/user_upload/TSK/TM2022_lang_bf.pdf](https://thueringen.de/fileadmin/user_upload/TSK/TM2022_lang_bf.pdf) (11.07.2023).

Rieger, Günther (1998): Stichwort »Gerechtigkeit«. In: Lexikon der Politik Band7, Politische Begriffe. Hrsg. von Dieter Nohlen, Rainer-Olaf Schultze und Susanne Schüttemeyer. München: Beck, S. 214–215.

Rohe, Karl (1990): Politische Kultur und ihre Analyse. In: Historische Zeitschrift 250 (1), S. 321–346.

Rooduijn, Matthijs / Burgoon, Brian / van Elsas, Erika J. / van de Werfhorst, Herman G. (2017): Radical distinction: Support for radical left and radical right parties in Europe. In: European Union politics 18 (4), S. 536–559.

Rovira Kaltwasser, Cristóbal / van Hauwaert, Steven M. (2020): The populist citizen: Empirical evidence from Europe and Latin America. In: Eur. Pol. Sci. Rev. 12 (1), S. 1–18.

S

Salzborn, Samuel (2018): I. Was ist Rechtsextremismus? In: Samuel Salzborn (Hg.): Rechtsextremismus: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, S. 15–32.

Sand, Matthias (2015): Überarbeitung des GESIS-Auswahlrahmens für Telefonstichproben. In: Auswahlprobleme und Antwortverhalten bei Telefonbefragungen. Hg. von Häder, M. / Neumann, R., MV-Verlag, S. 13–38.

Sand, Matthias (2018): Gewichtungungsverfahren in Dual-Frame-Telefonerhebungen bei Device-Specific Nonresponse. GESIS-Schriftenreihe 20. Köln: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.

Sand, Matthias / Kunz, Tanja (2020): Gewichtung in der Praxis. GESIS Survey Guidelines. Mannheim: GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften.

Schatz, Roland / Petersen, Thomas / Schmidt, Ralph Erich (2023): Bricht die Mauer des Schweigens? Freiheitsindex 2023 – das Forschungsprojekt des Instituts für Demoskopie Allensbach und Media Tenor International, Zürich: InnoVatio Verlags AG.

Scherer, Philipp / Roßteutscher, Sigrid (2019): 7. Wertorientierungen und Wertewandel.

In: Thorsten Faas, Oscar W. Gabriel und Jürgen Maier (Hg.): Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG, S. 207–229.

Schmitz-Berning, Cornelia (2007): Vokabular des Nationalsozialismus. Reprint 2010. Berlin, Boston: De Gruyter.

Singh, Shane / Karakoç, Ekrem / Blais, André (2012): Differentiating winners: How elections affect satisfaction with democracy. In: Electoral Studies 31 (1), S. 201–211.

Steiner, Nils D. / Landwehr, Claudia (2018): Populistische Demokratiekonzeptionen und die Wahl der AfD: Evidenz aus einer Panelstudie. In: Politische Vierteljahresschrift 59 (3), S. 463–491.

Steiner, Nils D. / Landwehr, Claudia (2023): Learning the Brexit Lesson? Shifting Support for Direct Democracy in Germany in the Aftermath of the Brexit Referendum. In: Brit. J. Polit. Sci. 53 (2), S. 757–765.

Strippel, Christian / Emmer, Martin (2021): Stichproben für Telefonbefragungen in Deutschland: Ein Werkstattbericht. Preprint.

T

Tausendpfund, Markus (2018): Quantitative Methoden in der Politikwissenschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Thieme, Tom (2018): Extremismus und Demokratie – Begriffe und Theorien. In: Tom Mannewitz, Hermann Ruch, Tom Thieme und Thorsten Winkelmann (Hg.): Was ist politischer Extremismus? Grundlagen, Erscheinungsformen, Interventionsansätze. [Sonderausgabe der] Zentralen für politische Bildung ZpB. Frankfurt/M.: Wochenschau Verlag (Wochenschau Wissenschaft), S. 17–30.

Thomeczek, J. Philipp (2024): Bündnis Sahara Wagenknecht (BSW): Left-Wing Authoritarian – and Populist? An Empirical Analysis. In: Politische Vierteljahresschrift, DOI: 10.1007/s11615-024-00544-z.

Tooze, Adam (2022): Welcome to the world of the polycrisis. Financial Times.
www.ft.com/content/498398e7-11b1-494b-9cd3-6d669dc3de33 (19.11.2024).

V

Vehrkamp, Robert; Merkel, Wolfgang; Bertelsmann Stiftung (2020): Populismusbarometer 2020.

Vorländer, Hans / Herold, Maik; Schäller / Steven (2016): PEGIDA. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Vorländer, Hans / Herold, Maik / Hormig, Felix / Joachim, Janine / Otteni, Cyrill (2024): 75 Jahre Grundgesetz. Einstellungen zu Verfassung und Demokratie in Deutschland. MIDEM Studie 2024-2. Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM), Dresden.

W

Wagner, Sarah / Wurthmann, L. Constantin / Thomeczek, Jan Philipp (2023): Bridging Left and Right? How Sahara Wagenknecht Could Change the German Party Landscape. In: Politische Vierteljahresschrift 64 (3), S. 621–636.

Warren, Mark E. (2017): What kinds of trust does a democracy need? Trust from the perspective of democratic theory. In: Sonja Zmerli und Tom W.G. van der Meer (Hg.): Handbook on Political Trust: Edward Elgar Publishing, S. 33–52.

Westle, Bettina / Anstötz, Pascal (2020): Politische Partizipation und politisches Wissen: Fördert politisches Wissen die Bereitschaft zu politischer Beteiligung? In: Markus Tausendpfund und Bettina Westle (Hg.): Politisches Wissen in Deutschland. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (Politisches Wissen), S. 245–290.

Westle, Bettina (2020): Schützt politisches Wissen vor Populismus? In: Markus Tausendpfund und Bettina Westle (Hg.): Politisches Wissen in Deutschland. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden (Politisches Wissen), S. 199–244.

Wuttke, Alexander / Gavras, Konstantin / Schoen, Harald (2022): Have Europeans Grown Tired of Democracy? New Evidence from Eighteen Consolidated Democracies, 1981–2018. In: *Brit. J. Polit. Sci.* 52 (1), S. 416–428.

Wuttke, Alexander / Schimpf, Christian / Schoen, Harald (2023): Populist Citizens in four European Countries: Widespread Dissatisfaction goes with Contradictory but Pro-democratic Regime Preferences. In: *Swiss Political Sci Review* 29 (2), S. 246–257.

Z

Zaslove, Andrej / Meijers, Maurits (2024): Populist Democrats? Unpacking the Relationship Between Populist and Democratic Attitudes at the Citizen Level. In: *Political Studies* 72 (3), S. 1133–1159.

Zick, Andreas / Küpper, Beate / Mokros, Nico (Hg.) (2023): *Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23*. Bonn: Dietz.

Zmerli, Sonja (2016): Konvergenz oder Divergenz? Entwicklungsverläufe und Determinanten politischer Unterstützung im europäischen Vergleich. In: Sigrid Roßteutscher, Thorsten Faas und Ulrich Rosar (Hg.): *Bürgerinnen und Bürger im Wandel der Zeit*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 279–312.

Zmerli, Sonja (2019): 9. Politisches Vertrauen. In: Thorsten Faas, Oscar W. Gabriel und Jürgen Maier (Hg.): *Politikwissenschaftliche Einstellungs- und Verhaltensforschung: Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG*, S. 248–272.

9.2

Abbildungsverzeichnis

- 029 **Abb. 1**
Dimensionen und Variablen von ILTIS
- 032 **Abb. 2**
Kreise nach Prosperität
- 035 **Abb. 3**
Rollierendes Kreispanel
- 043 **Abb. 4**
In was für einer Gesellschaft wollen Sie leben? In einer, in der ...
- 048 **Abb. 5**
Beurteilung der Wichtigkeit ausgewählter politischer und
bürgerlicher Freiheitsrechte
- 049 **Abb. 6**
Wahrgenommene Erfüllung politischer und
bürgerlicher Freiheitsrechte
- 050 **Abb. 7**
Wahrgenommene Erfüllung der Freiheitsrechte in Deutschland
nach Prosperitätsgruppen der Vertiefungsstudie
- 051 **Abb. 8**
Wahrgenommene Erfüllung der Freiheitsrechte in Deutschland
nach populistischen Einstellungen
- 052 **Abb. 9**
Wahrgenommene Erfüllung der Freiheitsrechte in Deutschland
nach Parteinähe
- 055 **Abb. 10**
Zustimmung zu den Grenzen bürgerlicher und
politischer Freiheitsrechte
- 058 **Abb. 11**
Mögliche Beschränkungen ausgewählter Freiheitsrechte
nach Altersgruppen
- 059 **Abb. 12**
Mögliche Beschränkungen ausgewählter Freiheitsrechte
nach Parteinähe
- 061 **Abb. 13**
Abwägung der Grundwerte Freiheit vs. Gleichheit und
Freiheit vs. Sicherheit
- 062 **Abb. 14**
Abwägung zwischen Freiheit und Gleichheit nach Alters-
gruppen Ost und West

- 064 **Abb. 15**
Abwägung zwischen Freiheit und Gleichheit
nach politischer Selbstverortung
- 065 **Abb. 16**
Abwägung zwischen Freiheit und Gleichheit
nach Parteiidentifikation
- 066 **Abb. 17**
Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit
nach Altersgruppen Ost und West
- 068 **Abb. 18**
Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit
nach politischer Selbstverortung
- 069 **Abb. 19**
Abwägung zwischen Freiheit und Sicherheit
nach Parteiidentifikation
- 070 **Abb. 20**
Abwägung zwischen Freiheit und Gleichheit sowie
zwischen Freiheit und Sicherheit nach Prosperitäts-
gruppen der Vertiefungsstichprobe
- 073 **Abb. 21**
Dimensionen eines gesellschaftlichen Wir-Gefühls
- 074 **Abb. 22**
Empfinden eines Wir-Gefühls nach unterschiedlichen Faktoren
- 075 **Abb. 23**
Zusammenhalt und Vertrauen auf lokaler Ebene SIX I
im Deutschland-Monitor 2023
- 078 **Abb. 24**
Erhalt des »gerechten Anteils«
- 081 **Abb. 25**
Was macht aus Ihrer Sicht eine gerechte Gesellschaft aus ...
- 082 **Abb. 26**
Teilaspekte einer gerechten Gesellschaft nach
regionaler Prosperität in Ostdeutschland
- 085 **Abb. 27**
Was empfindet man als besonders ungerecht
in unserer Gesellschaft
- 086 **Abb. 28**
Was empfindet man als besonders ungerecht
in unserer Gesellschaft nach Prosperität

- 090 **Abb. 29**
Wichtigkeit des Abbaus von Benachteiligungen in unterschiedlichen Bereichen der Gesellschaft: »Benachteiligung auf Grund von ...«
- 098 **Abb. 30**
Einstellungen zur Demokratie
- 102 **Abb. 31**
Typen demokratischer Orientierung in Ost-, West- und Gesamtdeutschland
- 103 **Abb. 32**
Typen demokratischer Orientierung nach Parteienähe
- 106 **Abb. 33**
Vertrauen in politische und gesellschaftliche Institutionen, Gesamtübersicht aller Items
- 108 **Abb. 34**
Institutionenvertrauen nach Parteienähe
- 110 **Abb. 35**
Institutionenvertrauen in Ost-, West und Gesamtdeutschland, Aggregierte Übersicht
- 110 **Abb. 36**
Wahrgenommene Responsivität der Politikerinnen und Politiker
- 114 **Abb. 37**
Institutionenvertrauen nach ausgewählten soziodemografischen Merkmalen
- 117 **Abb. 38**
Institutionenvertrauen nach Bewertung der wirtschaftlichen Lage Deutschlands
- 119 **Abb. 39**
Institutionenvertrauen in Abhängigkeit zur Erfüllungsbewertung ausgewählter Freiheitsrechte
- 120 **Abb. 40**
Institutionenvertrauen in Abhängigkeit ausgewählter gesellschaftlicher Zielvorstellungen
- 122 **Abb. 41**
Indikatoren spezifischer Unterstützung nach Prosperitätsgruppen der Vertiefungsstichprobe
- 125 **Abb. 42**
Indikatoren der subjektiven Wohlstandswahrnehmung nach Gruppen der regionalen Vertiefungsstudie

- 126 **Abb. 43**
Aussagen zur Messung populistischer Einstellungen
- 129 **Abb. 44**
Verbreitung populistischer Einstellungen
- 132 **Abb. 45**
Populistische Einstellungen nach ausgewählten
soziodemografischen Merkmalen
- 135 **Abb. 46**
Populistische Einstellungen nach Parteinähe
- 136 **Abb. 47**
Populistische Einstellungen nach ausgewählten Einstellungs-
und Wahrnehmungsmerkmalen
- 138 **Abb. 48**
Populistische Einstellungen nach Prosperitätsgruppen
der regionalen Vertiefungsstudie
- 141 **Abb. 49**
Zustimmung zu diktaturaffinen Aussagen
- 141 **Abb. 50**
Einstellungen zu einer rechtsautoritären Diktatur
- 144 **Abb. 51**
Einstellungen zu einer rechtsautoritären Diktatur
nach ausgewählten soziodemografischen Merkmalen
- 146 **Abb. 52**
Einstellungen zu einer rechtsautoritären Diktatur
nach politischer Selbstverortung und Parteinähe
- 148 **Abb. 53**
Einstellungen zu einer rechtsautoritären Diktatur
nach Statusverlustangst
- 150 **Abb. 54**
Einstellungen zu einer rechtsautoritären Diktatur
nach Einstellungen zur Pressefreiheit
- 152 **Abb. 55**
Populistische Einstellungen in Abhängigkeit zur
Einstellung zu einer rechtsautoritären Diktatur
- 152 **Abb. 56**
Einstellungen zu einer rechtsautoritären Diktatur
nach Prosperitätsgruppen der Vertiefungsstichprobe

- 155 **Abb. 57**
Zustimmung zu Sozialdarwinismus und Etabliertenvorrechten
- 156 **Abb. 58**
Zustimmung zu Sozialdarwinismus und Etabliertenvorrechten
nach Altersgruppen, Bildungsniveau und Prosperitätsgruppen der
Vertiefungsstudie
- 162 **Abb. 59**
Bereiche von Partizipation und Engagement in Ost –
und Westdeutschland
- 166 **Abb. 60**
Wohlfahrtsstaatliche Erwartungen nach unterschiedlichen Merkmalen
- 170 **Abb. 61**
Für welche Bereiche sollte der Staat mehr oder weniger Geld ausgeben
- 175 **Abb. 62**
Klimaschutz vs. Wirtschaftswachstum nach Ost und West
- 176 **Abb. 63**
Was ist Ihnen wichtiger: Klimaschutz oder Wirtschaftswachstum?

9.3

Tabellenverzeichnis

035	Tab. 1	Kreiseinteilung nach ILTIS-Schicht der regionalen Vertiefung
102	Tab. 2	Typologie demokratischer Orientierungen
198	Tab. 3	Kontaktergebnisse der Haupterhebung
200	Tab. 4	Kontaktergebnisse der regionalen Vertiefungserhebung

9.4

Autorinnen und Autoren

Dr. Jörg Hebenstreit

Institut für Politikwissenschaft und Zentrum für
Rechtsextremismusforschung, Demokratie-
bildung und gesellschaftliche Integration (KomRex)
an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Prof. Dr. Everhard Holtmann

Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) an der
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Dipl.-Soz. Tobias Jaeck

Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) an der
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Prof. Dr. Reinhard Pollak

Institut für Soziologie an der Universität
Mannheim und Gesis Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften, Abteilungsleiter
Data and Research on Society

Prof. Dr. Marion Reiser

Institut für Politikwissenschaft und Zentrum für
Rechtsextremismusforschung, Demokratie-
bildung und gesellschaftliche Integration (KomRex)
an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Dr. Matthias Sand

GESIS Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften,
Survey Design and Methodology

Pierre Zissel, M.A.

Institut für Politikwissenschaft und Zentrum für
Rechtsextremismusforschung, Demokratie-
bildung und gesellschaftliche Integration (KomRex)
an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Deutschland-Monitor '24

**Gesellschaftliche und
politische Einstellungen**
Themenschwerpunkt:
**In welcher Gesellschaft
wollen wir leben?**

1. Auflage

Berlin, Halle (Saale), Jena
und Mannheim, 2025

Herausgeber

Zentrum für Sozialforschung
Halle e.V. (ZSH) an der Martin-Luther-
Universität Halle-Wittenberg
Großer Berlin 14, 06108 Halle (Saale)

Institut für Politikwissenschaft
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Carl-Zeiß-Straße 3, 07743 Jena

GESIS – Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften
B6 4, 68159 Mannheim

Redaktion

Tobias Jaeck

Redaktionsschluss

Januar 2025

Gestaltung

4S, Berlin

ISBN

978-3-00-081566-9

Die inhaltliche Verantwortung
für die Beiträge liegt bei
den Autorinnen und Autoren.

Gefördert durch:



Der Beauftragte der Bundesregierung
für Ostdeutschland

Zentrum für Sozialforschung
Halle e.V. (ZSH) an der Martin-Luther-
Universität Halle-Wittenberg

Institut für Politikwissenschaft
Friedrich-Schiller-Universität Jena

GESIS – Leibniz-Institut
für Sozialwissenschaften



9 783000 815669